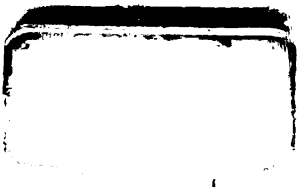
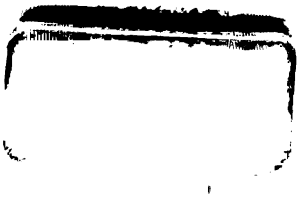
30
D56
v.8:1-2





Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

¼ 6d
8:1-2
JAN-FEB
1924

Inhalt:

Ludendorff. Von Gottfried Nickl	Seite	1
Houston Stewart Chamberlain an Adolf Hitler	"	2
Ludendorff über Weltpolitik	"	4
Ehrhardt an Dr. Erich Kühn	"	6
Zur Psychologie des 8./9. November. Von einem deutschen Offizier	"	8
Der Marxismus. Von Dr. Franz Schweinitzhaupt	"	10
Das politische Urteil des Fürsten Eulenburg und die Demokraten. Von Geh. Hofrat Prof. G. v. Below	"	17
Wie Bayern zum Reich kam. Von Oberstudienrat Dr. Marte	"	23
Die deutsche Republik als Karikatur des demokratischen Gedankens. Von Prof. Dr. Rich. Hennig	"	30
Südslavien. Von Karl Albert	"	36
Deutschösterreich. Von Herbert Werner	"	43
Bild der Lage. Von Dr. Erich Kühn	"	51
Die Not des Deutschen Wörterbuches. Von Wilhelm Matthießen	"	56
Eine Deutsche Musikbücherei. Von Dr. Karl Grunsky	"	58
Bücherschau	"	60

J. F. Lehmanns Verlag / München

Baur-Fischer-Lenz

Grundriß der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene

Zwei Bände. 8°. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1923.

I. Bd.: **Menschliche Erblichkeitslehre.**

Von Professor Dr. E. Baur, Professor Dr. E. Fischer und Prof. Dr. F. Lenz.

Mit 112 Textabbildungen, 1 Karte und 8 Tafeln mit 48 Rassenbildern.

Geheftet 9.—, gebunden 11.50 Gold-Mk.

Inhalt: 1. Abriß der allgemeinen Variations- und Erblichkeitslehre. 2. Die Rassenunterschiede des Menschen (Schädel, Skelett, Haar, Augen usw.; Rassenentstehung; Rassenbeschreibung nach Erbteilen). 3. Die krankhaften Erbanlagen (Augen-, Gehör-, Nervenleiden usw.). 4. Methoden menschlicher Erblichkeitsforschung. 5. Erblichkeit der geistigen Begabung.

II. Bd: **Menschliche Auslese und Rassenhygiene.**

Von Professor Dr. F. Lenz.

Geheftet 7.—, gebunden 9.50 Gold-Mk.

Inhalt: 1. Die Auslese beim Menschen (biologische Auslese: Tuberkulose, Syphilis, Alkohol, Krieg u. a. | Soziale Auslese: Rasse und soziale Gliederung, Geburtenrückgang, gebildete Frauenberufe, Entartung). 2. Praktische Rassenhygiene (Eheverbote. Verhinderung der Fortpflanzung Untüchtiger, Besoldung, Erbrecht, Siedelungswesen. Was kann der Staat für die nordische Rasse tun? u. a.). 3. Private Rassenhygiene (Eheberatung, Selbstbehauptung der Familie, Erziehung, Aufgabe der Jugend u. a.).

Bd. I u. II zusammen in einen Ganzleinenband gebunden 20.— Gold-Mk.

Endlich ist ein Lehrbuch der Vererbungslehre erschienen, zugleich eines, das so abgefaßt ist, daß auch der mit der allgemeinen Vererbungslehre noch nicht Vertraute es mit großem Nutzen durcharbeiten kann. (Aus der Natur).

Wie dringend wäre zu wünschen, daß dieses inhaltreiche Werk — namentlich der 2. Band — statt eines rasch vergänglichen Sensationsromans in allen gebildeten deutschen Familien Eingang fände. Prof J. Unold (Der Tag).

J. F. Lehmanns Verlag.

Dr. Hans F. K. Günther

Rassenkunde des deutschen Volkes

4. unveränderte Auflage 1924

Mit 14 Karten und 537 Abbildungen

Preis in Ganzleinen geb. 11.— Gold-Mk.

Aus den Urteilen völkischer Zeitschriften:

Alldeutsche Blätter:

„In diesem prächtigen Buche, das u. a. das uneingeschränkte Lob Ludendorffs und H. St. Chamberlains erworben hat, sind die wissenschaftlich begründeten Ergebnisse der Anthropologie und Biologie in allgemein verständlicher Form dem Leser zugänglich gemacht. Ausgezeichnete Bildbeilagen erhöhen den Wert des Buches, das für rassische Erkenntnis unseres Volkstums unentbehrlich genannt werden darf."

*

Das Bayerland:

„Der unverlierbare Gewinn, den wir aus dem Werk schöpfen, ist die Erkenntnis, daß höchstes Gut und heiligste Pflicht die Erhaltung der nordischen Rasse ist. Versiegen des nordischen Blutes bedeutet Schwinden der aufbauenden Kräfte, Verarmung an führenden Persönlichkeiten, Zunahme der Pöbelherrschaft, Eintritt der Zersetzung.

*

Deutsches Offizierblatt:

Das Buch wird allen denen hochwillkommen sein, die das Wort Rasse nicht nur als Schlagwort im Munde führen, sondern in das Wesen dieser schwierigen Frage eindringen wollen. Es ist für jeden unentbehrlich, der über sein deutsches Volkstum sich klar werden will."

*

Deutsches Adelsblatt:

„Alle, die den großen Fragen der Kultur und des Daseins der Völker bis zur Wurzel nachgehen und aus dem Verständnis der tiefsten Zusammenhänge die Aufgaben der Zukunft ableiten wollen, sollten zu diesem Buche greifen. Der drohenden Gefahr eines „zu spät" müssen wir auf diesem wichtigsten aller Gebiete zuvorkommen. Und der deutsche Adel sollte seinem ganzen Wesen nach gerade hier in vorderster Reihe kämpfen.

*

Die Tradition:

„Ehrenvolle Pflicht und ein Vergnügen ist es, auf dies Buch weiteste Kreise aufmerksam zu machen."

J. F. Lehmanns Verlag.

Deutschlands Wiedergeburt

dem deutschen Volke gewidmet von einem Österreicher

Nachnahme 7.— Goldmark.

Arkana-Verlag, Cassel.

Deutſchlands Erneuerung

Monatsſchrift für das deutſche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Profeſſor R. Gever-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Profeſſor Dr. Hartmann, Profeſſor Erich Jung, Dr. Erich Kühn, Geheimrat Prof. Dr. O. Schäfer, Reg.-Präſident a. D. Frhr. von Schwerin, Geheimrat R. Seeberg

Schriftleitung: Dr. Erich Kühn. — Verlag: J. F. Lehmann, München

Poſtſcheckkonto des Verlags München 129. — Poſtſparkaſſe Wien 80 894 — Konto bei der Bayeriſchen Vereinsbank München. — Konto bei der Kreditanſtalt der Deutſchen e. G. m. b. H. Prag II, Krakauergaſſe 11 (Poſtſparkaſſenkonto der Kreditanſtalt: Prag 40 585) — Schweizeriſche Poſtſcheckrechnung III 4845

8. Jahrgang 1924 Heft 1 Januar

AI 30
D56
v. 8:1-2

Ludendorff.

Und als die Gewehre ſie ſchlugen an,
Einer ſchritt ihnen entgegen, ein Mann!
Aufrecht und kühn in Not und Gefahr,
Wie einſt bei Lüttich voraus der Schar —
Ludendorff!

Brach auch ſein Wort ſo mancher Wicht,
Einer drehte und deutelte nicht.
„Treue um Treue! — So ſei's getan!"
Ging's in den Tod — er war voran,
Ludendorff!

Schweren Dienſt die Reichswehr tat,
Seinem Befehl gehorcht der Soldat.
„Feuer!" Da ſank manch Treuer hin;
Keine Kugel aber traf ihn,
Ludendorff!

Deutſche Kugel aus deutſchem Rohr
Sang gar ſeltſam um ſein Ohr:
„Schergenwillens ſpotte ich;
Gottes Segen doch über dich,
Ludendorff!"

Gottfried Nickl.

Houston Stewart Chamberlain an Adolf Hitler.[1]

Bayreuth, den 7. Oktober 1923.

Sehr geehrter, lieber Herr Hitler!

Sie haben alles Recht, diesen Überfall nicht zu erwarten; haben Sie doch nun eigenen Augen erlebt, wie schwer ich Worte auszusprechen vermag. Jedoch ich vermag dem Drange, einige Worte zu Ihnen zu sprechen, nicht zu widerstehen. Ich denke es mir aber ganz einseitig — das heißt, ich erwarte keine Antwort von Ihnen.

Es hat meine Gedanken beschäftigt, wieso gerade Sie, der Sie in so seltenem Grade ein Erwecker der Seelen aus Schlaf und Schlendrian sind, mir einen so langen und erquickenden Schlaf neulich schenkten, wie ich einen ähnlichen nicht erlebt habe seit dem verhängnisvollen Tag des August 1914, wo das tückische Leiden mich befiel.

Jetzt glaube ich einzusehen, daß dies Ihr Wesen bezeichnet und sozusagen umschließt: *der wahre Erwecker ist zugleich Spender der Ruhe.* Sie sind ja gar nicht, wie Sie mir geschildert waren, ein Fanatiker, vielmehr möchte ich Sie als den unmittelbaren Gegensatz eines Fanatikers bezeichnen. Der Fanatiker erhitzt die Köpfe; Sie erwärmen die Herzen. Der Fanatiker will überreden; Sie wollen überzeugen — nur überzeugen — und darum gelingt es Ihnen auch. Ja, ich möchte Sie ebenfalls für das Gegenteil eines Politikers — dieses Wort im landläufigen Sinne aufgefaßt — erklären; denn die Achse aller Politik ist die Parteiangehörigkeit, während bei Ihnen alle Parteien verschwinden — aufgezehrt von der Glut der Vaterlandsliebe. Es war, meine ich, das Unglück unseres großen Bismarck, daß er durch den Gang seines Schicksals — beileibe nicht durch angeborene Anlagen — ein bißchen zu sehr mit dem politischen Leben verwickelt war; möchte Ihnen dieses Los erspart bleiben!

Sie haben Gewaltiges zu leisten vor sich, aber trotz ihrer Willenskraft halte ich Sie nicht für einen Gewaltmenschen. Sie kennen Goethes Unterscheidung zwischen Gewalt und Gewalt. Es gibt eine Gewalt, die aus Chaos stammt und zu Chaos hinführt, und es gibt eine Gewalt, deren Wesen es ist, Kosmos zu gestalten; und von dieser sagt er: „Sie bildet regelnd jegliche Gestalt und selbst im Großen ist es nicht Gewalt!" In solchem, Kosmos bildenden Sinne meine ich es, wenn ich Sie zu den auferbauenden, nicht zu den gewaltsamen Menschen gezählt wissen will. Ich frage mich immer, ob der Mangel an politischem Instinkt, der an den Deutschen so allgemein gerügt wird, nicht ein Symptom für eine viel tiefere staatsbildende Anlage ist? Des Deutschen Organisationstalent ist jedenfalls unübertroffen (siehe z. B. Kiautschau), und seine wissenschaftliche Befähigung bleibt unerreicht. Darauf habe ich meine Hoffnungen aufgebaut in meiner Schrift „Politische Ideale". Das Ideal der Politik wäre, *keine* zu haben, aber diese Nichtpolitik müßte freimütig bekannt und mit Macht der Welt aufgedrungen werden. Nichts wird erreicht, so lange das parlamentarische System herrscht. Für das haben

[1] Abdruck unter Quellenangabe gestattet. Der Verlag.

die Deutschen, weiß Gott, keinen Funken Talent. Sein Obwalten halte ich für das größte Unglück; es kann nur immer und immer wieder in den Sumpf führen und alle Pläne für Genesung und Hebung des Vaterlandes zu Fall bringen.

Aber ich weiche ab von meinem Thema: denn ich wollte nur von Ihnen sprechen. Daß Sie mir Ruhe gaben, liegt sehr viel an Ihrem Auge und an ihren Handgebärden. Ihr Auge ist gleichsam mit Händen begabt: es erfaßt den Menschen und hält ihn fest, und es ist Ihnen eigentümlich, in jedem Augenblick die Rede an einen besonderen unter den Zuhörern zu richten — das bemerkte ich als durchaus charakteristisch. Und was die Hände anbetrifft, sie sind so ausdrucksvoll in ihren Bewegungen, daß sie hierin mit den Augen wetteifern. So ein Mann kann schon einem armen geplagten Geist Ruhe spenden! Und gar wenn er dem Dienste des Vaterlandes gewidmet ist!

Mein Glauben an das Deutschtum hat nicht einen Augenblick gewankt. Jedoch hatte mein Hoffen — ich gestehe es — eine tiefe Ebbe erreicht. Sie haben den Zustand meiner Seele mit einem Schlage umgewandelt. Daß Deutschland in der Stunde seiner höchsten Not sich einen Hitler gebiert, das bezeugt sein Lebendigsein. — Desgleichen die Wirkungen, die von ihm ausgehen. Denn diese zwei Dinge — die Persönlichkeit und ihre Wirkung — gehören zusammen. Daß der großartige Ludendorff sich offen Ihnen anschließt und sich zu der Bewegung bekennt, die von Ihnen ausgeht: welch herrliche Bestätigung. Ich dürfte billig einschlafen und hätte auch nicht nötig gehabt, wieder zu erwachen.

Gottes Schutz sei bei Ihnen!

Houston Stewart Chamberlain.

Für Staatsmänner und andere Sterbliche.

„Der ehrenhafte und tapfere Mann zögert keinen Augenblick, wenn er zwischen Tod und Schande zu wählen hat. So ließ sich der Republikaner Sir John Eliot mutig zum Tode führen und sagte: ‚Lieber erleide ich tausend Tode, als daß ich mein Gewissen besudle, dessen Reinheit und Keuschheit ich höher schätze als alles in der Welt.' —

Ein großer Teil des Unglücks und zugleich viel von dem Laster der Welt entsteht durch Schwäche und Unentschlossenheit, mit anderen Worten durch Mangel an Mut. Die Menschen wissen vielleicht was recht ist, und haben doch nicht den Mut, recht zu handeln; sie erkennen vielleicht die Pflicht, die ihnen obliegt, aber sie raffen sich nicht zu der Entschlossenheit auf, die zur Pflichterfüllung erforderlich ist."

(Aus Samuel Smiles: Der Charakter.)

❖

Ludendorff über Weltpolitik.[1])

Fragen des Korrespondenten der Chicago Tribune Foreign News Service an General Ludendorff. (Vom 27. November 1923).

1. Angenommen, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leben kann — was ist Ew. Exzellenz politisches und militärisches Programm für die Gesundung Deutschlands?

2. Ist es Ew. Exzellenz Meinung, daß das Elend Deutschlands durch die auswärtige Politik seiner Kanzler und Regierungen seit der Revolution verschuldet wurde; bejahendenfalls: wie hätte Deutschland die französische Bedrückung, den Vertrag von Versailles, die Ruhrbesetzung usw. vermeiden bzw. abwenden können?

3. Welches sind nach Ew. Exzellenz Meinung die letzten Ziele der französischen Politik?

4. Welche Schritte würden Ew. Exzellenz England und Amerika empfehlen oder — falls die Frage in dieser Form nicht genehm ist — was würden Ew. Exzellenz für geeignet halten, um Frankreich zu veranlassen, seine Politik der Zerstörung Deutschlands zu ändern?

5. Glauben Exzellenz, daß Deutschland ohne auswärtige Hilfe in der Lage ist, den Wiederaufbau durchzuführen und die Wiedervereinigung mit den bedrohten Provinzen herzustellen?

6. Welches wären nach Ew. Exzellenz Meinung die Möglichkeiten eines neuen Weltkrieges, welches die Aussichten einer neuen Mächtegruppierung, welches deren Arten, welches endlich die Motive, die England, Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland zu einem solchen Kriege zwingen könnten; und glauben Ew. Exzellenz, daß auch Amerika in einen solchen verwickelt würde?

Antwort des Generals Ludendorff.

Die Fragen, die Sie mir stellen, bleiben an der Oberfläche haften. Sie entsprechen der landläufigen und oberflächlichen Auffassung der Dinge und des weltgeschichtlichen Geschehens, die alles andere ist als Wirklichkeit.

Nichts kann Frankreich und die es leitenden internationalen Gewalten, deren Vorhandensein vielleicht nur noch das weltfremde Volk der Vereinigten Staaten leugnet, davon abhalten, Deutschland und namentlich Preußen und damit die germanische Weltanschauung der Wahrheit, Ehre und Treue, und des höchsten sittlichen Idealismus zu zerschlagen. Damit verstopfen sie einer Macht und einem Volke, die in der Weltordnung den hervorragendsten Platz einnahmen, die Urquellen ihrer Größe und machen sie für immer unschädlich, als gefährlichste Gegner auf allen Gebieten. Nur das deutsche Volk allein kann sich selbst retten. Aber weite Kreise des deutschen Volkes und namentlich der oberen Schichten handeln im Sinne der gleichen internationalen Gewalten, die in den meisten andern Ländern und Völkern sich der natürlichen, nationalen Instinkte für ihre Zwecke bedienen. In Amerika ist das nicht anders, mögen Sie mir glauben oder nicht.

[1]) Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Der Verlag.

Das ist der Hintergrund für die Tagesereignisse, und ein Stück Weltgeschichte haben Sie sich in München in diesen Tagen abspielen sehen.

Hieraus gibt es nur den einen Weg, daß die Völker sich auf sich selbst und auf ihr Volkstum besinnen, Rechenschaft fordern, wer eigentlich bei ihnen herrscht, und das Gefühl für Wahrheit, Ehre, Treue und Mannhaftigkeit trotz einer elenden Presse zum Siege führen gegen das Lügensystem, das seit Deutschlands Selbstentwaffnung und Unehrlichwerden, seit dem Wilson-Betrug die Welt uneingeschränkt beherrscht. Selbstverständlich müssen in Deutschland noch die Träger solchen Gefühls, d. h. Menschen übrig bleiben. Aber heute stirbt das deutsche Volk und namentlich die Volkskreise, die Träger dieses Gefühls waren, genau so, wie das russische Volk, dessen Lebensmittelproduktion schärfer zurückgeht, als die Sterblichkeit zunimmt, ohne daß die scheinheilige Welt nur einen kleinen Finger rührt.

Sie fragen etwa: Was ist am Unglück Deutschlands schuld? Nun, die Feinde des deutschen Volkes und seiner Weltanschauung, die den Krieg hervorgerufen haben. Poincaré geht jetzt den Weg weiter, den er gehen muß und gehen will. Keine Macht wird ihm ernstlich in den Arm fallen; denn hinter ihnen allen stehen die gleichen Hintermänner wie hinter Frankreich. In Deutschland ist es schließlich ebenso.

Welches Interesse der wirkliche Engländer, der wirkliche Franzose und wirkliche Amerikaner an dem Verhungern und Verderben des deutschen Volkes hat, das mögen diese sich selbst beantworten, aber sich vorher recht klar in ihren eigenen Ländern umsehen: sie werden da Erstaunliches wahrnehmen.

In Deutschland kommt die Rettung allein durch einen Zusammenschluß auf dem Boden von Wahrheit, Ehre, Treue und Mannhaftigkeit und durch die Bewahrung des Volkes vor dem Hungertode. Weit ist das deutsche Volk davon entfernt. Seine sittliche Korruptheit, namentlich in seinen oberen Ständen, die ich bereits erwähnte, und die Selbstsucht der besitzenden Klassen ist zu groß.

Erst wenn das Volk lebt und ehrlich ist, kann es an Macht und Freiheit denken. Alles geht in eins zusammen. Wenn die Feinde auch wissen, daß unsere Ansichten machtvoll an Boden gewinnen, wir sind uns ganz klar, daß genau so, wie ein Sieg Deutschlands im Weltkriege stets mit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg rechnen mußte, heute eine Gesundung Deutschlands mit der Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich und dessen Vasallen rechnen muß. Aus diesem Dilemma kommt Deutschland nie heraus, es sei denn, daß es ein- für allemal auf eine Wiedergenesung verzichtet.

Suchen Sie in der von mir skizzierten Richtung die Lösung der Probleme des Werdens und Verderbens, und Sie werden zur Errettung der Menschheit beitragen, deren sie so dringend bedarf.

29. November 1923.

gez. Ludendorff.

Ehrhardt an Dr. Erich Kühn,

Herausgeber von „Deutschlands Erneuerung“.[1])

Sehr geehrter Herr Kühn!

Gerne entspreche ich Ihrem Wunsche, in Ihrer Zeitschrift, deren wertvolle Arbeit ich stets mit großem Interesse verfolgt habe, zu Worte zu kommen. Ich tue das um so lieber, als mir Ihre Bemühungen um eine Einigung der völkischen Bewegung bekannt sind und auch ich diese Einigung für unerläßlich nötig halte, wenn nicht die gesamte national-völkische Bewegung und damit die Zukunft Deutschlands vernichtet werden soll.

Den schwersten Schlag hat unsere völkische Bewegung durch den 8./9. November erhalten. Nicht durch das Mißlingen dieses Staatsstreiches selbst, denn eine junge Bewegung wird, bis sie zum Ziele kommt, immer Schlachten verlieren. Und aus verlorenen Schlachten soll man lernen, wie man es nicht machen darf.

Das Unglück dieses in der deutschen Geschichte schwarzen Tages liegt darin, daß nach dieser schweren Niederlage keine Einigung aller völkischen Kreise erzielt werden konnte, sondern im Gegenteil verbitterte Führer und Verbände in blindem Zorn ihre Waffen gegen die eigenen Reihen richten. Es scheint die Tragik der Deutschen zu sein, daß die Besten immer im Bruderkampfe fallen sollen.

Wenn auch die Erbitterung der um ihre Hoffnung Betrogenen menschlich verständlich ist, so hätte doch nie die Urteilslosigkeit so weit gehen dürfen, wie dies in der maßlosen, auf den 8./9. November folgenden Hetze der Fall war. Besonders bedaure ich, daß der historische Name Ludendorffs in diesem Kampfe als Parteigänger auftritt. Dieser Name sollte m. E. nicht im Parteigetriebe abgenützt, sondern der gesamten Nation für den großen historischen Augenblick aufgespart werden.

Die Hetze richtet sich von seiten der verborgenen Drahtzieher auch gegen meine Person und gegen meine Anhänger. Nachdem zur Freude unserer Gegner der Kampf in die Öffentlichkeit und Presse getragen wurde, bin auch ich genötigt, mich zu wehren, nicht aus persönlichen Gründen, sondern der großen Sache wegen, der ich und meine Anhänger dienen.

Trotz vieler Aufforderungen meiner Freunde, auch meinerseits in die Öffentlichkeit zu gehen, habe ich bisher geschwiegen und werde in Zukunft auch nur in der äußersten Notwehr unsere berechtigten Interessen öffentlich wahren. Die meisten der gegen mich erhobenen Angriffe sind derart, daß ich nur das Rezept des alten Fritz befolgen kann und zurufe:

„Niedriger hängen!“

Nur auf einen Vorwurf will ich eingehen, weil dieser die beste Illustration zu dem Thema ist, weswegen ich die Feder ergriffen habe. Es ist der Vorwurf: Ich sei nicht völkisch und käme als nationaler völkischer Führer nicht in Betracht.

Zu diesem Punkte muß und will ich Stellung nehmen, da dieser Angriff nicht gegen meine Person geht, sondern weil damit der Glaube meiner Anhänger an ihre und unsere gute Sache den Todesstoß bekommen soll.

[1]) Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Der Verlag.

Als einer der ersten Verbände hat die II. Marinebrigade das Banner schwarz-weiß-rot in Deutschland wieder aufgerichtet, als viele unserer heutigen Verleumder hinter dem Ofen saßen. Die Geschichte der Marinebrigade ist mit Blut geschrieben im deutschen Freiheitskampf in den Namen Braunschweig, München, Berlin, Oberschlesien. Mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm ist die II. Marinebrigade in Berlin eingezogen, und selbst unsere erbittertsten Feinde mußten in der Öffentlichkeit dem vorbildlichen Geist der Brigade Achtung zollen. Nach Auflösung der Brigade ist das Band der geistigen Gemeinschaft nur enger geschmiedet worden. Unter meinen Führern ist keiner, der seine unwandelbare Treue zur nationalen und völkischen Sache nicht mit Monaten Gefängnishaft bewiesen hat.

Meine Führer haben nicht unter dem Schutze der Abgeordnetenimmunität oder in der Sicherheit Bayerns gearbeitet, sondern lagen in Vorpostenstellung im roten Preußen als Pioniere des völkischen und nationalen Gedankens. Unser Kampf für die völkische Zukunft wurde in mühsamer Kleinarbeit geleistet, und wer unsere Ziele nicht kennt, kann sie in „Deutschlands Zukunft“ [1]) und in unserer Zeitschrift „Wiking“ nachlesen, wo wir zu einer Zeit kämpften, als viele unserer heutigen Gegner sich noch vorsichtig zurückhielten; Leute, die ihr völkisches Herz erst entdeckten, als — eine direkte Folge des Kapp-Putsches — in Bayern eine nationale Regierung und Richtung ans Ruder kam.

Ich rede hier nicht von meiner Arbeit oder gar von Verdiensten, die ich mir anmaße. Meine Arbeit ist ein Bruchteil der großen völkischen Bewegung und ist kein Verdienst, sondern Pflicht.

Und in diesem Sinne möchte ich auch die Arbeit vieler Gegner gewürdigt sehen, die mich heute angreifen. Achtung vor der Arbeit des Anderen!

Die völkische Bewegung ist nicht von einer Gruppe gepachtet und in deren Alleinbesitz. Die gemeinsame Arbeit aller völkischen Verbände hat die völkische Bewegung geschaffen. Es liegt in der Natur der völkischen Bewegung, daß nicht alle Verbände genau gleich formulierte Ziele haben können. Jeder Verband wird gemäß seinem Aufbau auf anderem Wege dem großen Ziele zustreben. Aber die völkische Bewegung wird nur zum selbstgesteckten Ziele kommen, wenn das kleine Trennende hinter die gemeinsamen großen Richtlinien zurücktritt.

Ich schließe mit dem Wahlspruch meiner ehemaligen II. Marinebrigade:

„Ob sie dich durchbohren,
Trutze drum und ficht!
Gib dich selbst verloren,
Doch dein Banner nicht.

And're werden's schwingen,
Wenn man dich begräbt,
Und das Heil erringen,
Das dir vorgeschwebt.“

München, 20. Dezember 1923. Ehrhardt.

[1]) „Deutschlands Zukunft“ von Kap. Ehrhardt erschienen bei J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis: Goldmark 0.30.

Der Marxismus.

Von Dr. Franz Schweinitzhaupt, Innsbruck.

Es ist eine sich immer wiederholende Tragik des Menschen, daß die höchsten Ideen, die das Menschenherz gefangen nehmen, scheitern an der Durchführung. Sie leiden Schiffbruch an der Unvollkommenheit und am Eigennutze des Menschen. Der Drang nach Erlösung, nach Glück und Wohlsein ist uns allen eigen. Erlösungsbedürfnis ist der Kern aller Religionen, sei es, daß es sich um überirdische Hoffnungen des Christentumes oder um das Nirwana der Inder handelt. Aller Idealismus der Religionsstifter und führenden Geister vermochte aber den Charakter des Typus „Mensch" noch nicht zu ändern. Es ist ein Unausrottbares in ihm: das Gebundensein an alles Irdische. Hunger, Fortpflanzungstrieb und Drang nach Besitz machen ihn zum Kämpfer, ihn allein und die Herde. Der Rücksichtsloseste, Kräftigste, Zäheste setzt sich durch, wird Führer, Tyrann; das Schwache und nicht Lebensfähige wird zertreten, geht zugrunde. Zu allen Zeiten der Geschichte hat sich der Kampf aller gegen alle in stets veränderter Form wiederholt. Der Kampf um den Futterplatz entfesselte Völkerwanderungen, der Drang nach Gold führte zu Entdeckungsfahrten und zur Gründung von Kolonien, die Überwindung von Raum und Zeit durch die Technik, die Maschine und das Fabrikswesen hatte die tiefgehendsten sozialen Umschichtungen zur Folge, vor allem aber die Kapitalsbildung. Technik und Markt wurden durchsetzt vom Geiste des Kapitalismus, in dessen Grenzen das Recht des Stärkeren gilt wie nirgends. Krise, Zusammenbruch, Hochkonjunktur kehren wieder im nie rastenden Rade modernen Wirtschaftslebens. Dieses durchbricht die Staats- und Völkergrenzen. Der Kampf um den Markt beschwor unzählige Kriege herauf, das Zeitalter der Weltwirtschaft bereitete den Weltkrieg vor und machte ihn unabwendbar.

Unter all diesen Kämpfen windet sich die soziale Frage hindurch, die so lange bestehen bleibt als es Menschen gibt und deren Lösung in immer anderen Formen versucht werden wird. Diese Lösungsversuche traten in der Geschichte auf als Völkerwanderungen, Entdeckungsfahrten und Eroberungen, als Bauernbefreiungen und Arbeiterkämpfe, als Revolutionen und Kriege, die wiederum den größten Ansporn gaben zu neuer Kapitalsbildung.

Technik, Krieg und Kapitalismus sind in einer steten Wechselwirkung und in unlösbarer Verbindung, vom Altertume bis auf die neuesten Zeiten. Sie verursachten die größte Umschichtung der Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren triumphiert, unbekümmert um Gottes- und Menschheitsideen, um internationales oder Weltgewissen, um Völkerrecht oder Völkerbund.

Es bildeten sich zwei Lager oder Klassen, deren Gegensätze mit den Fortschritten des Kapitalismus und der Technik immer schärfere wurden:

Hie: Besitzende, Kapitalsmagnaten, Unternehmer, Schaffende, Raffende, Tyrannen des Wirtschaftslebens.

Da: Enterbte, Besitzlose, Arbeitende, Darbende, Lasttiere des Wirtschaftslebens.

Und über all dem schwebte der Geist des Smithianismus, der Wirtschaftsliberalismus, Gournays: Laissez faire, laissez allez oder das „Recht des Stärkeren".

Die Klassenkämpfe spielten sich ab, ehe noch das Wort in seiner partei-

politischen Bedeutung geprägt war. Nur die Formen haben gewechselt. Im Zeitalter der Technik und des Kapitalismus, des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft erreichten sie die erbittertsten Formen. Der Wirtschaftsliberalismus und materialistisches Wirtschaftsdenken trugen den Geist des Materialismus ins andere Lager, ins Lager der Abwehr. Beiden Klassen galt es, so viele Güteranteile am Sozialprodukt als nur möglich durch Kampf zu erreichen. Das Streben nach Menschenwürde, nach Höherentwicklung und vernunftmäßiger Gerechtigkeit wurde herabgezogen in die niederste Parteipolitik, es wurde über die Grenzen des eigenen Staates und Volkes hineingetragen und wieder hinausgetragen, es wurde internationalisiert so wie das Wirtschaftsleben. Dagegen waren die religiösen Ideen und die Eingriffe des Staates machtlos oder nahezu machtlos. Freilich vermag religiöser Glaube so viel, daß der Einzelne irdisches Leid und alle Qualen des Diesseits leichter trägt in der Hoffnung auf das bessere Jenseits, auf die Profitrate und die Dividenden aber hat er wenig Einfluß. Der Staat suchte einzugreifen durch seine sozialpolitische Gesetzgebung; sie wird aber den Wirtschaftsmaterialismus niemals umkrempeln.

Dagegen wirkten die Schriften der Aufklärung in England und in Frankreich, wenn auch langsam, so doch zähe und sicher. Sie revolutionierten die Geister und bereiteten die politische Revolution vor. Wie in einem Brandherd schwelte die Empörung über Aussaugung, Bedrückung, politische und wirtschaftliche Rechtlosigkeit. Aber die Revolution brachte nicht die ersehnte Befreiung, sie setzte das Bürgertum in den Sattel, dem die Hoffnungen und Sehnsüchte des vierten Standes wenig Kopfzerbrechen machten. Enttäuscht wandten sich Geister wie Immanuel Kant, Herder, Schiller, Goethe von den Ergebnissen der Revolution ab. Religion, Staat und Revolution waren an der sozialen Frage gescheitert. Warum? — An der blonden Bestie! Sie lebt immerdar und überall, sie ist das Unausrottbare im Herren- wie im Herdenmenschen, sie ist die Tragik des Menschen, die die höchsten Ideen scheitern läßt.

Es wird noch langer Zeiten bedürfen, ehe das, was wir soziale Gerechtigkeit nennen, zum Durchbruch kommt, weil die einzelnen Völker geistig noch gar nicht vorbereitet sind; weil Technik und Kapitalismus, Weltverkehr und Weltwirtschaft den kulturellen Eigenwert vernichten; weil sie den Einzelnen und das Volk entpersönlichen. Soziale Gerechtigkeit läßt sich nur aufbauen auf sittlichem Eigenwert und völkischer Kultur, einschließlich der religiösen Ideen. An dem Nichterkennen dieser Zusammenhänge leiden die Gedankengänge eines Kant, Hegel und Feuerbach Schiffbruch, die bis zu einem gewissen Grade als die Vorväter des Marxismus anzusehen sind.

Kant und Schiller gehörten dem Zeitalter des Weltbürgertums an. Kant glaubte ein Zeitalter vorauszusehen, in dem ein Bund freier Republiken den Weltfrieden sichert, während Schiller sich später von den weltbürgerlichen Idealen eines Marquis Posa abgekehrt hat und zum Dichter des Wallenstein und Wilhelm Tell wurde. Das Weltbürgertum suchte zusammenzufassen, was innerlich noch nicht geeint war; es ist die geistige Erneuerung des Humanismus gewesen, der Internationale des XVI. Jahrhunderts. Humanismus und Weltbürgertum haben den deutschen Nationalstaat noch nicht gesehen, und sie konnten sich daher in der Kultur der Völker noch nicht verankern. Der kühne Gedankenflug einzelner eilte der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit weit voraus; diese geht langsam und zähe vor sich, und geschichtliche Zusammenhänge lassen sich niemals zerreißen, wenigstens nicht ungestraft. Auch die Natur macht keine

Der Marxismus.

Von Dr. Franz Schweinitzhaupt, Innsbruck.

Es ist eine sich immer wiederholende Tragik des Menschen, daß die höchsten Ideen, die das Menschenherz gefangen nehmen, scheitern an der Durchführung. Sie leiden Schiffbruch an der Unvollkommenheit und am Eigennutze des Menschen. Der Drang nach Erlösung, nach Glück und Wohlsein ist uns allen eigen. Erlösungsbedürfnis ist der Kern aller Religionen, sei es, daß es sich um überirdische Hoffnungen des Christentumes oder um das Nirwana der Inder handelt. Aller Idealismus der Religionsstifter und führenden Geister vermochte aber den Charakter des Typus „Mensch" noch nicht zu ändern. Es ist ein Unausrottbares in ihm: das Gebundensein an alles Irdische. Hunger, Fortpflanzungstrieb und Drang nach Besitz machen ihn zum Kämpfer, ihn allein und die Herde. Der Rücksichtsloseste, Kräftigste, Zäheste setzt sich durch, wird Führer, Tyrann; das Schwache und nicht Lebensfähige wird zertreten, geht zugrunde. Zu allen Zeiten der Geschichte hat sich der Kampf aller gegen alle in stets veränderter Form wiederholt. Der Kampf um den Futterplatz entfesselte Völkerwanderungen, der Drang nach Gold führte zu Entdeckungsfahrten und zur Gründung von Kolonien, die Überwindung von Raum und Zeit durch die Technik, die Maschine und das Fabrikswesen hatte die tiefgehendsten sozialen Umschichtungen zur Folge, vor allem aber die Kapitalsbildung. Technik und Markt wurden durchsetzt vom Geiste des Kapitalismus, in dessen Grenzen das Recht des Stärkeren gilt wie nirgends. Krise, Zusammenbruch, Hochkonjunktur kehren wieder im nie rastenden Rade modernen Wirtschaftslebens. Dieses durchbricht die Staats- und Völkergrenzen. Der Kampf um den Markt beschwor unzählige Kriege herauf, das Zeitalter der Weltwirtschaft bereitete den Weltkrieg vor und machte ihn unabwendbar.

Unter all diesen Kämpfen windet sich die soziale Frage hindurch, die so lange bestehen bleibt als es Menschen gibt und deren Lösung in immer anderen Formen versucht werden wird. Diese Lösungsversuche traten in der Geschichte auf als Völkerwanderungen, Entdeckungsfahrten und Eroberungen, als Bauernbefreiungen und Arbeiterkämpfe, als Revolutionen und Kriege, die wiederum den größten Ansporn gaben zu neuer Kapitalsbildung.

Technik, Krieg und Kapitalismus sind in einer steten Wechselwirkung und in unlösbarer Verbindung, vom Altertume bis auf die neuesten Zeiten. Sie verursachten die größte Umschichtung der Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren triumphiert, unbekümmert um Gottes- und Menschheitsideen, um internationales oder Weltgewissen, um Völkerrecht oder Völkerbund.

Es bildeten sich zwei Lager oder Klassen, deren Gegensätze mit den Fortschritten des Kapitalismus und der Technik immer schärfere wurden:

Hie: Besitzende, Kapitalsmagnaten, Unternehmer, Schaffende, Raffende, Tyrannen des Wirtschaftslebens.

Da: Enterbte, Besitzlose, Arbeitende, Darbende, Lasttiere des Wirtschaftslebens.

Und über all dem schwebte der Geist des Smithianismus, der Wirtschaftsliberalismus, Gournays: Laissez faire, laissez allez oder das „Recht des Stärkeren".

Die Klassenkämpfe spielten sich ab, ehe noch das Wort in seiner partei-

politischen Bedeutung geprägt war. Nur die Formen haben gewechselt. Im Zeitalter der Technik und des Kapitalismus, des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft erreichten sie die erbittertsten Formen. Der Wirtschaftsliberalismus und materialistisches Wirtschaftsdenken trugen den Geist des Materialismus ins andere Lager, ins Lager der Abwehr. Beiden Klassen galt es, so viele Güteranteile am Sozialprodukt als nur möglich durch Kampf zu erreichen. Das Streben nach Menschenwürde, nach Höherentwicklung und vernunftmäßiger Gerechtigkeit wurde herabgezogen in die niederste Parteipolitik, es wurde über die Grenzen des eigenen Staates und Volkes hineingetragen und wieder hinausgetragen, es wurde internationalisiert so wie das Wirtschaftsleben. Dagegen waren die religiösen Ideen und die Eingriffe des Staates machtlos oder nahezu machtlos. Freilich vermag religiöser Glaube so viel, daß der Einzelne irdisches Leid und alle Qualen des Diesseits leichter trägt in der Hoffnung auf das bessere Jenseits, auf die Profitrate und die Dividenden aber hat er wenig Einfluß. Der Staat suchte einzugreifen durch seine sozialpolitische Gesetzgebung; sie wird aber den Wirtschaftsmaterialismus niemals umkrempeln.

Dagegen wirkten die Schriften der Aufklärung in England und in Frankreich, wenn auch langsam, so doch zähe und sicher. Sie revolutionierten die Geister und bereiteten die politische Revolution vor. Wie in einem Brandherd schwelte die Empörung über Aussaugung, Bedrückung, politische und wirtschaftliche Rechtlosigkeit. Aber die Revolution brachte nicht die ersehnte Befreiung, sie setzte das Bürgertum in den Sattel, dem die Hoffnungen und Sehnsüchte des vierten Standes wenig Kopfzerbrechen machten. Enttäuscht wandten sich Geister wie Immanuel Kant, Herder, Schiller, Goethe von den Ergebnissen der Revolution ab. Religion, Staat und Revolution waren an der sozialen Frage gescheitert. Warum? — An der blonden Bestie! Sie lebt immerdar und überall, sie ist das Unausrottbare im Herren- wie im Herdenmenschen, sie ist die Tragik des Menschen, die die höchsten Ideen scheitern läßt.

Es wird noch langer Zeiten bedürfen, ehe das, was wir soziale Gerechtigkeit nennen, zum Durchbruch kommt, weil die einzelnen Völker geistig noch gar nicht vorbereitet sind; weil Technik und Kapitalismus, Weltverkehr und Weltwirtschaft den kulturellen Eigenwert vernichten; weil sie den Einzelnen und das Volk entpersönlichen. Soziale Gerechtigkeit läßt sich nur aufbauen auf sittlichem Eigenwert und völkischer Kultur, einschließlich der religiösen Ideen. An dem Nichterkennen dieser Zusammenhänge leiden die Gedankengänge eines Kant, Hegel und Feuerbach Schiffbruch, die bis zu einem gewissen Grade als die Vorväter des Marxismus anzusehen sind.

Kant und Schiller gehörten dem Zeitalter des Weltbürgertums an. Kant glaubte ein Zeitalter vorauszusehen, in dem ein Bund freier Republiken den Weltfrieden sichert, während Schiller sich später von den weltbürgerlichen Idealen eines Marquis Posa abgekehrt hat und zum Dichter des Wallenstein und Wilhelm Tell wurde. Das Weltbürgertum suchte zusammenzufassen, was innerlich noch nicht geeint war; es ist die geistige Erneuerung des Humanismus gewesen, der Internationale des XVI. Jahrhunderts. Humanismus und Weltbürgertum haben den deutschen Nationalstaat noch nicht gesehen, und sie konnten sich daher in der Kultur der Völker noch nicht verankern. Der kühne Gedankenflug einzelner eilte der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit weit voraus; diese geht langsam und zähe vor sich, und geschichtliche Zusammenhänge lassen sich niemals zerreißen, wenigstens nicht ungestraft. Auch die Natur macht keine

Sprünge. Darauf hingewiesen zu haben, ist das Verdienst der deutschen Romantik, aus deren Ideenreichtum erst der nationale Staat geboren werden konnte, und sie ist auch, so merkwürdig es klingen mag, die Begründerin der materialistischen Geschichtsauffassung, was uns der Jude Marx freilich beharrlich verschwiegen hat.

Der junge Fichte wandelte zuerst in den Bahnen der Aufklärung und der französischen Revolution, bis er, wissenschaftlich geläutert, in seinem „geschlossenen Handelsstaat" zum Propheten eines nationalen Sozialismus wurde, freilich nicht im heutigen parteipolitischen Sinne. Seine Bedeutung aber ist es, den Wert der nationalen Erziehung erkannt zu haben. Seine Reden an die deutsche Nation waren mit den Predigten Schleiermachers die geistige Vorbereitung der Befreiungskämpfe des eisernen Jahres 1813. Eine Lösung der sozialen Frage hat auch er nur angedeutet und auch nur mittelbar in seinem geschlossenen Handelsstaate: den Ausgleich des Besitzes auf völkischem Boden.

Und Hegel? Er zeigt uns in seinem Denken ein Janus-Gesicht: Die national-konservative Seite, jene Gedankenrichtung, in der Julius Stahl weitergearbeitet hat, und die internationale, die Linke der Hegelschen Schule, deren Führer Feuerbach war. Hegels juridisch-staatliches Denken im Vereine mit dem Ideenreichtum eines Adam Müller ist die geistige Krönung der Romantik, der konservativ-romantische Ständestaat mit allen gotischen Verschnörkelungen und im Zusammenhange mit der bodenständigen Entwicklung weit abgekehrt vom politischen Ideal der westlerischen Aufklärung, die immer ein fremdes Element war im Entwicklungsgange des deutschen Volkes. Die soziale Frage wurde im romantischen Staatsideal durch die Hierarchie der Stände ausgeglichen, indem jedem Stande seine Rolle und Aufgabe im national-staatlichen Wirtschaftsleben zugedacht war um des Staates willen. Die andere Seite des Hegelschen Denkens war die weltphilosophisch-aufklärerische: der vernunftmäßige Fortschritt der Menschheit, ihr Weiter- und Höherentwickeln. Alles Seiende ist vernünftig und alles Vernünftige ist Sein = Vernunft. Es ist der ewige Sternenglaube an das Höhere, an das Unerreichbare, das Schreiten des Weltgeistes durch die Geschichte der Menschheit, des Weltgeistes, der sie immer höher führt. In diesem Gedanken aber hat sich Hegel so verrannt, daß er in seinen Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte Napoleon I. als die Verkörperung jenes Weltgeistes erklärte! Der französische Imperialismus aber hat uns der Menschheit Würde niemals verkündigt. An diese Gedankenrichtung hat Feuerbach angeknüpft: der allmählich fortschreitende Sieg der Vernunft in der Geschichte der Menschheit, dieser Gemeinsamkeits-Gedanke von Humanismus, Weltbürgertum und Internationale. Der Mensch ist der Mittelpunkt seiner Philosophie, die nichts anderes darstellt als die Auflösung alles Irrationalen, Überirdischen, Religiösen und Höheren in der Psychologie des Menschen. Kein Jenseits-, sondern ein Diesseitsglaube, kein überirdisches Wesen, sondern nur Personifikation verwandelter Menschheitswünsche, nicht Gottes-, sondern Gattungsglaube, Vermenschlichung Gottes und Vergöttlichung des Menschen. „Gott war mein erster Gedanke, die Vernunft mein zweiter, der Mensch mein dritter und letzter Gedanke" — Aufklärung und Loslösung des Menschen von kulturell-religiösen Zusammenhängen und Gegebenheiten. Er bereitet die Einstellung des Menschen auf sich selbst vor, die Atomisierung der Menschheit, Gedankengänge, die uns im Marxismus alle wieder begegnen werden. Diese Atomisierung löst auch den Begriff des Völkischen auf, nicht Volks-, sondern

Menschheitsglaube, Ablehnung der Staats- und Religionsautorität, Wider-Romantik, ein idealerer Anarchismus als der Max Stirners. Lösung der sozialen Frage durch Auflösung der religiösen und staatlichen Gesellschaft, das sind die geistigen Folgerungen der Philosophie Feuerbachs.

Es gibt kein Volk und keine Rasse, deren Psyche für die Aufnahme solcher Gedankengänge so vorbereitet und so geeignet wäre als die Juden. Ihre Zerstreuung über die ganze Welt hebt sie hinweg über den Begriff des Staates, ihre Religion ist „Recht" und nicht „Liebe", ihr Glaube geben und fordern, ihre Hoffnung und Seligkeit ist Herrschen durch Besitz. Der Unterton alles jüdischen Gefühlslebens ist Rache, Rache für Verfolgung und politische Entrechtung, für Ghetto und Verachtung. Der Jude ist ehrgeizig und völkisch zäh, sein Ideal ist schaffend Erraffen bei größter Rentabilität und geringster Arbeitsleistung. Aufklärung, Auflösung, politische Demokratie und wirtschaftlicher Absolutismus, Republik und Diktatur des Proletariats, das sind die logisch notwendigen idealen Forderungen des Judentums. Aufklärung durch Hohn und Spott über alles Geschichtliche, Auflösung von Staat und Gesellschaft durch die zielbewußte Zersetzungsarbeit des Klassenkampfes, durch das Aufpeitschen aller nackten Besitzinstinkte und Unzufriedenheiten, der Sturz alles Autoritären und Massenherrschaft, um in diesem Chaos den Thron des jüdischen Weltgottes, des Mammon, zu errichten; über den Weltkrieg zur Weltrevolution, das war der Geniestreich des Judentums. Lösung der sozialen Frage durch Alleinherrschaft des Judentums, das über den Besitz der fremden Völker verfügt. Die Juden und ihre Propheten wurden zu den religiösen Fanatikern des Sozialismus, zu denen auch der Jude Karl Marx gehört. „Wesentlich anders", sagt Hans Ehrenberg in den Sozialistischen Monatsheften Nr. 7/8 (1920), „steht es mit dem leidenschaftlichen und großen Sozialismus der jüdischen Propheten, von denen sich aller religiöse Sozialismus herleitet, und von denen sich direkt eine Brücke zu ihrem echten Nachfahren Karl Marx schlägt." Wollen wir den Gedanken festhalten: **Die Geburt des Marxismus aus dem religiösen Fanatismus des Judentums**, also aus Fremdgeistigem, nicht Bodenständigem!

Dieser Fanatismus ist der brennende Ansporn zum Revolutionären, zum Aufpeitschen der Massen, zur Hetze des Klassenkampfes.

In keinem Lande Europas war der Boden für den Klassenkampf so vorbereitet als in dem, im Verhältnis zum Kontinent industriell weit vorgeschrittenen England der 40er Jahre. **Friedrich Engels**, der Lebensgenosse Karl Marx' und Mitbegründer der marxistischen Lehren, hatte seine Heimat, das Wuppertal, mit seinen Fabrikstädten Barmen und Elberfeld, verlassen, um in fremdem Lande aus dem Unternehmeregoismus und dem Arbeiterelend in großem Stile die Ideen einzusaugen für den wissenschaftlichen Sozialismus und seine revolutionäre Triebkraft. 1845 erschien sein Buch: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England." Mit einer überwältigenden Anschaulichkeit schilderte er den deutschen Lesern die Besitz- und Klassengegensätze, wie er sie vorfand in den großen Industriestädten London, Dublin, Edinburgh, Liverpool, Bristol, Nottingham, Birmingham, Manchester usw.

„Mir ist nie", sagt er, „eine so tief demoralisierte, eine so unheilbar durch den Eigennutz verderbte, innerlich zerfressene und für allen Fortschritt unfähig gemachte Klasse vorgekommen, wie die englische Bourgeoisie." Mit einer schwer niederdrückenden Eindringlichkeit schilderte er daneben das Elendleben

der Arbeiter: die Wohnungsnot, die Herde von Krankheitskeimen, Unreinlichkeit, schlechte Ernährung, Prostitution und Diebstahl; das Elend als Wurzel des Verbrechens. Er beschrieb, wie die englischen Arbeiter schwer litten unter dem Wettbewerb der schmutzigen und trunksüchtigen irischen Einwanderer; denn das Agrarproletariat Irlands verließ sein Vaterland und wanderte in die englischen Fabriken ab. Krasse Unbildung, Trunksucht, geschlechtliche Ausschweifungen und Verbrechen waren stark in der englischen Arbeiterschaft verbreitet. Grauenhaft war das Überhandnehmen der billigeren Frauen- und Kinderarbeit. 14, 16, ja sogar 18 Stunden seufzten die armen Kinder an den Webstühlen, bleichsüchtig, unterernährt, unausgeschlafen, schmutzig. Schrecklich waren die Leiden der Bergarbeiter durch das Ungesunde ihrer Arbeit, die großen Gefahren, die lange Arbeitszeit und dazu die Ausbeutung durch die Unternehmer durch das niederträchtige Truck- und Cottagesystem.

Und so darf es nicht wundern, wenn Friedrich Engels seine Schrift schloß mit den eindringlichen Worten:

„Der Krieg der Armen gegen die Reichen, der jetzt schon im einzelnen und indirekt geführt wird, wird auch im allgemeinen, im ganzen und direkt in England geführt werden. Es ist zu spät zur friedlichen Lösung. Krieg den Palästen, Friede den Hütten."

Das Buch wirkte zündend in Deutschland. Viel tiefer als das Kommunistische Manifest von Marx und Engels aus dem Jahre 1847. Die Schrift von Engels war die Grundlage für das Manifest, das Evangelium des Marxismus, der seine Säfte aus fremdem Boden sog. Aus dem Elend der arbeitenden Klassen in England schöpfte der Marxismus seine revolutionäre Kraft, also nicht aus Bodenständigem, obwohl es auch in Deutschland genug Elend gab. So wurde die Saat des Hasses, der Verbitterung in alle Winde ausgestreut unter einer weit entfernten Idee der Menschenliebe, die James Mill als einen aufgeklärten Egoismus bezeichnete. Auch der Sozialismus ist im Grunde nichts anderes. Er erstrebt das Wohl der Gesamtheit und den Wohlstand aller, knüpft aber in seiner politischen Kampfmethode beim Egoismus des Einzelnen an. Der Vater des Sozialismus ist der englische Utilitätsgedanke Benthams: „The greatest heapiness of the greatest number", Das größtmöglichste Glück der größtmöglichsten Zahl. Also eine tiefe Wurzel des Marxismus im aufgeklärten Egoismus der englischen Philosophie, die ihre Wirkungen nach Frankreich und Deutschland ausstrahlte! Englische Philosophie und englisches Elend der arbeitenden Klassen die Quellen des deutschen Marxismus, und jüdischer Fanatismus seine revolutionäre treibende Kraft!

Eine weitere Quelle des Massenelendes waren die Fortschritte der internationalen Technik. 1764 wurde durch James Hargreaves die „Jenny" erfunden und 1767 die Spinning-throstle durch Richard Arkwright. Tausende von Arbeitskräften wurden unnütz und auf das Pflaster geworfen. Die Dampfkraft wurde zum König des Wirtschaftslebens. Edward P. Mead dichtete das Lied vom König Dampf:

Ein König lebt, ein zorniger Fürst,
Nicht des Dichters geträumtes Königsbild,
Ein Tyrann, den der weiße Sklave kennt,
Und der **Dampf** ist der König wild.

Er hat einen Arm, einen eisernen Arm,
Und obgleich er nur einen trägt;
In dem Arm schafft eine Zauberkraft
Die Millionen schlägt.

1835 waren in den drei englischen Reichen bereits 1315 Fabriken mit 71300 Arbeitern. Und König Dampf trat seinen unaufhaltsamen Siegeszug an über die Länder der Erde, freilich unter unbarmherzigem Elend der Massen. Durch die kapitalistische Ausnützung wurde die Maschine zum Fluch. 1844 brach in Schlesien der furchtbare Weberaufstand los, und der sentimental-zynische Jude Heinrich Heine sang sein Weberlied:

„Im düstern Auge keine Thräne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch —
Wir weben, wir weben —".

Die Zeit war reif für das kommunistische Manifest der Marx und Engels mit seinem granitenen Stil, seiner ungeheuren Werbekraft, seinem jüdischen Haß und Fanatismus.

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch, Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten!" Internationale und Revolution!

Karl Marx, dessen Vater und Mutter jüdischer Abstammung waren, stammte aus Trier. Er genoß die philosophische Schule Hegels und Feuerbachs. Die Hegelsche Dialektik und die Weltvernunft, der objektive Geist Hegels hatten es ihm angetan: sagte Hegel: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Menschheit", so entspricht ihm ganz genau Marx: „Wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht auch sie vernünftig an —." Und wenn Hegel noch im romantisch-nationalen Sinne den Ausspruch tat: „Jeder einzelne ist der Sohn seines Volkes und zugleich, soweit sein Staat in der Entwicklung begriffen ist, der Sohn seiner Zeit" — so hat Marx nur hinzuzufügen: „und Sohn seiner Klasse" im internationalen Sinne. Marx und Hegel sahen die Geschichte als „Schlachtbank" an, „auf welcher das Glück der Völker, die Weisheit der Staaten und die Tugend der Individuen zum Opfer gebracht werden." Freilich schritt Marx über Hegel weit hinaus. Bei Hegel: die Verklärung des Staates, bei Marx: „Staatsplunder", „Ausbeutermaschine".

1841 erschien das Leben Jesu von David Strauß. Marx nahm das Werk mit Begeisterung auf. Der religiöse Kritizismus ließ ihn bei Feuerbach landen und zugleich über ihn hinausgehen. Friedrich Engels hat im Anhange seiner Studie: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" uns die 11 Thesen gegen Feuerbach mitgeteilt, die Marx im Frühjahr 1845 in Brüssel niederschrieb, die uns nicht nur deswegen von Wichtigkeit sind, weil sie die gerade Abkehr von Feuerbach bedeuten, sondern auch, weil sie die Keime der materialistischen Geschichtsauffassung enthalten. Vom religiösen Wesen, das Feuerbach in das menschliche Wesen auflöst, gelangt Marx bereits zum „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse". Die 7. These lautet:

„Feuerbach sieht daher nicht, daß »das religiöse Gemüt« selbst ein gesellschaftliches Produkt ist, und daß das abstrakte Individuum, das er analysiert, in Wirklichkeit einer bestimmten Gesellschaftsform angehört."

Marx gelangt von der bürgerlichen Gesellschaft des alten Materialismus zur menschlichen Gesellschaft oder zur vergesellschafteten Menschheit des neuen Materialismus und zur revolutionären Sentenz, die Welt nicht zu interpretieren, sondern zu verändern. In diesen Thesen gegen Feuerbach liegen wohl

französische Einflüsse vor, sowie die beharrlich verschwiegene Einwirkung von Lorenz von Steins Begriff der Gesellschaft, die er zur Grundlage des Staates macht. Die Gesellschaft und ihre Zusammensetzung nach ihren ökonomischen Entstehungsgründen leitet hinüber zur

materialistischen Geschichtsauffassung,

die als Grundlehre der marxistischen Weltanschauung aufgefaßt werden muß.

Materialistische Geschichtsauffassung und Klassenkampf sind die Grundlage, auf denen Marx seine Lehren und Theorien aufbaut, von denen hervorgehoben seien:

1. die Mehrwertstheorie,
2. Konzentrations- und Akkumulationstheorie,
3. Krisen- und Zusammenbruchstheorie,
4. Ausbeutungs- und Verelendungstheorie.

Ist es möglich, die Grundlage der marxistischen Theorie, die materialistische Geschichtsauffassung zu erschüttern, so fällt damit das ganze Lehrgebäude in sich zusammen. Marx selbst hat diese wichtige geschichtsphilosophische Frage eigentlich nirgends in größerem Zusammenhange behandelt. Die Keime finden sich in seinen 11 Thesen gegen Feuerbach; deutlicher hat sich Marx dann im Kommunistischen Manifest und in der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie 1859 ausgesprochen. In den Thesen gegen Feuerbach suchte Marx den Gesellschaftsbegriff zu zerlegen, und er gelangte zur notwendigen Revolutionierung der Gesellschaft, im Kommunistischen Manifest zum Klassenkampf und zur Diktatur des Proletariats. In größerem Zusammenhange sprach er sich erst in seiner „Kritik" aus. Nur anmerkungsweise heißt es einmal im Kapital:

„So wenig die bisherige Geschichtsschreibung die Entwicklung der materiellen Produktion als die Grundlage alles gesellschaftlichen Lebens und daher aller wirklichen Geschichte kennt, hat man wenigstens die vorhistorische Zeit, auf Grundlage naturwissenschaftlicher, nicht sogenannter historischer Forschungen nach dem Material der Werkzeuge und Waffen in Steinalter, Bronzealter und Eisenalter abgeteilt."

(Fortsetzung folgt.)

Neujahr 1924.

Das neue Jahr steht vor dem Tor:
„Was bringst du uns, was hast du vor?"

Da murmelt's hinter Schleiern dicht:
„Fragt nicht darum — ich weiß es nicht.

Die in der Erde liegt, die Saat,
Sie wächst, ob Sonn' ob Regen naht.

Und was in Aller Herzen ruht,
Muß auferstehn'n in Fleisch und Blut.

Habt ihr die Samen wohl gestreut,
Getrost — es kommt die Erntezeit!

Was fleht ihr an das Schicksal gleich —
Das Jahr, die Zukunft liegt in euch!"

Gottfried Nickl.

Das politische Urteil des Fürsten Eulenburg und die Demokraten.

Von Geh. Hofrat Prof. G. v. Below (Freiburg i. B.).

Im Frühjahr 1923 ist ein Buch „Aus 50 Jahren, Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlaß des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld“ (Berlin, Gebr. Pätel) erschienen, das schon viel Beachtung gefunden hat und die öffentliche Aufmerksamkeit zweifellos noch viel beschäftigen wird. Man erfährt aus ihm zwar nicht weitgreifende neue Aufschlüsse über die hohe Politik. Es ist nicht ein politisches Memoirenwerk im engern Sinn. Man wird es etwa „Erinnerungen an bekannte Personen“ benennen können. Vielfach ist es eine amüsante Plauderei. Dennoch ist sein Inhalt nicht gleichgültig. Bevor wir aber auf Einzelnes aus dem Buch eingehen, sei eine besondere Bemerkung vorausgeschickt.

Der Fall Eulenburg ist in ausgiebigster Weise gegen den alten deutschen Staat ausgebeutet worden, sowohl von den demokratischen Parteien im Innern wie vom Ausland, insbesondere von unseren Feinden, während des Weltkriegs. Die Dinge wurden so dargestellt, als ob Eulenburg von den Gerichten möglichst geschont worden sei mit Rücksicht auf seine Freundschaft mit dem Kaiser, als ob es sich um einen Fall der Lahmlegung der Rechtsprechung handle. Nichts davon ist wahr.

Im Jahre 1911 lernte ich in einem Sommeraufenthalt in der Schweiz den Juristen kennen, der im Prozeß Eulenburg als Untersuchungsrichter tätig gewesen war. Er bestritt aufs Entschiedenste, daß das Verfahren gegen Philipp Eulenburg irgendwie von oben her aufgehalten worden sei. Ganz im Gegenteil sei das Gericht vom Hof wie vom Justizministerium geradezu drangsaliert worden, den Prozeß zu beschleunigen; beständig sei es „angeläutet“ worden, ob denn die Sache nicht weiter vorwärts gehe. Dieser Jurist erzählte mir weiter, daß, als die Gerichtsverhandlung stattfand, die Geschworenen den Fürsten Eulenburg freisprechen wollten; aber dessen Anwalt, Wronker, veranlaßte den Abbruch der Verhandlungen mit dem Hinweis auf den körperlichen Zustand des Fürsten, so daß die Verhandlung keinen Abschluß fand. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Anwalt wirklich davon überzeugt war, daß Eulenburg die Verhandlungen körperlich nicht aushalten könne, oder ob er einen etwa ungünstigen Ausgang des Prozesses verhindern wollte. Tatsache ist, daß weiterhin wiederholte ernste ärztliche Untersuchungen ergaben, daß der Fürst nicht verhandlungsfähig sei. Jener Jurist bemerkte, daß von oben her auch auf neue ärztliche Untersuchungen wiederholt scharf gedrungen worden sei. Das, was ich hier mitteile, finde ich jetzt bestätigt in dem kürzlich erschienenen Buch des früheren Hofmarschalls Grafen Zedlitz-Trützschler „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“. Seine Angaben dürften um so mehr Glauben finden, als Zedlitz an sich ein ziemlicher Pharisäer ist und sonst nicht unterläßt Ungünstiges zu melden, wo etwas Ungünstiges entdeckt werden kann. Nach seiner Erzählung (S. 171) „war Generalarzt Dr. Ilberg, der den Fürsten gut kannte, der Ansicht, daß er in seinem Prozeß sicher freigesprochen wäre, daß es nur seine Schwäche gewesen, in dem Prozeß nicht ausgehalten zu haben“ (vgl. auch S. 167). Zedlitz teilt ferner mit (S. 160 ff.), daß von

oben her ein Übereifer in der Schuldaufspürung entwickelt worden sei. Somit wird man also unbedingt sagen dürfen, daß das Geschrei unserer Demokraten und der Entente, der Fall Eulenburg sei ein Beweis für die Hinderung der Justiz im alten Deutschen Reich, grundlos ist. Darüber, ob Eulenburg im Sinne von § 175 schuldig gewesen sei, mag man sich das Urteil vorbehalten. Jedenfalls aber hat das Gericht das getan, was es tun konnte, und jedenfalls trifft die alte Staatsverwaltung kein Vorwurf.

Der Herausgeber der Eulenburgschen Erinnerungen, Prof. Haller-Tübingen, spricht von der „Bosheit und Niedertracht", die Eulenburgs Leben zerstört hätten, und von dem „schmählichen" Gerichtsverfahren. Insofern werden wir ihm zweifellos zustimmen dürfen, als Witkowski-Harden, der den Prozeß eingerührt hat, wahrlich nicht aus edeln Beweggründen der Sache nähergetreten ist. Man mag nachlesen, was Graf Zedlitz über dies zwecklose Waten im Schmutz sagt. Hinzufügen müssen wir zu seinen Bemerkungen nur, daß er Harden noch bei weitem nicht ungünstig genug beurteilt.

Unsere Demokraten und die Entente haben mit furchtbarem Lärm von der „Kamarilla" gesprochen, die den Kaiser umgeben und beeinflußt habe und deren Mittelpunkt Philipp Eulenburg gewesen sei. Aus den Erinnerungen des Fürsten kann man sich davon überzeugen, daß an diesem Gerede wiederum nichts dran ist. Schon deshalb müssen wir es abweisen, weil Eulenburg sich als ein durchaus unpolitischer Mann erweist. Auch hier werden unsere Eindrücke durch den Bericht des Grafen Zedlitz bestätigt. Der Fürst hatte nach dessen Schilderung gar keinen politischen Ehrgeiz, stand in der Zeit, in der er seinen großen politischen Einfluß ausgeübt haben soll, „in keinem dauernden Konnex mit dem Kaiser" (S. 159). Der Kaiser sah ihn nur ein paarmal im Jahr. Eulenburgs Streben war, ein ehrlicher Freund des Kaisers zu sein, und die Aufrichtigkeit und Uneigennützigkeit dieses Strebens wird man auch nicht bestreiten können. Es wäre Aufgabe einer wissenschaftlichen Untersuchung festzustellen, in welchen Fällen Eulenburg etwa als Ratgeber des Kaisers aufgetreten sein könnte. In der Frage der Entlassung Bismarcks hat er zweifellos zum Guten geredet, wiewohl er sich nicht gerade als starker Mann gezeigt hat — das war er eben nicht. Als der preußische Volksschulgesetzentwurf von 1890 auf Veranlassung des Kaisers durch das Ministerium zurückgezogen wurde, geschah dies, wie damals die Zeitungen berichteten, aus Anlaß eines Berichts Eulenburgs, der damals Gesandter in München war und der geltend machte, in Süddeutschland werde das neue Gesetz ungünstig wirken. Niemand wird in diesem Einfluß Eulenburgs etwas staatsstürzendes sehen.

Eulenburg war ein Mann von reicher Begabung und umfassender Bildung. Seine musikalische und dichterische Begabung sind bekannt. Ein Haupttalent von ihm war seine prachtvolle Erzählungskunst, die sich auch in seinen Erinnerungen erfolgreich bekundet. Politische Anlagen aber besaß er gar nicht. Er war durchaus Ästhet. Er erzählt mit voller Offenheit, daß er die Politik für ein Übel ansehe, daß sie ihm höchst unsympathisch sei. Man wundert sich, daß er trotzdem in den Staatsdienst getreten ist und sich zum Gesandten hat machen lassen. Man mag ja sagen, daß er für die repräsentative Stellung eines Gesandten einige Fähigkeiten mitbrachte. Indessen ein Widerspruch bleibt es doch, wenn ein ganz unpolitischer Mensch ein hohes politisches Amt zu bekleiden beansprucht.

Wenn wir vorhin die Erzählung von der politischen Beeinflussung des Kaisers durch Eulenburg als ein Märchen bezeichneten, so können wir zum Beweis dafür auch anführen, daß seine politischen oder richtiger ganz unpolitischen Ansichten den Anschauungen des Kaisers schnurstracks widersprachen. So wollte Eulenburg von einer deutschen Flotte, dem Lieblingswerk des Kaisers, gar nichts wissen. Er sieht von ihr Deutschland das Verderben zuwachsen. Wir halten es natürlich mit Tirpitz und sehen in dem Flottenbau etwas unbedingt notwendiges. Freilich gibt es heute ängstliche Gemüter, welche die Meinung vertreten, Deutschland würde vor dem Weltkrieg bewahrt geblieben sein, wenn es seine Industrie und seinen Handel nicht in großem Stil entwickelt und eine Flotte daher nicht nötig gehabt hätte, wenn es in rein ländlichen Verhältnissen geblieben wäre. Wäre Deutschland, so meint man, ein schlichter „Agrarstaat" geblieben, ohne kräftige Entwicklung von Handel, Industrie und Flotte, so hätte es nicht den Neid der anderen Staaten hervorgerufen und wäre von dem Weltkrieg und dem Frieden von Versailles verschont geblieben. Die starke Industrieentwicklung hat uns weiter — macht man geltend — die Sozialdemokratie gebracht, die die Verhältnisse unseres Vaterlandes in ein Wirrwarr stürzt und eine nicht zu heilende Krankheit darstellt. Gegenüber diesem Klagelied genügt es, ein paar einfache Tatsachen festzustellen. Erstens wären wir ohne unsere starke Industrie nicht wehrfähig geworden. Der moderne Krieg verlangt im höchsten Maß technische Mittel, welche nur die Industrie zur Verfügung stellen kann. Wir wollen nicht nur an Artillerie, Flugwerkzeuge und Uboote erinnern, sondern auch daran, daß sofort im Anfang des Kriegs es bestimmten Erfindungen unserer glänzenden chemischen Industrie zu verdanken war, daß wir uns überhaupt halten konnten. Daran aber ist gar nicht zu denken, daß unsere Feinde uns ungeschoren gelassen hätten, falls wir ein einfacher „Agrarstaat" geblieben wären. Je sichtbarer unsere militärische Schwäche, je geringer unsere Verteidigungskraft war, desto eiliger hätten unsere Feinde es gehabt, über uns herzufallen. Und ohne industrielle Entwicklung hätten wir auch eine weit geringere Bevölkerungszahl und wären darum wieder weniger widerstandsfähig gewesen. Hiermit gewinnen wir einen zweiten Gesichtspunkt. Haben wir Deutsche nicht das Recht, ebenso wie jedes andere Volk uns auszubreiten, unsern Handel, unsere Industrie zur kräftigen Entfaltung zu bringen, Kolonien zu erwerben, eine Flotte zu erbauen? Warum sollen nur wir verpflichtet sein, unsern jährlichen Volksüberschuß in fremde Gebiete abzugeben, Völkerdünger zu werden und damit von unserm Volkstum abzutrennen? Nein, wir wahren uns das Recht auf alle Arten der Ausbreitung, deren ein gesundes Volk fähig ist. Drittens können wir auch nicht die Behauptung anerkennen, daß unsere Industrie vom Übel ist, weil mit ihr die Sozialdemokratie mächtig geworden ist. Das Wachstum der Industrie war und ist unvermeidlich und gut. Staat und Nation aber haben die Aufgabe, die beherrschende Ausbreitung des Gifts der Sozialdemokratie zu verhindern. Wenn es in England und Nordamerika möglich ist, ohne vorherrschende Sozialdemokratie zu leben, obwohl diese Länder ja eine ebenso gewaltige Industrie hervorgebracht haben wie wir bis zur Revolution, so muß das auch in Deutschland möglich sein. Staat und Nation müssen es sich angelegen sein lassen, die Arbeiterschaft national zu erziehen, vom Marxismus loszulösen, dem leitenden jüdischen Einfluß zu entziehen.

Diese Erwägungen werden genügen, um zu zeigen, daß Eulenburg mit

seinem Widerspruch gegen die deutsche Flotte sich keineswegs als einsichtiger Politiker bewiesen hat. Geradezu haarsträubend aber ist sein Urteil über die 99 Tage. Er erklärt, die Verhinderung einer längeren Regierung des Kaisers und der Kaiserin Friedrich sei das Unglück, die „Grablegung" Deutschlands. Dadurch, daß Kaiser Friedrich so früh starb, sei der „Liberalismus" um sein Recht der Herrschaft in Deutschland gekommen. Mit Kaiser Friedrich „wurde auch zu Grabe getragen die Überleitung der deutschen Politik aus der militärischen preußischen Umklammerung in zeitgemäße Formen, ohne Weltpolitik und Flottenbau" (S. 171).

Diese Sätze beruhen auf ganz wirren Vorstellungen. Zunächst war für den Liberalismus die Zeit schon früher gekommen und gewesen; am Ende der Gründerzeit zeigte es sich, daß er den staatlichen Aufgaben nicht gewachsen war; er verlor die Führung der Nation. Zwar gab es noch tüchtige liberale Kreise, so die Nationalliberalen im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk, in Württemberg. Allein diese wären unter dem Regiment des Kaisers und der Kaiserin Friedrich nicht zur Geltung gekommen. Diejenige Art von Liberalismus, die durch das Friedrichsche Ehepaar die Herrschaft erlangen wollte, war der jüdisch-freisinnige Liberalismus unter Führung eines Bamberger. Wenn Bambergers Tagebücher einmal ans Licht kommen werden, wird man sehen, welche große Rolle er in den 99 Tagen gespielt hat. Er hat aber wohlweislich bestimmt, daß sie einstweilen nicht veröffentlicht werden, damit die Machenschaften dieser Gruppe der 99 Tage nicht zu früh bekannt werden. Mit der jüdisch-freisinnigen Gruppe erscheint in den 99 Tagen vereinigt ein Kreis von persönlich mißvergnügten, verstimmten Personen verschiedener Herkunft, namentlich solcher, die sich von Bismarck zurückgesetzt fühlten, so Roggenbach und Geffcken. Wir haben hier ein Sammelbecken der höfischen wie parlamentarischen Opposition gegen Bismarck. Im Hinblick aber auf die jüdisch-freisinnige Gruppe, welche jetzt erfolgreich vorzudringen hoffte, hat man mit Recht von den beutegierigen Händen, die im Trüben fischen wollten, gesprochen. Ihnen war Bismarck, obwohl er es vermied als Antisemit zu erscheinen[1]), vor allem verhaßt, weil sie ihn als schwerstes Hindernis für die freie Bewegung und Herrschaft des Judentums empfanden. Und bezeichnend ist es, daß die unmittelbarste Feindschaft der Männer und Frauen der 99 Tage Stöcker galt.

Nicht die Kürze der Dauer des Regiments des Kaisers und der Kaiserin Friedrich ist die „Grablegung" Deutschlands gewesen, sondern bei längerer Dauer dieses Regiments wäre unser Vaterland sehr bald „ins Grab gelegt" worden. Wie kann denn ein Bündnis eines Kreises von mißvergnügten, gescheiterten Politikern mit jenen Juden, die die politische Situation nur nach jüdischen Gesichtspunkten beurteilen, einem Staat zum Heil dienen? Es muß ihn ins Unglück bringen. Eine längere Dauer eines solchen Regiments wäre der Verzicht auf selbständiges, kraftvolles nationales und staatliches Leben überhaupt gewesen. Das sind die „zeitgemäßen Formen", deren Eintritt Eulenburg — mit so vielen Juden! — von einer längern Dauer des Friedrichschen Regiments erwartete.

Erstaunlich ist es, daß Eulenburg, der diesem Regiment lange Dauer wünscht, in eben denselben Erinnerungen Äußerungen tut, die dessen Unbrauch-

[1]) Vgl. B. Friedrich, Bismarck und die Juden, Deutschlands Erneuerung 1922 Juni, S. 324 ff.

barkeit, ja dessen politische Verrücktheit offenbar und unzweideutig belegen. So spricht er S. 178 von den „höchst unpraktischen Gedanken", von denen Kronprinz und Kronprinzessin Friedrich erfüllt waren, und fügt hinzu: „manches Stoßgebet sandte ich zum Himmel, daß der alte Kaiser und der große Kanzler noch lange leben möchten." Ebenda sagt er, Kronprinz Friedrich wäre „ein musterhafter Monarch mit einem großen Kanzler zur Seite gewesen, nicht aber mit einer Gattin, die klug, herrschsüchtig und für fremde Interessen zugänglich war". Von der Kaiserin Friedrich, die ja die Führerschaft in dem neuen politischen System hatte, erzählt Eulenburg, wie sie von Haß gegen Preußen erfüllt war, aber auch für Deutschland überhaupt nichts übrig hatte und von Bayern nichts wissen wollte. Das ist dieselbe Dame, von deren Regierung er das Heil erwartet! Von Roggenbach, dem von diesem Kreis in Aussicht genommenen Reichskanzler, urteilt er (S. 185), daß er sich und das Reich abgewirtschaftet haben würde! Wie man sieht, stellt Eulenburg selbst reichlich Urteile dem zur Verfügung, der die Behauptung von dem unendlichen Wert des Friedrichschen Regiments für unser Vaterland als Narrheit zu erweisen sich genötigt sieht. Wir können unsern Eindruck nur dahin zusammenfassen, daß Eulenburg ein ganz unklarer Politiker war und politisch nicht wußte, was er wollte.

Aber das Lob, das er dem mit der jüdisch-freisinnigen Gruppe verbundenen Friedrichschen Regiment widmet, die Ablehnung, mit der er über die energische preußische Staatsgesinnung sich äußert, und die innere Abneigung gegen Bismarck, die aus seinem ganzen Buch uns entgegentritt, haben ihm jetzt das Herz unserer Demokraten gewonnen, derselben Demokraten, die früher nicht genug über den Günstling des Kaisers, über die angebliche Kamarilla, über Eulenburg als Vertreter der alten Art des Reichs zetern und schreien konnten! Bezeichnend sind die Aufsätze, die die Wochenschrift „Hilfe" aus der Feder des demokratischen Reichstagsabgeordneten und Leipziger Geschichtsprofessors Walter Götz gebracht hat. Da erscheint jetzt plötzlich Eulenburg als Kronzeuge für die demokratische Politik und Geschichtsauffassung! Wie leicht hat man es doch, die demokratische Gunst zu gewinnen! Jemand, wie Eulenburg, der selbst eingesteht, daß Politik ihm ein Greuel ist und der ganz konfuse Urteile über politische Dinge fällt, wird mit einem Male als einsichtiger Politiker gefeiert, wenn er nur einige Äußerungen tut, die den jüdisch-freisinnigen Kreisen willkommen sind! Verständlich aber ist dieses Verhalten unserer Demokraten nur, wenn wir uns gegenwärtig halten, daß ihre politische Einsicht kaum von anderem Wert ist als die von Eulenburg. Konfusionsräte haben wir in der demokratischen Partei auch in beträchtlicher Zahl. Der Unterschied, der zwischen Eulenburg und unsern Demokraten besteht, ist hauptsächlich bloß der, daß jener ein politisch hoffnungsloser Ästhet ist, während in der demokratischen Partei Interessen sehr greifbarer Art sichtbar vertreten sind. Freilich kommt dabei noch keine Klarheit der Ziele in die Partei. Es verhält sich mit ihr ähnlich wie mit der Gruppierung um das Kaiser Friedrichsche Ehepaar von 1888: jüdisch-freisinnige Bestrebungen als Mittelpunkt, an den sich Interessen verschiedener Art angliedern. Ein buntes Sammelsurium haben wir hier wie da[1]).

[1]) Den historisch-politischen Standpunkt von Prof. W. Götz habe ich in meiner Schrift „Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung" (Langensalza, H. Beyer & Söhne)

Man hat die demokratiſche Partei ſcherzhaft die „Grafenpartei“ genannt, weil in ihr in der Tat einige Grafen eine Rolle ſpielen. Eine Ariſtokratie bringt neben kraftvollen Erſcheinungen auch Geſtalten hervor, die müde das Leben betrachten oder, aller energiſchen Politik abgewandt, ſich rein äſthetiſchen Trieben hingeben. In einem Land, in dem das Volk von einem ſtarken nationalen Willen erfüllt iſt, finden ſolche Geſtalten politiſch keinen Platz. Bei uns dagegen, die wir unter ſo viel unpolitiſchem Sinn leiden, werden ſie von gewiſſen Intereſſengruppen als Vorſpann für pazifiſtiſche, antimilitäriſche, antinationale Beſtrebungen benutzt und auf den Schild gehoben. Sie ſind dafür zu haben, eben da ſie ſo wenig politiſch gerichtet ſind. Es ſei nur an gewiſſe Perſonen aus dem Bereich des auswärtigen Amts der Diplomatie erinnert, die leider nur zu oft mit der Demokratie in ihrem Dichten und Treiben zuſammentrafen. Es ſchmeichelte außerdem und ſchmeichelt noch den Demokraten, unter ſich Perſonen mit ſchönem Adelstitel zu haben, wie denn ein gräflicher Geſandter a. D. gegenwärtig ſich bei ihnen beſonderer Beliebtheit erfreut. Jetzt haben wir das erheiternde Schauſpiel, daß ſie den Fürſten Eulenburg, den ſie früher um jeden Preis ſchmähten, zu ihrem politiſchen Meiſter erwählen, weil er — nun, weil er — politiſch den vollkommenſten Unſinn geſprochen hat. Wir aber wollen uns über die Veröffentlichung des Eulenburgſchen Buchs aus dem beſonderen Grund freuen, weil es unſern Demokraten Gelegenheit gegeben hat, aufs neue ihre Urteilsloſigkeit zu bekunden.

und in meinem Aufſatz „Das gute Recht der politiſchen Hiſtoriker“, Preußiſche Jahrbücher Bd. 193 S. 283 ff. geſchildert. Auf die Geſchichtsauffaſſung der heutigen demokratiſchen Kreiſe komme ich in der 2. Aufl. meiner „Geſchichte der deutſchen Geſchichtsſchreibung“ zurück.

Zur letzten Schlacht.

Ihr Herrn, wir ſehen es ſchon ein,
Ihr laſſet uns nicht leben!
Der Schuldſchein muß zerriſſen ſein,
Den unfrei wir gegeben!

Und wollt ihr zwingen uns mit Macht:
Heran, ihr Böſewichter!
Wir zieh'n das Schwert zur letzten Schlacht
Und rufen Gott zum Richter!

Und müſſen wir zugrunde geh'n,
Denkt nicht von uns zu erben —
Europa wird in Flammen ſteh'n
Und wird mit uns verderben!

Gottfried Nickl.

Wie Bayern zum Reich kam.

Von Oberstudienrat Dr. Marte, München.

Vor 100 Jahren hatten wir in dem „Deutschen Bunde" eine Verfassung, durch welche die Belange des deutschen Volkes weder wirtschaftlich noch politisch gewahrt werden konnten. Diese auf dem Wiener Kongreß geschaffene Form unseres staatlichen Daseins war von Ausländern erdacht und gemacht. Jahrzehntelang bemühten sich die besten Köpfe, etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen. Dieses Bestreben, das den Kern der Revolution vom Jahre 1848 bildete, konnte damals nicht zum Ziele führen, weil die Schwierigkeiten, die im Innern und von außen her dem Werke entgegenstanden, unterschätzt worden waren. Vielen, die redlich ihre Kraft daran gesetzt hatten, wurden durch den mißlungenen Versuch erst die Augen darüber geöffnet, wie schwierig die Lösung in Anbetracht aller obwaltenden Verhältnisse eigentlich war.

Es bedurfte noch der jahrelangen, zielbewußten Arbeit Bismarcks, bis die Dinge durch die Begeisterung der ersten Siege des Jahres 1870 so weit herangereift waren, daß die Ernte unter Dach gebracht werden konnte. Die Generation, die jene Zeit miterlebt hat und Zeuge war von den fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die auch damals noch der Einigung Deutschlands entgegenstanden, ist abgestorben, und die jetzt Lebenden, die in die wohlgeordneten Zustände des neuen Reiches hineingeboren worden sind, haben meist die Meinung, das Reich Kaiser Wilhelms sei so nebenbei ganz von selbst durch den Sieg über Frankreich entstanden.

Damals hatten wir im Kriege eine erstklassige politische Leitung. Dieser war es zu danken, daß der Kampf gegen Frankreich ein Duell zwischen den beiden streitenden Nachbarn blieb. Nur dadurch konnte auch die Gründung des Reiches ohne störenden Eingriff von außen erfolgen. Man denke nur, wie noch nach der Schlacht bei Sedan eine Kriegserklärung Österreichs und Italiens gewirkt hätte.

Bismarck, den Grundsatz befolgend: „Man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist", verlor keine Zeit, die Vorarbeiten für die Reichsgründung in Angriff zu nehmen. Schon im Oktober begann er vom Hauptquartier zu Versailles aus die Verhandlungen mit den Bundesstaaten. Sein Grundsatz war, zunächst nur Vorschläge über die gewünschte Form der neuen Verfassung entgegenzunehmen, selbst aber keine zu machen. Er verhandelte mit jedem Bundesstaat gesondert und ließ keinen wissen, wie weit er mit dem anderen war. Als Hilfsmittel zur Förderung seines Werkes benützte er sowohl die Rivalität der Bundesfürsten untereinander als auch die Eifersucht der Gesamtheit derselben mit dem Reichstag. Im Notfalle stand ihm noch ein wirksames Druckmittel zur Verfügung, nämlich die Scheu, das Odium auf sich zu nehmen, das allgemein ersehnte Einigungswerk zum Scheitern zu bringen.

Bismarck hatte so viel historischen Sinn und politischen Verstand, daß er gar nicht daran dachte, durch zu weit gehende Unitarisierung bei Volk und Fürsten die Freude am Reich von vornherein zu verderben. Es durfte vor allem nicht scheinen, als annektiere die norddeutsche Großmacht einfach die Südstaaten.

Bei den konservativen Kreisen in seiner eigenen Umgebung stand fest, daß das Eigenleben des preußischen Großstaates nicht aufhören dürfe, bringe die neue Zeit, was sie wolle. Nur so weit waren sie für ein Deutsches Reich, als diese Linie nicht überschritten wurde. Im übrigen wollten sie sich die Vorteile für die Macht Preußens, die daraus erwachsen mußten, wohl gefallen lassen. Bismarck sahen sie seit 1867 als einen Abtrünnigen an und begegneten ihm mit Mißtrauen.

Der zweitgrößte Staat war Bayern. Im Bewußtsein seiner Bedeutung hatte es auch den zweitstärksten Partikularismus. Jetzt bei der Reichsgründung zeigte es sich, daß Napoleon I. seinerzeit durch seine Politik, die Rheinbundstaaten, vor allem Bayern zu stärken, seine Absichten doch einigermaßen erreicht hatte. Die Gründung eines neuen Einheitsstaates war erheblich erschwert.

Bezüglich der Stellung zur Reichsgründung war allerdings zwischen Preußen und Bayern ein weitgehender Unterschied. Ohne Zweifel hatte Preußen als führender Staat den größten Gewinn. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß es europäische Großmacht war und blieb, ob Deutschland zustande kam oder nicht. Seit 1866 war es der Welt offenbar geworden, daß Preußen die stärkere Macht war als Österreich, und seit der Schlacht bei Sedan, daß es auch stärker als Frankreich war. So war in Mitteleuropa sein politisches Schwergewicht derart gewachsen, daß es ohnehin auf die Selbständigkeit etwa in Zukunft noch vorhandener Mittel- und Kleinstaaten lähmend gewirkt hätte. Jedenfalls hätte Bayern das scheinbare Fortbestehen seiner vollen Selbständigkeit mit schweren wirtschaftlichen Nachteilen zu bezahlen gehabt. Das Fehlen ausreichender Kohlen- und Eisenvorräte, Mangel einer guten und gesicherten Verbindung mit der See, die Möglichkeit zollpolitischer Lahmlegung von allen Seiten hätten Handel und Wandel im Lande trübe Aussichten eröffnet.

König Ludwig II. war seinem ganzen Wesen nach mehr künstlerisch als politisch eingestellt. Seine seelische Veranlagung riß ihn allzuleicht in eine phantastische Traumwelt, als daß er mit tatkräftigem und folgerichtigem Handeln in die Welt der Wirklichkeit hätte eingreifen können.

Somit kam sehr viel darauf an, was die Minister wollten und wie sie es verstanden den König, bei dem doch die letzten Entscheidungen lagen, zu beeinflussen. Als der preußische Kronprinz auf dem Wege zur Armee dem König von Bayern, dessen Truppen er führen sollte, in München einen Besuch abstattete, war der Empfang herzlich gewesen; aber gleich, nachdem er wieder abgereist war, schrieb der König in einem Gefühl des Mißtrauens und der Bangigkeit um die Zukunft seines Landes einen Brief an den Kronprinzen, worin er den Wunsch ausdrückte, daß die Selbständigkeit Bayerns bei dem Friedensschlusse respektiert werden möge.

Der Unterhändler Bayerns in Versailles war Graf Bray. Die Bedingungen, die Bayern durch ihn stellen ließ, waren: Gleichberechtigung mit Preußen im Präsidium des Gesamtbundes; gemeinsame Instruktion der auswärtigen Gesandten nach vorheriger Vereinbarung zwischen München und Berlin; der König von Bayern hat das Vorschlagsrecht für die Ernennung eines Teiles der Reichsbeamten; der König von Preußen führt als Oberhaupt des Gesamtbundes den Titel eines deutschen Kaisers.

Man kann gewiß nicht sagen, daß diese Vorschläge sehr bescheiden waren. Man suchte in Bayern beinahe Gleichstellung mit Preußen, man wollte

ach der alten Triasidee als Wortführer der süddeutschen Bundesstaaten auf-
reten, jedenfalls aber möglichst große Sondervorteile erlangen.

Daneben war noch eine andere Lösung ins Auge gefaßt: das Aufgeben
von Rechten zugunsten des Reiches gegen territoriale Vergrößerungen zuzu-
gestehen. Man wünschte eine direkte Verbindung des Hauptlandes mit der
Pfalz durch Angliederung der alten pfälzischen Lande zwischen Unterfranken
und der Pfalz. Schließlich wäre man mit einem Streifen badischen Gebietes
zufrieden gewesen, ohne gerade Heidelberg und Mannheim zu fordern. Als
Entschädigungsobjekt für Württemberg sollte das preußische Hohenzollern,
für Baden und Preußen das zu erobernde Elsaß-Lothringen dienen.

Es ist begreiflich, daß Bismarck diese bayerischen Vorschläge rundweg
ablehnte. Die Verhandlungen kamen ins Stocken. In Bayern war man ratlos.

Jetzt trat Minister Lutz in den Vordergrund mit der Meinung, man müsse
zwischen zwei Auswegen wählen: entweder Vereinsamung außerhalb des
Bundes unter der Gefahr einer Schädigung durch Gegendruck in wirtschaft-
licher Beziehung oder Eintritt in den Nordbund unter Forderung von Re-
servatrechten.

Letzterer Weg wurde gewählt. Von den ursprünglichen Forderungen ließ
man einige fallen, wie das Vorschlagsrecht bei der Ernennung von Reichs-
beamten, das Veto gegen Kompetenzerweiterungen und das Verlangen von
8 Stimmen im Bundesrat. Darauf trat Bismarck mit entgegenkommenden
Vorschlägen in neue Verhandlungen ein. Er gestand die Einrichtung eines
diplomatischen Ausschusses im Bundesrat aus den Vertretern der Mittelstaaten
unter dem Vorsitz Bayerns zu, wobei Preußen weder Sitz noch Stimme hatte.
Dann sollte Bayern im Fall der Verhinderung Preußens im Bundesrat den
Vorsitz führen und es sollten die Reichsgesandten im gleichen Falle durch die
bayerischen Gesandten vertreten werden. Ferner wurde Bayern ein selbständiges
Post- und Eisenbahnwesen zugestanden.

In militärischer Beziehung wünschte man in Bayern nicht über das
Schutz- und Trutzbündnis hinauszugehen, sondern völlige Selbständigkeit. Der
Grundgedanke des Anschlusses war eben der, die Lösung vom Reich wieder
jederzeit vollziehen zu können, wenn das Leben in ihm nicht gefalle. Das
bayerische Heer sollte nicht einmal im Reichsetat vorkommen. Darüber war
große Erbitterung beim Kriegsminister Roon und bei König Wilhelm, denen
es vor allem darum zu tun war, bei Neuordnung der deutschen Verhältnisse
mit Sicherheit über die bayerische Wehrmacht verfügen zu können. Man einigte
sich schließlich auf einer mittleren Linie: Bayern mußte seine Truppen in der-
selben Weise bewaffnen und ausbilden wie Preußen; der König von Preußen
hatte das Recht, die bayerischen Truppen im Frieden zu inspizieren und im
Kriege als oberster Bundesfeldherr zu führen. Für das Heer mußten dieselben
Aufwendungen wie in den übrigen Bundesstaaten gemacht werden und die
Soldaten mußten den Fahneneid auch dem Kaiser als Bundesfeldherrn schwören.

Am 23. November erfolgte der Abschluß und die Unterzeichnung der Ver-
träge. Aber noch am 21. war König Ludwig über die einzelnen Bedingungen
des Abkommens nicht unterrichtet. Er befahl telegraphisch die sofortige Vor-
lage eines Spezialberichtes. Da die Absendung desselben erst am 22. November
erfolgen konnte, geschah die Unterzeichnung, ohne die Antwort des Königs
abzuwarten.

Nun mußte aber noch die geeignete Form gefunden werden, um den König von Preußen mit dem Kaisertitel auszustatten. Diese Angelegenheit sollte nach Bismarcks Wunsch ganz allein von den Fürsten ausgehen und nicht wie 1848/49 von der Volksvertretung. Deshalb ließ Bismarck dem Bayernkönig wissen, daß er bis Ende November die Entscheidung treffen müsse, ob er, wie es ihm als dem Vertreter des größten Bundesstaates nach Preußen zukomme, dem König Wilhelm die Kaiserkrone anbieten wolle. Denn um diese Zeit trete der norddeutsche Reichstag zusammen, und niemand könne diesen hindern, von sich aus einen ähnlichen Antrag zu stellen.

König Ludwig II. war in Hohenschwangau, als ihn Bismarcks Brief erreichte. Die Zwangslage erkennend, in der er sich befand, schickte er sofort den Grafen von Holnstein nach Versailles, um mit Bismarck in der Kaiserangelegenheit Rücksprache zu nehmen. Als Bismarck diesem auseinandergesetzt hatte, wie es König Ludwig machen solle, sagte Holnstein: „Wissen S' was, Exzellenz, schreiben Sie's lieber gleich selbst auf, sonst gibts hernach doch wieder Anstand!" Daraufhin entwarf Bismarck das Konzept des Briefes, den König Ludwig an den König von Preußen richten sollte. Holnstein ritt damit schleunigst nach Hohenschwangau zurück, Ludwig schrieb das Bismarcksche Konzept ab und schickte den Grafen mit dem Briefe gleich wieder weiter. Er sollte über München reisen und den Brief dem Kabinettsrat Eisenhart zur Einsicht geben. Dieser sollte ihn dann nach eigenem Entscheid entweder durch Holnstein nach Versailles weitergehen lassen oder vernichten. Eisenhart entschlug sich der verantwortlichen Sache dadurch, daß er den Brief zur Begutachtung dem Ministerium übergab. Dieses beschloß die Absendung; so ritt Holnstein zum zweitenmal nach Versailles und übergab den Brief dem Prinzen Luitpold, der ihn als Vertreter des Königs am 3. Dezember dem König Wilhelm überreichte.

Da in dem Briefe die Zustimmung der übrigen Bundesfürsten vorbehalten war, richtete Ludwig II. sogleich an alle die Aufforderung, ihre Zustimmung zu erklären. Diese Sache zog sich hin, da König Wilhelm sich mit einer telegraphischen Erklärung nicht begnügte und einzelne Bundesfürsten sie erst dem König von Bayern zur Weitergabe übermittelten. So wurde der berühmt gewordene Brief dem norddeutschen Reichstage zur Kenntnis gebracht, noch ehe alle Antworten eingelaufen waren. Darüber beschwerte sich der König von Sachsen.

Als die den Bayern gewährten Reservatrechte bekannt wurden, war allenthalben Verstimmung: in Württemberg, in Baden, in Sachsen, nicht zuletzt im Norddeutschen Reichstage. Im Bundesrat wurden die Bedenken verhältnismäßig rasch überwunden; auch für den Reichstag gab es keine andere Möglichkeit als die Verträge so anzunehmen, wie sie waren, oder sie abzulehnen. Da aber jedermann wußte, daß eine Ablehnung gleichbedeutend sei mit dem Scheitern der Einheit, so wollte niemand eine solche Verantwortung vor der Geschichte auf sich nehmen. „Häßlich ist das Mädel, aber geheiratet werden muß es doch" sagte Lasker von den bayerischen Verträgen, und der Abgeordnete Simson schrieb: „Das Ding ist so schwer verdaulich, wie die massiven Riesenknödel des bayerischen Hochgebirges." Schließlich nahm der Reichstag, viele Abgeordnete in der Hoffnung auf spätere Verbesserungen, die sämtlichen Verträge ohne Änderung an.

Nicht so glatt verlief die Sache im bayerischen Abgeordnetenhaus. Zwar hatte die erste Kammer den Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde schon am 30. Dezember mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Die zweite Kammer brauchte jedoch nicht weniger als 6 Wochen zur Beratung darüber. Zur Vorberatung war ein Ausschuß von 12 Mitgliedern eingesetzt worden, in welchem 3 Liberale gegen 9 Mitglieder der Patriotenpartei (heute Bayer. Volkspartei) standen. Das Resultat der Vorberatung war, der Kammer die Ablehnung der Verträge in der vorliegenden Gestalt zu empfehlen. Der Ausschuß erklärte, es sei vor allem das Veto des Bundespräsidiums gegen jede Änderung der Verfassung, der Heereseinrichtungen und der wichtigsten Abgaben, sodann auch die Bestimmung, daß die Kompetenz des Reiches auf dem Wege der Verfassungsänderung auch ohne Zustimmung aller einzelnen Staaten erweitert werden könne, unvereinbar mit der berechtigten Selbständigkeit Bayerns. Da mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß das Plenum dem Antrage des Ausschusses gemäß beschließen werde, wurde das Zustandekommen des Reiches noch im letzten Augenblicke ernstlich gefährdet. Nach den Bestimmungen der Verträge hätte das „Deutsche Reich" eigentlich schon am 1. Januar 1871 ins Leben treten und gleichzeitig die offizielle Annahme des Kaisertitels durch König Wilhelm erfolgen sollen. Da aber Bayern bis dahin noch nicht über die Verträge beschlossen hatte und sich König Wilhelm entschieden weigerte, vorher schon den Kaisertitel zu führen, mußte die Kaiserproklamation verschoben werden.

Es läßt sich leicht denken, daß Bismarck über Bayern ungehalten war. Er verlangte jetzt vom Grafen Bray die bestimmte Zusicherung, daß die bayerische Kammer aufgelöst werde, wenn sie den Vertrag ablehne. Dieser kannte jedoch die Stimmung in Bayern zu gut, als daß er eine so weitgehende Zusicherung ohne Zustimmung des Königs gab. Aber auch der König selbst hatte in der Zwischenzeit eine neue Auffassung der Dinge bekommen und wollte das Widerstreben des Landtages zu einem Druck auf die norddeutsche Regierung benutzen, um einige ihm unangenehme Vertragsbestimmungen zu ändern. Er verlangte, daß der Fahneneid für den Kaiser wegfallen solle; ja er ging sogar so weit zu sagen, daß er niemals an die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an die Hohenzollern gedacht, sondern sein Angebot nur als eine persönliche Ehrung für den greisen König Wilhelm aufgefaßt habe; er halte es für angemessen, wenn die Kaiserwürde zwischen Preußen und Bayern abwechsle.

Es war für den Prinzen Luitpold kein angenehmer Auftrag, dies dem König Wilhelm mitzuteilen. Er stieß denn auch in der Audienz am 10. Januar bei diesem auf schroffe Ablehnung. Der König war schon über die den Bayern bewilligte weitgehende militärische Selbständigkeit empört. Bei noch größeren Zugeständnissen hätte für ihn das ganze Abkommen seinen Wert verloren. Er machte den Prinzen Luitpold darauf aufmerksam, wenn er Bayern nachträglich noch Veränderungen des Vertrages gewähre, so würden auch die übrigen Fürsten mit solchen Forderungen kommen. Den weiteren Vorschlag des Prinzen, der König möge eine geheime Zusicherung geben, daß er auf der Ausübung des ihm eingeräumten Rechtes nicht bestehen werde, lehnte Wilhelm als illoyal gegen die übrigen Fürsten ab.

Die Angst vor der öffentlichen Meinung rettete schließlich auch in der bayerischen Kammer die nationale Sache. Es blieb nichts übrig, als ebenfalls die Verträge in ihrer Gesamtheit anzunehmen.

Indes verzögerte sich die entscheidende Abstimmung so lange, daß die Versailler Kaiserproklamation doch noch vorgenommen werden mußte, ehe die bayerische Kammer zu einem endgültigen Entschlusse gekommen war. Man wählte den 18. Januar als den historischen Gedenktag, an dem seinerzeit Preußen zum Königreich emporgestiegen war, um vor der Welt den eigentlichen Grund des Aufschubes zu bemänteln.

Erst drei Tage später, am 21. Januar, erfolgte mit nur zwei Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Beitritt Bayerns zum Reich. Und selbst dieses Ergebnis war nur dadurch erreicht worden, daß bei der entscheidenden Sitzung einige Abgeordnete, die gegen den Vertrag gestimmt hätten, wegblieben, weil sie die Verantwortung für das Scheitern des Einigungswerkes nicht übernehmen wollten.

Das Verhalten Bayerns in der ganzen Angelegenheit trug auch noch zu den Umstimmigkeiten bei, die zwischen dem neuen Kaiser und seinem großen Kanzler über die Form der Kaiserproklamation entstanden. Mit Rücksicht auf Bayern mußte Bismarck alles vermeiden, was den Anschein erwecken konnte, daß das neue Kaisertum irgendwelche Herrschaftsrechte über die Bundesstaaten beanspruche. Deshalb bekämpfte er den von König Wilhelm gewünschten Titel „Kaiser von Deutschland" und empfahl eifrigst die bloße Form „Deutscher Kaiser". Denn im ersteren Falle konnte die Meinung erweckt werden, als seien dem Kaiser Rechte der Herrschaftsausübung über die Bundesstaaten zugestanden. Darüber wurde der Preußenkönig, dem die delikaten Zusammenhänge mit der Empfindlichkeit des Königs von Bayern nicht so klar vor Augen lagen, so erregt, daß er mit Abdankung drohte, wenn man seinem Willen nicht folge. Trotzdem blieb Bismarck fest, weil er wußte, was auf dem Spiele stand. Es ist bekannt, daß noch am Morgen des 18. Januar über die Titelfrage keine Einigkeit erzielt worden war. Der Großherzog von Baden hatte als der vornehmste der anwesenden Fürsten das erste Hoch auf den Kaiser auszubringen. Deshalb suchte Bismarck denselben auf um ihm zu sagen, daß der König den Titel „Deutscher Kaiser" zugleich mit der ganzen Verfassung sanktioniert habe und dieser daher angewendet werden müsse. Aber kurz vorher war dem Großherzog eine schriftliche Mitteilung vom Könige zugegangen, wonach dieser an dem Titel „Kaiser von Deutschland" festzuhalten befahl. Als er dies dem Kanzler sagte, war Bismarck außer sich vor Ärger und erwiderte grimmig, er müsse es dem Großherzog überlassen zu tun, was dieser schwierigen Lage entspreche. Derselbe entgegnete, er wolle nochmal einen Vermittlungsversuch machen. Unmittelbar darauf erschien der König. Der Großherzog benutzte den nächsten freien Augenblick um ihm zu raten, daß er sich mit der Benutzung derjenigen Ausdrücke einverstanden erkläre, die nun einmal in der Verfassung festgelegt seien. Der König aber erwiderte, er werde sich später doch nur so nennen, wie er es für recht halte, nicht wie Bismarck es bestimmen wolle.

Der Großherzog zog sich bekanntlich dadurch aus der Verlegenheit, daß er beim Kaiserhoch einfach sagte: „Kaiser Wilhelm lebe hoch!"

Nach der Zeremonie schritt der Kaiser an Bismarck, der ihm zunächst unten an den Stufen stand, vorüber, ohne ihn anzusehen und zu grüßen, während er den anwesenden Fürsten die Hand reichte. Am Abend bei der Festtafel hatte er jedoch seinen Groll wieder überwunden. Er trank Bismarck herzlich zu und gedachte seiner besonders in dem Trinkspruche, den er ausbrachte.

So war der Hergang der Sache. Daraus ist für jeden die Lehre zu ziehen, wie unverantwortlich es ist, mit dem Gedanken einer einstweiligen Trennung vom Reich zu spielen. War es damals unter viel günstigeren Verhältnissen und unter der Leitung eines überlegenen Staatsmannes schon so ungeheuer schwierig zur Einigung zu gelangen, so ist hundert gegen eins zu wetten, daß wir nie mehr zusammenkommen würden, wenn wir uns heute, selbst mit der Absicht uns in besseren Zeiten wieder zu vereinigen, trennen würden.

„Freiheit, Friede, Brot!"

(Ebert, Scheidemann und Genossen gewidmet!)

„Morgens — ich mag das Licht nicht sehn!
Sinnlos ist es mir, aufzustehn.
Das Licht bescheint nur wieder die Not.
Arbeit — Arbeit! — Doch wo ist Brot?
Arbeit mit sorgenzerpflügter Stirn,
Jammer im Herzen, Verzweiflung im Hirn!
Arbeit mit hungerzerfressener Kraft, —
Arbeit, die nichts mehr zum Leben schafft!
Arbeit, so schneidend und scharf wie ein Schwert,
Aber: der Lohn ist der Arbeit nicht wert.
Arbeit? — Für wen? — Das ist einerlei:
Die Kinder siechen und hungern dabei!
Rührt sich kein Herze in unsrer Not?
Wahrheit starb. — Das Mitleid ist tot.
Gerechtigkeit liegt in Frankreich erschlagen.
Was soll ich weiter dies Leben tragen?
Wie sinnlos das Licht! — Wie sinnlos das Tun!
Laßt mich, Brüder! — Ich möchte ruhn!" —

„Hilft nichts! Hilft nichts! — Es ruft unsre Pflicht!
Schaffen heißt sie — Ruhen nicht!
Haben uns selber dies Los erkoren,
Als wir den Waffen abgeschworen.
Sind jetzt Knechte, vor denen uns graust.
Müssen fronden! Die Peitsche saust.
Peitsche saust in Feindeshänden!
Wer will unser Schicksal wenden?
Haben uns selber dies Los bestimmt:
Schaffen, bis uns die Erde nimmt!
Liegst du erst im Totenschrein,
Dann wird Zeit zum Ruhen sein!" —

„Brüder: Her dann mit Waffen und Wehren!
Sterben will ich! Doch sei es in Ehren!
Sterben will ich! Doch soll ich ins Grab,
Soll auch der Feind zugleich mit hinab!
Kämpfen muß ich — so heischt es die Not! —
Kämpfen um Freiheit, Friede und Brot!
Kämpfen will ich mit letztem Hauch!
Sterb' ich, so sterb' ich nach Väter Brauch!
Fluch der Feigheit und Sklaverei!
Soll ich sterben, so sterbe ich frei!"

Ein deutscher Arbeiter.

Die deutsche Republik als Karikatur des demokratischen Gedankens.

Von Prof. Dr. Rich. Hennig.

Wenn ein Feind uns mitten im Kampfe gute Ratschläge gibt, was wir tun und lassen sollen, um sein Wohlwollen zu erringen, so kann man überzeugt sein, daß man im eigenen Interesse keine größere Dummheit begehen kann, als diesen Rat zu befolgen. Der Deutsche aber leidet in weiten Teilen des Volkes an der fixen Idee, der Kampf ließe sich abkürzen und der Friede rascher herbeiführen und erträglicher gestalten, wenn er sich nur beeilt, dem Feinde seinen „guten Willen zu zeigen" und seine Wünsche in bezug auf unsere Handlungsweise zu erfüllen. Der Weltkrieg hat in dieser Hinsicht das bisher ungeheuerlichste, geradezu klassische Beispiel deutscher Suggestibilität durch feindliche Wunschäußerungen oder, verständlicher ausgedrückt, das welthistorisch großartigste Beispiel deutscher Dummheit erbracht. Jahrelang predigte uns der Feindbund, er bekämpfe beileibe nicht das gute deutsche Volk, sondern nur den deutschen Militarismus und die Autokratie in Deutschland (daß er die viel größeren Autokratien in Rußland und im Weißen Hause zu Washington nicht bekämpfte, sondern sich als Bundesgenossen zur Niederstampfung Deutschlands angelte, merkte Michel natürlich nicht!). Sobald daher Deutschland nur seinem Militarismus entsage und sich zur demokratischen Staatsform bekehre, sei alles schön und gut, und wir könnten ein Herz und eine Seele sein.

Nun, Deutschland hat, wie der schlaue Hans im Glück, diesen „wohlgemeinten" Rat befolgt. Was dabei herausgekommen ist, spüren heut ja auch die begeistertsten Befürworter dieses Schrittes von 1917 und 1918 mit steigendem Entsetzen am eigenen Leibe. Der deutsche Militarismus ist seit 5 Jahren tot. Hätten wir ihn noch, so hätte der französische Schakal, der sich nur an Leichen zu vergreifen wagt, nie und nimmer die Ruhr besetzt oder sich auch nur am Rheinland vergriffen, dann würde als Folge hiervon auch die Mark den größten Teil ihres Wertes behalten haben[1]).

Und mit unserem Militarismus, der uns alle stark und glücklich machte, haben wir in den Jahren des Unheils 1918/9 auch das Staatsgewand abgestreift, das die Kunst eines Bismarck uns „nach Maß" zurechtgeschneidert hatte, und wir haben uns statt dessen eine Maschinenarbeit von Anzug aufschwatzen lassen, wie man sie in jüdischen Verfassungs-Warenhäusern in allen Größen und Farben vorrätig hat und an Dumme zu verramschen liebt. Seit den gleich „glorreichen" Tagen des 9. November 1918 und 11. August 1919 ist Deutschland angeblich (viele Unbelehrbare behaupten es selbst heute noch!) eine „Demokratie". Der Verdacht liegt, nach dem vorher Gesagten, nahe, liegt sehr nahe, allzu nahe, daß uns die Entente die Bekehrung zur Demokratie aus genau denselben Gründen angepriesen hat, aus denen sie uns die Abschaffung des Militarismus predigte oder aus denen der Fremde dem Hans im Glück den Eintausch der Kuh gegen die Gans empfahl. Man wußte bei unseren Feinden offenbar, daß Michel mit dem ungewohnten Kleidungsstück der Demo-

[1]) Vgl. Austin Harrison im Septemberheft 1923 der „Foreign Affaits": „Ständen in Deutschland auch nur 300 000 Mann unter Waffen, so gäbe es kein Reparationsproblem."

kratie auf lange Zeit nichts anzufangen wissen und dadurch für viele Jahre hinreichend „innerlich" beschäftigt sein werde, um nicht zu beachten, wie ihn inzwischen die wohlwollenden Bauernfänger ausplünderten und übers Ohr hieben. In jüdischen Kleiderhandlungen pflegt ja der Verkäufer eine um so größere Zungenfertigkeit zu entfalten und um so weniger sparsam mit Lobeshymnen für seine Ware umzugehen, je mehr diese an Mängeln leidet, von denen die Aufmerksamkeit des Käufers abgelenkt werden soll. Genau nach diesem Rezept hat uns die Entente das „pikfeine" Gewand der Demokratie so ausdauernd und so nachdrücklich gerühmt, bis wir am 9. November dämlich genug waren, es für einen wahnsinnig hohen Wucherpreis zu kaufen. Und nun, wo wir es zu Hause in Ruhe noch einmal betrachten, merken wir, daß wir uns gar keine wirkliche Demokratie, keine „echt englische Ware", sondern einen höchst minderwertigen Schund haben andrehen lassen, der mit der „Demokratie" absolut nichts anderes gemein hat, als den Namen, das Aushängeschild für die, die nicht alle werden.

Hand aufs Herz! Wer von allen Lesern hat bisher auch nur das Geringste davon bemerkt, daß uns die glorreiche Revolution und die wundervolle Weimarer Verfassung irgend etwas beschert haben, was mit echter Demokratie nur die bescheidenste Ähnlichkeit hat? Wir haben für die alte konstitutionelle Monarchie, deren Machtbefugnisse obendrein recht beschränkt waren, nicht die Panazee wahrer Demokratie eingetauscht, sondern eine ganz üble Parlamentstyrannis: für die milchgebende Kuh die schnatternde Gans!

Zum Begriff der Demokratie gehört doch vor allem, daß das Volk selbst in allen wichtigen Fragen seines nationalen Lebens souverän sein und die oberste Entscheidung haben soll. Das steht ja auch in der Weimarer Verfassung drin, und zwar als alleroberster Grundsatz und Eckstein des neuen staatlichen Lebens Deutschlands. Aber man nenne mir einen einzigen Fall aus den seither verflossenen 5 Jahren, in dem dieses oberste Dogma des demokratischen Gedankens bei uns jemals verwirklicht worden ist! Wie es in wahrhaften Demokratien zugeht, und zwar sowohl in solchen mit monarchischer Spitze wie mit republikanischer Staatsform, das können uns die Schweiz, Schweden, Norwegen, die einzelnen Staaten Nordamerikas, auch die französische Geschichte lehren. Man denke an alle französischen Staatsumwälzungen seit 1800; sie erlangten erst dann Anerkennung und staatsrechtliche Geltung, nachdem eine unbeeinflußte Abstimmung des ganzen Volkes eine klare Mehrheit dafür ergeben hatte. Dagegen bei uns? Ach, du lieber Himmel! Die Staatsumwälzungen vom 9. November wurden von parlamentarischen Gernegroßen im eigenen Interesse inszeniert und durchgeführt, als alle staatlichen Machtmittel durch die Abwehr des äußeren Feindes gebunden waren. Eine Befragung des ganzen Volkes, ob ihm die aufgezwungene neue republikanische Staatsform auch recht sei, hat man bis heute nicht gewagt — man weiß auch, warum! Aus genau demselben Grunde, aus dem die Franzosen im Elsaß das „Selbstbestimmungsrecht" der Bevölkerungen nicht anzuwenden wagen! Die Republik wurde halt von den Parvenus des 9. November diktiert und dann durch das berüchtigte Maulkorbgesetz „zum Schutze der Republik", durch Eide auf die republikanische Staatsform (wie äußerte sich doch der Novemberdemokrat General Gröner am 9. November in Spaa über die „Formalität des Fahneneides"?) und ähnliche Rezepte aus der Hausapotheke der alten autokratisch regierten Staaten „verankert" — das Volk als solches hatte hübsch zu warten, was

über sein Wohl oder richtiger Wehe verfügt wurde, hatte zu kuschen und das Maul zu halten. Daher der Name „Demokratie"! In der echtesten Demokratie der Welt, in der Schweiz, stimmt das ganze Volk oder mindestens die ganze Bevölkerung eines Kantons ab, sobald irgend eine auch nur halbwegs wichtige öffentliche Angelegenheit zur Entscheidung steht. Selbst recht untergeordnete Fragen werden gelegentlich dem Urteil der ganzen Einwohnerschaft unterbreitet: es sei nur daran erinnert, wie 1902 der Kanton Bern eine allgemeine Volksabstimmung inszenierte, um zu entscheiden, ob die Lötschbergbahn gebaut werden solle oder nicht. In den einzelnen amerikanischen Staaten, in Schweden usw. hat man das ganze Volk an die Abstimmungsurne gerufen, um ein Votum zu erzielen, ob der Alkoholausschank verboten werden solle. Das ist das Kennzeichen wirklich demokratischen Empfindens! In der sogenannten deutschen Demokratie hat es sich seit 1918 oftmals um viel, viel belangreichere Probleme, ja, geradezu um Lebensfragen des deutschen Volkes gehandelt, aber keinem bürgerlichen oder sozialistischen „Demokraten" fiel es jemals ein, das Volk selbst um seine Meinung zu fragen. Alles wurde selbstherrlich vom Parlament oder, richtiger gesagt, von einem kleinen Klüngel von parteipolitischen Führern so „gefingert", wie es ihnen selbst genehm war; die Kanaille von Volk hatte zu warten, was über sie verfügt wurde. Als die Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 unterzeichnet werden sollten, blieb ja vielleicht keine Zeit, ans Volk zu appellieren — zugegeben! Aber die Annahme oder Ablehnung des „Friedens"-Diktats hätte man, zumal da der Reichstag bis zum letzten Tag völlig uneins und kopflos war, sehr wohl dem „Volke" überlassen können; man hatte vom 7. Mai bis zum 28. Juni 1919 Zeit, dessen Meinung zu erkunden. Auf einen so ketzerischen Gedanken kam jedoch niemand in der deutschen „Demokratie"! Als es sich 1921 um Annahme oder Ablehnung des Londoner Ultimatums, 1923 um Fortführung oder Abbruch des Ruhrwiderstandes handelte, war wieder eine Gelegenheit, die Autorität des ganzen Volkes für die Richtlinien der deutschen Politik einzusetzen. In noch höherem Maße mußte es eine banale Selbstverständlichkeit sein, bei weniger dringlichen, rein inneren deutschen Fragen das Volk zum Herrn über seine Belange zu machen, so insbesondere bei der Erörterung der Frage, wie die deutsche Nationalflagge und die deutsche Handelsflagge beschaffen sein sollten. Zumal als der Reichstag am 27. Juni 1921 mit der kolossalen Mehrheit von — — einer Stimme (121:120) die Einführung der schwarz-rot-goldenen Gösch in unsere alte „fleckenlose" Handelsflagge beschlossen hatte, konnte das kleinste Kind sich sagen, daß nach einem solchen Zufallsergebnis unbedingt das Volk um seine Wünsche befragt werden mußte. Aber ehe hätte ein Ludwig XIV. seine Untertanen darüber abstimmen lassen, ob sie mit seiner Verwendung der Staatsgelder einverstanden seien, ehe ein neudeutscher „demokratischer" Parlamentarier sich dazu versteht! Dabei ist vielleicht nicht einmal so sehr das Machtgefühl des Parteibonzen ausschlaggebend, der seine „Untertanen", d. h. alle Nicht-Parlamentarier, nicht zu Worte kommen lassen will, als vielmehr die Angst, das Volksvotum werde voraussichtlich anders ausfallen, als es ihm selber genehm ist. Denn darüber kann doch nicht der geringste Zweifel bestehen, daß bei einer allgemeinen Volksabstimmung, ob Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold Nationalflagge sein, ob die Handelsflagge abgeändert werden solle oder nicht, eine ungeheure Mehrheit sich jede Änderung nachdrücklichst verbeten hätte. Ein solcher, ohne weiteres vorauszusehender Ausfall des

Volksentscheids mußte aber nach dem Wunsche von ein paar Dutzend Parteidemagogen um jeden Preis vermieden werden — deshalb wurde halt der Grundsatz der Demokratie wieder einmal geopfert.

Und noch in einem anderen Falle wurde er aus genau den gleichen selbstischen Befürchtungen heraus preisgegeben: in der Frage des Reichspräsidenten. Fritz Ebert, das in Weimar 1919 dem Volke „provisorisch", „für ein paar Monate" aufgestülpte Reichsoberhaupt, war schon rund 4 Jahre, d. h. so lange wie die ordnungsmäßig gewählten Präsidenten in Nordamerika und Frankreich, ohne Genehmigung des (auf dem Papier) für „souverän" erklärten Volkes „im Amte", als im Herbst 1922 bekannt wurde, am 3. Dezember solle, mit „nur" 3½jähriger Verspätung, endlich die erste ordnungsmäßige Wahl des Präsidenten durchs Volk stattfinden. Zum überhaupt ersten Male seit dem Bestehen der deutschen „Demokratie" sollte wirklich die Volksgesamtheit nach ihrem Willen befragt werden. Aber die Skeptiker, die von vornherein etwas Derartiges im neuen Deutschland für ausgeschlossen erklärten, behielten wieder einmal recht. Wenige Wochen vor dem kritischen Dezember fanden sich die üblichen „technischen" Hindernisse, die sich immer einstellen, wenn unser löbliches Parlament eine Bekundung des Volkswillens oder eine Neuwahl sabotieren möchte, und durch einen Gewaltakt des Reichstags, den man mit vollem Recht als Staatsstreich bezeichnen darf, wurde unter krasser Verletzung des klaren Wortlauts der heiligen Weimarer Verfassung Genosse Fritze Ebert zum „rechtmäßigen" ersten Präsidenten ernannt und die erste Wahl um mehrere Jahre, wenn nicht gar auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Dieses Stücklein war bisher das frechste Attentat, das vom Parlament auf die sogenannte demokratische Grundlage des neuen Deutschland ausgeführt wurde, und bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten, der Stresemann-Flügel der deutschen Volkspartei und das Zentrum fanden sich zur Durchführung dieses Staatsstreichs zusammen. Warum auch das Zentrum mitmachte, entbehrt nicht des pikanten Beigeschmacks: der religionslose Führer der sozialdemokratischen Partei, Fritz Ebert, hatte, nachdem der Mohr der sozialdemokratischen Parteizugehörigkeit für ihn seine Schuldigkeit getan hatte, zum katholischen Bekenntnis, zur Religion seiner Jugend, seinen Weg zurückgefunden und ist heute nach allem, was man von ihm hört, ein so schwarzer Zentrumsmann geworden, daß es überaus reizvoll sein müßte, bei der nächsten Wahl festzustellen, für welche Partei der ehemalige Führer der Sozialdemokraten seinen Stimmzettel abgibt. Ob wir augenblicklich einen Sozialisten oder einen Zentrumsmann als Spitze des Reiches zu verehren haben, ist an sich gleichgültig. Von Bedeutung bleibt nur die Tatsache, daß die deutsche Demokratie als einzige Demokratie der Erde und der Geschichte seit 5 Jahren und wahrscheinlich sogar (wenn nämlich der regierende Parlamentsklüngel am Ruder bleibt) „auf Lebenszeit" einen Präsidenten aufweist, an dessen Wahl das Volk überhaupt nicht den geringsten Anteil gehabt hat. Der deutsche Michel ist eben einzig in seiner Art!

Gegenwärtig sind die Dinge im schwarz-rot-goldenen Deutschland so bizarr geartet, daß diejenigen Parteien, die für Demokratie eintreten, d. h. die Anhänger der schwarzen, roten und goldenen Internationale (Zentrum, Sozialdemokratie, bürgerliche Demokraten), grundsätzlich und bisher leider mit vollem, restlosen Erfolg jegliche Demokratie in Deutschland sabotiert und eine schrankenlose Parlamentsdiktatur an ihre Stelle gesetzt haben. Umgekehrt sind

heute gerade die beiden Rechtsparteien, die, in psychologischer Würdigung der Schiller-Weisheit „Mehrheit ist der Unsinn", durchaus nicht diejenigen Staaten als die fortgeschrittensten ansehen, „wo Mehrheit siegt und Unvernunft entscheidet", die zuverlässigsten Bannerträger des demokratischen Gedankens in Deutschland. Immer wieder und immer wieder fordern sie Volksabstimmung, Volksentscheid, weil sie diese als kleineres Übel ansehen gegenüber der schrankenlosen Autokratie der Parteibonzen und parlamentarischen Maulhelden. Sie fordern vergeblich: im Lande mit der „freiesten Verfassung der Welt" hat das Volk nichts zu sagen!

In krassester Weise trat die Karikatur auf die Demokratie Ende November 1923 in der wochenlangen Krise nach Stresemanns Sturz zutage. Allen Grundsätzen des gepriesenen Parlamentarismus zum Hohn, betraute der Präsident Ebert aus persönlicher Abneigung gegen die Deutschnationalen nicht den Führer der siegreichen Opposition mit der Kabinettsbildung, sondern schob und fingerte „det Ding" so lange, bis das eben durch ein Mißtrauensvotum gestürzte Kabinett mit etwas auflackiertem, neuen Kopf wieder am Ruder war. Die „Stimme des Volks" rief mit nie zuvor erlebter Deutlichkeit nach der Rechtsregierung; der präsidierende Genosse fragte den Deubel darnach und ließ das souveräne Volk sich heiser schreien — die Parole blieb trotzdem: Kuschen! Und der Reichstag, der dann aus bloßer Angst vor der Auflösung ein ihm höchst unsympathisches Ermächtigungsgesetz für das neue Kabinett schluckte, hat es bewiesen: für einen echten neudeutschen Parlamentarier stehen seine Diäten turmhoch über Volkswohl und Volkswillen! —

Diese Sorte von Parlaments-Mißwirtschaft, die da meint, weil einmal in der römischen Geschichte das Geschnatter von Gänsen einen Staat gerettet hat, sei dies Geschnatter in allen staatlichen Nöten das zuverlässigste Hilfsmittel, scheint selbst manchem sehr überzeugten Demokraten schon bös auf die Nerven gefallen zu sein. Wenn, was sehr wahrscheinlich ist, auch Stresemanns schwacher Nachfolger versagt haben wird, wird vielleicht spätestens die Reichstagswahl 1924 die Bahn frei machen für eine wahrhaftige deutsche Demokratie, wie wir sie brauchen, mit einem starken überparteiischen Führer an der Spitze, der seinen Weg unbeirrt geht, ohne auf das Geschnatter des Parlaments zu achten.

England, Frankreich, Italien, Amerika — sie zeigen uns, wie eine gesunde Demokratie aussieht. Ein gewählter Führer mit sehr weitgehenden, in Amerika geradezu absoluten Vollmachten regiert, und das Parlament läßt ihn gewähren, solange nicht allzu deutliche Mißgriffe und Anzeichen von Unfähigkeit offen zutage liegen. In der Karikatur eines demokratischen Staatsgebildes aber, das sich das neue Deutschland nennt, ist der leitende Staatsmann nur der Hampelmann von einigen 400 „Volksvertretern", die jede seiner Handlungen nicht nachher, sondern vorher beschnüffeln und kritisieren und gutheißen wollen, bevor ihm gestattet wird, sie auszuführen. Die „Nachfolger Bismarcks" dürfen sich seit dem 9. November kaum noch die Nase putzen, ohne daß Hinz und Kunz und Meyer und Müller und Schulze und Levysohn vorher um ihre Erlaubnis hierzu gebeten worden sind und sie wohlwollend gewährt haben. In einer solchen Spießbürger-Atmosphäre kommen auch nur Spießbürger-Naturen empor und treten an die Spitze des Staates.

Heute dürfte es jedem Einsichtigen klar sein, daß der Parlamentarismus ein zerbrochenes Spielzeug für politische Kinder war und noch ist. Ohne die

Faust eines starken Diktators kann und wird Deutschland niemals gefunden. Dabei sind Diktatur und vernünftige Demokratie durchaus keine unvereinbaren Begriffe: das „souveräne" Volk muß nur erlauben, daß der rechte Mann an die rechte Stelle kommt, und dann nicht jeden seiner Schritte mit unablässigem Gegacker und Geschnatter begleiten.

Wenn ein Schiff in schwerster Sturmnot zwischen zahllosen Klippen nahe am Scheitern ist, wem gebührt dann die Leitung? Naive Seelen sagen: dem gewiegtesten Kapitän und erfahrensten Seemann. Die „Demokratie" aber läßt durch die Schiffsmannschaft den, der das größte M...undwerk hat und am schönsten reden kann, mit der Führung des Fahrzeugs betrauen und gibt ihm dann einen Betriebsrat zur Seite, und jedesmal, wenn der gewählte Kapitän ein Kommando geben will: „Backbord! Steuerbord! Volle Kraft rückwärts! Halbe Kraft vorwärts! usw.", muß er erst den Betriebsrat um Erlaubnis fragen, und der Betriebsrat debattiert ein Stündchen lang oder mehrere, und erst wenn er abgestimmt und zugestimmt hat, darf der Kapitän sein Kommando geben. — Wer glaubt, daß ein solches Schiff sicher aus den Klippen herauskommt? Nun, dieses Schiff heißt: Deutschland!

Aus Oberschlesien.

Mag auch Polens weißer Adler wehen
Von dem Schlosse unsrer Stadt,
Mag der Schritt der fremden Bataillone
Durch die Straßen klirren eisenhart,
Mögen fremde Völkerwellen
Über uns zusammenschlagen —
Einmal, einmal muß es tagen,
Niemals lassen wir uns rauben
Unsre Hoffnung, unsren kühnen Glauben,
Unsre Treu' zum großen Deutschen Reich!

Aus den Straßen, aus den Gassen
Langsam weicht das deutsche Lied und Wort.
Brüder, schafft ihm tief im eignen Herzen
Einen desto sich'rern Hort!
Laßt das heil'ge Feuer heimlich weiterglühen,
Im Verborg'nen wachse still die junge Saat,
Draus der Freiheit Wunderblume uns erblühen,
Eine bess're Zukunft einst entsprießen mag!

Unsre stolzen Waffen sind zerbrochen;
„Feind im Land" — der laute Notruf gellt,
Während Bruderzwist, Parteienhader
Unsre beste Kraft gebunden hält. —
Doch gefährlicher als dieser
Ist der andre, unsichtbare Feind,
Der die Seele unsres Volkes
Langsam zu verderben scheint.

Stehet ein für unsre höchsten Güter,
Rettet sie durch diese sturmbewegte Zeit!
Einen Kampf um unsre Ideale
Um den deutschen Menschen gilt es heut'.
Haltet unsre letzte, beste Waffe
Hoch und schwört ihr Treue immerdar:
Unsrem guten, alten, deutschen Wesen,
Echt und tief und rein und wahr! —

Hermann Schröter.

❖

Südslavien.

Von Karl Albert.

Vor dem Kriege hat uns England von allen Seiten eingekreist, heute tut Frankreich das Gleiche mit tödlicher Umklammerung. Und wie wir uns gegen die erste Umringung nicht genügend gewehrt haben, so auch nicht gegen die zweite. Sehen wir uns die Kette an, welche Frankreich durch seine Gefolgstaaten zu unserer Erdrosselung um uns gelegt hat: Littauen, Polen, die Tschechei, Südslavien, Italien und Belgien! Seit langem hätte es Aufgabe unserer Außenpolitik sein müssen, diesen Ring zu sprengen, aber wir haben ja seit 1918 so gut wie gar keine Außenpolitik mehr getrieben, eine Unterlassungssünde, die es mitverschuldet hat, daß wir heute am Rande des Verderbens stehen.

Wenn wir nun einen Blick auf die uns umgebenden, in Frankreichs Fahrwasser segelnden Staaten werfen, so ist es einleuchtend, daß das schwächste Glied in dieser Sklavenkette Südslavien ist. Betrachten wir die Gründe für diesen Umstand: Bei seiner mit großer Geschicklichkeit unternommenen Werbearbeit auf dem Balkan hatte Frankreich in Südslavien anfangs einen recht guten Boden gefunden. Außer der Bundesgenossenschaft Serbiens und Frankreichs im Weltkriege spielte das nach Österreichs Zusammenbruch sich auslösende Gefühl der Kroaten und Slovenen mit herein, für wirkliche und vermeintliche Unterdrückung durch die Deutschen Vergeltung an diesen üben zu wollen, was ja mit französischer Hilfe ermöglicht wurde. Zudem gewährte Frankreich Südslavien mehrmals Anleihen in Höhe von einigen Hundert Millionen Franken, die in der Hauptsache für die Ausrüstung des südslavischen Heeres verwandt wurden. Der Einfluß zudem, den französische Zeitungen, Bücher und Lichtbildwerke in Südslavien ausübten, darf auch nicht übersehen werden. Nun aber hat sich doch im Empfinden der Südslaven eine gewisse Schwenkung von Frankreich fort bemerkbar gemacht, und zwar infolge des italienisch-südslavischen Streites um Fiume. In diesem hat Südslavien, wie der Laibacher „Slovenec" schrieb, vor Italien dadurch „kapituliert", daß es die Ernennung des italienischen Generals Giardino zum Statthalter von Fiume ruhig hinnahm. Kurze Zeit darauf erfolgte die Kapitulation Deutschlands in der Ruhrfrage. Dadurch befinden sich Deutschland und Südslavien gegenüber Frankreich und Italien in einer ähnlichen Lage. Deutschland ist durch den Verlust seiner Kolonien und die Zerstörung seines Außenhandels wieder zu einem Binnenvolk geworden und wird von Frankreich nun auch auf dem Festlande umklammert, Serbien hat seit Jahrzehnten vergebens um einen Ausgang zum Meere gekämpft, Südslavien hat die erhofften Häfen von Fiume und Triest nicht erhalten und wird jetzt von Italien weiter vom Meere abgedrängt und ähnlich eingekreist wie wir durch ein Bündnis Italiens mit Ungarn. Wie Frankreich den Separatismus in Bayern (man erinnere sich des Leoprechting- und des Fuchs-Machhaus-Prozesses) und im Rheinland von jeher gestärkt hat, so unterstützt Italien mit allen Mitteln die Lostrennungsbestrebungen Montenegros von Südslavien. Verschiedene Zeitungen, besonders die in Bologna erscheinende „Fiamma nera", berichten ständig über den Separatismus Montenegros, und es werden Veranstaltungen, welche für die Befreiung des Landes der schwarzen Berge werben, in verschiedenen italienischen

Städten abgehalten. Dazu kommt noch, daß im „neuen Italien" die deutsche und die südslavische Minderheit eine gleich schlechte Behandlung erfahren. Man hat den 220 000 Deutschsüdtirolern und den 600 000 Slovenen und Kroaten zunächst die Mehrzahl ihrer staatlichen und privaten Schulen geschlossen oder sie in italienische umgewandelt und seit dem 1. Oktober dieses Jahres ist darin jeder Unterricht in deutscher, slovenischer oder kroatischer Sprache überhaupt verboten worden. Diese Sprachen können nur noch in besonderen Unterrichtsstunden wie Französisch oder Englisch gelehrt werden. Dadurch will man die deutsche und südslavische Minderheit mit Gewalt zu Italienern machen. Auch sonst werden die Minderheiten sehr bedrückt. Wie im vorigen Jahre mehrere Tausend Faszisten die deutsche Stadt Bozen besetzten und unter Führung des heutigen Ministers de Stefani vergewaltigten, so haben die Faszisten die slovenischen und kroatischen Volkshäuser in Triest, Pola, Barcola und anderen Orten zerstört, den Sitz des slavischen Lebens in Triest, das große Hotel „Balkan", bei Nacht angezündet und die Kanzleien der slavischen Rechtsanwälte verwüstet. Bei der Volkszählung, die vor zwei Jahren stattfand, deren Ergebnisse aber bisher noch nicht veröffentlicht worden sind, offenbar, weil sie für die Italiener ungünstig ausgefallen sind, wurde in Südtirol und im slavischen Küstenlande mit dem gleichen Terror und der gleichen List vorgegangen. Man fragte nach der Umgangssprache und nach der Kenntnis einer italienischen Mundart. Die slovenischen Landleute nun, welche Triest und die istrischen Hafenorte mit Lebensmittel versorgen, können sich natürlich auf italienisch verständlich machen; sie jedoch deshalb als Italiener zu zählen, wie es geschehen ist, hat keine Berechtigung[1]). Bei den Wahlen zu den Provinziallandtagen wurde auch mit schärfstem Terror vorgegangen. Allein in Istrien wurden 41 Häuser slovenischer Bauern niedergebrannt, ihre Besitzer bedroht und verprügelt. Infolgedessen erhielten die Slovenen trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit in Istrien nur einen Abgeordneten gegen fünf italienische, in Triest gar keinen, und nur im Görzischen brachten sie es auf fünf. Nach dem neuen Wahlrecht der Faszisten ist bestimmt worden, daß künftig eine Partei nur dann Kandidaten aufstellen darf, wenn sie in mindestens zwei Wahlbezirken Italiens, das nur noch einen einzigen großen Wahlkreis bilden soll, vertreten ist. Nun gibt es aber Deutsche nur in einem einzigen Wahlbezirk und ebenso Slovenen und Kroaten nur in einem. Wollen also beide Minderheiten ihre Stimme im Parlament in Rom zu Gehör bringen — der Zeitpunkt der Wahlen ist noch nicht festgesetzt —, so müssen sie eine gemeinsame Liste aufstellen. Wie bisher, so dürfte freilich auch dann ihre große Zahl keine genügende Berücksichtigung finden, aber auf ein oder zwei Abgeordnete wäre immerhin noch zu rechnen. Auf der interparlamentarischen Konferenz, welche in diesem Jahre in Kopenhagen stattfand, haben die Vertreter der Deutschen und Slaven in Italien bereits erfolgreich zusammengearbeitet, so daß die Hoffnung auf ein weiteres Hand-in-Hand-gehen beider Minderheiten im „neuen Italien" nicht ohne Berechtigung ist.

Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß bei dem Bestreben Italiens, auf dem Balkan festen Fuß zu fassen, ein kriegerischer Zusammenstoß mit Südslavien sich nicht wird vermeiden lassen. Während des Fiumekonfliktes schrieb

[1]) Der Frankfurter Universitätsprofessor Franz Zizek, ein geborener Slovene, hat die Mißbräuche einer solchen Zählweise in seinem „Grundriß der Statistik" (1923 bei Dunker und Humblot, 2. Aufl. S. 243) dargelegt.

die Belgrader „Politika", Südslavien warte auf den Kampf mit Italien wie zuvor Serbien auf denjenigen mit Österreich-Ungarn gewartet habe. Italiener und Südslaven haben sich gegenseitig als künftige Gegner erkannt. Der Engländer Seton Watson hatte die südslavische Frage schon vor langem als Lebensfrage Österreich-Ungarns und als auch für Deutschland von großer Bedeutung bezeichnet. In der Tat wurde sie zum Ausgangspunkt des Weltkrieges. In der alten Donaumonarchie hatte man ihr nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, ihre Lösung nicht auf geeignete Weise versucht, bei uns hatte man sich fast gar nicht um sie gekümmert. Zu ihrem Verständnis sei nun im Folgenden zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick gegeben.

Etwa 300 Jahre war das heute von Südslaven bewohnte Gebiet wirklich römisch, ohne daß jedoch die eingeborene illyrische Bevölkerung vollkommen romanisiert worden wäre. Bei der Teilung des römischen Reiches in ein Ostrom und ein Westrom unter Arkadius und Honorius fiel das jetzt von Kroaten besiedelte Gebiet in der Hauptsache an das Westreich; die Folge davon war die westliche Orientierung der im 6. und 7. Jahrhundert dort einwandernden Kroaten und ihre Annahme des römisch-katholischen Glaubens. Die Kroaten waren mit den Serben und anderen slavischen Stämmen aus der Karpathengegend hergezogen. Am Ende des 7. Jahrhunderts fand die Siedelung der Kroaten und Serben statt, wobei die Serben als Bewohner oströmischen Landes sich dem griechisch-katholischen Glauben zuwandten. Für das Verhältnis von Italien zum heutigen Südslavien ist nun wichtiger als die Betrachtung der serbischen Geschichte eine solche der kroatischen. Daher sei einiges aus ihr mitgeteilt. Bereits im 10. Jahrhundert gab es ein kroatisches Königreich. Dieses geriet sehr schnell unter den beherrschenden Einfluß des Heiligen Stuhles in Rom. Ein päpstlicher Gesandter nahm die Krönung des Königs Tomislav vor, und es bildete sich eine starke lateinisch-klerikale Partei. Sie gewann bei gleichzeitiger Slavisierung oder Verdrängung der im dalmatinischen Küstenlande wohnenden Romanen eine solche Macht, daß sie im Kampfe mit den nationalen Parteien den Zerfall des Reiches im Jahre 1079 bereits herbeiführte. Auf der einen Seite finden wir also zwar eine Ausdehnung des Kroatentums in räumlicher Hinsicht, auf der andern aber seine Lähmung durch die Kirche. So vermochte Ungarn nach und nach das von Kroaten bewohnte Gebiet sich einzuverleiben. Ludwig I. gewann sogar im Frieden von Zara 1358 ganz Dalmatien den Venetianern ab, die sich mittlerweile dort festgesetzt hatten. Aber schon 1444 ging Dalmatien wieder an Venedig verloren, Ungarn mußte gegen die Türken Front machen, denen es 1526 bei Mohacs erlag. Das Eintreffen des kroatischen Hilfsheeres war von den Ungarn nicht abgewartet worden. Im folgenden Jahre wählten die Kroaten, um sich gegen die Türken zu sichern, Ferdinand von Habsburg zu ihrem König. Die Treue der Kroaten gegenüber den Kaisern des Hauses Habsburg war seither sprichwörtlich. 1848 hielten sie zum Monarchen gegen das aufständische Ungarn. Ihr Land erwarb sich dadurch eine ziemliche Selbständigkeit, es nahm in jeder Beziehung einen merklichen Aufschwung und erhielt 1861 auch die nominelle Unabhängigkeit. Der 1867 erfolgende Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn aber ließ Kroatien wieder zu einer ungarischen Provinz herabsinken. Der damit einsetzenden politischen Bedrückung entsprach ein wirtschaftlicher Niedergang und beide Umstände machten eine Überflügelung des Kroatentums durch das Serbentum möglich, besonders nachdem sich Serbien

seine Freiheit von der Türkei errungen hatte. Die Schulen in Serbien waren zahlreicher und besser als im vernachlässigten ungarischen Kroatien, die serbische Intelligenz war politisch äußerst regsam, zudem waren die Serben tüchtige Kaufleute, sie gründeten Banken in Kroatien und steigerten auch dadurch ihren Einfluß. Bisher waren die Kroaten das kulturell am höchsten stehende Volk der Balkanslaven gewesen, nun wurden es die Serben. Der Gedanke einer Vereinigung der Südslaven war zuerst von den Kroaten ausgegangen, aber sowohl der „Illyrismus" Ludevit Gay's als auch das Südslavenreich, das der Bischof Stroßmayer, ein Mann deutscher Abkunft, — er hat die Universität und die Akademie der Wissenschaft und Künste in Zagreb gegründet — als einen rein katholischen Staat anstrebte, als auch das „Großkroatien" Ante Starcevic's ließen sich nicht verwirklichen. Serbien übernahm die Führung der Südslaven und errichtete nach Österreich-Ungarns Zusammenbruch den S.-H.-S.-Staat unter dem serbischen Königshause.

In Kroatien war ursprünglich der Bogomilenadel der Träger des nationalen Staatsgedankens gewesen. Dieser kroatische Adel, der einzige der arischen Balkanslaven, war religiös gerichtet, es gab in ihm unserer Reformation verwandte Strömungen (s. v. Südland S. 163 ff.), aber er vermochte sich in den vielen kriegerischen Verwicklungen mit den Ungarn, Türken, Venetianern und gegen die Macht der römischen Kirche nicht zu behaupten. Seit dem vorigen Jahrhundert sind die Träger kroatischer Politik Bürger und Bauern. Der Nationalheilige der Kroaten ist der in Milesevo bestattete S. Sava. Der serbische Staatsgedanke hingegen beruhte auf dem jeweiligen Herrscherhause und der griechisch-orthodoxen Kirche. Die Serben haben sich stark mit Balkanromanen, den Walachen vermischt, diese aber wurden durch ihren Beitritt zur serbischen Nationalkirche slavisiert. Schon 1219 heißt es, Serbe sei, wer zur serbischen Kirche gehöre. Ihre größte Macht erreichte diese durch die 1557 erfolgte Gründung des Patriarchates von Ipek, dessen Amtsbezirk das ganze mittlere Balkangebiet umfaßte. Neuerdings finden Übertritte katholischer Slaven zur orthodoxen Kirche wieder häufig statt, aber Rom trifft bereits Gegenmaßnahmen. In kurzem soll ein Konkordat mit Belgrad abgeschlossen werden, das dem Katholizismus, besonders unter den Kroaten und Slovenen, wieder den Rücken stärken würde. Die Glaubensspaltung der Südslaven wird also fortbestehen bleiben.

Das Zusammengehen der Kroaten und Serben im alten Österreich-Ungarn untereinander mit den Serben des Königreichs rechnet von der Fiumaner Revolution des 3. Oktobers 1905 und den folgenden Konferenzen über ein nationalpolitisches Bündnis an. Dalmatien wurde zur kroatischen, Bosnien und die Herzegovina zur serbischen Interessensphäre erklärt. Die Annexion Bosniens und der Herzegovina im Jahre 1908 löste eine verstärkte politische Tätigkeit der Serben und ihren Anschluß an Rußland aus. Als Gegenmaßnahme schlug man in Österreich-Ungarn eine Lösung der südslavischen Frage durch den „Trialismus", d. h. durch die Schaffung eines dritten Reichsteiles neben Österreich und Ungarn, bestehend aus Bosnien, der Herzegovina, Slavonien und Dalmatien vor. Über Pläne und Ratschläge aber gedieh die Sache nicht hinaus, erst der Weltkrieg brachte die Entwirrung des südslavischen Knotens. Die 3 800 000 Kroaten, 2 000 000 Serben und 1 400 000 Slovenen, welche etwa 10% der österreichisch-ungarischen Gesamtbevölkerung im Jahre 1910 ausgemacht hatten, wurden mit den Königreichen Serbien und Monte-

negro vereinigt. Als Einheitsband ist außer der Blutsverwandtschaft die durch Erhebung der herzegovinischen Mundart des Hinterlandes von Dubrownik (Ragusa) durch Vuk Karadjic-Stefanovic zur Schriftsprache entstandene neuserbische Sprache anzusehen, welche sich der russisch-kirchenslavischen altserbischen gegenüber in kurzem durchsetzte. Gay war es nur gelungen, das Kroatische gegenüber dem Ungarischen und Latein in den Vordergrund zu stellen, Stefanovic erst wurde der Begründer des südslavischen Nationalismus, der sich auf Serbien stützte. Als Trennungsstrich blieb freilich der Umstand, daß die Kroaten und Serben sich der Lateinschrift bedienen, während die Serben und Montenegriner die cyrillischen Buchstaben anwenden. Das Slovenische weicht freilich sprachlich nicht wenig vom Serbischen ab. Zu dem Vorwurf, den die Italiener den Südslaven ebenso machen wie die Franzosen uns, kulturlose Barbaren zu sein, ist zu bemerken, daß die Südslaven Jahrhunderte hindurch unter fremder Herrschaft gelebt haben und daher bald türkischem, bald italienischem, bald ungarischen Einflüssen ausgesetzt gewesen sind. Außerdem war die südslavische Kultur im Gegensatz zur italienischen Stadtkultur eine vorwiegend bäurische, aber gerade darum bietet sie noch eine Fülle von Entwicklungsmöglichkeiten in sich, während die abgestandene italienische bereits auf Eroberungen ausgeht. Damit kommen wir zum Streben Italiens, sich auf dem Balkan festzusetzen, an der „altra sponda", der anderen Küste der Adria.

Vor allem beanspruchen die Italiener Dalmatien für sich als ehemals venetianisches Gebiet. Am 4. Dezember 1916 erklärte der Erstminister Boselli in der italienischen Kammer, Italien müsse diejenigen Völker, Länder und Meere erhalten, über denen ehemals die venetianische Fahne geweht habe. Obwohl aber Dalmatien teilweise 4 Jahrhunderte hindurch zu Venedig gehörte, nennt L. v. Südland, einer der besten Kenner der dortigen Verhältnisse, Dalmatien ein durchaus slavisches Land, denn immer wieder hat die slavische Landbevölkerung die italienische Stadtbevölkerung zurückzudrängen vermocht. 1797 hob Napoleon die Republik Venedig auf, Dalmatien wurde in der Folge österreichisch, und die Prozentzahl seiner italienischen Bewohner ging von 25% im Jahre 1813 auf nur 2% im Jahre 1910 zurück. Das von einigen Sprachforschern als besondere romanische Sprache gewertete Dalmatinische starb Ende des vorigen Jahrhunderts gänzlich aus. Dieses Verschwinden des italienischen Elementes auf dem Balkan war für Italien mit ein Grund zur Teilnahme am Kriege auf seiten unserer Gegner. Mit Waffengewalt wollte man dem Italienertum auf der anderen Seite des „venetianischen Meeres" wieder auf die Beine helfen. Kulturelle Bestrebungen dienten dabei nur zum Vorwand, denn die Venetianer haben Dalmatien und Istrien mehr ausgebeutet als kulturell gefördert. Die Italiener im alten Österreich forderten seit langem als Kulturzentrum an der Adria eine italienische Universität in Triest; jetzt aber, nachdem Triest seit 5 Jahren italienisch geworden ist, wird eine italienische Universität zur „friedlichen Durchdringung" des Balkans — wer denkt nicht dabei an die Worte Moritz Barrès' von der friedlichen Durchdringung der Rheinlande mit Hilfe französischer Schulen? — in Bari gegründet. Letzten Endes sollen aber die kulturellen Dinge nur Wegbereiter der politischen sein. In der „Erlösung" der „terre irridente" hat Italien nur erst den Anfang gemacht durch die Erwerbung Südtirols, des Küstenlandes mit Istrien und Fiume sowie Zaras. Wirtschaftlich haben sowohl Fiume als auch Triest durch ihre Zugehörigkeit zu Italien schwer gelitten. Was sie als Haupthäfen Österreichs und Ungarns

waren, können sie in der großen Reihe der übrigen italienischen Häfen niemals bedeuten. Triests Handel ist zum größten Teil bereits auf Venedig, die „Königin der Adria" übergegangen, um deren Wettbewerb zu entgehen sich Triest schon 1382 unter den Schutz Herzog Leopolds von Österreich gestellt hatte. Vor dem Kriege übertraf der Wirtschaftsverkehr Triests denjenigen Venedigs bei weitem, heute ist es umgekehrt. Fiume ist wirtschaftlich zugrunde gerichtet, weil es als italienische Stadt überhaupt kein Hinterland besitzt und die Südslaven einen Hafen aus nationalen Gründen boykottieren. Die italienischen Zeitungen begründeten die Ernennung des Generals Giardino zum Statthalter von Fiume, die tatsächlich einer Besitzergreifung gleichkommt, damit, daß man die 40 000 italienischen Einwohner der Stadt vor dem Hungertode habe retten müssen. In Wirklichkeit betrachten sie Fiume als Brückenkopf zu weiterem Vordringen auf dem Balkan, wohin sie einen Teil ihres Menschenüberschusses abgeben wollen, statt wie bisher, nach überseeischen Ländern oder in die wenig zukunftsreichen italienischen Kolonien.

Wir haben gesehen, daß Südslavien in einer ähnlichen Lage sich befindet wie Deutschland: wir stehen mit den Franzosen im Kampfe um den Rhein, die Südslaven mit den Italienern im Streite um die Adriagrenze. Jahrhundertelang hat das deutsche Volk unter fremder Herrschaft gelebt und sich nicht seiner Eigenart entsprechend entfalten können, ebenso das südslavische. Beiden gemeinsam ist die Spaltung in Stämme und verschiedenen Glauben, was von den Gegnern beider, Franzosen und Italienern, in gleicher Weise zur Anstiftung von Zwietracht benutzt wird; beide haben Italien gegenüber die Hoffnung auf eine Grenzberichtigung, die Deutschen bis zur Salurner Klause, die Südslaven bis zum von ihnen Sotscha genannten Isonzo, die Minderheiten beider Völker werden im „neuen Italien" aufs härteste bedrückt — am 23. Oktober hat der Präfekt von Triest verfügt, daß die slavischen Zeitungen seiner Provinz, die slovenische „Edinost" (Eintracht) und die kroatische „Istarska Rijec" (Istrische Stimme) neben ihrem Text in der Muttersprache die italienische Übersetzung bringen müssen, was sich natürlich keine Zeitung auf die Dauer leisten kann. Nachdem Friedrich Naumanns Traum eines „Mitteleuropa" unter deutscher Führung verflogen ist, wird Deutschland sich entscheiden müssen, ob es in Zukunft zu West- oder zu Osteuropa wird gehören wollen. Vom Westen haben wir nach wie vor nichts Gutes zu erwarten, der Osten dagegen bietet die aussichtsreichsten Möglichkeiten, sobald in Rußland erst wieder klare Verhältnisse herrschen. Von Südslaven kann man vielfach hören: Deutschland, Rußland und Südslavien müssen zusammenhalten gegen Frankreich und Italien. Das mag etwas naiv klingen, enthält aber doch einen gesunden Kern. Es würde eine Scheidungslinie zwischen Ost und West bedeuten, die am Rhein entlang zur österreichischen und italienisch-südslavischen Grenze verlaufen würde. Aus dem Zusammenbruche Österreich-Ungarns könnte sich sehr wohl eine deutsch-südslavische Verständigung ergeben. Noch wird viel Deutsch gesprochen in Südslavien, schon aber sind die Franzosen am Werke. Während früher in den serbischen Gymnasien Deutsch von der 1. Klasse an Pflichtfach war, ist es nach dem Kriege durch Französisch von der 2. Klasse ab ersetzt worden; französische Bücher, Lichtbildwerke usw. finden mehr und mehr Eingang in Südslavien. Und doch hat das Deutsche noch vieles zu erhoffen. Die Mehrzahl der Gymnasiasten, denen in der 5. Klasse die Wahl der deutschen oder englischen Sprache freigestellt ist, wählt die deutsche. Einer der wenigen Deutschen, die sich eingehend mit dem südslavischen Lande

und Volke befaßt haben, der Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel, ist dort unten weit und breit gut bekannt, und es wird mit der größten Hochachtung von ihm gesprochen. Und wie schon vor dem Kriege deutsche Industrie und Technik viel beigetragen hat zur wirtschaftlichen Entwicklung südslavischen Landes, so kann das auch heute wieder geschehen. Bergbau und Wasserkräfte besonders warten noch ihrer Erschließung. Zum Schluß soll noch gesagt werden, daß Landschaft, Tier- und Pflanzenwelt sowie auch die Bevölkerung Südslaviens dem Reisenden mindestens ebensoviel zu bieten haben wie Italien. Eine Fahrt an der dalmatinischen Küste entlang wird jedem einen unvergeßlichen Eindruck für das ganze Leben hinterlassen.

Hauptsächlich benützte Werke: L. v. Südland: Die südslavische Frage und der Weltkrieg. Wien 1918. Seton Watson: Die südslavische Frage im Habsburgerreiche, Berlin 1908. Hermann Wendel: Südosteuropäische Fragen, Berlin 1918; Aus und über Südslavien, Berlin 1920; Aus dem südslavischen Risorgimento, Gotha 1921; Von Marburg bis Monastir, Frankfurt 1921; Von Belgrad bis Buccari, Frankfurt 1922.

Gefahren des Idealismus.

„Nicht der Zusammenstoß mit der Welt allein und die gegenständliche Unsicherheit führen den Idealisten in die Tragik hinein, sondern ebenso das Ineinanderlaufen idealer Regungen mit kleinmenschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten. Der Idealismus kann auch innerlich falsch oder — besser gesagt — verfälscht oder getrübt sein durch eine Selbsttäuschung, die als ein Streben ins Übermenschliche auffaßt, was nur ein Mangel an sicherer Vernunfterkenntnis ist, oder was gar mit sehr natürlichen aber gefährlichen Eigenschaften zusammenhängt, mit Eitelkeit, Ehrgeiz oder verschleierter Sinnlichkeit. Dann blendet der Mensch sich selbst und blendet andere. Er wird zum absonderlichen Schwärmer, unbequem für seine Umgebung, verhängnisvoll für die Sache, die er vertritt, ein schwankendes Rohr, das keine feste Stellung im Leben gewinnen kann. . . . .

Ja, die Vermischung von Hohem und Niederem zeitigt heutzutage eine Erscheinung, die man pathologischen Idealismus nennen könnte. Die Vertreter dieser Gattung sind überaus gefährlich für eine im Urteil nicht unbedingt sichere und von unklaren Instinkten beherrschte Umgebung."

(Aus: Th. von der Pfordten, „Die Tragik des Idealismus". Friedrich Manns Pädagogisches Magazin Heft 955. Langensalza, Hermann Beyer & Söhne).

Deutschösterreich.

Von Herbert Werner.

In einer Zeit, da der Weiterbestand des Deutschen Reiches in der gegenwärtigen Form insbesondere dadurch von Gefahren umgeben ist, daß die Marxisten und ihre Schleppträger schwarzer, goldener und pseudonationaler Färbung noch weiter die Hand am Steuerruder des von unendlichen Stürmen hin und hergeworfenen Reichsschiffes haben dürfen, hat man in Österreich Neuwahlen für den Nationalrat und neben den Wahlen für einige Landtage auch für den Wiener Gemeinderat gemacht. Es mutet ein wenig sonderbar an, daß in Österreich der Parlamentarismus samt allem Brauchtum, das ihn verunziert und dessen hervorragendste Betätigung das Wahlgeschäft ist, jetzt solche Zeichen erhöhter Betriebsamkeit zeigt, während sonst in der Welt das Volk sich angeekelt von den widerwärtigen Erscheinungen der Demokratie und des westlichen Parlamentarismus sein Geschick von diesen Gewalten abzulösen sucht und auch schon zum Teil abgelöst hat.

Aber da Deutschösterreich für den Völkerbund die Rolle eines Reklamestaates zu spielen hat, hat es auch darauf zu sehen, daß es allen Zubehör zu einem solchen Objekt säuberlich in Ordnung hält. Und dazu gehört eben das parlamentarische System samt Neuwahlen.

Das Land hat seine Sache brav gemacht. Es gab viel Aufregung, Verhetzung, Demagogie, Lüge, Verleumdung, Beredsamkeit, eine Flut von Plakaten, Versammlungen sonder Zahl, nach den gegnerischen Berichten eine Kette von Mißerfolgen, nach den eigenen Siegen auf der ganzen Linie, Agitationsreisen berühmter Männer, Kinos und Freikonzerte, kurz Wien in erster Linie und der ganze Bergländerbund stand im Zeichen eines, um ein echt Wienerisches Wort zu gebrauchen, gewaltigen Rummels. Glücklicherweise ist das Ganze fast ohne Unfall abgegangen, ein wenig Skandal und Rauferei, mehr nicht. Das deutschösterreichische Volk hat sich, wie ein alljüdisches Blatt voll Stolz feststellte, bereits ganz in die Formen des Demokratismus hineingewachsen. Äußerlich vielleicht, aber innerlich kaum! Das bezeugt schon die Art, wie der Wahlkampf geführt worden ist. Von seiten der Regierung, besonders seitens des Hauptrufers im Streit, des Bundeskanzlers Seipel, sollte der Kampf für oder gegen Genf gehen. Es sollte die Probe aufs Exempel erbracht werden, ob das deutschösterreichische Volk sich weiter von der Hand des Herrn Generalkommissärs des Völkerbundes, des Herrn Zimmermann, sanieren lassen will oder nicht. So war wenigstens die Losung für den Anfang ausgegeben worden. Später wurde sie von den Sozialdemokraten abgesetzt. Sie erkannten, daß die Sanierung die Auswüchse der Nachkriegszeit auf dem Gebiete der Verwaltung und Finanzgesetzgebung gemildert und die, wenn auch künstliche Stabilisierung der Krone das Wirtschaftsleben augenblicklich wenigstens vor dem Zusammenbruch bewahrt und dieser Zustand der Beruhigung allgemeine Sympathie erzeugt hatte. Sie waren deshalb genötigt, sich nach demagogischen Argumenten umzusehen. So verlegten sie sich auf die möglichst ergiebige Ausnutzung einzelner Härten, wie zum Beispiel auf den Abbau des Mieterschutzes, der von der Regierung zur Anregung der privaten Bautätigkeit und damit zur Befruchtung der gesamten Produktion sowie zur Stärkung der Steuererträgnisse allmählich preisgegeben werden muß, oder auf den Abbau

der Beamten oder die Not der geistigen Arbeiter oder endlich auf die Ausnutzung aller der von ihnen geschaffenen Abhängigkeiten in der Staatsverwaltung, in Stadt und Land, um auf diese Weise die Massen bei der roten Fahne zu halten oder neue Anhänger zu werben. Das ist den Marxisten denn auch in hohem Maße gelungen. Sie haben nicht unerheblich an Stimmen zugenommen und demgemäß auch die Mandate im Nationalrat wie im Wiener Gemeinderat vermehrt. Das ist ohne Zweifel ein Erfolg, denn die Auswirkungen des Genfer Sanierungswerkes haben sich bisher in den proletarischen Kreisen noch nicht in der Richtung einer Herabsetzung der Lebenshaltung bemerkbar gemacht, derart, daß die Marxisten aus Verelendung und Verbitterung hätten demagogischen Gewinn ziehen können. Sie haben lediglich durch einige düstere Prophezeiungen wirken können, im ganzen aber durch den Appell an die Überzeugungstreue der großen Massen und ihren Gehorsam gegenüber den gewerkschaftlichen Machtmitteln ihre Position halten oder verbessern können.

Dasselbe gilt von ihren Gegnern, den Christlichsozialen. Zur Zeit der Ausschreibung der Wahlen, vor etwa einem halben Jahr, ist man mit sehr gemischten Gefühlen ans Werk gegangen. Man tappte bezüglich der Wirkungen der Sanierung auf die Lebenshaltung der Bevölkerung und auch der Durchführbarkeit der einzelnen Vorschriften der Genfer Paragraphen recht im Dunkeln. Die Wirkungen sind dann nicht so hart ausgefallen. Der Bauer hat auch während der Sanierung weiter verdient, der Handwerker und Gewerbetreibende nnicht minder, und das weibliche Element hielt Kirche und Kanzel im großen und ganzen bei der Stange. Die Beamtenschaft freilich ist, soweit sie von früher her nicht im christlichsozialen Lager gestanden ist, durch den Abbau und die schlechte Entlohnung, die aus Ersparungsgründen noch fortgesetzt gedrückt wurde, vielfach zu den Marxisten übergegangen.

Aber etwas kam der Partei zu Hilfe: das war der deutsche Zusammenbruch und der Sturz der deutschen Mark in bodenlose Tiefen. Das Unglück Reichsdeutschlands wurde für die schwarze Internationale in Deutschösterreich eines der hervorragendsten Agitationsmittel, das mit einer Ausdauer und einer Skrupellosigkeit gebraucht wurde, die sich schon nicht mehr überbieten ließ. „Das Land ohne Seipel" wurde in Gegensatz gebracht zu der glücklichen Koralleninsel, auf der der Bundeskanzler seinen Volksgenossen ein Leben sonder Aufregung, und bestrahlt von der Sonne der völkerbündlerischen Huld in nur zu gern aufgenommene Aussicht stellte. Gegen die Sozialdemokraten wurde gehetzt unter Hinweis auf das von ihrem Führer Otto Bauer geprägte Losungswort vom Anschluß an die Mark und die Großdeutschen. —

Ja, die Großdeutschen, mit ihnen hat sich als Genossen der christlichsozialen Regierungskoalition eine Tragödie begeben, die anfangs geradezu verhängnisvoll aussah, sich aber nach Abschluß der Wahl wohl als eine schwere Einbuße herausstellte, nicht aber als Dezimierung der Partei, wie die alljüdische Presse bereits frohlockte, bewertet werden kann. Soviel ist aber sicher, daß der Partei die Freundschaft des Bundeskanzlers nicht gut bekommen ist, und daß sie für die großen Opfer, die sie ihren Grundsätzen, nach ihrer Meinung nicht auch den Zielen ihrer Politik, durch ihr Bündnis mit den Christlichsozialen gebracht hat, verzweifelt schlecht entlohnt worden ist.

Der großdeutsche Mißerfolg lautet in der alljüdischen Übersetzung „Beseitigung des Hakenkreuzlertums", „Vernunftbeweis des österreichischen Volkes", das von „Rassenantisemitismus" und „konfessioneller" Verhetzung nichts wissen

will, und „Annäherung an das demokratische Ideal des angelsächsischen Parlamentarismus", an die „Zweiparteien-Herrschaft", das heißt, daß die eine Partei den Gegner gern gewähren läßt, weil sie weiß, daß sie bestimmt einmal darankommen wird und dann ihrerseits alles Versäumte doppelt und dreifach nachholen und alles Vorenthaltene sich reichlich zu Gemüte wird führen können. Von den 165 Mandaten des österreichischen Nationalrates entfallen derzeit 69 auf die Marxisten und 82 auf die Klerikalen, zwischen ihnen verbleiben nur die 15 Mandate der Großdeutschen und der Bauernbündler, nachdem der letzte Wahlausgang, den einzigen Judenliberalen und Vertreter der „Neuen Freien Presse", genannt „bürgerliche Arbeitspartei", sich zu seinen Vätern hat versammeln lassen. Es muß in diesem Zusammenhange namentlich für reichsdeutsche Ohren wiederum gesagt werden, daß die österreichische „Weltpresse" und alle die Presseerzeugnisse, die in deutschen Landen das Österreichertum vertreten, wie das „Neue Wiener Tagblatt", in erster Linie aber das „Neue Wiener Journal", keinen Vertreter ihrer angestammten Gesinnungslosigkeit im Parlament besitzen. Und weil sie wußten, daß für sie nichts zu holen war, verschrieben sie sich dem Bundeskanzler, hingen die Pflichten einer allergetreuesten Opposition an den Nagel und traten vorbehaltlos und leidenschaftlich für den Prälaten ein, nachdem dieser noch obendrein einen überaus freundlichen und anerkennenden Brief anläßlich des Kongresses Achudas in Israel an die gesetzestreuen Juden geschrieben hatte mit dem Inhalt, daß er jede Religion achte und mit religiös Gesinnten gern und allen Ernstes Bündnisse einzugehen sich immer angelegen sein lassen werde.

So kam es denn, daß sich der eine Flügel des Alljudentums in den Mantel christlich-seiplischer Nächstenliebe hüllen konnte, während der andere, getreu den Grundsätzen der Protokolle der Weisen von Zion, in anderen Lagern ihr Unterkommen gefunden hat. Der Versuch, durch eine gemeinsame jüdische Liste, auf der sich die Zionisten mit den liberalen Juden zusammengetan hatten, einen unmittelbaren parlamentarischen Einfluß zu erlangen, ist gescheitert. Es haben sich nur 25000 jüdische Wähler zu dieser „Arbeitsgemeinschaft" bekannt, der allergrößte Teil war im Lager der Christlichsozialen zu finden, ein Zeichen, für wen die Sanierungspolitik des Herrn Bundeskanzlers Seipel ihre ureigenste Früchte trägt: für die Drohnen und Aussauger, während die Diener des Staates in ihrer Verbitterung, die verständlich, in Massen rot gewählt haben.

Hier zeigt sich so recht der schwere Fehler der großdeutschen Volkspartei, daß sie es, einmal an den Sanierungswagen gespannt, nicht vermocht hat, die beamtenfeindliche Politik der Christlichsozialen und des Judentums soweit abzumildern, daß die Flucht der Beamten aus der Partei vermieden wurde. Während die Christlichsozialen sich das Judentum angliederten, damit ihre ihnen von Lueger geschaffene Grundlage vollständig verschütteten und zu einer, ihren sogenannten Idealen gegenüber abstoßenden Scheinheiligkeit und Verlogenheit gelangten, zerstörten die Großdeutschen aus einer falsch verstandenen Opferbereitschaft auch ihrerseits ein wichtiges Bollwerk des gesamten Staates, eben die Beamtenschaft, die sich bisher durch alle die Jahre der Entbehrungen und Zurücksetzungen immer noch von der Umgarnung durch den Marxismus ferngehalten hatte. Es war den Wahlen, die im Zeichen der „Gesundung" durch Genf ausgefochten worden sind, vorbehalten, diese staatszerstörende Wirkung auszuüben. —

Die Juden sind auf der ganzen Linie die Gewinner.

Als Sozialdemokraten ziehen sie ihre Vorteile aus der roten Marxistenregierung im Wiener Rathaus, von der ihre Stammesgenossen aus dem Osten in Massen Wiener Heimatscheine erlangen; als Christlichsoziale spielen sie die Rolle des sattsam bekannten „konservativen" Elements, das heißt sie sind konservativ in der Schröpfung des Staates, der selbst an der weltkapitalistischen Genfer Kette, täglich aufs neue Dank sagen muß für das Interesse, das allerhöchst der Gott Moloch an Deutschösterreich nimmt, und dessen Propheten nach getaner Wahl den Bundeskanzler zu festlichem Mahl einladen, um ihm ihre Anerkennung für die im Dienste des Weltkapitals geleistete Arbeit auszudrücken.

Der päpstliche Protonotar zwischen den Bank- und Börsenhyänen! das heutige Deutschösterreich, dessen Bewohner mit der frivolen Phrase zum Narren gehalten werden, daß sich dieses Gemeinwesen allen „Fremden" als der bestregierteste, glücklichste Staat in der Welt darstelle. Und dabei ist kein Staat so durchsetzt, so ausgehöhlt von ausbeuterischen Gewalten, kurz so überfremdet wie gerade Deutschösterreich. Die Juden als Juden endlich haben sich eine eigene Taktik zurechtgelegt. Ohne Rücksicht auf die Parteien, bei denen sie schmarotzen, konnten sie in ihrer jüdischen Wahlgemeinschaft die Rolle des unterdrückten, von den Hakenkreuzlern heimgesuchten — aller Rechte und Freiheiten, trotz der glücklich vollzogenen Demokratisierung des Staates beraubten — deutschösterreichischen Staatsbürgers mimen. Sie durften mit ihren Klagen wie in den Zeiten des leider aufgelassenen Ghettos die Luft erfüllen und die Feinde im Völkerbund immer wieder dazu aufputschen, die Kontrolle hinsichtlich der Erfüllung des Friedensvertrages auszuüben.

So versahen sie das Amt eines den deutschösterreichischen Staat ob seiner Rückständigkeit zu allen Teufeln jagenden Kritikers, während die marxistischen Juden, die Vaterschaft am Staat für sich beanspruchend, ihn wieder zur alleinigen Heimstätte des Proletariats umgewandelt sehen wollten, und die liberalen Juden, kurz die Seipeljuden, nicht müde wurden mit einem Hymnus auf den Bundeskanzler Deutschösterreichs, das Objekt ihrer Ausbeutung, als eine der besten aller Welten zu loben und zu preisen. Selten ist die Arbeitsteilung Alljudas so gelungen, wie in Deutschösterreich; selten ist sie aber auch so schamlos offenbar geworden wie bei diesen Wahlen. Der Jude als Staaterhalter und Staatszerstörer in einer Person an ein und demselben Objekt, vor allem aber als Beherrscher und damit als Zerstörer des arischen Menschentums! An diesen österreichischen Wahlen kann man ungeheuer viel lernen. —

Aber auch in anderer Beziehung! Der Wahlkampf war ein Kampf der beiden Internationalen. Zwischen beiden sind die Großdeutschen, die Vertreter des deutschen Gedankens fast zerrieben worden. Sie, die die resoluten Vertreter des deutschen Gedankens hätten sein sollen, glaubten, den Marxismus im Bunde mit dem Klerikalismus besiegen zu können, und mußten gewahr werden, daß sie ihre Unterstützung einem Unwürdigen haben zuteil werden lassen. Sie sind buchstäblich belogen und betrogen worden.

Der Klerikalismus hat Thron und Altar mobilisiert und beides in gleicher Weise gegen den Marxismus wie gegen den Nationalismus wirken lassen mit gleicher Rücksichtslosigkeit.

Das Bündnis, das der Bundeskanzler mit den Legitimisten schloß, war ein Faustschlag gegen seine großdeutschen Verbündeten, die sich trotzdem herbeiließen, mit den Vertretern einer Weltanschauung gemeinsame Sache zu machen,

die die ihrige mit einer Feindseligkeit verfolgt, wie sie auch in den Reihen der Marxisten nicht heftiger aufzutreten pflegt.

Der österreichische Legitimismus zieht planmäßig alles in den Kot, was dem volksbewußten Deutschen teuer ist, der die Kämpfe um die Errichtung des deutschen Nationalstaates mit wachen Augen verfolgte und die Größe dieser geschichtlichen Tatsache dankbar in sich aufgenommen hat und weiter historisch zu entwickeln als Nationalziel betrachtet. Für den österreichischen Legitimismus existiert kein deutsches Volk in einem deutschen Staat, für ihn liegt dem deutschen Volk nur eine Mission ob: mit allen Kräften wieder den Zustand anzustreben, wo es im Dienste der katholischen Idee, vertreten durch Habsburg-Lothringen, übernational wirken darf, das heißt, nach altösterreichischem Muster der Bediente und Schleppträger, in günstigstem Falle der gern geduldete Kanzleibeamte der zu einem Typus heranzubildenden mitteleuropäischen Halbkultur zu sein.

Um dem österreichischen Legitimismus zu gefallen, sprach der Bundeskanzler von der Hoffnung auf ein größeres Österreich und seine Presse fuhr fort, den Gegensatz zwischen dem einem „Inferno" gleichenden Deutschen Reich und dem glücklichen von der Sonne der völkerbündlerischen Gnade beschienenen Österreich zu unterstreichen. Für die Zeit des Wahlkampfes war darum auch jede Mitleidsäußerung durch Rat und Tat für das deutsche Brudervolk in den allerchristlichen Kreisen geradezu verpönt. Erst nach getaner Wahlarbeit finden die schwarzen Blätter die Sprache für gerührte Aufrufe zur Milderung der deutschen Not, und die christlichsozialen Minister veranstalteten „Routs" unter der diamantenbesäten Patronage der gewissen neuen Börseanerweiber. Anstatt das ganze Gelumpe bei guter Gelegenheit zusammenzufangen und zu enteignen — man könnte Genf mit dem Erlös dieses Zugriffes mit Leichtigkeit bezahlen und den deutschen Brüdern darüber hinaus noch ein Erkleckliches zuwenden —, rühmt man die Tat, wenn diese Schicht aus ihrem Raub ein paar Millionen dem untergehenden deutschen Volk zuwirft und nach Absolvierung dieser gesellschaftlichen Verpflichtung sich anderen Reizungen zuwendet.

Der Bundeskanzler liebt es bisweilen, sich aus seiner staatsmännischen Tätigkeit für Augenblicke in den Frieden seines ursprünglichen Berufes zu retten. Dann wird er Priester, fügt die Hände hochgestellter Liebender am Altar zusammen, tröstet Sterbende oder liest unter Zugrundelegung politischer Leitmotive Messen. Diese Rückerinnerung an sein Priestertum ist verständlich; aber unverständlich ganz und gar ist, wie sich unter seiner Regierung die Abwendung von dem ursprünglichen Programm der Christlichsozialen, wie es Lueger entworfen hatte und die Partei damit zum Siege führte, derart vollziehen konnte, daß die Ausbeuter aller Grade, die Bank- und Börsenjuden, die Großhändler und Großindustriellen, kurz das ganze Verdienertum aus der Kriegs- und noch mehr aus der Nachkriegszeit sich in die Reihen dieser Partei, die ursprünglich der Zufluchtsort des kleinen Mannes, des primitiven Christen, des einfachen deutschen Bürgerverstandes war, hineindrängen und, was das Abstoßende ist, eine mehr als gute Aufnahme finden konnte. Das Geheimnis dieses Verrates, gegenüber dem die Anrufung des Geistes des seligen Lueger nichts fruchtet, ist auch wieder Genf. Genf ist ein Werk des alljüdischen Weltkapitals, flankiert von dem Hegemoniestreben des Freimaurerstaates par excellence, Frankreich. Genf ist die erste Probe, ein Land zu beschlagnahmen und unter dem Schein seiner huldvoll gewährten Sanierung ein Werk der Aus-

beutung, Überfremdung und moralischen Zugrunderichtung zu errichten und damit nebenbei eine Probe auf das kommende Europa unter der Zuchtrute des Mammonismus zu bieten. Damit diese Probe günstig ausfalle, hat man einen Betrag von 650 Millionen Goldkronen gezeichnet und läßt sich diesen Sündenlohn mit dem feierlichst garantierten Versprechen verzinsen, niemals der Vereinigung des deutschen Volkes zu einer Volkseinheit die Hand zu reichen. Das deutsche Volk muß also gerade das auf dem Scheiterhaufen seiner nationalen Selbstachtung verbrennen, was die triumphierenden Feinde zu ihrem Götzen erhoben haben. Ihm opfern sie die sich zwangsweise angeeigneten deutschen Volkssplitter im Ost und West, in Nord und Süd des deutschen Sprachgebietes. Diese moralische Erniedrigung, diese nationale Selbstschändung, bei der das Wort Volksgefühl ersetzt wird durch Konjunktur und Speichelleckerei, ist die Frucht der schwarzen Internationale in ihren verschiedenen Formen der Habsburgtreue, der Luegertreue und der Seipeltreue. —

Und wie steht es mit der roten Internationale? Wie hat sie den Kampf gegen den schwarzen Stiefbruder geführt? Äußerlich mit den gleichen Mitteln. Denn die Milliarden an Wahlgeldern flossen zum Teil aus derselben Quelle, aus der jüdischen Hochfinanz, die sich hier an einem Scheingefecht gegeneinander ergötzte und die Gepflogenheiten des Börsenspiels mit verteilten Rollen auf das Gebiet des politischen Kampfes übertrug. Der Marxismus mußte die ursprünglich gewählte Genfer Parole als ungeeignet ablehnen, weil die Arbeiterschaft die Not der Zeit verhältnismäßig am wenigsten spürt. Sie brachte der jahrzehntelangen Erziehung zum Volksanwalt nur ein geringes Verständnis für den jüdischen Racheschrei ihrer Führer über die schnöde Preisgabe der Anschlußhoffnung auf. Es galt daher, andere Wege zum Gimpelfang ausfindig zu machen. Und es gelang vortrefflich.

Der Abbau der Beamten und ihre schlechte Entlohnung schuf die Scharen der Mißvergnügten, und die Angst vor der Aufhebung des Mieterschutzes trieb die Frauen einer Partei in die Arme, die sich plötzlich als Schützerin der Familie, also einer überstandenen Bourgeoisieeinrichtung, aufspielte. Die Taktik gelang. Deutschösterreich und insbesondere Wien wurde noch röter als es schon war, und der Bundeskanzler konnte nicht nach Genf melden, daß das deutschösterreichische Volk in der Form einer christlichsozialen Zweidrittelmehrheit im Nationalrat dem Völkerbund zu Füßen liege.

Kein Wunder, wenn sich der Marxismus durchaus als Sieger fühlt und Berechnungen über den Zeitpunkt anstellt, wo er, wie im Honigmond der revolutionären Errungenschaften, wieder von dem Bündnis zwischen Hammer und Sichel faseln kann und frei nach Moskau auch in dem neuen Alpenländerbund den ehernen Schritt der proletarischen Weltrevolution verspüren wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Marxismus vor keinem Mittel zurückgescheut.

Auch in dieser Beziehung kann der Wahlkampf in Deutschösterreich einen ausgezeichneten Anschauungsunterricht vermitteln. Es ist bekannt, daß die Tschechen in Wien sich der allergrößten Unterstützung der jüdischen Rathausherrschaft erfreuen. Sie haben Schulen weit über das Maß hinaus, das ihnen die sogenannten Minderheitsbestimmungen des Saint Germainer Friedensvertrages zugesteht. Das ist aber nur möglich, weil die Wiener jüdischen Marxisten unter stiller Duldung Seipels absichtlich die Augen vor der schweren Gefahr der Slavisierung Wiens verschließen und in den Tschechen lediglich

Stimmvieh für ihre Partei erblicken. Wo es sich jetzt darum gehandelt hat, die rote Herrschaft unter allen Umständen zu halten, haben die Rathausmarxisten ein Bündnis mit den Tschechen abgeschlossen, eine gemeinsame Liste mit ihnen gemacht und sich auf diese Weise 50 000 tschechische Stimmen zugeführt. Was die Tschechen dafür an nationalen und kulturellen Vorteilen eingeheimst haben, ist noch nicht bekannt; ihr Sieg wird aber im Laufe der Zeit schon in die Erscheinung treten. Jedenfalls ist Deutschösterreich durch den Volksverrat der jüdischen Marxisten ein gutes Stück in der Terminologie als Nationalitätenstaat vorgeschritten.

Dadurch wird den vorläufig unter der Decke spielenden Bestrebungen der benachbarten Nachfolgestaaten, sich weitere Stücke deutschösterreichischen Landes anzueignen, aufs wirksamste vorgearbeitet. Ist doch in den tschechischen Geographiebüchern der Zukunft Wien als tschechisches Territorium eingezeichnet, das den noch fehlenden Schlußstein in die tschechische Beherrschung des Donaulaufes, die sich bis nun nur auf den Besitz von Preßburg stützt, bilden und die Verbindung und den Anschluß an den südslavischen Staat durchführen soll.

Das lenkt den Blick auf die Außenpolitik, die mit Österreich und um Österreich herum gemacht wird. Die Regierung erklärt bei jeder Gelegenheit, es sei ihr ehrlichstes Bestreben, mit ihren Nachbarn und aller Welt in Wirtschaftsfrieden und Wirtschaftsfreundschaft zu leben.

Es ist die Politik des Lammes gegenüber dem Wolf. Handelsverträge bezeichnen die Meilensteine auf diesem Wege. Schade nur, daß diesen Handelsverträgen die politische Ohnmacht des Staates so deutlich anzumerken ist. Auf diese Weise kann der Abcschütze in der Politik an einem guten Beispiel lernen, daß die Einstellung eines Staates lediglich auf die Wirtschaft ein Unsinn ist, und daß auch Wirtschaftspolitik ohne die Möglichkeit, machtpolitische Gewichte in die Wagschale zu werfen, immer ein Phantom bleiben muß. Darum vollzieht sich auch die Politik Deutschösterreichs nicht in der Form der eigenen Überlegung dessen, was dem Staate ausschließlich und allein frommt, sondern sie erschöpft sich in einem Hinhorchen auf die Wünsche oder Aufträge der anderen und in einem Sichanpassen an die von ihnen verkündeten Grundsätze ihrer Politik. Wenn man die Reden der leitenden Männer der „Anrainerstaaten" Deutschösterreichs durchnimmt, so wird man immer wieder im Ausdruck väterlichen Wohlwollens verzeichnet finden, was der betreffende Staat von Deutschösterreich erwartet, was er ihm verbietet, was er ihm erlaubt. Wenn Herr Benesch erklärt, daß sich die Tschechei zwar nicht in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches einmischen, aber nicht dulden werde, wenn sich zwischen ihm und Deutschösterreich eine Grenzverschiebung in der Richtung auf den Anschluß ergeben sollte, — denn, so sagte er, wir sind durch den Friedensvertrag, insbesondere durch den Vertrag von Genf an Österreich geknüpft — so werden solche Hinweise in der Umgebung des Bundeskanzlers Seipel nicht ungern vernommen, sagte doch Masaryk in seiner Botschaft anläßlich des Jahrestages der Republik, er wünsche sich eine Kräftigung Österreichs. Sie versetzen sie in die Lage, die Erörterung über gesamtdeutsche Fragen und Belange mit dem beschwörenden Hinweise auf die gute Meinung und das freundschaftliche Einvernehmen mit den Nachbarstaaten von solchen das Wohlergehen des Staates schädigenden Verhalten eindringlichst abzuraten. Das Wohlwollen des Auslandes, das sich in der Wiener Presse eine ganze Arena für die Vorführung seiner offiziellen Politik geschaffen hat, ist das

oberste und einzige Barometer für die Einstellung der Haltung der Staatsregierung gegenüber den Mächten, in deren Vormundschaft sie sich durch die Abmachung von Genf begeben hat. Diesem Wohlwollen zuliebe ist eine neuösterreichische Geschichtsschreibung am Werke, die ein „österreichisches Volk" mit Kulturaufgaben ganz besonderer Art bei gleichzeitiger Ausschaltung des „preußischen Volkes" trotz einiger nicht aus der Geschichte zu bannender Leistungen auszustatten sich bemüht und damit einem süddeutschen Reich, an dessen Horizont bereits die Krone Otto des Kindes aus dem Hause Habsburg-Lothringen aufscheint, die Wege ebnen will. Man soll sich über die Bestrebungen des Legitimismus in Österreich, der wärmste Unterstützung bei der kontinentalen Vormacht, Frankreich, beim Vatikan und selbstverständlich bei allen deutschen Eigenbrödlern, ultramontan bedingten oder partikularistisch verbildeten findet, ernsteste Rechenschaft ablegen. Er ist eine viel größere Gefahr als der Marxismus, der auf anderen Schlachtfeldern seine Vernichtungsschlacht schlagen muß. Seine Drahtzieher haben den Traumzustand der Sanierung, in den sich auch leider die Großdeutschen hineinziehen ließen, geschickt dazu benutzt, um durch ihn die Bevölkerung in die geruhsame Stimmung einer zweiten Backhendlzeit zu versetzen, die als der beste Schrittmacher für schmerzlose staatsrechtliche Operationen zu wirken bestimmt ist.

Die Welt steht in Flammen, die Mitte Europas ist ein Krater, soziale Verwicklungen bedrohen die Siegervölker — und da sollte eine künstliche staatliche Schöpfung, wie es Deutschösterreich ist, noch dazu, wo seine Schöpfer sich allmählich in eine ernstliche Entzweiung hineinmanövrieren, als eine Insel der Seligen ihr Sonderdasein zu führen imstande sein? Die Zeiten der Märchen sind vorbei. Auch Deutschösterreich wird in der Entscheidungsschlacht um das Schicksal Europas irgendwo in die Kampflinie treten müssen. Der Anschluß an das kampferprobte deutsche 60 Millionenvolk, das um sein Leben streiten muß, dürfte gescheiter sein als sich an die Verlogenheit alljüdischer Mammonsherrschaft und an die Schöße der Nachbarn zu hängen, für die dann der Zahltag gekommen sein wird. —

Die Aufgabe des Staates.

„Der Staat, anstatt das große Ziel des Gesamtwohles zu verfolgen, wird zwischen den Sonderbestrebungen der Wirtschaftsmächte hin- und hergerissen, und wer am gewissenlosesten auftritt, dem ist der Einfluß am sichersten.

Indem der Staat vor den Sonderzwecken der gesellschaftlichen Verbände die Waffen streckt, ist er nicht mehr imstande, den Staatszweck zu erfüllen, der vor allem in der Verwirklichung der Gerechtigkeit besteht. Das ist aber für den Staat eine sehr gefährliche Sache. Denn mit der Erfüllung des Staatszweckes geht die Rechtfertigung des Staates verloren.

(Aus: Max Wundt, „Die Zukunft des deutschen Staates". — Schriften zur politischen Bildung, herausgegeben von der Gesellschaft „Deutscher Staat". Heft 6. Langensalza, Hermann Beyer & Söhne.)

Bild der Lage.

Von Dr. Erich Kühn, München.

(Abgeschlossen am 15. Dezember 1923.)

1.

Unlängst versuchte im Bayerischen Landtag ein sozialistischer Abgeordneter — der Name ist mir augenblicklich entfallen — in an und für sich interessanten Ausführungen den Nachweis zu führen, daß die Sozialdemokratie für sich das Verdienst in Anspruch nehmen könnte, mit ihrer Politik seit der Revolution die Arbeiterschaft in Deutschland — national gemacht zu haben. Er berief sich dabei, soweit ich mich erinnere, auch auf Marx und Engels. Was diese beide Kronzeugen anbetrifft, so kann ich ruhig den Spezialisten das Feld zur Untersuchung überlassen darüber, inwieweit diese Begründer der internationalen Arbeiterbewegung die Pflege aktiver nationaler Gesinnung für sich in Anspruch nehmen können.

Bezüglich der „national" machenden Politik der Sozialdemokratie seit dem November 1918 muß ich aber gestehen, daß sie nach meinem Dafürhalten zum mindesten sehr eigentümliche Wege und sehr lebensgefährliche Mittel beliebt hat, um ein Ziel zu erreichen, von dem sie so überraschend und plötzlich spricht. Und wenn sie wirklich der Anschauung ist, dies Ziel — die Nationalisierung der Arbeiter — gefördert und sogar erreicht zu haben, so darf man wohl fragen, warum sie sich jahrzehntelang vorher die größte Mühe gegeben hat, das Gegenteil zu erzielen; und ob Revolution, Versailles, Besetzung von Rhein und Ruhr, Zerreißung des Reiches, wirtschaftliche Versklavung und Verelendung, Klassenkampf und Bürgerkrieg, kurz der Auflösungsvorgang des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft — wer wollte leugnen, daß dies Folgen der marxistischen Politik sind? — tatsächlich dies Ziel gehabt haben *können*. — Die Antwort auf diese Fragen dürfte nicht schwer fallen, wenn man den Willen zur Ehrlichkeit hat.

Das Auffallendste an dieser wunderbaren Entdeckung des nationalen Marxistenherzes ist aber, daß sie ausgerechnet in Bayern erfolgte und just in dem Augenblicke, in dem — die nationalsozialistische Bewegung in einer schweren Krise auf Tod und Leben steht, da sie nach den Ereignissen vom 8. und 9. November dieses Jahres ihrer maßgebenden Führer und ihrer Presse so gut wie beraubt ist. Sollten diese Ereignisse nur in einem zufälligen Zusammenhang stehen? Oder ist die bewußte Entdeckung etwa nur die Folge des von Herrn Generalstaatskommissar von Kahr angesagten Kampfes gegen den Marxismus?

Doch: „An ihren Früchten sollt ihr sie *erkennen*!" Selbst der größte Dialektiker im Sozialistenlager wird nicht den Beweis fertig bringen, daß sich irgendwie ein nationaler Lebenswille in der Arbeiterschaft regt, soweit sie noch unter dem Banne der roten Gewerkschaften und ihrer Presse steht. Denn in dieser Presse selbst ist wirklich keine Spur davon zu entdecken. Soweit sich in den besetzten Gebieten angesichts der Greuel und Schandtaten der Feinde ein Stimmungsumschwung vollzogen hat, ist dies ganz gewiß nicht ein Verdienst der Marxisten. Ihnen *zum Trotz* und nur *außerhalb* ihres Terrors regt sich der nationale Instinkt, dort und anderswo.

Gegen diese Tatsache hilft auch keine Berufung auf Engels und Marx, und die unausdenkbaren Schäden, welche die sozialdemokratische Politik Reich und Volk zugefügt haben, sind nicht mit noch so interessanter Dialektik aus der Welt zu schaffen.

Immerhin erscheint dieser Vorgang im Bayerischen Landtag merkwürdig genug als offenkundiger Versuch, nationale Stimmungen und Bewegungen einzufangen — etwa, wie seinerzeit Novemberlinge in Berlin das Deutschlandlied sangen, oder, wie früher, im August 1914 die radikalsten Genossen national angestrichen herumliefen. —

Wenn nur die nationalen Parteien es verständen, ebenfalls auf die Zeit zu achten und die Seelen nicht mit Dialektik, sondern mit wahrhaft völkischen Wirtschaftsreformen zu fangen!

2.

An und für sich ist die Lage dunkler und verworrener denn je, und man weiß nicht, wo sich ein Weg ins Freie öffnen wird.

Stresemann, der in sehr durchsichtiger Absicht von sich verkündigt hatte, er wäre „der letzte Kanzler", überlebt es seelenruhig, daß ihm doch noch ein anderer Kanzler folgte, unter dem er Außenminister wurde. Da werden wir bei Gelegenheit sicher ganz wunderhübsche Worte von ihm zu hören bekommen. Worte sind seine Stärke. Daß er es nach seinen zahllosen Niederlagen nicht über sich gewann, völlig von der Bildfläche zu verschwinden, ist kennzeichnend für ihn und die parlamentarische Wirtschaft. Dies überständige Parlament, das ja sein Dasein selbst gerettet und verlängert hat — wer konnte es anders erwarten? —, hat augenscheinlich eine solche Fülle von unproduktiven Köpfen, daß es immer wieder notgedrungen auf die gleichen „großen Kanonen" zurückgreifen muß, zu denen offenbar auch Stresemann gehört. Die Hoffnung, daß mehr fähige Persönlichkeiten unter den Abgeordneten hervortreten würden, wenn diese die Sicherheit hätten, sogar Minister zu werden, — diese eigenartige Hoffnung bestimmte doch auch einmal zur Einführung des parlamentarischen Systems! — hat augenscheinlich getrogen, wie so manche andere Novemberhoffnung.

Daß der neue Reichskanzler Marx dem Zentrum angehört, nimmt nicht wunder. Nach den roten die schwarzen Marxisten! Aber diese werden gewiß wesentlich klüger und gewandter regieren als die Genossen! Das Beispiel des Prälaten Seipel in Österreich lockt zur Nacheiferung. Und siehe da: was dieser unter dem Druck des Ententekommissars gezwungen tat, tut man bei uns auf einmal von selbst! Das Ermächtigungsgesetz gibt entschieden einige Hoffnung auf Sanierungsmöglichkeiten. Ob aber ein Vorteil für das Ganze in unserem Sinne herauskommt, muß die Zukunft lehren. In Österreich hat man auch vor den Wahlen unter klerikaler Führung Beamtenabbau und Abbau des Mieterschutzes betrieben und damit ganze Scharen in das rote Lager zurückgetrieben, die zunächst durch hohe Gehälter republikfreundlich gestimmt waren, allmählich aber nach rechts abwanderten. Not macht rot. Not lehrt auch beten. Rom und Juda arbeiten sich trefflich in die Hände. Doch das Wichtigste ist und bleibt die äußere Politik, bleibt die Frage, ob der Bestand des Reiches in seiner jetzigen verstümmelten Form erhalten werden kann, und ob die Kräfte so gesammelt und geschult werden, daß die Rückeroberung der geraubten Länder in absehbarer Zeit möglich sein wird. Denn unsere Lebens-

fähigkeit als Staat und Volk wird auf die Dauer kein noch so einschneidendes Ermächtigungsgesetz retten. Wir sind zu zahlreich für den uns verbliebenen Ernährungsspielraum, und die ganzen wilden inneren Kämpfe sind nur mehr oder weniger ein Ergebnis dieser Tatsache, verschärft durch den Umstand, daß unsere Lebensansprüche an und für sich — vielfach künstlich und bewußt! — zu hoch geschraubt sind, sowie, daß die Verteilung unserer Bevölkerung auf die einzelnen Berufe sowie auf Großstadt und Land ungesund und unhaltbar ist.

Mit Deklamationen wird man Rhein- und Ruhrlande leider nicht retten. Daran hat es nie gefehlt, und wenn es nach den Worten der Minister und Parlamentarier gegangen wäre, hätten wir nicht einen Quadratmillimeter Landes uns nehmen lassen. Die Wirklichkeit sieht leider ganz anders aus. Daher kann man sich eines wehmütigen Lächelns nicht erwehren, wenn man den preußischen Ministerpräsidenten Braun versichern hört: „Niemals wird die preußische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande preisgeben.“ [1])

Die grausame Zähigkeit, mit der Poincaré sein Ziel verfolgt, und die ihn in riesenhaftem Maßstab die Finanzierung aller separatistischen Pläne betreiben läßt auf der einen Seite, sowie auf der anderen der Umstand, daß ein Herr Adenauer offen die Möglichkeit erwägt, ob eine Trennung der Rheinlande von Preußen möglich wäre [2]), lassen die schlimmsten Befürchtungen zu.

Uns regieren eben in der zwar regelmäßig gescheiterten, aber zu aller Verblüffung und Unwillen immer wieder gekitteten „Koalition“ — der Parlamentsabsolutismus in Reinkultur! — im Grunde doch die Mächte, welche das preußische, protestantische Kaisertum gestürzt haben, nämlich Rom und Juda. Ob diese Kräfte eine weitere Zerschlagung des Reiches ernsthaft hintanhalten werden? Ich wage es zu bezweifeln, wenn auch die eine davon, nämlich Juda, in der Maske des Marxismus neuerdings ihr nationales Herz offenbart, und die andere noch so sehr in vaterländischer Bewegung arbeitet.

Wenn das rheinisch-westfälische Industriegebiet von Preußen abgetrennt würde — Hannover wird dann um so stärker seine Selbständigkeit verlangen —, würden wir ein mehr agrarisches Preußen übrig behalten, von dem vielleicht noch Ostpreußen von Polen eingesteckt wird. In diesem Restpreußen würde der „Agrarier“ dann vermutlich den Ausschlag geben. Damit hätten dann die Genossen ihrem grimmigsten Feind — in den Sattel geholfen. Und so könnte die ganze unglückselige Entwicklung vielleicht doch einen Gesundungskern schaffen!

3.

Einen Gesundungskern! Was man in Bayern dafür solange ansah, hat sich — man muß es leider offen aussprechen — als nicht genügend fest erwiesen.

Über die Persönlichkeiten, die an dem blutigen Trauerspiel vom 8./9. November beteiligt waren, braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Vaterländische Beweggründe, mannhafte Treue, hoher persönlicher Mut sind auf der Seite der Putschisten klar hervorgetreten. Vaterländische Beweggründe darf man m. E. auch Herrn v. Kahr nicht absprechen. Was dieser aber

[1]) Deutsche Zeitung, Nr. 537 vom 6. Dezember 1923.
[2]) Ebendaselbst.

durch Schwäche und wortverletzenden Umfall gefehlt hat, haben jene durch Mangel an Psychologie und grundlegende Fehler in der Vorbereitung gesündigt. Sie hatten ihr Vorhaben auf Voraussetzungen aufgebaut, die nicht zutrafen, — selbst wenn die Kahr, Lossow, Seisser nicht umfielen. Dies wird nicht gesagt, um zwei Männer, die gewiß jedes Vaterländischen wärmste Anteilnahme verdienen, wegen ihres Mißerfolges herabzusetzen, sondern, um zu verhüten, daß das Gleiche noch einmal geschieht.

Alles dies ist traurig genug. Rom und Juda reiben sich die Hände. Trauriger ist, daß Herr v. Kahr durch die Konflikte, in die er hineingetrieben wurde, offensichtlich die Spannkraft verloren hat, irgendwelche entscheidende Tat in völkischem Sinne, sei es auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet, noch in Angriff zu nehmen. Er hat nicht das Renaissanceformat, das ihm erlaubte, nach solchen Erschütterungen seines Gleichgewichts durch rasche Entschlüsse in großem Stil die Scharte auszuwetzen und das Geschehene vergessen zu machen. So bleiben zwischen ihm und den Massen die Toten des 9. November stehn. Wenn man jetzt auch in Bayern viel von „Autorität" spricht — ich bin sehr für Autorität —, so darf man doch nicht vergessen, daß der Kern der Autorität unangekränkelt sein muß und frei von inneren Belastungen. Unter dieser „Autorität" noch zu sammeln oder gar gegen den Feind marschieren zu lassen, dürfte unmöglich sein.

Im übrigen ist es auch ein Jammer, daß gerade der Staat, der im Begriff war sich von Parlaments- und Ständewirtschaft zu befreien, nämlich Bayern, durch die Novemberereignisse in dieser erfreulichen Entwicklung gestört worden ist. Sollte diese Entwicklung trotzdem ihren Fortgang nehmen, so ist jetzt zu befürchten, daß die gefestigte Militär- und Polizeimacht in Hände gerät, welche sie unter Umständen mit nationalem Menschenmaterial gegen die großdeutsche, nationale Bewegung verwenden. Daß dies nicht geschehe, dafür möge der Herr Generalstaatskommissar sorgen! Die Drohung mit der Auflösung aller Wehr- und Kampfverbände und ihrer Unterordnung unter staatliche Organe — an und für sich ein notwendiger Gedanke! — wäre schließlich nicht so schlimm, wenn man wieder ganz genau wüßte, in wessen Hände das neu zu schaffende Instrument gelegt würde. Hoffentlich nicht in separatistische! Unverkennbar ist diese Drohung ein Ergebnis des Putsches. Das dürfen seine Veranstalter nicht verkennen. Die Tragik des Vaterlandes scheint es zu wollen, daß notwendige und brauchbare Institutionen in Gefahr des Mißbrauchs geraten. (Wie ja schließlich auch die Verkleinerung des Reichstages zu begrüßen wäre, — wenn sie nicht letzten Endes eine Quintessenz des Parlamentarismus darstellte! Abermals: wenn etwas Ähnliches doch auch einmal den Nationalen gelänge!)

Nun kommt aber das allertraurigste Ergebnis der Münchner Vorgänge: die Zersplitterung im völkischen Lager! Die Tatsache, daß ein Führer einem anderen Führer in öffentlicher Erklärung, sozusagen vor ganz Deutschland, die Berechtigung zum Führertum abgesprochen hat, ist betrübend und beschämend zugleich. Welches Motiv veranlaßte dazu?

Weiter: Führer, die ihre Stellung als Selbstzweck betrachten, sind keine Führer im völkischen Sinne. Daß Führer ihre Stellung dazu mißbrauchen, ihre Gefolgschaft dadurch zusammenzuhalten, daß sie Gehässigkeiten gegen andere Führer dulden, kommt zwar selten genug vor, es sollte aber in der völkischen

Bewegung gar nicht vorkommen. Im übrigen sind die Anhänger mit für ihre Führer verantwortlich. Illusionspolitik und Byzantinismus, wie man sie etwa gegenüber Wilhelm II. erlebt und verurteilt hat, sind in unserem Lager auf das Schärfste zu bekämpfen. Blinder Personenkultus auch da, wo offenbar Mängel zutage treten, ist bei uns, in unserer Lage unverantwortlich. Er ist zwar sehr bequem und nennt sich gern „Mannentreue" oder sonst irgendwie, hat aber mit wahrer Treue nichts zu tun. Nicht der größte Mund, nicht der lauteste Agitator, nicht der unentwegte Selbstvergötterer — nein, der selbstlose Arbeiter mit heißestem Herzen und klarstem Kopf gehört an die Spitze.

Was nun die äußere politische Form der völkischen Bewegung anbetrifft, so muß sie noch gefunden werden. Die national-sozialistische Partei war antiparlamentarisch-revolutionär, solange sie sich auf Kampfverbände stützen konnte. Den Antiparlamentarismus übernahm sie mit anderem geistigen Rüstzeug aus jenen völkischen Kreisen, die mehr in der Stille an der geistigen Vertiefung und wissenschaftlichen Untermauerung des völkischen Gedankens nach der ethischen und politischen Seite hin arbeiteten. Seinen Ursprung etwas verleugnend, wollte der Nationalsozialismus von dieser völkischen Bewegung außerhalb seiner Reihen und Formen nicht viel wissen. Wenn er sich nun, notgedrungen, auf andere Wirkungsformen wird verlegen wollen, wird sich hoffentlich eine gewisse Fühlungnahme oder gar Einigung mit den anderen völkischen Kreisen erzielen lassen, so daß ein großer völkischer Block entsteht. Es sei ohne weiteres zugestanden, daß Hitler mit rastloser Energie z. B. in München und anderen großen Städten die Massen dem völkischen Gedanken als Erster zugeführt hat. Aber — es muß einmal in Liebe und Ruhe gesagt werden — er war nicht der Einzige. Eine Frau Andrea Ellendt z. B. hat in aller Stille ganze Landschaften völkisch gemacht. Sie erhebt daraufhin nicht den Anspruch, Maßstab aller völkischen Belange geworden und Vertreter der völkischen Bewegung zu sein. Sie ist eine zurückhaltende, geduldige Dienerin der Sache geblieben, und wenn ich sie hier erwähne, so wird ihr auch das schon gegen ihr Gefühl gehen.

An der Weisheit der Führer wird es liegen, ob der notwendige völkische Block entsteht. Ohne ihn wäre die ganze Bewegung immer in Gefahr, zerrieben zu werden.

Möge ein gütiges Geschick es geben, daß unsere in schwerstem Kampfe stehende Bewegung im kommenden Jahr sowohl gemeinsam die wahren Führer sowie auch die rechte Form findet, um sich endlich im Staat und im politischen Leben den Platz zu erobern, der ihr im Interesse der Wiedergeburt von Volk und Staat gebührt. Denn sie allein kann diese Wiedergeburt bringen! Allerdings: von Illusionspolitik muß sie sich frei machen und halten!

Die Not des Deutschen Wörterbuches.

Von Wilhelm Matthießen.

Jede neue Lieferung des Deutschen Wörterbuches, das die Brüder Grimm am Abend ihres Lebens als ein unvergängliches Schatzhaus der höchsten Reichtümer deutscher Seele begründeten, beweist wieder von neuem, welch unversiegbaren Jungbrunnen zur inneren Erneuerung, zur Sammlung unserer geistigen Volkskraft wir in diesem Werke besitzen. Und eindringlich wird wieder einmal die Pflicht klar für alle, die es angeht: dem Deutschen Wörterbuch, diesem Wunderdom unserer heiligen Heimatsprache zur Vollendung zu helfen. Noch ist dieser Bau ja nicht vollendet, wenn auch (um bei dem Bilde zu bleiben) die Pfeiler, die edlen Bogen der Gewölbe schon stehen, und das klingende Maßwerk der Fenster. Die Hallen tönen wider von dem brausenden und lieblich zarten Orgelklang deutschen Wortes. Und durch die bunten Farben der Fenster, dieser prachtvollen Sprachbilder, leuchtet geheimnisvoll die jenseitige Sonne von Deutschlands Seele.

Aber noch sind die Türme nicht vollendet. Ein Achtel des Werkes steht noch aus. Und die Gefahr ist groß, daß unserer Heimat erstes Buch Torso bleibt. Das alte Lied: Teuerung! Für eine Stunde schwerster geistiger Arbeit können die Mitarbeiter — 60 Pfennige erhalten. Und ein Vermögen setzt der Verlag (S. Hirzel, Leipzig) jeder Lieferung zu. Deutschland ist arm geworden, aber kein Schandfrieden kann uns den letzten Reichtum, der uns blieb, rauben: unsere Sprache. Wie leicht wäre es für die vielen, die durch Krieg und „Frieden" zu Geld kamen, ihren Namen zu adeln, indem jeder von ihnen eine Lieferung des Deutschen Wörterbuches bezahlte, wie edle Geschlechter von ehedem ein gemaltes Fenster oder ein Altarbild für den Dom ihrer Heimat stifteten. Nach Jahrhunderten liest man dort noch ihre Namen.

Aber die meisten von uns können sich unter dem Wörterbuch nichts rechtes vorstellen. Bestenfalls denken sie an ein gewichtig hochgelahrtes Buch, für jeden Laien mit sieben Siegeln verschlossen. Aber die Brüder Grimm wollten in ihrem Wörterbuch kein Lehrbuch, nicht bloß ein Nachschlagewerk für Leute vom Fach schaffen, sondern etwas wie ein Lesebuch, ein Hausbuch für das ganze Volk. „Fände bei den Leuten" — so sagt Jacob Grimm in der Vorrede — „die einfache Kost der Sprache Eingang, so könnte das Wörterbuch zum Hausbedarf, und mit Verlangen, oft mit Andacht gelesen werden." Und ein Hausbuch ist dieses Werk, trotz seines Umfanges, geblieben. Was bedeutet der Anschaffungspreis heutzutage? Wie mancher stellt sich ein viel kostspieligeres und überflüssigeres Klavier in die Stube!

An einer der neuesten Lieferungen, die die Worte „Weigern" bis „Weile" bringt, läßt sich das wieder zeigen. Der Bearbeiter, der Freiburger Germanist Prof. Dr. Alfred Goetze, aus dessen meisterlicher Feder auch bereits die Lieferungen 1—4 der I. Abteilung des 14. Bandes stammen, hat hier, den Geheimnissen von Wortwäldern wie Weih, Weihe, weihen, Weihnacht, auf den Pfaden der Brüder Grimm nachspürend, beglückende und weihevolle Bilder deutschen Lebens und Fühlens, deutscher Geschichte und deutschen Glaubens geschaffen. Wortwälder! Lesen wir beispielsweise den Artikel „Weihnachten" mit seinen über 270 Zusammensetzungen wie Weihnachtsmann, Weihnachtsbirke, Weihnachtsfriede, Weihnachtsläuten, Weihnachtstanne — —, dann können wir in dieser Benennung keine Übertreibung mehr sehen. Und wie atmet Deutsch-

land gerade in „Weihnacht"! In die graue Heidenzeit schauen wir zurück, wenn wir hier von dem nordischen „Jul" lesen und der Bedeutung von dessen Stamm, der so viel heißt wie Schneegestöber; von dem vorchristlichen Mittwinterfest, das den geheimnisvollen Matres, den „Müttern" heilig war. Wir sehen dann das Eindringen des Christentums, hören von der Kaiserkrönung Karls zu Weihnachten im Jahre 800, lassen uns von Goethe die Krippchen zeigen, „die man zu Weihnachten in allen Kirchen sieht", vernehmen im ganzen Lande den Weihnachtsjubel; und dann spukt auf einmal wieder alter Heidenglaube in das Christfest, wenn wir vernehmen, wie in Thüringen „umb die heiligen Weihnächten eine ziemliche Menge Gespenster gesehen" werden; dann wieder wirds lieblicher, wenn der Bearbeiter von der Bescherung erzählt; wie spürt man den Weihnachtsgeruch in dem von ihm angeführten Goethebriefschnitzel: „So vermelde zugleich, daß die süße und würzhafte Sendung zum Weihnachten glücklich angekommen." Wir hören von Weihnachtsbrauch und -Sitte, wandern aufs Land und lassen uns von den Bauern die Wetterregeln sagen: „Grüne Weihnachten machen weiße Ostern", und „Ist's um Weihnachten feucht und naß, gibt's leere Speicher und leere Faß". Und schließlich, alles zusammenfassend, gibt Goetze dem Dichter Friedrich Huch das Wort: „Weihnachten lag in dieser Zeit, eine warme Insel, ein geheimnisvolles Schloß auf hohem Berge, ein Ziel, das man lange, lange vor sich sieht, zu dem man, absteigend, lange zurückblickt." — Auch „Weihe" z. B. umgreift, wenn auch in ganz verschiedener Linienführung, die Welt deutscher Geschichte, deutschen Empfindens. Zuerst der allgemeinere Sinn: wieder hören wir Goethe sprechen:

„Nun aber ward ein zierlich Heft geschmücket,
Ein treuer Diener widmets deiner Hoheit,
Und du vergönnest mir die erste Weihe."

Dann der strengere Begriff. Und ein großartiges Bild deutscher Kulturgeschichte rollt vor uns ab. Wir erleben mit Brentano die erste Weihe, die Taufe: „Ich darf mich wohl erfreuen — an diesem Gnadentag, — da man die heil'gen Weihen — zum kleinen Kinde sprach"; sehen den mittelalterlichen Bischofs- und Abtsweihen zu, spüren den Sturm der Reformation dahinbrausen, hören Luther und Zwingli wettern; und dann wieder schauen wir der Weihe zum Gralsrittertum, Kaiser- und Fürstenweihen zu. Und endlich kommen wir in das Reich reinen Menschentums, wenn Hebbels Wort angeführt wird: „Der Tod eines heißgeliebten Menschen ist die eigentliche Weihe für eine höhere Welt." Und wir lauschen der Musik alter Meister, wenn Goetze E. T. A. Hoffmann anführt: „Es ist als walle der Mensch in wunderbarer Weihe auf den Tönen, die den goldenen Harfen der Cherubim entklingen."

Das sind nur wenige Funken von zweien Wortlichtern. Und doch: welch eine Welt wird hier durchleuchtet! Welch wunderbarer Trost quillt aus den Seiten des Wörterbuches: Deutschland lebt noch! Die deutsche Seele blüht unaufhaltsam in die Zeiten hinauf.

Wir sehen: das Werk der Brüder Grimm ist und bleibt, trotz der gegenteiligen Behauptung Denk- und Lesefauler, ein Volks- und Hausbuch im edelsten Sinne; ein, nein — das Gebetbuch für jeden Deutschen. Die geweihte Waffe Deutschlands.

An uns liegt es, diese einzige Waffe fertig zu schmieden zum „heiligen Krieg". Deutschlands Wort ist Deutschland. Das dürfen wir nie vergessen.

Eine Deutsche Musikbücherei.

Von Dr. Karl Grunsky, Stuttgart.

Gleich einer Berührung mit elektrischem Strome sollte sich unsere Gesinnung wie von selber mit allem Gleich- oder Ähnlichstrebenden verbinden, das auf den verschiedensten Gebieten des Geistes hervortritt. Wie in der Umschau über Musik und Bühne, so wollen wir dem Leser nach treulichem Gewissen unsern Rat auch dort zur Verfügung stellen, wo uns die Kunst mit ihren Leistungen oder Fragen ins Gesicht sieht. Zu den Verlegern, die auf eine volkserzieherische Tätigkeit zurückblicken dürfen, gehört Gustav Bosse in Regensburg. In der Deutschen Musikbücherei, die er geschaffen, bietet sich zu erschwinglichen Preisen eine Fülle des Wissenswerten, wobei zu beachten und zu bewundern ist, wie das Unternehmen nicht etwa vorhandene Erzeugnisse stofflich wiederholt, sondern sich etwas Eigenartiges sichert, was sich in die Gesamtheit der Bücher über Musik an seiner Stelle bedeutsam einzufügen weiß. Über Gluck äußert sich (in Band 21) der bekannte Forscher Dr. Max Arend in einer Sammlung von Aufsätzen, die das Bild, das wir uns von dem Schaffen des Erneuerers der Oper zu machen pflegen, in wesentlichen Zügen berichtigt und ergänzt. Über Beethovens Klavierwerke (Bd. 3) erhielt ein Älterer das Wort, nämlich der Biograph Adolf Bernhard Marx, an dessen aufrichtiger Hingabe kein Zweifel bleibt; Marx (1795—1866) hat 1830 auch sechs Kantaten Bachs (Nr. 101—106 der spätern Bachgesellschaft) herausgegeben, von denen die vier ersten mehr oder weniger unbekannt geblieben sind, obwohl sie in Wirklichkeit zum allerhöchsten deutschen Geistesgute zählen. Von Beethovens Briefen wird in der Deutschen Musikbücherei Dr. Max Unger in Bälde eine Neuausgabe vorlegen. Die musikalischen Novellen und Aufsätze des Romantikers Hoffmann bilden den 23. und 24. Band. Lortzings Briefe (Bd. 6), von Georg Richard Kruse herausgegeben, erinnern uns an ein Leben, das im Grunde tragisch verlief, obwohl es uns auf dem Gebiete des Heitern so viel Echtes gab. Wie schön rühmt Platon (Gesetze, 7, 3) das Heitere als Eigenschaft der Gottheit wie als Wunschbild für den Menschen! Das Griechische hatte Ein Wort für beide Anwendungen, und auch im griechischen Ausdruck der „Gnade" leuchtet noch die „Freude" durch. Außer Lortzing hat Bosse auch Otto Nicolai berücksichtigt; seinen Aufsätzen (Bd. 10) sollen sich demnächst die Briefe anreihen. Webers und Schumanns Schriften liegen auch im Plane der Deutschen Musikbücherei. Ebenso Schriften und Briefe von Heinrich Schütz, dessen Gedenktag unlängst gefeiert ward. Von neueren Namen treffen wir Hugo Wolf im 34. und 35. Bande: Heinrich Werner schrieb die Geschichte des Wolf-Vereins in Wien, und gab die Erinnerungen heraus, die Gustav Schur hinterlassen hatte; eingeflochten sind Briefe Wolfs an Schur. Im Erscheinen begriffen sind Wolfs Briefe an Henriette Lang. Über Anton Bruckner unterrichten zwei gleichermaßen empfehlenswerte Bändchen: von Franz Gräflinger (Bd. 20) und Hans Teßmer (Bd. 33). Als unmittelbar bevorstehend sind im Anschluß hieran zwei wichtige Veröffentlichungen anzuzeigen: Bruckners sämtliche Briefe (Gräflinger) und die längst fällige große Lebensbeschreibung von August Göllerich, deren Verzögerung vor allem durch die Gewissenhaftigkeit des vielbeschäftigten, schwer ringenden Verfassers zu erklären war; nach seinem Hinscheiden wird Max Auer das Werk zum Druck geben.

Hinsichtlich Richard Wagners, der fürs Deutschtum eine so ungeheure Bedeutung gewonnen hat, ist ganz deutlich ein gewisses Schwanken des Verlags bemerkbar. Als erster Band traten nämlich Nietzsches Randglossen zu Bizets Carmen ans Licht. Nun ist an sich weder gegen Bizet, den Wagner selber schätzte, noch gegen Nietzsches immerhin geistreiche Auffassung etwas einzuwenden, was gegen die Herausgabe spräche. Nur ist der Anfang mit der Kundgebung eines Paralytikers (Doktor Otto Hamann rechnet den Beginn der Krankheit gerade vom Jahre 1881, S. 146 in der „Biologie deutscher Denker und Dichter") nicht besonders notwendig, zumal mit Nietzsche die Kampfstellung gegen Wagner nach Sachlage und Zusammenhang ziemlich offen angedeutet war. Wer Wagner ablehnt, sucht und findet tausend Gründe. Das eine Mal erregt Anstoß der Lebensernst, das andre Mal der Ausdruck stürmischen Lebenswillens; dem Freigeist ist alles Religiöse zuwider, und den Spießer ärgert die Buntheit der Erscheinungen, mit ihrem heftigen Temperament. Über solche Streitfragen hätte man zur Tagesordnung übergehen sollen. Glücklicherweise sind die Auslassungen von Paul Riesenfeld, Klaus Pringsheim, Edgar Istel, Paul Stefan außerhalb der Musikbücherei erschienen. Wir betrachten sie als Mißgriffe. Viel lieber wende man sich Wagners Werken und Schriften zu. Die Namen Chamberlain, Schemann, Hans von Wolzogen führen weiter in eigene Reiche, die zu betreten wir uns glücklich schätzen. Neuerdings erscheinen von Hans von Wolzogen in der Deutschen Musikbücherei „Lebensbilder" und „Wohltäterin Musik" (als Bd. 52 und 53). Empfehlenswert ist das Wagnerspruchbuch, das Hans Weber (unter dem Titel: Wagner als Mensch) zusammengestellt hat (Bd. 9). In den Wagnerschen Kreis gehören auch die Musikalischen Schriften Theodor Uhligs (Bd. 14), herausgegeben von Ludwig Frankenstein; Uhlig ist aus den Briefen Wagners bekannt als einer der frühesten Freunde des Meisters. Einen alterprobten Vorkämpfer Wagners und Bayreuths haben wir an Prof. Dr. Artur Seidl. Er steuerte eine ganze Sammlung von Studien bei, als „Neue Wagneriana" (Bd. 11, 12, 13). Seidl ist auch zeitgenössischen Erscheinungen gegenüber eine fein bewegliche, aufnahmefähige Natur. Dies zeigt sein Band (5): Moderner Geist in der deutschen Tonkunst. Ein Lebensbild Seidls entwarf der Herausgeber des Wagner-Jahrbuchs: Ludwig Frankenstein (bei Bosse). Endlich erwähnen wir noch eine prächtig ausgestattete Liebhaber-Ausgabe der Parsifaldichtung, mit Zeichnungen von Hans Wildermann (1922), dem Künstler, für den der Verlag namentlich auch in den Almanachen eintritt, die seit 1921 regelmäßig erscheinen; sie enthalten Wertvolles und Bleibendes genug, was sie begehrenswert macht. Es darf ferner darauf hingewiesen werden, daß Bosse seiner Musikbücherei vielfach einen rühmenswerten und zumal für heutige Verhältnisse preiswerten Bildschmuck mitgibt. Genannt seien noch: August Wewerler: Ave Musika (Bd. 4), dessen grundsätzlicher Ablehnung der ewig peitschenden Neuerungssucht wir freudig zustimmen; Artur Seidl: Hellerauer Schulfeste (Bd. 2); Bruno Schuhmanns Festschrift für Seidl (eine Reihe von Aufsätzen verschiedener Verfasser; Bd. 7); Alfred Helle: Vom Musikalisch Schönen (Bd. 22); Hermann Stephani: Der Charakter der Tonarten (Bd. 41; gründliche Abhandlung, zur Habilitierung); Anton Michalitschke (Schüler von Prof. Rietsch in Prag): Theorie des Modus (Bd. 51, zur Geschichte des Rhythmus und der Notenschrift). Auch das rein Schöngeistige hat Einlaß gefunden; so der Schumann-Roman „Der klingende Weg", von Hans Teßmer (Bd. 50). Außerhalb der eigentlichen Musikbücherei

schließen sich hierin noch an: „Die Königsbraut", Musikalische Märchen von Wilhelm Matthiessen in München (auch in schöner Liebhaber-Ausgabe, von Hans Wildermann geschmückt); ferner anregende Musikalische Skizzen (= Aufsätze) und köstliche Humoresken von Richard Sternfeld, dem Wagnerkenner. Über die „Sozialisierung" der Musik und der Musiker macht Paul Marsoph in München seine Vorschläge. Von Arbeiten größeren Umfangs verzeichnen wir noch das „Studienbrevier für den Musikinstrumentalisten" von Amadeo von der Hoya und die Abhandlungen des Verehrers alter Gesangkunst Wilhelm Freudenberg, mit dem Titel: „Was ist Wahrheit?" Dem Leser aber sei es nun überlassen, sich ein Urteil zu bilden und nach dem Wünschenswerten zu greifen.

Bücherschau.

Prinz Max von Baden: Der Weckruf aus Westfalen. (Rede vom 7. Febr. 1923. 10 S. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1923.

Prinz Max von Baden sagt in dieser Rede: „Ich habe ein Recht, die Vereinigten Staaten an den Vertrag der 14 Punkte zu mahnen, denn mit mir ist er geschlossen worden, und dem deutschen Volk ist er gebrochen worden. Wenn es bis vor Kurzem aus Amerika hinüberklang: Mag Europa in seinem Chaos verrecken, dann hat Europa ein Recht darauf zu erwidern: Ihr habt dieses Chaos mitverschuldet."

Wenn der Prinz Max von Baden in dieser Weise Amerika an den Vertrag der 14 Punkte erinnert, so darf das deutsche Volk ihn erinnern, daß auch er eine Verantwortung daran trägt, die Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber, diesen trügerischen Vertrag geschlossen zu haben, die Verantwortung, den Glauben an Wilson amtlich besiegelt, die Verantwortung im Hinblick auf den „Frieden der Gerechtigkeit" grundsätzlich in die Wehrlosmachung Deutschlands eingewilligt, die Verantwortung, das Schicksal des deutschen Volkes vertrauensvoll in die Hände Wilsons gelegt zu haben. Eine dreifache Verantwortung und eine dreifache Schuld! Wilson hatte in seiner Note vom 23. Okt. 1918 als Vorbedingung des „Friedens der Gerechtigkeit" gefordert, daß nur solche Bedingungen in Frage kämen, die den Alliierten ermöglichten, die Durchführung aller Vereinbarungen zu erzwingen und „jede Wiedereröffnung der Feindseligkeit seitens Deutschlands unmöglich zu machen". Und die deutsche Antwortnote vom 27. Oktober findet kein Wort des Widerspruchs, sondern „sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet". Hierzu zwang keine militärische Notwendigkeit. Waffenstillstand ist keine einseitige Wehrlosmachung. Diese Note, nicht erst die Revolution entschied aber grundsätzlich das Schicksal Deutschlands, das bestimmt ist durch seine Wehrlosigkeit und die dadurch beraufbeschworene Todesgefahr. Ohne sie wäre kein Versailles, kein Ruhreinbruch möglich gewesen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden aber willigte in sie ein, „für den Frieden der Gerechtigkeit" und veranlaßte das deutsche Volk zu diesem denkbar größten Opfer für den Gedanken des „Rechts". Weil aber diese Männer bisher es nicht über sich brachten, die Verantwortung für diesen Schritt auf sich zu nehmen, haben sie es nicht vermocht, der Welt die Größe solchen Opfers zum Bewußtsein zu bringen. Im Gegenteil, der sogenannte „Weckruf aus Westfalen" beweist nur wieder zum Erschrecken, wie wenig das Furchtbare, was an der Ruhr geschieht, es vermocht hat, das Gewissen dieses Mannes zu wecken, der auch heute noch den Rat gibt, uns im Voraus an den Spruch eines von Amerika eingesetzten unparteiischen(?) Schiedsgerichts zu binden, der Frankreich durch internationale Garantien vor jedem Angriff schützen will und nicht an den Schutz Deutschlands denkt. Das deutsche Volk aber möge endlich und hoffentlich solche „Führer", wenn sie sich wieder melden sollten, zurückweisen oder zuerst das Bekenntnis ihrer Schuld und Verantwortung verlangen.

Dr. Emmy Voigtländer.

Walderſees Erinnerungen. Die Flut der Erinnerungen über die letzte Kaiserzeit schwillt unheimlich an. Fast jeden Tag werden wir mit neuen Denkwürdigkeiten, Enthüllungen und dergleichen überschüttet. Bei der Fülle des Materials muß man sich daran gewöhnen.

sie kritisch zu sichten und nur das Wesentliche und wirklich Bleibende herauszuschälen. Von einem gewissen zeitgeschichtlichen Wert sind nun auch die soeben bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin erschienenen Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen Alfred Waldersee, von denen zunächst zwei stattliche Bände vorliegen. Es handelt sich nicht um zusammenhängende politische Betrachtungen und Darlegungen im Stile der Denkwürdigkeiten Kaiser Wilhelms II. oder Bismarcks oder Bethmanns, sondern von einigen einleitenden Kapiteln abgesehen um tagebuchartige Aufzeichnungen, die vom Neffen des verewigten Feldmarschalls, Generalleutnant Grafen Georg Waldersee, gesammelt und von Staatsarchivar Dr. Meißner überarbeitet und zu einem zusammenhängenden Ganzen gerundet worden sind.

Der erste Band ist überwiegend mit militärischen und persönlichen Erinnerungen aus der Glanzzeit des Kaisertums angefüllt. Darunter finden sich aber ungemein interessante und reizvoll zu lesende Erinnerungen an den alten Kaiser, dem der Verfasser in Verehrung und Liebe nahestand, an das Kaiserhaus überhaupt, und scharfe, zum Teil beißende Bemerkungen über das Kaiserpaar Friedrich. Die Leidenszeit des Kaisers Friedrich und die Herrschsucht seiner Gemahlin sind selten so ausführlich und mit so eingehendem Interesse geschildert worden. Der eigentliche Wert des Buches liegt dann im zweiten Bande, wo die Anfänge der Regierungszeit Wilhelms II. eingehend dargestellt sind. Waldersee zeigt sich hier als ein kluger und im allgemeinen auch sicherer Beobachter der politischen Zustände, insbesondere der Psyche und des Charakters Wilhelms II. Nach seiner Versicherung hat er nie den Ehrgeiz gehabt, eine politische Rolle zu spielen oder gar Kanzler zu werden, denn „wenn der Kanzler (Bismarck) sich einbildet, ich hätte Neigung, sein Nachfolger zu werden, so irrt er gewaltig". Dem widerspricht aber, daß er einige Sätze darauf sagt: „Wenn sich erst der eine oder andere Nachfolger das Genick gebrochen hat, ließe sich vielleicht darüber reden." Häufig genug kann er zwischen den Zeilen seine Sehnsucht nach einer politischen Rolle nicht verbergen, denn er ist von einem brennenden Ehrgeiz geplagt und von einer geradezu krankhaften Sucht, allein in der kaiserlichen Sonne zu stehen. Wie kann ein Mensch, der nicht eitel ist, beispielsweise solche Sätze niederschreiben, wie die: „Ich kann mir vielleicht das Lob ausstellen, daß ich nicht hochmütig geworden bin"? Diese Geistesverfassung führt ihn häufig in Gegensatz zum Fürsten und zur Familie Bismarck, auf die er überhaupt nicht gut zu sprechen ist, obwohl mit Ausnahme der Stellung zur russischen Frage und zu Stoecker eigentlich keine sachlichen Gegensätze zwischen dem alten Fürsten und Waldersee bestehen. Zeitweise traut er dem Fürsten, besonders aber dessen Sohne Herbert alle Schlechtigkeiten zu. Ganze Blätter sind mit Aufzeichnungen über angebliche Intrigen des Hauses Bismarck gegen Waldersee angefüllt. Hier eine Stelle: „Auch an dem neuen kaiserlichen Hofe scheint es nicht ohne Intrigen abgehen zu sollen. Es ist mir völlig klar, daß dies jetzt vom Hause Bismarck (!) ausgeht." Waldersee beklagt den überragenden Einfluß Bismarcks, er bezeichnet einmal die Minister als Bismarcks Kreaturen und untergräbt systematisch das Vertrauen des jungen Monarchen nicht nur zur Person Bismarcks, sondern auch zu dessen überlegener Staatskunst. Waldersee hat seinen wohlgemessenen Anteil an Bismarcks Sturz, was der Fürst sicher nicht in diesem Maße gewußt hat, unzählige Beweise dafür liefern gerade diese Denkwürdigkeiten. Nach dem großen Krach in der Staatsratssitzung vom 15. März 1890 frohlockt Waldersee: „Nun trat ich zum ersten Male dem Kaiser gegenüber offen mit meinen Ansichten hinsichtlich des Fürsten hervor, jetzt aber schonungslos," und dann, nachdem der Kaiser auf diesen Köder angebissen hatte: „Wie die Sachen liegen, ist es für Eure Majestät unmöglich, mit dem Kanzler länger zu wirtschaften. Der jetzige Zustand ist für Eure Majestät unerträglich. Ich schlage vor, daß Eure Majestät sich über die Personenfrage völlig schlüssig werden und dann handeln." Unglaublich kläglich ist das Schauspiel, auf welche Weise und mit welchen Mitteln der große Mann gestürzt wurde. Waldersee lehnte auch jetzt ab, Bismarcks Nachfolger zu werden, aber mit der durchsichtigen, in seinen Denkwürdigkeiten zum Ausdruck gebrachten Begründung, sein bis dahin so ausgezeichnetes Verhältnis zum Kaiser könnte leiden, „denn es ist keineswegs leicht, mit ihm auszukommen. Sollte er mir aber direkt befehlen, Kanzler zu werden, so fasse ich die Sache rein soldatisch auf, und tue, was befohlen wird." Also derselbe Standpunkt, den Caprivi dem jungen Monarchen gegenüber vertrat. Waldersee selbst schlug Caprivi als Bismarcks Nachfolger vor, wiewohl er überzeugt war, daß er „nicht mit dem Kaiser wirtschaften könne, und daß zwei so verschiedenartige Naturen und harte Köpfe nicht miteinander arbeiten können". Das schrieb Waldersee bereits am 17. und 20. März 1890. Er hielt Caprivi aber wenigstens für ehrlich und aufrichtig, für einen „unbedingt sicheren Mann", der sich in ihm nicht täuschen solle. Am 20. Dezember desselben Jahres schreibt er aber über denselben Caprivi: „Man hört jetzt

öfter die Ansicht, daß Caprivi durchaus nicht der Biedermann sei, für den man ihn bei seinem Amtsantritt hielt. Ich kann nicht leugnen, daß ich ihn auf kleinen Unredlichkeiten ertappt habe." Am Tage darauf findet er bereits, daß Caprivi ihn glatt belogen hat. Holstein hält er zunächst für eine Leuchte, später ist er überzeugt, daß Intrigen gegen ihn (Waldersee) gesponnen werden, und daß Holstein der Intrigant ist.

Aber auch Waldersee, der als Nachfolger Moltkes Chef des Generalstabes seit 1888 war, wurde vom Schicksal ereilt. Zwei ungünstige militärische Kritiken über den Kaiser, vom 17. und vom 21. September 1890 brachen ihm das Genick. Dreivierteljahre nach Bismarcks Sturz fand er sich als kommandierender General in Altona wieder, wo er bis 1898 blieb, mit dem von ihm allerdings nicht angenommenen ausdrücklichen Auftrag des Kaisers, den Fürsten Bismarck und die norddeutschen Höfe unter „Aufsicht zu nehmen". In der Stille seines Altonaer Aufenthalts fand er sich mit dem Verbannten von Friedrichsruh zusammen, seinem einzigen großen Gegner, mit dem Erfolge, daß beide sich endlich aussöhnten" und sich in der gemeinsamen Verurteilung der „Schwächen des neuen Kurses" einig waren.

Die Darstellung der Ungereimtheiten und Ziellosigkeit dieses Kurses, der vielfachen militärischen und politischen Ungeschicklichkeiten und der Kompliziertheiten im Wesen des Kaisers ist erschütternd und wehmütig. Denn hier spricht ein Eingeweihter, der selbst an der Quelle gesessen und die innigsten Beziehungen zum Hofe gehabt hat. Waldersee hat dem Prinzen Wilhelm in der Stoeckerschen Affäre sehr nahe gestanden; er hat ihn damals für „nicht so unreif" gehalten wie andere Leute, wie namentlich auch sein Vater; er verkennt nicht die guten Seiten des Kaisers, hofft, daß die Zeiten und die Erfahrungen manches mildern, und daß das Gute doch schließlich über das Böse triumphieren werde. Mit der Zeit aber fallen die Urteile immer vernichtender aus. Man klagt über die Leichtgläubigkeit und leichte Beeinflußbarkeit des Kaisers, über den Mangel an festen Ansichten, die Unbeständigkeit seiner politischen Pläne, die Popularitätshascherei, auf militärischem Gebiete, über die Soldatenspielerei, übertriebenes Sicherheitsgefühl, mangelnde Bescheidenheit und Unböflichkeit älteren Offizieren gegenüber, auch seine Neigung, auf Kosten der Armee sich populär zu machen. Unsicherheit und Mutlosigkeit zogen im Lande und in der Armee ein. Die besten Patrioten fürchten, daß der Kaiser an Boden verliert und übereilte Handlungen begeht. „Der Kaiser provoziert oft," heißt es einmal, „Schmeicheleien". Die nächste Umgebung sei soweit, daß niemand etwas zu sagen wagt, jeder fürchtet für seine Stellung. Jeder verständig Denkende, soweit er Einblick in die Verhältnisse habe, sei betrübt, manch einer auch mutlos. An einer anderen Stelle heißt es: „Der gute Herr kann es nicht lassen mitzuregieren, er möchte alles beherrschen, insbesondere der Welt den Glauben vermitteln, er wäre der Mann, der alles in der Hand hat." Die beste Kritik aber gibt Waldersee mit folgendem lakonischen Urteil: „Wir haben darüber geklagt, daß Bismarck die Charaktere unterdrückt. Hier sehen wir aber dasselbe, nur in stärkerer und gefährlicherer Form." Das ist leider nur allzu wahr. Aber an der Herbeiführung dieser Zustände haben Leute wie Waldersee ein nicht unerhebliches Teil Schuld. Mancher Ausspruch Waldersees ist vielleicht unter dem unmittelbaren Eindruck der Geschehnisse zu scharf ausgefallen, andere Aussprüche aber haben ihre volle Berechtigung behalten und sind durch die Ereignisse gerechtfertigt. Der aber, den alles dies betrifft, büßt heute eine Schuld, die sich über Jahre erstreckt, in der selbstgewählten Verbannung in Doorn.

Dr. W. Rochlitz.

Der Werdegang des deutschen Volks. Historische Richtlinien für gebildete Leser. Von **Otto Kämmel.** 4. Aufl., bearb. von **Arn. Reimann.** Das Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1851—1914. VIII u. 286 S. Berlin und Leipzig 1923, W. de Gruyter & Co.

Ein Buch, das durchaus zu empfehlen ist: stoffreich, gut geschrieben, warmherzig gehalten. Mit der Auffassung können wir uns im großen und ganzen einverstanden erklären. Etwas anders als der Verf. denken wir über die Verhältnisse, die unser heutiges Mißgeschick veranlaßt haben. Obwohl wir ihm auch hierin weiterhin zustimmen, so möchten wir doch eine andere Gesamteinschätzung der einzelnen Tatsachen vornehmen. Dr. Schäfer hat im Mai-Heft von „Dtschlds. Ern." S. 306 ff. das notwendigste scharf hervorgehoben. Dazu füge ich meinen Aufsatz im Juli-Heft der „Preußischen Jahrbücher" v. 1921, in dem ich die Hemmnisse unserer politischen Entwicklung dargelegt habe, und meine „Deutsche Reichspolitik einst und jetzt" (Tübingen 1922). R. legt m. E. noch zu viel Wert auf Nebendinge. Auch die Politik Kaiser Wilhelms II. (zu stark aufgetragen ist die Schilderung S. 196) möchte ich verhältnismäßig als eine Nebensache ansehen gegenüber den großen Hemmnissen unserer politischen Entwicklung. Es sei hierbei auch hervorgehoben, daß Bismarck nicht gestürzt worden wäre, wenn in Deutsch-

land mehr nationale Entschlossenheit vorhanden gewesen wäre. Aber der Kaiser hatte ja das Gefühl, daß er mit der Entlassung nach dem Wunsch der Mehrheit handelte. Ich lehne natürlich nicht eine Kritik der kaiserlichen Politik ab, sondern möchte nur die richtige Gesamteinschätzung der verschiedenen Tatsachen vornehmen. Und wer könnte heute bezweifeln, daß die internationalen Mächte, mit oder ohne wilhelminische Politik, die größte Schädigung der deutschen politischen Entwicklung darstellen! S. 82 meint R., daß der Tod Lassalles „die Bildung einer nationalen Arbeiterpartei unterbrochen" habe. Es ist eine interessante Frage, ob Lassalle wirklich die Bildung einer nationalen Arbeiterpartei fertig gebracht hätte. Man mag von seinen Fähigkeiten noch so hoch denken, schwerlich hätte er ein maßgebender nationaler Führer werden können. Er war grenzenlos eitel, schauspielerte beständig mit sich, wußte schwerlich jemals, ob das, was er sagte, wirklich seine aufrichtige Meinung war. Sollte ein solcher Mensch die Eignung zu dem dornenvollen Amt eines nationalen Führers in Deutschland gehabt haben? Wenn ich aber in Einzelheiten von R.s Auffassung abweiche, so möchte ich doch nochmals im ganzen das Buch aufs stärkste empfehlen. Sehr gut ist u. a. die Schilderung der Politik Bethmanns (S. 189). Zum Schluß sei noch eine Bemerkung der kurzen Regierung Kaiser Friedrichs gewidmet. Man meint noch vielfach, es sei zu bedauern, daß mit ihm nicht der Liberalismus die Gelegenheit erhalten habe, einmal in Deutschland zu regieren. In Wahrheit war die Zeit des Liberalismus damals schon vorbei. Seine Erneuerung im Jahr 1888 wäre schlimme Reaktion gewesen. Sehr treffend und zwar scharf kritisch werden diese Reaktionsversuche in Jakob Burckhardts Briefen an Preen beurteilt.

Prof. G. v. Below.

Friedrich Immanuel: Wir und Sowjetrußland. (Aus der Schriftenreihe „Deutscher Michel, wach auf!") 8°. 146 S. Verlag Letsch, Hannover-Leipzig 1922.

Richard Pohle, Rußland und das Deutsche Reich. 8°. 142 S. Verlag Schroeder, Bonn-Leipzig 1922.

Der Verfasser der erstgenannten Schrift genießt als national gerichteter militärisch-politischer Schriftsteller wohlbegründetes Ansehen, der der zweiten, ein in Rußland und im Baltikum aufgewachsener Reichsdeutscher, hat sich durch wirtschaftspolitische und geographische Arbeiten einen Namen gemacht. Beide Bücher zeugen von Sachkenntnis und — was, gerade wenn es um Rußland geht, viel seltener ist — von Verständnis für ihren Gegenstand. Beide behandeln die gleiche Frage, was Deutschland von Rußland zu erwarten hat. Und da Immanuel die Antwort überwiegend unter politischen, Pohle unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sucht, ist es um so bemerkenswerter, daß beide zu dem gleichen Schluß gelangen: die Hoffnung auf russische Hilfe ist eitel. Sowjetrußland kann uns nicht retten und will es auch gar nicht. Helfen können nur wir selbst uns. Da über diese außerordentlich wichtige Frage immer noch eine merkwürdige Unklarheit selbst in ernsten nationalen Kreisen besteht, wäre es sehr wünschenswert, wenn beide Bücher weite Verbreitung fänden. Frhr. v. F.-L.

Otto Hamann: Biologie Deutscher Dichter und Denker. Amalthea-Verlag; Zürich, Leipzig, Wien.

Sanitätsrat **Dr. med. A. Müller: Bismarck, Nietzsche, Scheffel, Möricke.** Der Einfluß nervöser Zustände auf ihr Leben und Schaffen. Vier Krankheitsgeschichten. E. Marcus und E. Webers Verlag, Bonn.

Die medizinische Seite dieser beiden Bücher, die in der Stoffwahl eine starke Verwandtschaft aufweisen, mag von berufener fachmännischer Seite kritisch beleuchtet werden. Beide Bücher gehen aber über das rein Medizinische hinaus, das von Hamann wesentlich stärker, als das von Müller. Beide beschäftigen sich mit neurasthenischen Zuständen bei einer Anzahl bekannter, ja berühmter Männer, die wir als geistige Führer verehren. Die Zusammenstellung dieser Personen erscheint bei Müller willkürlich, während Hamann außer den von Müller behandelten vier ungefähr noch 80 andere deutsche Dichter und Denker größeren und kleineren Formates in Betracht zieht, unter die er auch Auerbach, Marr und Lassalle aufgenommen hat. Müller begnügt sich, in einem erläuternden Nachwort die Gefahren einer „Züchtung konstitutioneller Neurastheniker" aufzudecken, die in unserer derzeit üblichen, weichlichen Erziehungsart wurzeln, und verlangt, dagegen mit harter Willenszucht anzukämpfen. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Neurasthenie eine Krankheit der geistigen Führer sei. Staat und Volk haben daher, so muß man folgern, das größte Interesse, einer derartigen Erkrankung der deutschen Führerschaft vorzubeugen — soweit das möglich ist, möchte ich hinzusetzen. Darüber hinaus beschäf-

zigt sich Hamann, abgesehen von einer Klarstellung der medizinischen Probleme, weit tiefer gehend, mit Rassenkreuzung, Vererbung und Eugenik, mit der Erscheinung des genialen Menschen an sich, mit dem künstlerischen Schaffen an sich und vertieft sich in das Wesen des Geistes, untersucht die Stellung der Religion im modernen Geistesleben und spricht auch über die Magie des Todes. Was er über das Wesen der „Genialität" sagt (Genialität im Denken führt zur Wahrheit, im Handeln zum Guten, im Empfinden zum Schönen), ist bedeutsam; ebenso, was er z. B. über den Glauben an die Seele sagt.

Was uns vor allem an dem Hamannschen Buch wichtig erscheint, ist die Tatsache, die mit erschütternder Deutlichkeit aus der Fülle seiner Untersuchungen hervorgeht, daß höhere Begabung unfehlbar höheres Leiden bedingt. „Die Nervosität ist fast immer die Folge schwerster innerer Konflikte", stellt H. mit anderen fest. Wenn nun Künstlertum gesteigertes Menschentum bedeutet, so bedeutet es auch gesteigerte Konfliktsmöglichkeit. Mit erschreckender Klarheit ergibt sich aus H.s Untersuchungen, daß alle künstlerisch höher begabten Menschen irgendwie an neurasthenischen Erschöpfungszuständen zu leiden hatten und haben — vermutlich, weil das Dasein mit anderen auf einer Entwicklungsstufe, wie sie dem inneren Bedürfnis und der Erkenntnis der Künstlernaturen nicht entspricht, unfehlbar zur Disharmonie führt, deren pflichtgemäße Überwindung zu viel Kraft kostet. Wenn man die lange Reihe der von H. Behandelten durchgeht — mit wenigen Ausnahmen haben sie schwer am Leben gelitten, und bis auf wenige, glücklicher Veranlagte zeigen sie vielfach verwandte Leidensstadien. Lernt unser „gebildetes" Volk so viel Literatur- und Kunstgeschichte, studiert es so eifrig Philosophie und Politik, damit die jeweils lebenden Künstler — auch die der Politik — und Denker immer wieder den gleichen Leidensweg gehen müssen?

Gewiß ist der Künstler eine Daseinsform, die überwunden werden kann, aber solange sie noch nicht überwunden ist, sollte ein Volk, das Anspruch auf Kultur erhebt, dafür sorgen, daß seine führenden Geister mehr verständnisvolle Förderung erfahren, denn „die Biologen haben ein Recht, das Denken als die höchste Form des Lebens zu bezeichnen". Daher sei das H.sche Buch allen denen warm empfohlen, denen irgendwie das geistige Leben der Nation am Herzen liegt — Gelehrten, Forschern, Kritikern, Erziehern, Gönnern, Liebhabern und auch Verlegern! Sie alle mögen die ernsten Mahnungen hören, die aus dem Buche tönen. — Ob nun das darin einzeln verarbeitete Material restlos richtig, die angegebene Kennzeichnung der behandelten Persönlichkeiten restlos zutreffend, und ob die Auswahl restlos erschöpfend und folgerichtig ist, das mögen wieder die Fachgelehrten entscheiden. Ich für meine Person hätte es noch gern gesehen, wenn auf das rassische Moment und die sich daraus ergebenden Konfliktsmöglichkeiten eingegangen wäre. E. A.

Dr. Karl Storck: Mozarts Briefe (in Auswahl) mit einem Vorwort von Dr. Alfred Morgenroth. 2. unveränderte Aufl. Verlag der Wuppertaler Druckerei A.-G., Elberfeld.

Seit Nissens Mozartbiographie, die bekanntlich die erste Veröffentlichung eines Teiles der Briefe des Meisters brachte, sind Ludwig Nohl und Gustav Nottebohm mit Briefsammlungen gefolgt (abgesehen davon, daß Otto Jahn in seiner Lebensbeschreibung Mozarts das gesamte Briefmaterial verwendete) — doch waren diese Ausgaben mehr für den Forscher als für das kunstliebende Publikum bestimmt. Diesem Mangel hat der treffliche zu früh verstorbene Dr. Storck durch seine 1906 erstmalig herausgegebenen Sammlung abgeholfen.[1]) Die Art der Auswahl, die Reihenfolge der Briefe, die kurzen, die einzelnen Abschnitte verbindenden Einführungen, sowie die erklärenden Anmerkungen: alles zeugt von dem reichen Wissen, Können und feinfühlendem Empfinden des Herausgebers, der sich in die Lichtgestalt Mozarts in einer Weise eingelebt und eingefühlt hatte, daß jeder, der Mozartianer ist — und wer wäre das nicht? — an dieser Art der Behandlung seine helle Freude haben kann. Der Lebensweg des Meisters liegt klar vor uns und wenn ein Wunsch noch offen wäre — so wäre er dieser, daß der auch in den Briefen etwa nicht genannten Hauptwerke in Fußnoten gedacht werde, damit der musikgeschichtlich nicht geschulte Leser auch weiß, daß Mozart in diesem und jenem Jahre bereits dieses oder jenes Hauptwerk der Welt geschenkt hatte. In Bezug auf die Weglassungen und Kürzungen muß man Storcks Grundsätzen beipflichten. So möge denn die Neuauflage Eingang finden in jedes musikalische Haus und erneut Zeugnis ablegen von dem unverdorbenen, lauteren und kindlich-künstlerischen und im Grunde durchaus lebensbejahenden Wesen eines der größesten Deutschen: W. A. Mozart.

Dr. Roderich von Mojsisovics.

[1]) Die fünfbändige Ausgabe der Briefe Mozarts von Ludwig Schiedermair erschien erst 1914.

Klingspor-Karten

Worte und Sinnsprüche von Führern des deutschen Volkes

Herausgegeben von Karl Klingspor

Entworfen und geschmückt von Prof. Otto Hupp, K. Koch, G. Mathey, Prof. W. Tiemann u. anderen.

Rhe.		Rhe.	
1	Worte von Bismarck	57	*Vaterländische Worte. Ausstattung v. G. Mathey
2	„ „ Bismarck	58	*Kriegsgedichte. Ausstattg. v. Prof. Tiemann
3	„ „ Bismarck	59	*Gott und Vaterland. Ausstattung v. Prof. Otto Hupp
4	„ „ Moltke	60	*Lenien. Ausstattg. v. Prof. O. Hupp
5	„ „ Moltke	61	*Lessing. Ausstattg. v. Prof. O. Hupp
6	„ „ Lagarde	62	*Ernstes und Heiteres. Ausstattung v. Prof. Otto Hupp
7	„ „ Lagarde	63	†*Selbsterziehung. Ausstattung von Rudolf Koch
8	„ „ Clausewitz	64	†*Deutsche Sprache, Hutten, Klopstock, Fr. Th. Vischer u. a.
9	„ „ Treitschke	66	*Neujahrssprüche u. Gedichte. Ausstattg. v. G. Mathey
10	„ „ Friedrich der Große	67	Neujahrssprüche u. Gedichte. 2. Flg.
11	„ „ Hohenzollern	68	†*Fürst v. Bülow, „Deutsche Politik"
12	„ „ Fichte	69	† Hindenburg-Worte
13	*Deutsche Sprache	70	† Hindenburg-Worte
14	*Vaterländische Worte	71	†*Luther-Worte
15	*Vaterländische Worte	72	Hölderlin, Gedichte. Anordnung v. G. Mathey.
16	*Musik	73	Musikpostkarten v. G. Mathey. 2. Flg.
17	†*Bülow, „Deutsche Politik"		
18	†*Luther-Worte		
51	Aussprüche mit Bildern von Führern des deutschen Volkes		
54	*Vaterländische Worte		
55	*Vaterländische Worte		
56	*Vaterländische Worte. Ausstattung v. Prof. Otto Hupp		

Meisterstücke deutscher Buchdruckkunst.

1 Reihe = 10 Karten. Preis für 1 Reihe 1.— Goldmark / *In echtem Bütten kostet die Reihe 1.50 Goldmark.
† Auch als Briefkarten zu gleichen Preisen zu haben.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 4

Die Ursachen unserer Niederlage

Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg

Von K. u. K. General d. Inf. **Alfred Krauß**

Dritte Auflage

Preis geh. 5.—, geb. 6.50 Goldmark

In der reichen Literatur, die die Ereignisse der letzten 6 Jahre hervorgerufen, wird dieses knapp gehaltene Werk immer einen der ersten Plätze behaupten und zu deren vorzüglichsten Erzeugnisse gezählt werden. Es vereinigt alle Vorzüge der besten bisher erschienenen Werke. Jeder, der später einmal über die Ereignisse urteilen will, muß es gelesen haben. Gen. d. Kav. Frh. v. Gebsattel (Deutschlands Erneuerung).

Dies Buch ist ein Ereignis. Wer sich durch Erkenntnis zur Mitarbeit am Wiederaufbau vorbereiten will, muß es lesen. Deutsche Zeitung Berlin.

Grenzenlose Vaterlandsliebe, Liebe für sein Volk und der Glaube an die deutsche Zukunft durchglühen die Schriften Alfred Krauß' und stempeln sie neben deren sonstigen Vorzügen zu Werken von bleibender historischer Bedeutung.
Karl Ludwig, Volkszeitung Wien.

Durch solche Propaganda wird nicht nur der Anschlußgedanke immer größer gezogen, sondern es wird die österreichische Volksseele systematisch vergiftet und der alldeutschen Idee dienstbar gemacht. Die feindbundfreundliche Neue Züricher Zeitung.

J. F. Lehmanns Verlag · München

Einbanddecken

für den Jahrgang 1923 von

Deutschlands Erneuerung

in Halbleinen sind zum Preis von Goldmark 1.20 lieferbar.
Auch von den früheren Jahrgängen sind Einbanddecken in gleicher Ausführung und zum gleichen Preis zu haben.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 4

„Das deutsche Buch"
Ein Ratgeber
für jeden Bücherfreund.
Versand kostenlos durch
Deutsche Kulturgemeinschaft
Berlin-Pankow.

Soeben ist erschienen:

Luther und Marcion gegen das Alte Testament

Von Dr. Alfred Falb.

Im Kampf um ein von allen jüdischen Schlacken gereinigtes Christentum, um eine deutsche Religion, wird diese Schrift eine der besten Waffen sein.

Preis: geheftet 0,70 Goldmark.

(Postgeld bei direkter Zusendung gleich einem Fernbriefporto.)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom

Hammer-Verlag, Leipzig 13
Postschließfach 276.

Werben Sie für unsere Zeitschrift! Bei Bestellungen bitten wir, stets auf unser Blatt zu bezieh

Gegründet 1911.

„Deutsches Geld gehört in deutsche Verwaltung!"

Kreditanstalt der Deutschen

Hauptanstalt Prag II, Krakauergasse 11.

75 Niederlassungen. ◆◆ Durchführung aller Bankgeschäfte.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn in München. — Verlag: J. F. Lehmann, München.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: S. Waibel, Ebenhausen b. München. — Gedruckt bei Dr. F. P. Datterer & Cie., Freisi

Jahrgang Heft 2 Februar 1924

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Notwendigkeit und Aufgaben der deutschen Diktatur. Von Friedrich Carl vom Bruck .. .. Seite 65

Der ästhetische Unwert der Demokratie. Von Dr. Heinrich Köhler .. .. „ 73

Der Marxismus. (Forts.) Von Dr. Franz Schweinitzhaupt .. .. „ 80

Zerstörung der Berufsehre. Von L. Hobelsberger .. .. „ 94

Die Arbeitslosenfrage. Von Dr. Erich Schmidt .. .. „ 98

Kapital und Arbeit. Von R. Franke .. .. „ 106

Sozialismus und Volkswirtschaft. Von Professor Fiedler, Innsbruck .. „ 113

Bild der Lage. Von Dr. Erich Kühn .. .. „ 117

Bücherschau .. .. „ 123

J. F. Lehmanns Verlag / München

Mit Hakenkreuz und Stahlhelm

Sturmtrupplieder und völkische Dichtungen von Franz Müller.

1. Ausgabe. 2. vermehrte Auflage. Geh. 0.60, schön geb. 0.90 Mk.

Mit glühender Begeisterung und Vaterlandsliebe sind diese Lieder geschrieben und passen wie vielleicht kein anderes Gedichtbändchen in die jetzige Zeit.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verlag Jos. Weixler, Kirchheim-Teck (Württemberg).

„Das deutsche Buch"

Ein Ratgeber
für jeden Bücherfreund.
Versand kostenlos durch

Deutsche Kulturgemeinschaft
Berlin-Pankow.

Wir machen unsere Leser noch besonders auf die diesem Hefte beiliegenden Prospekte der Verlage

W. Gellert, Hildesheim und **Eduard Avenarius, Leipzig**

aufmerksam.

D.S. Verlagsgemeinschaft
e. G. m. b. H.
Duisburg
Postfach 12

Ein **zuverlässiger Führer** durch
die durch den Weltkrieg vollständig veränderte

wirtschaftliche und politische Lage

aller Staaten der Welt
ist das neuerschienene Werk:

Politisches Handwörterbuch

Herausgeber: Prof. Dr. Paul Herre. 180 erste Mitarbeiter. Etwa 2000 Seiten Text in 2 Bänden in Lexikonformat. Etwa 4500 einzelne Aufsätze Tabellen, graphische Darstellungen, Karten

Glänzende Urteile aus allen politischen Lagern, aus dem Inland und Ausland. Der Deutsche und der Ausländer finden Belehrung über alle politischen Fragen, über die Lebensbedingungen aller Staaten der Erde.
Preis 56 Goldmark, Ausland 70 Schweizer Franken.

Ausführlicher Prospekt kostenlos. ✦ Auf Wunsch Vermittlung ratenweiser Zahlung.

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

Deutschlands Wiedergeburt

dem deutschen Volke gewidmet
von einem Österreicher

Nachnahme 7.— Goldmark. **Arkana-Verlag, Cassel**

Deutſchlands Erneuerung

Monatsſchrift für das deutſche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Profeſſor A. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Profeſſor Dr. Hartmann, Profeſſor Erich Jung, Dr. Erich Kühn, Geheimrat Prof. Dr. D. Schäfer, Reg.-Präſident a. D. Frhr. von Schwerin, Geheimrat A. Seeberg

Schriftleitung: Dr. Erich Kühn. — Verlag: J. F. Lehmann, München

Poſtſcheckkonto des Verlags München 129. — Poſtſparkaſſe Wien 59 594 — Konto bei der Bayeriſchen Vereinsbank München. — Konto bei der Kreditanſtalt der Deutſchen e. G. m. b. H. Prag II, Krakauergaſſe 11 (Poſtſparkaſſenkonto der Kreditanſtalt: Prag 46 585) — Schweizeriſche Poſtſcheckrechnung III 4845

8. Jahrgang 1924 Heft 2 Februar

Notwendigkeit und Aufgaben der deutſchen Diktatur.[1]

Von Friedrich Carl vom Bruck.

II.

Schon vor dem Kriege war dasjenige Problem, das heute erſt recht das deutſche Volk zu außenpolitiſchen Taten und wirtſchaftlicher Intenſität treiben müßte, von Jahr zu Jahr brennender geworden, die ſteigende Volkszahl nämlich, die zu einem immer gefährlicheren Zuſtand einer Übervölkerung führte. Sie mußte es, weil die tatenſcheue Regierung Wilhelm II. vorzog — ſehr im Gegenſatze zu der Politik des Fürſten Bismarck —, der notwendigen Erwerbung neuen Bodens für das wachſende Volk dadurch auszuweichen, daß ſeine Ernährungsgrundlage mehr und mehr von den eigenen Äckern weg, über eine entſprechend geſteigerte Exportinduſtrie, auf den Weltmarkt verlegt wurde. (Welche Gefahr damit für das deutſche Volk verbunden war und wie dieſe Gefahr von den inneren und äußeren Feinden augenutzt worden iſt, wurde im Auguſtheft dieſer Zeitſchrift ausführlich dargeſtellt.) Die Gefahr ſolchen Zuſtandes erkannte das deutſche Volk erſt, als mit der Blockade durch die engliſche Flotte der Kriegsplan der Feinde offenbar wurde, das deutſche Volk durch den Hunger zu bezwingen. Der Sieg durch die Waffen blieb den Feinden völlig verſagt, und der Hunger beſiegte Deutſchland nur deshalb, weil ſeine Feinde, in erſter Linie die inneren, gefliſſentlich ſeit langem der falſchen Behauptung Verbreitung zu verſchaffen gewußt hatten, das deutſche Volk könne nicht von ſeinen eigenen Äckern leben. Dieſe Behauptung hatte eine ſolche Angſtpſychoſe vor dem Hunger erzeugt, und dieſer Pſychoſe

[1] Vgl. Heft 11, Jahrgang 7 der Zeitſchrift.

war nicht nur das Volk, sondern auch seine Regierung derart zum Opfer gefallen, daß sie sich, in völliger Verkennung der wirklichen Sachlage, zu der bekannten marxistischen Verteilungswirtschaft (Zwangswirtschaft) verleiten ließ, statt sofort durch gänzliche Befreiung der Wirtschaft von jedem Zwange die dadurch allein denkbare und mögliche höchste Produktion zu schaffen. Man begriff nicht, daß die Zwangswirtschaft nicht nur die staatliche Anerkennung des Gütermangels bedeutete, sondern auch zugleich die Anerkennung der Unmöglichkeit seiner Beseitigung durch verstärkte Erzeugung einschloß. Konnte es ein wirksameres Mittel geben, den vermeintlichen Hunger in tatsächlichen umzuwandeln? Im Gegensatze dazu leuchtet ein, wie stärkster Antrieb zu vermehrter Erzeugung — durch völlige Befreiung der Wirtschaft von jedem Zwange — gewirkt haben würde. Die Angst vor dem Hunger wäre sofort beseitigt gewesen. Besonders, wenn die Regierung durch einwandfreies Zahlenmaterial nachwies, daß es durchaus möglich wäre, das deutsche Volk von seinen eigenen Äckern zu ernähren. Und solches Zahlenmaterial stand zur Verfügung. Nur ist es amtlich nicht benutzt worden, und es wäre sicher gerade heute besonders wichtig festzustellen, *warum* dieses Material nicht benutzt worden ist, vielmehr nicht benutzt werden durfte. Warum, ist nicht schwierig einzusehen, nachdem immer weitere Volksschichten erkennen, daß wir gleich zu Beginn des Krieges unter die Herrschaft derjenigen Macht geraten waren, die, eben im Interesse ihrer Herrschaft, alles daransetzen mußte, daß das deutsche Volk diesen Krieg verlöre, damit diese Macht, der Marxismus nämlich, seine Herrschaft definitiv errichten könne, weil dann die Möglichkeit bestand, die allgemeine Wehrpflicht, wie überhaupt zunächst das Heer, zu beseitigen, das wirksamste nationalstaatliche Machtmittel *gegen* den Marxismus.

Da der Kriegsplan der äußeren Feinde in erster Linie, wie bereits angedeutet, auf dem Hunger aufgebaut war, so ergibt sich daraus zwanglos, ein wie erhebliches Interesse sie an der politischen Herrschaft des Marxismus in Deutschland haben mußten. Nur durch Stärkung seiner Herrschaft, bzw. der von ihm vertretenen wirtschaftlichen und politischen Ideen, war es möglich, daß der Hunger tatsächlich wirksam und für die Kriegführung ausschlaggebend werden konnte. Er ist es geworden, dank der Tatenscheu Wilhelm II. und der gänzlichen Verkennung harter, politischer, maritimer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten durch seinen Kanzler Bethmann. Sie verhalfen den Feinden dadurch zum Siege und dem Marxismus zur restlosen Herrschaft in Deutschland.

Schon im ersten Teile dieses Aufsatzes, im Novemberheft, wurde darauf hingewiesen, aus welchen Gründen Frankreich sich immer mehr zum gefährlichsten Gegner Deutschlands entwickeln mußte, woraus hervorging, welch bedeutendes Interesse Frankreich an der Aufrechterhaltung der marxistischen Herrschaft in Deutschland haben muß. Denn mit den Waffen wurde Deutschland nicht besiegt, und Waffenhilfe gegen Deutschland kann Frankreich ein zweites Mal nicht erwarten (oder England müßte so unrettbar wahnsinnig eingestellt sein, daß man dort die, im ersten Teil dieses Aufsatzes gezeigte Weltbedrohung weder begriffe, noch ihr Rechnung tragen wolle, was indes nach dem neuesten Verhalten Englands kaum noch anzunehmen ist). So müßte also Frankreich allein das Risiko eines neuen Krieges auf sich nehmen (auch die östlichen Bündnisse Frankreichs sind höchst unzuverlässig, falls die Entente eher wie das Deutsche Reich zerfallen sollte), wenn es Deutschland endgültig zertrümmern will, und das muß Frankreich wollen, nachdem es sich mit so ungeheurer Schuld gegenüber Deutschland beladen hat. Sein böses Gewissen läßt ihm nicht eher Ruhe,

ehe nicht die Möglichkeit eines deutschen Rachekrieges vollständig beseitigt ist. Der sichtbare Ausdruck solcher Möglichkeit ist aber das Deutsche Reich. So lange dieses noch besteht — wenn auch bedeutend verkleinert — so lange wird sich Frankreich nicht sicher fühlen, und so lange wird es alle seine wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Kräfte einsetzen, sein Ziel, die Zerstörung des Deutschen Reiches und die Vernichtung des deutschen Volkes zu erreichen, denn die französischen Machthaber wissen sehr gut, daß es um die Vernichtung eines der beiden Völker geht. Darum scheut es auch vor dem ungeheuren Frevel nicht zurück, die schwarze und die gelbe Welt zu bewaffnen und gegen Deutschland — letzten Endes gegen Europa und die gesamte weiße Rasse — ins Feld zu führen.

Den offenen Krieg kann Frankreich indes nicht wagen, dazu fühlt es sich allein noch nicht stark genug; es muß daher versuchen, Deutschland weiter auf dem Wege zu schwächen, den es während und nach dem Kriege mit so viel Erfolg angewendet hat, den es im „Friedens"-Vertrage von Versailles verankert hat: das Deutsche Reich über die Vernichtung seiner Wirtschaft zu zerstören. Der Vollstrecker dieses „Vertrages", also der Vollstrecker des französischen Machtwillens, soll die Macht sein, die schon vor dem Kriege, dann in verstärktem Maße während des Krieges und in stärkstem Maße nach dem Kriege, durch ihre Erfüllungspolitik, der Wegebereiter für Frankreich in Deutschland war: Der Marxismus. In ihm beginnt das deutsche Volk denn auch endlich seinen gefährlichsten Feind zu erkennen, ohne dessen Beseitigung keine Rettung für Deutschland möglich ist; auch daß die Befreiung von ihm gleichzeitig die Befreiung von Frankreich bzw. dem „Friedensvertrage" bedeuten würde, wird endlich erkannt. Der sich stärker und stärker wiederholende Ruf nach der Diktatur hat darin seinen eigentlichen und letzten Grund. Das deutsche Volk empfindet heute bis in seine letzten Schichten, daß nur noch die Diktatur es retten kann. Nicht aber eine verschleierte Parlamentsdiktatur, ja nicht einmal die Diktatur eines Direktoriums, sondern nur der durch keine irgendwelche Hemmung beeinträchtigte Einzelwille kann helfen, so empfindet man heute schon. Allerdings ist dieses Empfinden bereits viel stärker und reiner vorhanden in den unteren Schichten, als in der heutigen Oberschicht des deutschen Volkes, soweit sich letztere auf den Besitz stützt. Nur der, von höchstem Verantwortungsgefühl getragene, von historischem Wissen und Erkenntnis wirtschaftlicher Notwendigkeiten erfüllte, zugleich stahlharte Wille eines Einzelnen kann noch Rettung bringen. Zu tief war die marxistische Wirtschaftslüge in die Köpfe eingedrungen, zu weit schon ist infolgedessen die Wirtschaftszerstörung vorgeschritten, als daß noch auf irgend einem Verhandlungswege, also durch Kompromiß, die Rettung möglich wäre.

Mit unwiderstehlicher Gewalt drängen die Dinge in Deutschland zur Entscheidung: Die Regierungsform, die sich das „souveräne" Volk, nachdem es im November 1918 „auf der ganzen Linie gesiegt hat", geschaffen hatte, der Parlamentarismus, hat so gründlich abgewirtschaftet, wie es ihm jeder Kenner deutscher Geschichte und deutschen Charakters vorhergesagt hat. Dabei ist dieser Parlamentarismus in den abgelaufenen fünf Jahren durch nichts beeinträchtigt worden in seiner unumschränkten Herrschaft, wohlbeschützt durch Landespolizei und Reichswehr, allerdings auch wohl attestiert durch das Zeugnis der Feinde über die Zweckmäßigkeit dieser Regierungsform für Deutschland. Dementsprechend ist auch das Ergebnis ihrer Tätigkeit. Nach dem Verluste eines Teiles von Schleswig, Westpreußen, Posen, Oberschlesien, des

Memellandes, ganz abgesehen von Elsaß und Lothringen, droht nun der Verlust von Pfalz und Rheinland, Westfalen und Hessen. Sie sollen zwar noch nicht aus dem Reichsverbande, doch aus Preußen ausscheiden; sie sollen eine völlig selbständige Finanzverwaltung, Eisenbahnregie und Landesverwaltung bekommen, demnächst auch eine eigene Währung, die in Verbindung mit der von den Franzosen bereits hergestellten Zollinie dann auch die völlige Trennung vom Reiche bedeuten würde, welch letzteres Ziel Frankreich mit allen Mitteln zu erreichen sucht.

Im Reiche liegen Handel und Wandel darnieder, und die Arbeitslosigkeit ist fast vollkommen durchgeführt. In den einzelnen Ressorts der Verwaltung herrschen die Dezernenten so gut und so schlecht es gehen will, wer „oben" sitzt, weiß schon niemand mehr, es ist auch ganz gleichgültig; wer kann sich denn auch die Namen alle merken? Und es lohnt auch nicht der Mühe, sie erfahren zu wollen, denn bis man sie erfahren hat, sind es ja doch schon nicht mehr die richtigen. So gründlich satt hat das Volk diesen, mit aufgeblasenen Nichtstuern, Schönrednern, Gschaftlhubern, „Geschäfts-" und Gewerkschaftsführern vollgepfropften Regierungs- und Verwaltungsapparat, daß es mit größter Befriedigung aufatmen würde, wenn dieser ganze Wust so rasch und so gründlich, wie nur möglich beseitigt würde, aber auch dann so, daß nichts, aber auch nichts mehr von all diesen Dingen und Personen zurückbliebe, weil sonst immer noch die Gefahr eines Rückfalles zu befürchten stände. Es entwickelt sich auch bei uns, wie nach allen anderen Revolutionen, aus ihrem Chaos der unbedingte Zwang zu einer Diktatur, die mit rücksichtslosester Härte beseitigen soll und muß, was von den revolutionären Einrichtungen und Persönlichkeiten geschaffen bzw. noch vorhanden ist. Wie sich diese Diktatur durchsetzt, ob mit oder gegen die bestehenden Machtmittel, ist des Zieles wegen gleichgültig, doch wird sie sich, wie die Dinge bei uns liegen, voraussichtlich mit den bestehenden Machtmitteln durchsetzen können. Sollte sich dabei nicht sofort die unbedingt notwendige und darum gar nicht zu vermeidende absolute Diktatur durchsetzen, so wird auch dabei so lange ein Wechsel eintreten, bis eben die absolute Diktatur eines Einzelwillens gesiegt hat.

Was ihr verbleibt, ist günstigstenfalles das jetzt bestehende Reich, doch ohne die Westmark, denn letztere ist bereits der Macht Frankreichs derart ausgeliefert, daß sie der Macht des Reiches (mit oder ohne Diktatur) entzogen ist. Da aber dort immer noch Deutsche wohnen bleiben, so kann das, was im Reiche geschieht, nicht ohne Einfluß bleiben auf die Gebiete sowohl im Westen als auch auf die übrigen, abgetrennten Gebiete. Die nationale Bewegung wird um so stärker in diesen Gebieten aufflammen, je intensiver sie im Reiche zum Ausdruck gebracht werden wird; um die Schaffung einer nationalen Opposition in diesen Gebieten braucht sich also die Diktatur nicht erst zu bemühen. Schon ihre Existenz würde genügen. Darum aber wird es sich allein handeln, ob der Rest des Reiches noch lebensfähig — und zwar auch gegen den Willen der Feinde — zu erhalten, vielmehr lebensfähig zu machen ist. Aber wenn das nicht einmal eine absolute Diktatur erzwingen könnte, dann würde es jeder anderen Regierungsform erst recht unmöglich sein. Dann bliebe dem deutschen Volke wirklich kein anderer Ausweg, als seine Feinde zu bitten, über Land und Leute nach ihrem Belieben zu verfügen; was aber die Feinde ablehnen werden, weil sie sonst erst unter sich Krieg darum führen müßten, wer denn nun verfügen und zu wessen Gunsten verfügt werden könnte. Schon der Versuch, über das Rheinland zugunsten *einer* Macht zu

verfügen, zeigt die Unmöglichkeit einer Einigung unter den Feinden, was auch bereits im ersten Teil dieses Aufsatzes ausführlich dargelegt wurde. Wir müssen erkennen, daß ebensoviele und ebenso mächtige Feinde ein Interesse an der Erhaltung des Reiches haben, wie an seiner Zerstörung, denn ein zerstörtes Deutschland müßte für alle Beteiligten zu den unberechenbarsten Folgen führen, unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Zerstörung ganz Mittel- und Osteuropas und eines erheblichen Teiles von Asien, sowie ferner unter Berücksichtigung der Zerrüttung von Handel und Wandel in der ganzen übrigen Welt.

Wem es gelingt, in diesem Chaos schon die gesamten Kräfte eines selbst kleinen Volkes zusammenzufassen, der repräsentiert heute eine viel größere Macht, relativ natürlich, als vor dem Kriege. Das aber ist und soll doch gerade die Aufgabe des Diktators sein, die aber schon halb gelöst ist, wenn er sich durchgesetzt hat. Er muß sich darüber klar sein, daß Frankreich alles tun wird, was es wagen darf, um zu verhindern, daß es zu einer Zusammenfassung aller Kräfte in Deutschland kommt. Gerade darum aber, daß Deutschlands Todfeind die Diktatur so sehr fürchten muß, gerade darum muß sie das deutsche Volk selbst wollen, gerade darum ist sie auch seine einzige Rettung. Denn Poincaré wußte ganz genau, als er ins Ruhrgebiet einmarschieren ließ, daß es nunmehr ein Zurück für ihn und Frankreich nicht mehr gab; er wußte, daß dieser Schritt einem der beiden Reiche die Existenz kosten mußte. Ob das deutsche Volk heute die unbedingt nötige Auseinandersetzung mit Frankreich — und zwar die blutige, eine andere gibts nicht mehr — schon will, diese Frage darf den Diktator nicht abschrecken, als seine erste und seine Hauptaufgabe diese Auseinandersetzung so schnell, so rücksichtslos und so gründlich wie nur irgend möglich vorzubereiten. Wie und mit welchen Waffen und Hilfsmitteln diese Auseinandersetzung dann betrieben wird, ist eine militärische Frage. Es gibt ernste, erfahrene, militärische Sachverständige des In- und Auslandes, die die für Deutschland erfolgreiche Durchführungsmöglichkeit einer solchen Auseinandersetzung durchaus bejahen. Dazu sei ängstlichen Gemütern gesagt, daß die Geschichte kein Beispiel kennt, daß ein Krieg, der eine nationale Notwendigkeit geworden war, etwa aus Mangel an Waffen je unterblieben sei. Noch jeder Krieg hat sich die Waffen geschafft, die er brauchte, weshalb man sich auch hüten muß, den verflossenen Krieg mit dem zukünftigen vergleichen zu wollen; denn jeder Krieg muß unter der Lage geführt werden, die er antrifft, weshalb auch noch nie zwei Kriege mit denselben Waffen und mit denselben Hilfsmitteln geführt worden sind, eben weil nie zwei Kriege unter derselben Lage geführt werden konnten. Dabei muß ausdrücklich gesagt werden, daß diese Kriegsnotwendigkeit, dieser Krieg, nach jeder Richtung hin für das deutsche Volk einen Fortschritt bedeuten würde. Zuerst würde er das humanste Mittel darstellen, das deutsche Volk aus seiner furchtbaren Lage zu erlösen, denn die Blutopfer, die er kosten würde, wären ein Kinderspiel gegenüber den Opfern, die Hunger und Seuche einerseits fordern würden, ferner aber auch noch der Zwang, einen erheblichen Teil des deutschen Volkes in fremden Heeren und für fremde machtpolitische Ziele opfern zu müssen. Es soll nämlich niemand in Deutschland glauben, daß das Clemenceau in den Mund gelegte Wort, in Deutschland seien 20 Millionen zu viel Menschen, etwa ein Scherzwort gewesen sei. O nein, so denkt im Grunde jeder Franzose, und er erwartet von seiner Regierung, daß sie dieses Wort am deutschen Volke vollstrecke, so lange sie noch die Macht dazu hat. Nicht mit

der blanken Waffe allein wird das erreicht, sondern mit Hilfe der Macht, die das deutsche Volk mittlerweile schon genügend am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat, dem Marxismus nämlich. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß wir nur durch eine nationale Diktatur vom Marxismus und von Frankreich erlöst werden können. Eine andere Lösung gibt es nicht und hat es auch nie nach diesem Kriege gegeben. An keinem Versuche, aus der schwierigen Lage auf einem anderen Wege herauszukommen, hat es gefehlt, nach jeder Richtung hin haben sich sämtliche Regierungen, seit dem November 1918, bemüht, gemeinsam *mit* dem Marxismus die deutsche Frage zu lösen. Den Erfolg sieht heute jeder, der sehen will.

So ist also das militärische Moment das erste und ausschlaggebende in den Aufgaben der Diktatur. Nicht nur nach außen, sondern auch im Lande selbst. Und wer da meint, das *deutsche* Volk wolle sich nicht mehr dem Zwange der Wehrpflicht unterwerfen, der kennt eben dieses Volk nicht. So etwas wird nur von Leuten geredet oder geschrieben, die ein ganz besonderes Interesse daran haben, das deutsche Volk über sich selbst zu täuschen. Aber das deutsche Volk läßt sich darüber nicht mehr täuschen. Zu eindringlich war die Lehre, die es bekommen hat, nachdem es sich entwaffnen ließ. Zu deutlich aber auch ist der erwachsenen Generation geworden, die im strammen Dienste mit Stolz ihres Königs Rock getragen hat, was sie dieser ihrer Dienstzeit zu verdanken hatte, und mit Bedauern und Zorn, ja selbst mit Verachtung blickt sie auf eine Jugend, die solche körperliche und seelische Ertüchtigung entbehren muß. Aber auch die Jugend empfindet, daß ihr etwas fehlt, seit ihr die Möglichkeit genommen ist, sich im Waffendienst für das Vaterland zu üben. Und Tausende deutscher Jünglinge sehnen diese Möglichkeit wieder herbei. Selbst die kommunistischen, denn auch sie wollen doch ihre rote Armee haben. Waren übrigens die Bemühungen der Kampforganisationen, das Tragen der Waffen für ihre Mitglieder zu erreichen, denn im Grunde etwas anderes, als der Drang zur Wehrpflicht?

Die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen ist vorerst noch nicht möglich; dazu fehlt, von allen anderen Hinderungsgründen abgesehen, die finanzielle Möglichkeit, d. h. die Sicherheit, daß die gegenseitige heutige wirtschaftliche Aufzehrung endgültig beseitigt ist, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes sich vielmehr so fest in der Hand des Diktators befinden, daß mit ihrer Hilfe ein militärisches Befreiungsprogramm aufgebaut bzw. durchgeführt werden könnte. Aber eine allgemeine Arbeitspflicht kann sofort eingeführt werden, ja sie muß sofort eingeführt werden, wenn der Staat seine nationale Aufgabe erfüllen will, ja, wenn er überhaupt bestehen bleiben will. Unsere heranwachsende Jugend ist vielfach durch den Krieg, dann aber vor allen Dingen durch die gänzlich veränderten Erziehungsmethoden unserer Schulen so verwildert und unbotmäßig, daß sie heute überall in der Wirtschaft ein schweres Hemmnis geworden ist. Gerade die älteren und vernünftigen Arbeiter beklagen sich ganz heftig über den unerhörten Terror, den eine, von sozialistischen und kommunistischen Agitatoren aufgewiegelte Jugend ihnen gegenüber ausübe, und bei den jetzt leider so häufigen Unruhen sehen wir fast ausschließlich diese Elemente in Tätigkeit. Darum müssen sie fort aus der Umgebung, die sie nicht mehr meistern kann, in der sie aber zu unsauberen politischen und nichtpolitischen Geschäften ausgenutzt werden. Sie muß der Staat zur Arbeit rufen, da werden sie im strammen Arbeitsdienst und nach dem Arbeitsdienst in körperlichen Übungen wieder zu Menschen gemacht, die wieder Achtung vor Ordnung, Zucht und

Sitte bekommen. Hier könnten sich unsere verdienten Offiziere vorzüglich betätigen und dieses ausgezeichnete Material, das heute mehr oder weniger brach liegen muß, bekäme wieder ein Tätigkeitsfeld, das ihm liegt, wo es seine so wertvolle Arbeitskraft im Dienst und zu Nutzen des Vaterlandes verwerten könnte. Die Einziehung der Jugend in diesen Arbeitsdienst müßte unmittelbar nach Erledigung der Schule geschehen und zum mindesten sich auf ein Jahr ausdehnen; wenn tunlich, noch länger. Auch wird man zu Anfang einige schon ältere Jahrgänge zweckmäßigerweise einziehen. Vor allen Dingen notwendig ist es, daß diese Arbeitspflicht obligatorisch ein- und durchgeführt würde, für arm und reich, hoch und niedrig. Das würde ausgezeichnet sozial ausgleichend wirken und den Geist der Kameradschaft wie kein anderes Mittel fördern. Hinzu käme, daß dem Staate ein billiges und so zahlreiches Material zugeführt würde, daß mit ihm Arbeiten ausgeführt werden könnten von solchem Umfange, wie sie auf dem Wege der Freiwilligkeit niemals in Angriff genommen werden könnten. Man wird auch bald erkennen, daß in der Einrichtung dieser Arbeitsjahre eine der (auch sozial) besten Steuerquellen liegt. Denn hier wird die Steuer an der Quelle, dem Anbeginn jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, der Arbeitskraft, erfaßt. An Arbeitskraft hat Deutschland einen hohen Überschuß, besonders heute; an allen sonstigen fertigen Erzeugnissen, erst recht an gemünztem Gelde, aber Mangel. Grundsätzlich sollten alle Steuern in erster Linie aus dem Überschuß der Wirtschaft genommen werden, in zweiter Linie aus dem Verbrauch. Steuern aber, die aus dem Anlage- und Betriebskapital der Wirtschaft genommen werden, sind letzten Endes wirtschaftlicher Selbstmord. Weil gerade aus dieser Quelle aber fast allein in den abgelaufenen fünf Jahren geschöpft wurde, so stehen wir dafür auch heute vor der gänzlichen Entblößung der Wirtschaft von Betriebskapital und Sachwerten, d. h. wir stehen vor der weitgehendsten Arbeitslosigkeit. Solche Arbeitslosigkeit aber verhindert selbstredend einen Überschuß, und sie schränkt gleichzeitig den Verbrauch aufs engste ein. In der eigenen Wirtschaft wird der Staat in Kürze keine Steuerquelle mehr haben, nachdem durch die jetzigen Steuergesetze das gesamte Betriebsvermögen der Wirtschaft weggesteuert sein wird. So entspricht solcher Zustand allerdings durchaus dem Willen und dem Ziele des Marxismus, denn nun ist der Staat gezwungen, wenn er leben will, die Hilfe derjenigen Mächte in Anspruch zu nehmen, die ihn in diesen gegenwärtigen Ohnmachtszustand gebracht haben, damit dieser Staat sich ihnen für unabsehbare Zeit verschreibe. Und da die gegenwärtige Staatsinstitution, wie bereits gezeigt, diese Not nicht wenden kann, so muß sie sich dem marxistischen Willen fügen, der sie zum Sklavenhalter des eigenen Volkes machen will und machen wird, wenn nicht noch rechtzeitig genug die Gefahr erkannt und die gegenwärtige Staatsinstitution von der Diktatur abgelöst wird. Nur sie kann noch solche Steuermöglichkeiten schaffen, daß die drohende, versklavende Staatsverschuldung an das Ausland verhindert werden könnte. Es bedarf gar keiner Frage, daß das jetzige Steuersystem, mit einem Apparate, der allein schon die Erträgnisse aller Steuern verschlingt, vollständig und gründlich beseitigt werden muß. Die Steuerhoheit und die Steuerquellen müssen dann zwischen Reich, Ländern und Gemeinden neu hergestellt, bzw. aufgeteilt, aber auch unverbrüchlich streng abgegrenzt werden. Die Erträgnisse aus den bereits erwähnten Arbeitsjahren werden — aus begreiflichen Gründen — zunächst jedenfalls den Ländern bzw. den Gemeinden zufallen müssen. Letzten Endes muß von Steuern gesagt werden, daß im Steuermaß und im Steuersystem sich am sichtbarsten die Qualität der Regierung bzw. der Staatsinstitution ausdrückt. Je höher das Steuermaß

und je ungerechter (sozial) die Steuerverteilung sein wird, um so sicherer wird man auf eine geringe Staatsautorität bzw. Staatsmacht schließen dürfen. Denn je stärker und unabhängiger die Staatsmacht sich betätigen kann, um so einfacher und sparsamer wird die Verwaltung sein, um so geringer also die notwendigen Steuern; um so gerechter aber wird auch deren Verteilung sein, und die Steuerquellen werden ausschließlich dort erschlossen werden, wo sie die notwendige Entwicklung der Wirtschaft nicht hemmen, vielmehr die gesunde Entwicklung der Wirtschaft zu fördern geeignet sind.

Daß sofort auch unser ganzes Schulwesen auf eine andere Grundlage gebracht werden muß, geht schon aus dem vorstehend Gesagten hervor. In der Schule muß die Grundlage gelegt werden für die Staatsgesinnung, und hier wird sie tatsächlich auch gelegt, sei es nun im guten oder im schlechten Sinne. Auf die kommende Arbeitspflicht und Wehrpflicht muß hier die Jugend vorbereitet werden, in unbedingter Achtung vor der Hoheit des Staates. Mit Stolz und Freude muß es die Jünglinge erfüllen, wenn der Staat sie ruft zu Arbeit und Wehr. Wenn dazu im Lehrplan der Schule Rücksicht genommen würde auf mehr körperliche Ertüchtigung, so würde das nur vorteilhaft sein. Der heutige Lehrplan enthält Vieles, was für den Durchschnitt der Schüler im praktischen Leben von nur geringer oder gar keiner Bedeutung ist, und manches, was sie wissen sollten, bleibt ihnen völlig fremd. Das erleben wir heute, wo wir mit Schrecken beobachten müssen, wie unbeschreiblich gering in unserm Volke die Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte ist, sonst wäre es gar nicht möglich, daß ein ganzes Volk so ungeheure wirtschaftliche Fehler begehen könnte. Auch hätte ein erheblicher Teil des Volkes nicht der Wirtschaftslüge der Marxisten verfallen können, wenigstens nicht in so katastrophalem Umfange, als es bei uns der Fall war. Der Schule also wird sich der Diktator ganz besonders annehmen müssen. Er muß es schon aus dem Grunde, weil heute ein erheblicher Teil der Lehrerschaft dem Gedanken des internationalen Marxismus verfallen ist, und zwar seiner extremsten Form, dem Kommunismus. Nun wird allerdings die Ursache dieser Erscheinung, auf die nachstehend noch näher eingegangen werden soll, beseitigt sein, wenn die Diktatur sich durchgesetzt hat und sich diese Diktatur als eine völkische, wahrhaft soziale erwiesen hat.

Da an dieser Stelle nur von den nächstliegenden Aufgaben der Diktatur gesprochen werden soll, so ist es müßig, hier über die spätere Gestaltung des Staates zu sprechen, bevor nicht die Vorbedingungen dazu erfüllt sind. Von der Möglichkeit ihrer mehr oder weniger vollkommenen Durchführung wird begreiflicherweise das Schicksal des zukünftigen Staates, wie auch seine Staatsform, abhängig sein. Grundsätzlich muß natürlich die Diktatur, wenn sie überhaupt eine nationale sein will, sich auf rein völkischer Anschauung aufbauen und in diesem Sinne sich betätigen. Daher wird sie sich auch lediglich als die Platzhalterin der Monarchie betrachten können. Der Diktator wird sich daher für sein Tun nur dem zukünftigen Monarchen und sich selbst verantwortlich halten. Er wird, bis die Krone selbst wieder in Erscheinung tritt, dem Volke nur soweit verfassungsmäßige Rechte einräumen können, als sie mit einem streng diktatorischen Aufbau von Staat und Wirtschaft vereinbar sind. Ein solcher Aufbau wird für die Diktatur um deswillen notwendig sein, weil sie, wenn sie überhaupt daran denken will, alle Kräfte der Nation in den eingangs geschilderten Befreiungskampf einzustellen, auch die gesamte Volkswirtschaft in ihren diktatorischen Willen wird zwingen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Der ästhetische Unwert der Demokratie.

Von Dr. Heinrich Köhler.

Der Kampf gegen die Demokratie als Grundlage staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung wird von den Gegnern dieser Staatsauffassung selbstverständlich in erster Linie mit politischen Gründen geführt. Man weist vor allem — und gewiß mit Recht — darauf hin, daß die Demokratie, im landläufigen Sinn als Herrschaft des gesamten Volkes über und durch sich selbst verstanden, überhaupt von vornherein unmöglich und tatsächlich nirgends vorhanden sei, daß aber auch jene Parteien- und Parlamentsherrschaft, die wir heute nach westlichem Muster unter dem Namen Demokratie über uns ergehen lassen müssen, niemals die großen geschichtlichen Aufgaben bewältigen könne, die dem deutschen Volke sowohl durch seine Lage inmitten zahlreicher und starker feindlicher Völker wie durch seine von innen heraus erwachsenden Lebensnotwendigkeiten gestellt sind. Daneben pflegen in der Ablehnung der Demokratie auch sittliche und wirtschaftliche Gründe eine gewisse Rolle zu spielen: Man macht, wiederum mit gutem Grund, geltend, daß die allgemeine Gleichheit und Freiheit für jede Art Gesinnungsbetätigung die sittliche Höhe der Menschen nicht hebe, sondern herabdrücke; daß insbesondere die aristokratischen Tugenden der Aufopferung für das gemeine Wohl, der Selbstverleugnung, des Mutes, der Ritterlichkeit, Heldenhaftigkeit und des männlichen Einstehens für das eigene Tun aus dem Geist der Demokratie wenig Nahrung ziehen könnten; gegen das Parteien- und Parlamentswesen wird insbesondere noch eingewendet, daß es, weit entfernt eine unanfechtbare Reinlichkeit der Staatsordnung zu verbürgen, im Gegenteil dem politischen Strebertum und unlauterem Günstlingswesen, also der sog. „Korruption" weit größere Entfaltungsmöglichkeiten biete als eine aristokratisch-monarchische Staatsordnung; und man führt endlich gegen die demokratische Staatsordnung auf Grund zahlreicher geschichtlicher Tatsachen ins Feld, daß sie zu all diesen Minderwertigkeiten nicht einmal eine billige, sondern im Gegenteil — schon wegen der Notwendigkeit für die führenden Parteien, sich in den verschiedensten Schichten des Volkes zuverlässige Anhänger zu sichern — notwendigerweise eine sehr kostspielige Staatsverwaltung mit sich bringe.

Neben diesen und manchen anderen — nicht zuletzt auch außenpolitischen — Einwänden dieser Art treten die ästhetischen Gründe, die gegen die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsordnung erhoben werden können, in der Regel zurück oder spielen höchstens insofern eine gewisse Rolle, als die Verfechter der Demokratie ihren Gegnern, um sie in den Augen der Menge lächerlich zu machen, gelegentlich den Vorwurf machen, daß bei jenen neben Gründen des Eigennutzes, der Sehnsucht nach den verlorenen hohen und einträglichen Stellungen auch die glänzende Außenseite der Monarchie, der Prunk der Höfe, der Flitter der Uniformen, Feste und Truppenschauen usw. für ihre Stellungnahme bestimmend sei. So unberechtigt, ja lächerlich, es nun auch wäre, Gründen und Tatsachen *dieser* Art, die man „staatsästhetische" nennen könnte, für die Bewertung einer Staats- und Gesellschaftsordnung eine ausschlaggebende Bedeutung beizumessen — nach dem übertriebenen äußeren Prunk, wie er unter Wilhelm II. üblich war, wird sich wahrlich niemand mehr zurücksehnen —, so ist doch nicht einzusehen, warum in der Bewertung politischer

und gesellschaftlicher Einrichtungen der ästhetische Gesichtspunkt nicht ebenfalls sein Recht haben soll. Mag man ihm je nach der Lage eines Landes größere oder geringere Bedeutung und Berücksichtigungswürdigkeit zuschreiben, so kann man doch sein grundsätzliches Recht nicht wohl bestreiten; und gerade die Demokraten, die sich doch stets als die Vertreter geistiger und kultureller Wertungen an Stelle einer mit bloßen Tatsachen und äußerer Gewalt rechnenden Staatsauffassung hinzustellen lieben, haben am wenigsten ein Recht, den ästhetischen Gesichtspunkt bei der Bewertung einer Staatsordnung von vornherein als unberechtigt zu erklären. Sie setzen sich dadurch nur dem Verdacht aus, als fürchteten sie, daß ihr Staatsideal gerade unter dem ästhetischen Gesichtspunkt in besonders ungünstigem Licht erscheinen würde; und diese Befürchtung dürfte sich bei näherer Betrachtung in der Tat kaum als unbegründet erweisen.

Die Demokratie als Gesellschaftsgrundlage fällt, wenn auch vielleicht nicht in der Meinung aller ihrer Anhänger, doch unzweifelhaft in der Praxis mit der Forderung nach allgemeiner Gleichheit zusammen, die ihrerseits ihre letzte Wurzel in der weit verbreiteten menschlichen Eigenschaft des *Neides* hat. Es ist nun klar, daß eine auf dieser Grundlage aufgebaute Gesellschaft keine *Gliederung* aufweisen kann; es gibt in ihr kein Oben und Unten, kein Höher und Geringer mehr, sondern eben nur den allgemeinen Mischmasch, dem wir seit der großen Staatsumwälzung in immer rascheren Schritten zustreben. Daß mit einer solchen auf vollkommener Gleichheit beruhenden Gesellschaftsordnung, ihre dauernde Möglichkeit und Verträglichkeit mit der menschlichen Natur vorausgesetzt, eine Reihe von Gegensätzen und Spannungen in Wegfall kommen würden, die sich in einer gegliederten Gesellschaft in mannigfacher Weise auswirken müssen, liegt auf der Hand; die Frage ist aber, ob der Verlust an Reibungen und Zusammenstößen ernster wie heiterer Art, der die Folge solchen Verschwindens aller gesellschaftlichen Unterschiede sein müßte, ästhetisch einen Gewinn bedeuten würde; oder vielmehr, es ist durchaus keine Frage, daß sowohl das Leben wie seine Spiegelung in der Dichtung dadurch eine große Verarmung erfahren müßten. Wie hätte etwa, um nur *ein* Beispiel aus unzähligen anzuführen, Friedrich Spielhagen seine Romane schreiben können — in Wahrheit war es freilich immer der gleiche —, wenn ihm nicht der Gegensatz zwischen dem landsässigen, überlieferungstreuen Adel und einer nach politischer und gesellschaftlicher Geltung strebenden „freisinnigen" Bürgerschicht einen unerschöpflichen Vorwurf geboten hätten? Wie Schiller seine „Luise Millerin", wie der Münchner Schleich seine „Bürger und Junker", wenn nicht auch hier der Gegensatz verschiedener Stände bestanden und zu Zusammenstößen geführt hätte, für die so oder so eine Lösung gefunden werden mußte? Die Ausgleichung aller Standesunterschiede und engeren Gemeinschaftsbildungen, wie sie der Demokratie als Ideal zugrunde liegt, würde das Leben zweifellos nicht reicher, bewegter, fesselnder, sondern ärmer und darum auch für die dichterische Darstellung weniger ergiebig machen als eine Gesellschaft mit klar ausgesprochenen, in sich begründeten Unterschieden der Herkunft, der Überlieferung, der Lebenssitten und -auffassung: welche Art von epischer oder dramatischer, ja selbst lyrischer Dichtung mag eigentlich das australische common wealth, in dem das demokratische Ideal der Gleichheit aller Menschen im Streben nach Gelderwerb wohl am restlosesten erreicht ist, noch hervorbringen können? Es ist kein Zufall, daß die epische Dichtung unserer demokratischen

Zeit beim Verbrecher- und Detektivroman gestrandet ist — beides immerhin zwei Gattungen von Menschen, deren Leben noch nicht völlig im Sinn des demokratischen Ideals im maschinenmäßig-bürgerlichen Gleichheitstrott verläuft und darum wenigstens ein gewisses äußeres Spannungsinteresse bietet. Was für die auf Abkunft, Beruf, Geschichte usw. begründeten Schichten innerhalb eines und desselben Volkes gilt, trifft natürlich erst recht auf die Gegensätze der Völker und Rassen zu, die ja die Demokratie auch am liebsten zum Verschwinden bringen oder doch nach Möglichkeit ihrer Auswirkungen berauben möchte; wie erbärmlich arm und eintönig würde das bunt belebte Bild der Erde werden, wenn einmal — es wird Gott sei Dank nie der Fall sein! — nach dem Wunsche des äußersten Demokratismus alle Unterschiede der Rassen und Völker in einem einzigen Menschheitsbrei untergehen müßten, und wie würde auch hier die Dichtung einer Anregungsquelle beraubt, die ihr immer wieder, von Äschylus bis zu Shakespeare oder Schiller, die dankbarsten Vorwürfe geboten hat!

Nicht nur geistig, auch in ihrer sichtbaren Erscheinung wird die Welt durch die Demokratie ärmer und die Menschheit damit einer ihrer bedeutungsvollsten Lustquellen beraubt. Die Demokratie strebt, wo sie folgerichtig vorgeht, nicht nur nach Gleichheit des Ranges und Besitzes, sondern auch der sichtbaren Erscheinungen; es sollen alle möglichst die gleiche Kleidung tragen, sich auch in der Form und Größe ihrer Häuser möglichst wenig voneinander unterscheiden, die Betonung von Rassen-, Berufs- oder Standesbesonderheiten in der äußeren Erscheinung am liebsten völlig vermieden werden. Daß auch damit die Welt an Schönheitswerten nicht gewinnt sondern nur verliert, ist wiederum klar; und doch strebt unsere Demokratie, vor allen natürlich die „soziale", offen dem Ziele zu, auch die letzten noch bei uns vorhandenen Reste einer sich ehrlich in bunten Farben aussprechenden Standes- und Berufstracht, wie sie etwa in der Offiziersuniform oder in den studentischen Farben und Abzeichen vorliegt, zum Verschwinden zu bringen. Während ich diese Zeilen schrieb, ereiferte sich z. B. der „Vorwärts" gewaltig über die harmlosen bunten Mützen unserer Mittelschüler und verlangte nachdrücklich, daß diese sinnfälligen Zeichen des Klassendünkels verschwinden müssen; die allgemeine Gleichheit, das graue Einerlei soll auch äußerlich das Bild beherrschen. Eine Staatstracht unserer Beamten darf es infolgedessen natürlich auch nicht mehr geben; schwarzer Frack — der französische Präsident trägt wenigstens seine rote Ehrenlegion dazu —, Zylinder und der schlichte Regenschirm des Bürgermannes müssen genügen. Ein Berliner illustriertes Blatt, natürlich jüdisch, brachte vor einiger Zeit das Bild, wie zwei hohe Reichsbeamte, mit diesen Manneszierden angetan, die Front einer Ehrenkompagnie abschritten; daß sie in dieser Tracht — von manchen anderen Umständen dabei ganz abgesehen — ästhetisch einen erfreulicheren Anblick geboten hätten als die früheren Fürstlichkeiten bei solchen Gelegenheiten in ihren Uniformen, wird niemand behaupten können. So stellt sich auch unter diesem Gesichtspunkt die Demokratie als eine Zerstörerin von Werten dar, für die sie keinen Ersatz bieten kann; da wir am farbigen Abglanz das Leben haben, ist die Demokratie eine lebentötende Gesellschaftsverfassung und mit gesundem Lebensdrang niemals verträglich.

Wie hilflos die heutige Demokratie den von einerg gesünder fühlenden früheren Zeit geschaffenen Lebensformen gegenübersteht, hat sie nie deutlicher bewiesen als durch die Art, wie sie die einst von den deutschen Fürsten ge-

bauten Schlösser im Sinne ihrer Anschauungen zu verwerten sucht. Es ist selbstverständlich, daß die Demokratie, vollends die soziale, Fürstenschlösser hassen muß und sie wohl am liebsten von der Erde verschwinden sähe. „Krieg den Palästen, Friede den Hütten" ist nicht umsonst ihr Losungswort; und dieser Baugestalt gewordene Ausdruck fürstlicher Macht ist in der Tat mit dem Ideal allgemeiner Gleichheit nicht vereinbar. Immerhin sind nun aber diese Fürstenschlösser da, die am 9. November 1918 zum Sieg gelangte Demokratie fand sie vor und mußte sie, wirtschaftlich wie sie nun einmal ist, „verwerten". So müssen sie denn Zwecken dienen, für die sie nie bestimmt waren, mit denen ihre Formen und Einrichtungen in Widerspruch stehen: aus fürstlichen Prunkgemächern werden Dienstwohnungen für ehemalige Parteibeamte, Massenquartiere, Arbeitszimmer für Aktenmenschen oder, wie im Fall der Münchner Residenz, bloße Schauhäuser als Gelegenheit zum Vergleicheziehen zwischen einer Zeit, die diese Bauten aus ihren staatlichen Gestaltungskräften schaffen und mit Leben erfüllen konnten, und der Gegenwart, die sie nur zerstören oder allenfalls bestaunen kann. Und sind nicht doch diese fürstlichen Schloßbauten in Berlin, München, Würzburg, Heidelberg, Wien usw. sowohl an sich selbst wie durch ihren Gegensatz zu den Bürgerhäusern der Umgebung ästhetische Wirkungsfaktoren ersten Ranges, dürfen wir nicht noch heute dankbar sein, daß wenigstens eine frühere Zeit diese Schöpfungen, deren Mitbesitzer wir ja alle sind, hervorbringen konnte?

Damit ist ein weiterer Punkt berührt, der auch vom ästhetischen Standpunkt aus eine unzweifelhafte Minderwertigkeit der Demokratie, namentlich in ihrer äußersten Ausprägung, gegenüber einem aristokratischen — oder, was im Grunde das Gleiche ist: organischen — Staatsaufbau bedeutet. Es ist nun einmal Tatsache, daß die Lebens- und Umgangsformen der verschiedenen Gesellschaftsschichten, aus denen sich, allem Gleichheitsstreben zum Trotz, unser Volk auch heute noch zusammensetzt, verschieden sind; die der unteren Schichten überhaupt weniger geregelt, aber auch an sich derber, weniger gewählt und durchgebildet als die der höheren Schichten; und daran wird sich voraussichtlich auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Man muß daher die Lebens- und Umgangsformen der höheren Schichten erlernen, um sie zu kennen, und man muß sie üben, um in ihnen sicher zu sein. Das setzt eine sorgfältige Erziehung in diesen Formen voraus, die in der Jugend beginnen muß und, wenn sie nicht einen Widerspruch zur Lebenslage der darin Unterwiesenen enthalten soll, nur den Angehörigen der höheren Schichten zuteil werden kann. Bei den Inhabern höherer Staatsämter wurde in der alten Ordnung vorausgesetzt, daß sie — je höher gestellt um so mehr — nach Herkunft und Lebensgang die Formen der höheren Gesellschaft mit Selbstverständlichkeit und als natürliche Äußerung ihrer gesellschaftlichen Zugehörigkeit beherrschten, daß ihr Gebrauch mithin keinen künstlichen Zwang und keinen Bruch mit den ihnen eigentlich von Hause aus mitgegebenen und den größten Teil ihres Lebens hindurch geübten Formen bedeutete. Auch darin ist heute manche wesentliche und gesellschaftsästhetisch keineswegs wertvolle Änderung eingetreten. Die neue Ordnung der Dinge hat vielfach Personen in leitende Staatsstellungen gebracht — wir wollen dabei von der Braunschweiger Waschfrau als Kultusminister und gewissen bayerischen Kollegen von ihr während der Rätezeit ganz absehen —, denen die Formen der höheren Gesellschaft nicht nur von Hause aus nicht geläufig sind, sondern die sich auch notwendig —

eben weil es nicht die Formen der breiten Massen, sondern einer kleineren, bisher führenden Schicht sind — dazu im Gegensatz fühlen müssen; würde doch die völlige Annahme dieser Formen und gesellschaftlichen Haltung, wozu beispielsweise auch eine gewisse Kühle und Abweisung allzu naher Vertraulichkeit in Blick und Gebärde gehört, dahin gedeutet werden müssen, als ob diese Leute, die früher den höheren Ständen die geballte Faust zeigten, sich nach der Erlangung ihrer hohen Staatsstellung selbst als „Großkopfete" fühlten und somit die Vergangenheit, der sie ihre Stellung verdanken, verleugneten: der „Emporkömmling" hat eben, selbst wenn der Weg, der ihn in die Höhe führte, an sich durchaus einwandsfrei ist, unter dem gesellschaftsästhetischen Gesichtspunkt immer einen schweren Stand. Nun verlangt aber ein höheres Staatsamt, wenn sich sein Inhaber nicht lächerlich und unmöglich machen soll, „Repräsentation", d. h. die volle Wahrung der Formen, die in der „guten" und „vornehmen" Gesellschaft üblich sind, und zwar als eine gewohnte Selbstverständlichkeit; ein Minister, ein Staatsoberhaupt darf in diesen Formen nicht unsicher sein, sie müssen ihm geläufig und durch Übung zur „zweiten Natur" geworden sein, was natürlich nur möglich ist, wenn er von Jugend auf in diesen Formen aufgewachsen ist. Vollends ein Mann, der wie der jetzige „Reichspräsident" als Zapfwirt und sozialdemokratischer Parteisekretär in den Anschauungen, Verkehrsformen und politisch-gesellschaftlichen Gesinnungen der angeblich unterdrückten „unteren" Volksschichten aufgewachsen und als deren Vertreter zu seiner politischen Stellung emporgestiegen ist, wird diesen Widerspruch niemals überwinden können; Herr Ebert mag seinen Zylinder bügeln so viel er will, er bleibt doch immer eine Ballonmütze. Auch die Sicherheit im Befehlston, also Bestimmtheit ohne Grobheit, überhaupt das Bewußtsein der höheren gesellschaftlichen Geltung muß in ein hohes Staatsamt schon mitgebracht werden, wenn der Mann, der es ausübt, oder die an seiner Stellung teilnehmenden Familienmitglieder nicht unglücklich wirken sollen: äußerlich hochgestellte und geehrte Persönlichkeiten, hinter deren Rücken gekichert und gewitzelt wird. Der Widerspruch zwischen den früheren und den in der neuen Lebenslage geübten Verkehrsformen ist eben sonst zu offenbar, als daß er übersehen werden könnte; und nur außerordentliche Leistungen und Verdienste könnten bewirken — niemals, daß er verschwände, aber doch daß man ihn um dieser Verdienste willen nicht mehr beachtete. Liegen diese Verdienste nicht vor, so drängt sich das Bild des Sancho Pansa auf der Insel Barataria, namentlich wenn etwa unterstützende Umstände der äußeren Erscheinung hinzutreten sollten, gar zu deutlich ins Bewußtsein. Vollends gesellschaftlich führend und tonangebend, wie es die früheren Staatsoberhäupter und hohen Beamten waren, können solche als „Volksmänner" emporgekommene Persönlichkeiten niemals sein; diese immerhin nicht unwichtige Nebenleistung der früheren höchsten Persönlichkeiten scheidet für sie und ihre Angehörigen von vornherein aus. Die Demokratie verträgt sich eben, auf die Spitze getrieben, nur schlecht mit der politischen und gesellschaftlichen Ästhetik — was bekanntlich schon Napoleon I. einst richtig erkannt und zum Grund einschneidender Maßregeln im Aufbau seines Hofes und Beamtenkörpers genommen hat.

Gelten diese Erwägungen für die Demokratie allgemein, mindestens soweit es sich um die innere Ordnung großer Völker handelt, so treten im heutigen Deutschland noch einige Umstände hinzu, die den reinen Demokratismus besonders ungeeignet machen, den ästhetischen Gesichtspunkten im Aufbau unseres

Staates ihr volles Recht zukommen zu lassen. Das deutsche Volk von heute stellt bekanntlich in seiner Rassenzusammensetzung keine volle Einheit und Gleichheit dar, sondern es ist, unbeschadet seiner im allgemeinen durchgehenden germanischen Artbestimmtheit, aus verschiedenen, rassisch ungleichartigen und darum auch rassenästhetisch nicht ganz gleichwertigen Bestandteilen gemischt: dinarische und westische Rassentypen sind im Süden, ostische namentlich im Osten bekanntlich stark vertreten, daneben kommen mancherlei Misch- und sonstige Rassen vor, beispielsweise namentlich in manchen Teilen Süddeutschlands Zigeuner, die eine auf viele Länder Europas verteilte Hindurasse sind; sie können daher ebenso wie das jüdische Fremdvolk den Deutschen trotz einer gewissen äußeren Angleichung überhaupt nicht zugerechnet werden. Es darf nun wohl als feststehend gelten, daß unter diesen verschiedenen Rassentypen der nordische ästhetisch der wertvollste ist und auch im Volke selbst als solcher gewertet wird. Das tritt z. B. deutlich hervor, wenn irgend ein großes Unternehmen eine „repräsentative" Persönlichkeit zur Vertretung nach außen sucht: man meint damit in der Regel eine, gewiß auch groß gewachsene, im Äußeren von Beherrschtheit und guten Lebensgewohnheiten zeugende Persönlichkeit von deutlicher germanischer Artbestimmtheit. Auch die sog. aristokratische, also vornehme Erscheinung ist ja nichts anderes als der nordische Rassentypus in klarer Ausprägung. Es darf daraus gefolgert werden, daß, wie bei jedem großen Unternehmen in Deutschland, es auch für das Reich und seine Gliedstaaten selbst erwünscht sein muß, wenn seine nach außen sichtbaren Vertreter diesen Typus in sich darstellen, und daß es jedenfalls nicht ganz gleichgültig sein kann — nebenbei gesagt auch für das Ansehen Deutschlands im Auslande nicht —, ob seine Vertreter diesem oder einem ästhetisch minderwertigen Rassentypus angehören. In der früheren staatlichen Ordnung ist auch, wenn auch nicht grundsätzlich und durchgängig, so doch praktisch immerhin in gewissem Umfang dieser rassenästhetische Gesichtspunkt zu seinem Recht gekommen. Unser Fürstenadel war so gut wie ausnahmslos ausgesprochen germanisch, seine Mitglieder stellten fast immer gute, oft hervorragende Vertreter der deutschen Art dar — man denke nur an Wilhelm I. und seinen Sohn, diese hervorragenden Vertreter germanischer Männlichkeit, oder an Luitpold von Bayern; das war ja auch der Grund, warum deutsche Fürstentöchter und -söhne zum Einheiraten in ausländische Fürstenhäuser so beliebt waren. Doch auch außerhalb dieser höchsten Kreise brachte es die frühere Staatsordnung mit sich, daß aus den damals führenden Schichten wesentlich Männer von guter germanischer Art zu den höchsten Stellungen in Staat und Heer gelangten, wofür etwa die Namen Bismarck, Moltke, Roon, Waldersee, Häseler usw. genugsam Zeuge sind; Männer, die nicht nur durch ihre Leistungen, sondern auch durch ihre äußere Erscheinung ausgezeichnete Vertreter deutscher Art und ein Stolz des deutschen Volkes waren. War damals zunächst nur tatsächlich eine Auslese der höchsten Führer gegeben, die dem Hervortreten des germanischen Elements günstig war, so darf man doch annehmen, daß dieser „dekorative", d. h. rassenästhetische Gesichtspunkt damals bei der Besetzung hoher Stellen wenigstens bis zu einem gewissen Grade auch bewußt wirksam war. Im Gegensatz dazu hat die heutige deutsche Demokratie für den rassenästhetischen Gesichtspunkt nicht nur kein Verständnis, sondern sie steht ihm auch, wo er sich etwa hervorwagen sollte, mit bewußter Feindseligkeit gegenüber. Man hat schon öfter darauf hingewiesen, daß die deutsche Umwälzung von 1918, genau wie die

französische von 1793, eine Erhebung der rassisch minderwertigen Elemente gegen die höher gearteten gewesen sei; und wenn auch beide Vorgänge in Deutschland und Frankreich nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden können, so ist doch in dieser Auffassung unzweifelhaft ein Korn Wahrheit enthalten. Die politisch-radikalen Schichten gehören bei uns namentlich in den Großstädten, unzweifelhaft großen, vielleicht überwiegenden Teils dem ungermanischen Rassentyp an; wenn daher etwa die in deutscher Sprache geschriebenen radikalen „Witz"blätter den Gegensatz zwischen einem politisch Rechtsstehenden und ihren Leuten sichtbar zum Ausdruck bringen wollen, so pflegen sie einen „aristokratischen", also germanisch-deutschen Typ einem schwärzlichen und womöglich auch noch schlitzäugigen und krummnasigen Mischlingstyp gegenüberzustellen. Auch der Rassengegensatz, der zwischen dem romanisch-keltischen Südwestdeutschen — was nicht besagen soll, daß alle Südwestdeutschen diesem Rassentypus angehörten — und dem germanischen Niederdeutschen im Norden (in der Sprache gewisser süddeutscher Blätter: den preußischen Herrenmenschen) besteht, hat in unserer inneren Politik unzweifelhaft von jeher eine gewisse Rolle gespielt, und manche Abneigung, die mit sachlichen Gegensätzen anderer Art gar nicht zu erklären wäre, findet in ihm ihre eigentliche Wurzel. Die Revolution war aber gerade von diesen Schichten und Bevölkerungsteilen gemacht und fand in ihnen ihre überzeugtesten Anhänger. So erklärt es sich, daß die Revolution vielfach Männer in die Höhe und in repräsentative Staatsstellungen gebracht hat — namentlich auch aus dem deutschen Südwesten —, die im alten Reich schon wegen ihrer in einzelnen Fällen ausgesprochen ungermanischen Erscheinung kaum je in eine solche Stellung gelangt wären. Dem Judentum, das an diesen Stellen heutzutage gleichfalls in weitem Umfang teilnimmt, ist diese völlige Außerachtlassung des rassenästhetischen Gesichtspunkts, ja die absichtliche Zurückdrängung des rassenhaft germanischen Bevölkerungsteils natürlich sehr erwünscht, und es sucht sie auf jede Weise zu fördern, wie andererseits jene — vielfach dunkelhaarigen und dunkelhäutigen — Elemente zumeist in auffälliger Weise zum Judentum zu halten pflegen. Mag daher mindestens zweifelhaft erscheinen, ob diese Elemente die Politik des Deutschen Reiches besser führen können als jene einstige nordische Oberschicht, so ist jedenfalls gewiß, daß ihr einseitiges Überwiegen in den obersten Stellen rassenästhetisch für unser Staatswesen eine Wertminderung bedeutet. Mit der Staatsform hat diese ganze Frage natürlich an sich nichts zu tun — auch eine Republik kann aristokratisch oder demokratisch aufgebaut sein, die rassenästhetischen Gesichtspunkte berücksichtigen oder nicht. Das war beispielsweise bisher in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Fall, wo bekanntlich bis jetzt die höchsten Staatswürdenträger ausnahmslos der angelsächsisch-germanischen Oberschicht angehörten; doch auch dort besteht die Gefahr, daß mit fortschreitender Demokratisierung rassisch mindere Elemente, z. B. Negermischlinge, die Oberhand gewinnen und den ästhetisch wertvolleren Typ im Bild des Volkes wie in der politischen Führung in den Hintergrund drängen. Eine rein demokratische, nach dem Grundsatz der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, aufgebaute Staatsordnung wird eben in einem rassenmäßig stark gemischten Millionenvolke unvermeidlich nicht den vornehmeren, sondern den geringeren Rassentyp zur Herrschaft bringen, und so auch hier wie überall ästhetisch weniger wertvoll sein als eine wahrhaft aristokratische Staatsordnung.

Der Marxismus.

Von Dr. Franz Schweinitzhaupt, Innsbruck.

II.

In der schon erwähnten Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie schildert Marx das ganze Werden „seiner Theorie“ von der materialistischen Geschichtsauffassung. Ich muß die ganze Stelle (nach der Ausg. v. Karl Kautsky, Stuttgart 1897, vollinhaltlich hiehersetzen:

„Die erste Arbeit unternommen zur Lösung der Zweifel, die mich bestürmten, war eine kritische Revision der Hegelschen Rechtsphilosophie, eine Arbeit, wovon die Einleitung in den 1844 in Paris herausgegebenen »Deutsch-französischen Jahrbüchern« erschien. Meine Untersuchung mündete in dem Ergebniß, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind, noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesammtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen »bürgerliche Gesellschaft« zusammenfaßt, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei. Die Erforschung der letzteren, die ich in Paris begann, setzte ich fort zu Brüssel, wohin ich infolge eines Ausweisungsbefehls des Herrn Guizot übergewandert war. Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab, und einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft; die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung gerathen die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktivverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigenthumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen-naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurtheilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzunngsepoche aus ihrem Bewußtsein beurtheilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen materiellen Lebens, aus dem

vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben, im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozesse ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern-bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorgewachsenen Antagonismus, aber die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab."

Das Wesentliche ist, daß Marx sowie Hegel die Geschichte als den geistigen Entwicklungsprozeß der Menschheit aufzufassen sucht, und daß Marx die Gesetze dieses Entwicklungsvorganges in der materiellen Produktionsweise der Menschen für begründet hält. Viel klarer als Marx hat Engels die materialistische Geschichtsauffassung zu begründen versucht. In „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" (Leipzig 1878) zeigt er die geistigen Zusammenhänge Marx' mit Hegel auf: „Ihren Abschluß fand diese neuere deutsche Philosophie im Hegelschen System, worin zum erstenmal — und das ist sein großes Verdienst — die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als ein Prozeß, d. h. als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen dargestellt und der Versuch gemacht wurde, den inneren Zusammenhang und Entwicklung nachzuweisen. Von diesem Gesichtspunkt aus erschien die Geschichte der Menschheit nicht mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten, die vor dem Richterstuhl der jetzt gereiften Philosophenvernunft alle gleich verwerflich sind, und die man am besten so rasch wie möglich vergißt, sondern als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, dessen allmählichen Stufengang durch alle Irrwege zu verfolgen und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten sind auch nachzuweisen, jetzt die Aufgabe des Denkens wurde."

Dem philosophischen und religiösen Kritizismus der Zeit mußte notwendig die Kritik der Geschichtsphilosophie folgen, wie sie vor allem die Romantik ausgebildet hatte. Die naturwissenschaftlichen Entdeckungen besonders auf dem Gebiete der Biologie trugen viel zum philosophischen Materialismus und zum Aufbau der materialistischen Geschichtsauffassung bei. Charles Darwins Kampf ums Dasein, in geradliniger Entwicklung von Malthus' Bevölkerungsgesetz, wurde auf das Gebiet der Gesellschaftslehre übertragen. So heißt es bei Engels in seiner Schrift über „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft": „Der Unterliegende wird schonungslos beseitigt. Es ist der Darwinsche Kampf ums Einzeldasein, aus der Natur mit potenzierter Wut übertragen in die Gesellschaft. Der Naturzustand des Tieres erscheint als Gipfelpunkt der menschlichen Entwicklung."

Aus dieser Auffassung vom Kampf ums Dasein folgt logisch die Theorie des Klassenkampfes. So sagt wiederum Engels in „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“:

„Die neuen Tatsachen zwangen dazu, die ganze bisherige Geschichte einer neuen Untersuchung zu unterwerfen, und da zeigte sich, daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft jedesmal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Wort der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche, daß also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen, sowie der religiösen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnitts in letzter Instanz zu erklären sind. Hiemit war der Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung vertrieben, eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben, und der Weg gefunden, um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären.“

Das sind in der Hauptsache die klassischen Belegstellen des Marxismus über die materialistische Geschichtsauffassung. Damit sollte der Weg aufgezeigt worden sein, den Sozialismus der französischen und englischen Idealisten, Saint Simon, Fourier und Owen zur Wissenschaft entwickelt zu haben, oder ihn von der Utopie zur Wissenschaft geführt zu haben, wie Engels meint. „Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelst des Mehrwerts verdanken wir Marx. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft, die es sich nun zunächst darum handelt, in allen ihren Einzelheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten.“ (Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 4. Aufl. Berlin 1891.)

Das also sollte die originelle Großtat Karl Marx' gewesen sein, die ideale gesellschaftliche Forderung des Sozialismus zur Wissenschaft gemacht zu haben, auf Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung!

Der Sozialismus steht der Religion und Philosophie näher als der exakten Wissenschaft. Ideale Forderungen sind ewig und unveränderlich, die Grundlagen und Methoden der Wissenschaft veränderlich mit der Zeit. Aus den Reihen der Sozialisten selbst sind diese Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung erschüttert worden, vor allem von Eduard Bernstein in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus“. Er wendet sich gegen die materialistische Geschichtsauffassung und sucht die Belange der Arbeiterschaft mit denen der Gesellschaft zu versöhnen. Einer rein zerlegenden und auflösenden Methode auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaft muß eine organische entgegengesetzt werden. Der materialistische Zug des Zeitalters und die Entdeckungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften suchten alle tiefen Menschheitsprobleme in Wissenschaft aufzulösen. „Drei große Entdeckungen“, sagt Engels, „vom Zusammenhange der Naturprozesse sind von Wichtigkeit:

1. die Entdeckung der Zelle als Einheit,
2. die Verwandlung der Energie — nachgewiesen als Erscheinungsformen der universalen Bewegung,
3. Darwins Entwicklungslehre.“

Der Materialismus als Wissenschaft fand Eingang in alle Zweige philosophischen Denkens und in die Geschichtsauffassung. In einem Aufsatze der

Sozialistischen Monatshefte, Jhrg. 1920: „Ökonomischer und religiöser Sozialismus" schreibt Hans Ehrenberg: „Nur der Rahmen des Marxismus ist utopistisch, sein Jnhalt ist entwickelungsgeschichtlich und, wie man sagt, wissenschaftlich. Diese Wissenschaftlichkeit wurde von den Marxisten (entgegen dem Geiste Marxens) in einem starren Festhalten an zeitlich bedingte, daher mit der Zeit sich selbst aufhebende Lehrsätze betätigt. Der Wissenschaftler setzt sich allen Widerlegungsmöglichkeiten aus. So erging es auch dem Marxismus. Die Wissenschaft hat an seinem Wahrheitsanspruch genagt, und so entstand der Revisionismus. Kein Wissen ist unumstoßbar. Jede Theorie hängt von ihrer Zeit und ihrer Umwelt ab. Jede Art von Dogmalismus wird Widerspruch ernten, erfolgreichen Widerspruch. Die Freiheit des Geistes empört sich gegen ihn. Von diesem Geschick ist der ökonomische Sozialismus nicht unberührt geblieben, und heute, nach der sogenannten deutschen Revolution, ist seine Glaubwürdigkeit stark zusammengeschmolzen."

Diese Glaubwürdigkeit ist heute nicht bloß zusammengeschmolzen, sondern heute sind wir beim Bankerotte des ökonomischen Marxismus angelangt. Aus allen Schlupfwinkeln suchte er den Idealismus zu verscheuchen, und an seine Stelle setzte er die Seelenlosigkeit und das materielle Interesse, genau wie es der Manchester-Liberalismus getan hatte. Sehr richtig bemerkt derselbe Ehrenberg: „Kein Teil unseres Lebens unterliegt so sehr einer mechanischen Massenentwicklung wie der wirtschaftliche; das wird immer mehr oder weniger so bleiben. Andererseits rächt sich am offiziellen Marxismus das *Ausschalten der menschlichen Seele.* Er ist ebenso apsychisch wie etwa die Politik der Wilhelminischen Ära; darin gehören sie beide gemeinsam einer vergangenen Zeit an."

Dieses Ausschalten der menschlichen Seele macht die Herzen leer. Ehrenberg bringt uns einen Ausspruch des ermordeten französischen Sozialisten Jaurès: „Wenn die Sozialisten ihr Ziel erreicht haben werden, dann werden sie finden, *daß ihre Herzen leer sind.* Wir empfinden das schon heute, wo erst ein so kleiner Teil des Sozialismus verwirklicht ist. Daher erleben wir ja eine Wiedergeburt des religiösen Sozialismus zur Revolution der Seele." Die Überschätzung der Wissenschaft, die nur zu einem geringen Teile absolute Wahrheit zutage fördert, zum größeren Teile nur relative, bringt nicht Glück, nicht Zufriedenheit. Das Glück wohnt nicht in der Stube der Gelehrten, sondern in der Einfalt des Gemütes, das sich zu bescheiden weiß.

Die ökonomische Struktur der Gesellschaft soll die Grundlage sein für den gesamten Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen und für religiöse und sonstige Vorstellungsweisen. Was ist das aber „Die ökonomische Struktur der Gesellschaft?" Wer hat sie geschaffen? Der Herrenmensch, der Eroberer, der Bezwinger, der Entdecker, der Erfinder. Nicht darauf kommt es in erster Linie an, was der Boden trägt, sondern darauf, was die Bewohner mit ihrem Boden anzufangen wissen, also auf den Geist, den Unternehmungs- und Erwerbssinn, auf das *Rassische.* Dies aufzuzeigen ist noch eine Wissenschaft der Zukunft: Rassenpsychologie der Wirtschaftsgeschichte. Sie kann nur geschaffen werden von organischem oder synthetischem Denken, wozu das Judentum unfähig ist.

Es ist freilich bis zu einem gewissen Grade richtig, daß rechtliche und politische Einrichtungen sowie religiöse Vorstellungen von natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen beeinflußt sind aus dem einfachen Gesetze der Wechselwirkung. Wenn diese Erkenntnis aber materialistische Geschichtsauffassung sein

soll, dann ist ihr Entdecker nicht Karl Marx. Schon die Hellenen haben uns über den Zusammenhang zwischen Natur und Geschichte aufgeklärt; schon Hippokrates behandelte die Einflüsse des Klimas auf den Menschen. Dieser geographische Materialismus ist herunter zu verfolgen von den alten Griechen bis zu Montesquieu, Buffon, Voltaire, Herder, Alex. v. Humboldt und Karl Ritter („Erdkunde im Verhältnis zur Natur und Geschichte des Menschen." 1817/18.) Gerade die romantische Geschichtsschreibung hat, anknüpfend an Herders Gedanken in seinen Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, hingewiesen auf die engen Zusammenhänge zwischen Natur und Mensch, die in der Produktion sich treffen, ohne aber das Heldische, das Heroische als das wichtigste und größte geschichtsbildende Moment zu verkennen. Die Staatsphilosophie Hegels und Adam Müllers „Elemente der Staatskunst" weisen der Produktion ihre wichtige Stellung im Leben der Völker und Staaten an. Friedrich Lists Lehre der produktiven Kräfte ist übernommen von Adam Müller, der seinerseits wieder beeinflußt ist von der organischen Philosophie Schellings. Gerade Schelling hat in seinen Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums auf das stete Nebeneinander von Natur und Geschichte hingewiesen. Philosophie und Geschichtsschreibung der Romantik haben immer auf die Bedeutung des Materiellen hingewiesen, Karl Marx hat die philosophische und geschichtliche Gesamtbildung seiner Zeit gefehlt. Er ist einseitig ökonomisch und geschichtslos, so wie seines Geistes Kind, der ökonomische Sozialismus. Wo er seine Vorgänger kannte, hatte er sie verschwiegen.

Was heißt das: Das Sein der Menschen bestimmt ihr Bewußtsein, nicht das Bewußtsein ihr Sein? Das ist gar nichts als die dialektisch-sophistische Umkehrung des Idealismus zum Materialismus. Der Geist verleiht der Welt ihr Antlitz, der Geist schafft das, was wir Geschichte nennen. Kein materialistisches System hat noch einen Gedanken erklärt. Der Materialismus ist sinnfällig, in die Augen springend und genügsam; darum gewann er viele Anhänger. Die Tiefe des Gedankens aber ist unendlich. Trotz aller mathematischen und mechanischen Gesetze der Psychologie seit Fechner und Wundt bleibt immer ein irrationaler Rest, ein Geheimnisvolles, um dessen Enthüllung die Philosophie von Jahrtausenden in nie sich vollendender Tragik bemüht. Karl Marx beweist gerade durch seinen philosophischen Materialismus, daß sein Denken nicht in die Tiefe geht; nur in die Breite, analytisch, zerfasernd, sophistisch mit blendenden Schlagworten. Das Judentum steht durch seine rassischen Eigenschaften idealistischem Denken fern. Die Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung müssen als erschüttert gelten und als durchaus nicht originell.

Ludwig Woltmann hat 1900 in seiner ausgezeichneten Schrift: „Der historische Materialismus" den geschichtlichen Materialismus in sechs Elemente aufgelöst: in einen

1. dialektischen
2. philosophischen
3. biologischen
4. geographischen
5. ökonomischen
6. ethischen

} Materialismus.

Darin weist er genau die ganze Unoriginalität Marx' nach, sagt uns, wie Kant trotz seines kritischen Idealismus die Anfänge der Kultur, der Vernunft und Moral in die tierischen Instinkte der Menschen verlegt, wie aus Arbeit

und Zwietracht, Teilung der Arbeit und Austausch die Anfänge der Natur und Kunst stammen. Das zahlenmäßige Geschehen hat Thomas Buckle in die Philosophie der Geschichte eingeführt, ebenso hat er auf die Bedeutung des Reichtums hingewiesen. Woltmann zeigt wie Kant mit seinem Kritizismus dem Sozialismus näher steht, wie aber gerade Friedrich Engels, der immer die zweite Violine gespielt hat, über den Kantischen Kritizismus schlecht orientiert ist. Woltmanns Buch ist auch heute noch eine ganz hervorragende Kritik des historischen Materialismus.

Auf die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und politischer Macht hat schon 1656 der Engländer Harrington in seinem Buche: The Oceana hingewiesen. Er suchte zu beweisen, „daß der wirtschaftliche Besitz und die politische Macht stets zueinander im Gleichgewicht stehen. Der Grundgedanke der „Oceana" ist, daß von der Verteilungsart des Besitzes die Form der Staatsverfassung abhänge. Dieses Verhältnis des Vermögensbesitzes zur Staatsverfassung nennt Harrington die Balanz."

Darauf hat Heyking 1880 hingewiesen in seiner Geschichte der Handelsbilanztheorie. Freilich hat Harrington unter dem Vermögensbesitz nur Grund und Boden im Auge, Marx aber den Besitz der Produktionsmittel, des Kapitals überhaupt. Die Kritik über die Originalität der materialistischen Geschichtsauffassung könnte nicht besser geschlossen werden als mit einem Urteile Georg v. Belows:

„Man begegnet noch heute oft der Meinung, daß eigentlich erst der Marxismus die Abhängigkeit des Menschen von den wirtschaftlichen Kräften gelehrt, daß erst das „Kommunistische Manifest" von 1847 dafür eine Formel geprägt habe. In Wahrheit fand dieses schon eine reiche wirtschaftsgeschichtliche Literatur, auch greifbare Anschauungen über das Verhältnis des Menschen zu seinen wirtschaftlichen Beziehungen vor. Der Marxismus sagt hier nicht etwas ganz Neues, sondern übertreibt nur das, was vor ihm gesagt worden war, und bringt es auf eine für die praktische und politische Agitation erfolgreich verwertbare Formel. Das „Kommunistische Manifest" steht durchaus innerhalb der allgemeinen wirtschaftsgeschichtlichen Literatur, und zwar zeigt es sich abhängig gerade auch von der romantischen Geschichtsliteratur." (Adam Müller, Niebuhr, Eichhorn.)

Soviel über die materialistische Geschichtsauffassung, mit der ich mich deswegen eingehender beschäftigte, weil sie die breiteste, die umfassendste Grundlage des Marxismus ist. Wenn es gelungen ist, ihre Unhaltbarkeit zu beweisen, dann ist es verhältnismäßig leicht, die übrigen, darauf aufgebauten Haupttheorien zu widerlegen. Diese Geschichtsauffassung ist etwas dem deutschen Wesen fremdes, sowie der Materialismus. Diese Geschichtsauflösung reißt den Einzelmenschen aus den organischen Zusammenhängen mit Volk, Staat und Religion heraus, um ihn zum internationalen Sklaven der internationalen Kapitalsklasse zu machen, um ihn in eine Kampfstellung zu bringen zur Auflösung von Gesellschaft und Staat. Diese Geschichtsauffassung ist geschichtslos und unphilosophisch, in ihrem innersten Wesen undeutsch, wie der ganze Marxismus. Sie ist aber auch zu enge begrenzt, denn die Geschichte ist nicht allein Ökonomie, nicht allein Geschichte der Produktion, nicht allein Geschichte der Industriearbeit, um die es Marx in der Hauptsache zu tun ist.

Nach dieser vermeintlichen Entdeckung des Hauptgesetzes der Geschichtsentwicklung in der materiellen Produktionsweise, ist noch die Behauptung

etwas näher zu beleuchten, daß alle Geschichte nur die Geschichte von Klassenkämpfen sei. Auch dies ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig und zeitlich bedingt. Es liegt einerseits eine zu enge Fassung des Begriffes „Geschichte" vor und andererseits eine Rückübertragung der Gegenwart in die Vergangenheit. Der Begriff „Geschichte" muß und wird auch heute im weitesten Sinne gefaßt als das durch die Menschen bedingte Geschehen. Der moderne Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber ist Universalist. Staatengeschichte und Politik, Religion und Philosophie, Literatur und Kunst, Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte, Völkerpsychologie und Individualpsychologie, Philologie und Anthropologie, dies alles, ja noch mehr gehört in seinen Forschungsbereich. Dies alles soll nur Klassenkampf sein? Hier war der geschichtliche Horizont Marx' viel zu klein, als daß er die Richtigkeit seiner Behauptung hätte erhärten können. Die Klassenkämpfe verfolgen den Zweck, die politische Macht zu erringen, um mit Hilfe dieser Macht die Ideen dieser oder jener Klasse zu verwirklichen. Dies allein wird niemals der Inhalt der Geschichte sein können. Aber noch ein anderer Umstand trug zu diesem Trugschluß bei: Marx sah das Geschehen seines eigenen Erlebens nur im Lichte der industriellen und sozialen Entwicklung mit einer absichtlichen, fanatischen Enge des Blickes. Diese Methode suchte er auch auf die Vergangenheit zu übertragen. Es ist ja oft reizvoll, Ausdrücke der Gegenwart in der Geschichte der Vergangenheit anzuwenden — Theodor Mommsen hat eine wahre Vorliebe dafür gehabt — aber solche Analogien sind oft sehr unberechtigt und von einer auffälligen Inkongruenz. Vorgänge der Vergangenheit müssen immer mit den Augen der Vergangenheit angesehen und aus dem Kulturkreise der Vergangenheit erklärt werden. Sind vielleicht die Perserkriege oder die Kämpfe des peloponnesischen Krieges, die Eroberungen Alexanders des Großen als Klassenkämpfe zu erklären? Oder die religiösen Kämpfe der Reformation? Nicht einmal die französische Revolution ist als Klassenkampf anzusehen, wenn auch tief im Hintergrunde wirtschaftliche und soziale Probleme lagern. Erst der Fortschritt der Demokratie läßt die Klassenkämpfe mehr in den Vordergrund treten — man sage nicht, der Fortschritt der Demokratie ist eine Folge der Klassenkämpfe, denn die Geschichte spricht dagegen. Die erbittertsten Klassenkämpfe bringen den politischen Radikalismus an die Oberfläche — Bolschewismus und Diktatur. Demokratie ist so recht ein Zeichen der Erschlaffung eines Volkes, ein politisches Faulbett, in dem auch die Klassenkämpfe wieder erschlaffen. Es ist also unberechtigt zu sagen, die Geschichte bestehe nur aus Klassenkämpfen.

Es gilt nunmehr auf die einzelnen Theorien Marx' über die kapitalistische Produktionsweise einzugehen. Ihre Reihenfolge habe ich bereits angegeben, wie folgt:

1. Die Mehrwertstheorie.
2. Konzentrations- und Akkumulationstheorie.
3. Krisen- und Zusammenbruchstheorie.
4. Ausbeutungs- und Verelendungstheorie.

Diese Reihenfolge wurde gewählt in Anlehnung an die Disposition von Marx' Kapital, das im 1. Bande hauptsächlich den Produktionsprozeß behandelt, im 2. Bande den Umlauf des Kapitals, im 3. die Verteilung des Kapitals.

Für den Kern des Geheimnisses der kapitalistischen Produktionsweise hat Marx den Mehrwert erklärt. Er geht hervor aus dem Geldaustausch zum Zwecke der Kapitalsbildung. Marx wendet die Formel an:

$G - W - G_1$, wobei $G_1 > G$[1]) oder $G_1 = G + \delta G$. Daher die Formel lautet:

$$G - W - (G + \delta G).$$

δG ist ein Zuwachs oder Inkrement, von Marx als Mehrwert (surplus) bezeichnet.

Der Träger dieser Bewegung wird zum Kapitalisten. Da bei dem Vorgang

$$G - W - (G + \delta G)$$

eine Wertveränderung nicht vorliegt, so ist hier ein Problem vorhanden, dessen Lösung heißt:

Kauf und Verkauf von Arbeitskraft.

Um aus dem Verbrauch einer Ware Wert zu ziehen, mußte die Ware selbst wieder Wertquelle sein. „Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Ware vor — das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft."

Nun soll der Marsch in die Produktionsstätte angetreten werden. „Das Geheimnis der Plusmacherei muß sich endlich enthüllen."

Der 3. Abschnitt des 1. Bandes behandelt die

Produktion des absoluten Mehrwerts.

Marx sagt ungefähr: Arbeit ist Anwendung der Arbeitskraft, ein Prozeß zwischen Mensch und Natur zunächst. Rohmaterial ist Arbeitsgegenstand. Der Mensch bedient sich der Arbeitsmittel, die ein Zeiger der Kultur sind, geliefert von der Erde. Als Arbeitsfeld dienen Gebäude, Kanäle, Straßen. Die Produktionsmittel setzen sich aus den Arbeitsmitteln und dem Arbeitsgegenstand zusammen.

Der Kapitalist verbraucht gekaufte Ware = Arbeitskraft. Und nun zeigen sich zwei Erscheinungen: setzen wir den Kapitalsaufwand des Kapitalisten = C; dieses besteht aus

c = Geldsumme für Produktionsmittel
v = „ „ „ Arbeitskraft,
also $C = c + v$.

Der Wert der Ware am Ende des Produktionsprozesses stellt ein Kapital dar = C_1 und zwar

$C_1 = c + v + m$, wobei m = Mehrwert ist
und $C_1 - C = m$.

Marx setzt nun m in ein Verhältnis zu v und nennt $\frac{m}{v}$ die Rate des Mehrwerts (rate of profits, rate of interest).

Mehrwert entsteht durch Arbeitskraft oder das vorhandene Kapital verwertet sich durch die hinzugetretene Arbeitskraft; hiebei ist $m = \delta v$ oder Inkrement von v; daher

$$C_1 = c + v + \delta v.$$

Die für den Arbeiter notwendige Arbeitszeit zum Lebensunterhalt ist die notwendige Arbeitszeit. Die für den Kapitalisten verbrauchte Arbeitszeit zur Erzielung des Mehrwerts ist surplus labor. Mehrwert ist „ge-

[1]) G = Geld. W = Ware.

ronnene surplus-Arbeit." Die gesellschaftliche Form dieser abgepreßten Arbeit ist die Lohnarbeit, die antike war die Sklaverei. Daher die Profitrate

$$\frac{m}{v} = \frac{\text{Mehrarbeit}}{\text{notwendige Arbeitszeit.}}$$

„Die Rate des Mehrwerts ist daher der exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad der Arbeitskraft durch das Kapital oder des Arbeiters durch den Kapitalisten." Wird $m = v$ gesetzt, d. h. die Mehrarbeit gleich der für den Arbeiter notwendigen Arbeit, so ist $\frac{m}{v} = 100\,\%$ oder es zeigt sich, daß der Arbeiter $1/2$ Tag für sich, $1/2$ Tag für den Kapitalisten arbeitet. Die Summe der notwendigen Arbeit und der Mehrarbeit gibt die absolute Arbeitsgröße oder den Arbeitstag. Er ist eine variable Größe. Der Kapitalist sucht den Arbeitstag auszudehnen; der Arbeiter ihn zu verringern. Der Arbeiter hat das Verlangen nach dem Normalarbeitstag. Kapitalist und Arbeiter suchen ihr Recht zu behaupten, entscheiden kann nur die Gewalt. Dieser Kampf zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse ist der Klassenkampf.

Marx unterscheidet vom absoluten auch einen relativen Mehrwert. Gegen die Verlängerung des Arbeitstages hat sich die Fabrikgesetzgebung in England und Frankreich ins Mittel gelegt. Auf diese Weise wäre also eine Steigerung des Mehrwertes nicht möglich. Wenn nun die für den Kapitalisten verbrachte Arbeitszeit gesteigert werden soll bei gleichbleibender Länge des Arbeitstages, so muß die für den Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt notwendige Arbeitszeit vermindert werden. Diese Verminderung stellt den relativen Mehrwert dar. Marx sagt: „Durch Verlängerung des Arbeitstags produzierten Mehrwert nenne ich absoluten Mehrwert; den Mehrwert dagegen, der aus Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit und entsprechender Veränderung im Größenverhältnis der beiden Bestandteile des Arbeitstages entspringt — relativen Mehrwert." Damit dies möglich sei, muß entweder eine Wertverringerung der Arbeitskraft oder eine Erhöhung der Produktionskraft eintreten. „Es ist daher der immanente Trieb und die beständige Tendenz des Kapitals, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern, um die Ware und durch die Verwohlfeilerung der Ware den Arbeiter selbst zu verwohlfeilern."

Der Arbeiter würde sagen: Mehrwert ist der durch den Arbeiter über die zu seinem Lebensunterhalt notwendige Arbeitszeit geschaffene Betrag an Arbeitsprodukten, der in die Tasche des Kapitalisten fließt. Der Unternehmer: Mehrwert ist ein Preisaufschlag auf die Arbeitsprodukte, der zur Erhaltung und Förderung des Unternehmens notwendig ist.

Im einen Falle handelt es sich um „einen Betrag, der in die Tasche des Kapitalisten" fließt, im anderen um die Erhaltung und Förderung des Unternehmens. Beide Behauptungen sind für sich allein unrichtig und einseitig. Unternehmer, Arbeiter und Unternehmen bilden ein organisches Ganzes, wobei die Interessen aller Teile gewahrt werden müssen. Was ist aber „Mehrwert" überhaupt? „Mehrwert" ist eine Fiktion. Eine Fiktion aber wird nicht vom bezahlten Lohnarbeiter geschaffen, er schafft Produkte, keine Fiktionen. Finden die Produkte am Markte Absatz zu einem Preise, der das Bestehen des Unternehmens sichert, so entsteht Mehrwert. Das Bestehen des Unternehmens ist dann gesichert, wenn der Preis der verkauften Ware so hoch ist, daß die Gestehungskosten und ein gewisser Betrag gesichert sind, der sich aus persönlichem Gewinn und Neu-Investition zusammensetzt. Es ist daher unlogisch, den Mehr-

wert begrifflich feststellen zu wollen, ohne den Markt und die Marktverhältnisse untersucht zu haben, aus denen der Mehrwert erst entspringt. Erhöhung des Absatzes sichert den Mehrwert, Verminderung des Absatzes gefährdet oder vernichtet ihn, ebenso wie durch Wettbewerb gesenkte Preise, die den Unternehmer oft zwingen, unter den Gestehungskosten seine Ware loszuschlagen, so daß nicht Mehr-, sondern Minderwert entsteht. Hat etwa der Arbeiter auch diesen Minderwert geschaffen? Dies fiele niemandem ein, zu behaupten. So stellt die Mehrwertsfrage nur zum geringen Teil eine soziale, sondern in der Hauptsache eine aus den Marktverhältnissen wirtschaftspsychologische Frage dar.

Die Wirtschaftspsychologie aber ist Marx eine vollkommen fremde Sache. Seine ganze Mehrwerttheorie beruht auf einer Reihe von Trugschlüssen, da Werte, natürlich auch Mehrwerte, nicht auf materiellem Wege durch Produktion geschaffen werden, sondern auf psychologischem. Für Psychologie aber ist im Marxismus kein Platz. Mit der Mehrwertstheorie ist das Geheimnis der Produktion nicht enthüllt, und damit ist dem Gebäude des Marxismus der wichtigste Grundstein entzogen.

2. Die Konzentrations- und Akkumulationstheorie: Marx stellt die Behauptung auf, daß die Kleinbetriebe von den Großbetrieben aufgesogen werden, und daß die Zukunft das Ende aller Kleinbetriebe bedeute. Die technischen Fortschritte und das Machtgebot des Kapitals brächten es mit sich, daß im Wettbewerbskampf der Stärkere über den Schwächeren siege. Folge davon sei, daß das Kapital sich fortschreitend in immer wenigeren Händen sammle; dies würde solange fortgesetzt, bis die Stunde schlage für die „Expropriation der Expropriateure". Schon der Revisionismus hat auf das Unrichtige dieser Behauptungen hingewiesen. Die Statistik weist nach, daß z. B. in der Landwirtschaft die kleineren und mittleren Betriebe im Zunehmen seien, weil der Klein- und Mittelbetrieb eine bessere Bodenverwertung gewährleistet. Die Kapitalskonzentration in den Händen weniger ist durch die moderne Wirtschaftsentwicklung infolge der zahlreichen Aktiengesellschaften geradezu behindert. Freilich hat die Wirtschaftsentwicklung der letzten Zeit nach dem Kriege eine starke Kapitalszusammenziehung gezeigt durch die zahlreichen Fusionen, Ringbildungen und die Aktientransaktionen in die Hände weniger Wirtschaftsmagnaten, doch das sind Krisenerscheinungen, die dem normalen Wirtschaftsleben fremd sind. Die Kapitalskonzentrationen sind eben mit der Zeit und den Umständen verschieden. Der Währungsverfall begünstigt in hohem Grade die Konzentrationserscheinungen, daher haben auch die Wirtschaftsmagnaten ein Interesse am Währungsverfall, und der Staat arbeitete ihnen durch den hemmungslosen Notendruck in die Hände.

3. Die Krisen- und Zusammenbruchstheorie. Sie ist auch nur bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Marx hat die Notwendigkeit der Krise im wesentlichen mit einem in gewissen Zeiträumen folgenden Überangebot an Waren begründet. Er nahm Zwischenräume von zehn zu zehn Jahren an. Die eintretende Absatzlosigkeit zwänge zur Schließung der Betriebe und zu den Arbeiterentlassungen; sie haben dann jene industriellen Reservearmeen zur Folge, die den Unternehmern wieder billigere Arbeitskräfte schaffen. Die moderne Wirtschaftsentwicklung hat aber durch ihre Kartellierungen die Überproduktion stark verhindert und dadurch die Marktverhältnisse etwas beherrschen gelernt. Dadurch wurden die Krisen stark gemildert in ihren Auswirkungen. Vollkommen werden sie wohl niemals verhütet werden können. Die Natur der

Krise ist von Marx nicht erschöpfend behandelt worden. Die jetzige Weltwirtschaftskrise hat verschiedene Gründe, die Marx nicht vorhersah und auch nicht vorhersehen konnte. Freilich beruht sie, grob umrissen, in einem Zurückbleiben von Angebot und Nachfrage. Die unmittelbaren Gründe aber sind im wesentlichen[1]) die Vermehrung und räumliche Verschiebung der gewerblichen Produktivkräfte. Die starke Vermehrung der Eisen- und Stahlerzeugung durch den Krieg, die Veränderungen in der Schiffstonnage, der ungeheure Aufschwung Amerikas und Japans, die territorialen Verschiebungen durch die Friedensschlüsse, dies alles mußte tiefe Erschütterungen der europäischen Wirtschaft hervorrufen, die vielleicht in Jahrzehnten nicht überwunden werden können. Die Verminderung agrarischer Produktivkräfte, besonders die starken Ernteausfälle in Europa; die verminderte Rationalisierung im technischen Produktionsprozesse: die Verminderung der Arbeitszeit, die großen Beamtenheere, die Zunahme des „Handels", — alles wirkt mit, auch die Verminderung der Konsumkaufkraft. Im März 1922 gab es in Europa 12 Millionen Arbeitslose. Die Mietengesetze hemmten die Bautätigkeit, Steuern und Staatsschulden haben ebenfalls tiefe Wirkungen auf die Wirtschaft ausgeübt. Dazu kam der Währungsverfall. Die Erzeugung von Kriegsmaterial war gleichbedeutend mit Geldschöpfung und Entwertung vorhandener Bestände des Volksvermögens.

Schließlich die imperialistische Wirtschaftspolitik der Siegermächte und deren allgemeine politischen Bestrebungen zur Vernichtung der Unterlegenen!

Dies alles sind Gründe einer Riesenkrise, die Marx nicht vorausahnte, weil er die Einflußnahme der Staaten auf die Wirtschaft zu weit unterschätzte.

4. Die Ausbeutungs- und Verelendungstheorie wurde bereits vom Revisionismus energisch zurückgewiesen. Die großen Wohltaten der sozialpolitischen Gesetzgebung gerade im Deutschen Reiche haben die Arbeiterschaft hoch emporgeführt, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Die Nachkriegszeit hat zwischen der Arbeiterschaft und den großen Wirtschaftsmächten, vor allem dem Handel, den Mittelstand zerrieben. Aber die Blüte der Arbeiterschaft ist nur ein durch eine falsche Sozialpolitik erzeugter Schein, wofür die Arbeiterschaft heute schon schwer büßt. Marx hat die Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung vollkommen verkannt, ja sogar abgelehnt, um die Arbeiterschaft in Kampfstimmung zu erhalten, sie weiter verelenden zu lassen, bis der kapitalistische Wirtschaftsprozeß sich selbst erledigt hätte und die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse eintrete. Diese „ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse" ist freilich ein recht unüberlegtes Schlagwort. Der Vorgang müßte zunächst ein negativer sein, indem die Arbeiterschaft sich zunächst von der Intelligenz „befreit". Diese Wahnsinnstat wurde in Rußland begangen. Und die Folgen? Ein Abblasen auf allen Linien, eine Rückkehr zum kapitalistischen Wirtschaftssystem, roter Zarismus, unter dem die Arbeiterschaft viel mehr verelendet als früher. Fortschreitende Bildung, Vermittlung des Staates zwischen Arbeitern und Unternehmern und Vervollkommnung des technischen Produktionsprozesses werden Arbeiterelend wie einst in England vollkommen verschwinden machen, um so mehr nach dem Kriege in einer Zeit, da die materielle Produktion viel wichtiger ist als alle Bedürfnisse geistiger Kultur. Freilich muß die Arbeiterschaft erst auf die richtige Einsicht von dem innigen Zusammenhang der Staatswirtschaft mit der Volkswirtschaft ge-

[1]) Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 18.

bracht werden. Die ungeheure Passivität der Handelsbilanz stellt eine Summe von Arbeitsstunden dar, die hereingebracht werden müssen, sollen Staat und Volk nicht ganz verelenden. Das heutige Elend ist natürlich eine Teilerscheinung der Weltwirtschaftskrise und hat mit der marxistischen Verelendungstheorie nichts zu tun. Sie kann als abgetan gelten — —

Man muß sich wundern, daß dieser wissenschaftlich erledigte „wissenschaftliche" Sozialismus noch so viele Anhänger zählt, um so mehr als er sich bei seinen Versuchen, seinen Ideen Wirklichkeit zu verleihen, die furchtbarsten Niederlagen holte. Die Gründe können nicht mehr aus wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern nur aus den inner- und außenpolitischen Zuständen geholt werden. Starke politische Parteien können nicht leicht zur Selbstaufgabe ihrer Stellung gebracht werden. Führerehrgeiz und alte politische Gegensätze können nicht so leicht ausgerottet werden. Das Zusammenspiel internationaler Kräfte ist zu stark und innig, als daß diese Fäden so leicht zerrissen werden könnten. Der verlorene Krieg kehrte das Unterste nach oben und ließ Hoffnungen erstehen, die sich aber nie erfüllen werden. *Das feindliche Ausland hat ein Interesse an der Stärke der Linksparteien im Deutschen Reiche, denn sie waren und sind die stärksten Gegner des Bismarckreiches.* Solange die sozialistischen Parteien in Deutschland stark sind, blüht der Weizen der Feinde in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Der deutsche Sozialismus aber sieht nicht ein, daß er die Arbeiterschaft, solange er Trümmer schafft im eigenen Volke, an den Rand des Verderbens bringt. Die zum großen Teile jüdischen Führer der deutschen Arbeiterschaft verfolgen ganz andere Ziele als sie vorgeben. Sie sind die Sendlinge anderer Mächte. Was weiß der einfache, biedere Arbeiter vom wissenschaftlichen Sozialismus? Es genügt, daß ihn der Parteiterror der Organisation erhalte, daß er seine Beiträge zahle und für den Ehrgeiz seiner Führer sich opfere. Aber es ist die Strafe des deutschen Volkes, politisch das kurzsichtigste der Erde zu sein. Rings um uns flammt der nationale Gedanke auf und die nationale Selbstverteidigung, und wir schwärmen von Weltfrieden, Völkerfrieden, Abrüstung, Internationale, Sozialismus und Weltgerechtigkeit und dulden die Predigten solcher meist fremdrassigen „Schwärmer" unter uns! Die politische Kurzsichtigkeit ist so groß, daß wir froh sein müssen, wenn sich nicht ein 1806 wiederholt. Dies alles sind Gründe dafür, daß der internationale Sozialismus noch so stark ist in Deutschland. Die Sozialdemokratie predigt Weltfrieden, aber Klassenkampf! Ist das nicht blutiger Hohn? Der Feind steht an Rhein und Ruhr, er lauert an allen Grenzen, um von dem blutigen Leichnam sich noch einige Fetzen zu sichern. Aber der Marxismus besteht immer noch. Hat ein solches Volk überhaupt noch staatsbildende Kraft in sich? Fast möchte man zweifeln daran. Eine fremdvölkische Irrlehre, wissenschaftlich längst als falsch erwiesen aus den Reihen der Sozialisten selbst heraus, eine jüdisch-sophistische Massenverführung ohne gleichen, sie vermag immer noch Hunderttausende in ihren Bann zu zwingen. *Liegt da nicht viele Schuld an den Nichtmarxisten?* Noch immer sind die gesellschaftlichen Vorurteile nicht ausgerottet, bildet der Kastengeist eine dicke Scheidewand, es fehlt an Bekennermut und Energie der Tat, es fehlt an politischen und wirtschaftlichen Aufklärern für die Arbeiter.

Deutscher Arbeiter!

Deines Volkes Schicksal ist dein eigenes Schicksal! Wenn dein Volk sich nicht wieder den Platz an der Sonne erkämpft, dann ist auch dein Untergang

besiegelt. Dann gilt deine Arbeit, dein Schaffen nicht dem eigenen Volksganzen, sondern den Feinden des deutschen Volkes. Die internationale Gemeinschaft aller Arbeitenden der ganzen Welt hat dich im Stiche gelassen und überläßt dich der Not und dem Elend. Nicht internationaler Sozialismus sei dein Erstes und Letztes, sondern dein Volk! Eine gesunde Wirtschaft ist nur möglich in einem gesunden, einigen Volke. Wie schön sagt doch Adam Müller in der 25. Vorlesung seiner Elemente der Staatskunst:

„Wenn die Idee der Nationalität festgestellt und als das Höchste anerkannt ist, dann erst hat alles übrige ökonomische Bestreben einen menschlichen Sinn."

Volkswirtschaft nicht Weltwirtschaft! muß unser Schlagwort sein. Heute mehr als je.

Karl Marx, der Jude, hat dem deutschen Volke in seiner Kritik des Kapitals nichts Positives geschenkt, das es befähigte zum Aufbau eines nationalen Wirtschaftslebens. Seine zersetzende Kritik bringt nur Negatives. Kalte englische Kaufmannsmoral und jüdische Sophistik hat er dem Denken des Arbeiters aufzuzwingen gesucht. Marx und Lassalle sind Juden gewesen. Höre doch, deutscher Arbeiter, was sie selbst von sich sagen:

So schrieb Engels über Lassalle:

„Er war immer ein Mensch, dem man höllisch aufpassen mußte, als echter Jud von der slawischen Grenze war er immer auf dem Sprunge, unter Parteivorwänden jeden für seinen Privatzweck zu exploitieren."

Und Lassalle schreibt an Marx:

„Vergiß nicht, daß du ein deutscher Revolutionär bist, veranglisiere dich nicht!"

Deutscher Arbeiter, das waren deine Führer, die dich unter Parteivorwänden für ihre Privatzwecke ausbeuteten, die dir fremdvölkisches Denken aufzwingen wollten. Sie haben dich niemals gelehrt, was denn dein eigenes Volk eigentlich sei, und welche Wirtschaftsformen dem Wesen deines Volkes am besten entsprechen. Was für das seefahrende englische Volk sich eignet, ist nicht auch zugleich deinem Volke angemessen. Wirtschaftsformen sind keine Zufälligkeiten, sondern sie sind tief begründet im Rassencharakter, der sich nicht nur in der Geschichte eines Volkes ausprägt, sondern auch in seiner Wirtschaft. Davon wollten die Juden Marx und Lassalle nichts wissen. An der Spitze jeder Volkswirtschaftslehre hat Volks- und Rassenkunde zu stehen. So wie es mit den physischen und geistigen Kräften eines Volkes bestellt ist und mit seinen Eigenschaften des Charakters, Unternehmungsgeist, Erwerbssinn, Tätigkeitslust, Ehrlichkeit und Beharrlichkeit, so sieht seine Wirtschaft aus. Alle Völker in der Geschichte, die verschwunden sind, waren an ihrem Untergange selbst schuld. Wer das Wesen seiner eigenen Rasse und seines eigenen Volkes nicht kennt, der kümmere sich nicht um internationale Gemeinschaften.

Marx hat den schweren Fehler begangen, daß er die überragenden Einflüsse von Rasse, Volk und Staat auf das Wirtschaftsleben verkannte, daß er unter „Kapital" nur das Materielle der Arbeitsbedingungen verstand, nicht aber auch das Geistige. Auch der Geist eines Volkes gehört zu seinem Volksvermögen. Marx hat die Produktion aus dem Volkskörper herausgesprengt und sie als etwas Internationales hinzustellen gesucht. Gleich am Eingang seines Haupt-

werkes steht die große Unsittlichkeit, daß der Arbeiter eine Ware ist, und er spricht ihm, so wie das römische Recht dem Sklaven, das Recht auf die Persönlichkeit ab. Dies muß schwere Erschütterungen in der Seele des Arbeiters auslösen, wenn er sich nicht als Mensch fühlt in seinem Berufe, sondern als Ware, die man möglichst billig zu kaufen sucht. Anstatt mit Berufsstolz hat Marx den Arbeiter mit Arbeitshaß erfüllt, indem er nach einem alten jüdischen Bibelworte die Arbeit als Strafe Gottes ansah. Er hat den Arbeiter herausgerissen aus einem organischen Ganzen, aus Volk und Staat, und ihn hineingezwungen in einen anorganischen, lebenslosen Brei, in die Internationale. Er hat sein Herz leer gemacht, indem er ihm die Ehrfurcht nahm, die Ehrfurcht vor Göttlichem, Heldischem, Vaterländischem, vor Staat und Familie. Er hat ihn führerlos gemacht und ihm dafür den tiefen Haß ins Herz gesenkt gegen seine Blutsgenossen und ihm den Klassenkampf gepredigt, der die Wirtschaft eines Volkes nicht hochbringen, sondern sie nur materialisieren, nur zermürben kann. Was soll der Klassenkampf, wenn äußere Feinde das eigene Volk bedrohen? Ist es nicht tragisches Verhängnis und Selbstmord eines Volkes?

Marx hat die falsche Mehrwertstheorie geschaffen und dem Arbeiter gesagt, daß er vom Unternehmer um den gerechten Anteil an seinem Arbeitsprodukt betrogen werde. Gewiß, es *war* unzweifelhaft der Fall. Aber Marx wollte dem Staate keine Vermittlerrolle zugestehen, dem Staate, der allein Macht und Mittel dazu hat, um in diesem organischen Ganzen der völkischen Arbeitsgemeinde die Verteilung nach Gerechtigkeit zu regeln. Marx predigt eine ganz verschwommene ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse, die die Produktion selbst lenken und die Verteilung selbst besorgen soll. Er vergißt, daß damit nur das Alte wiederkehren kann, daß die Lenker und Verteiler wieder nur Kapitalisten werden können und müssen. Oder ist vielleicht der Betriebsrat nicht schon der Gehilfe des Unternehmers? Das ökonomisch-materielle, anorganische Denken des Karl Marx übersieht vollkommen, daß er es in der Wirtschaft mit Menschen zu tun hat; er denkt nur in Ware und Geld, in Profitrate und Lohnerhöhung, und hat so dem Arbeiter gar nichts gegeben als einen ins Gegenteil gewendeten Manchester-Liberalismus. Von der marxistischen Befreiung der Arbeiterklasse darf sich der Arbeiter niemals eine Lösung der sozialen Frage erwarten. Diese Lösung wird immer nur eine teilweise, nie eine vollkommene sein, weil das Streben des Menschen nie ein Ende hat und ein Ende sieht. *Die Stunde der „Enteignung der Enteigner" hat in Rußland wirklich geschlagen und dieser ganze konsequente Marxismus ist zu Schanden geworden.* Elend und Hunger waren die Ergebnisse. Deutsche Arbeiter, mißtraut den Juden, die Euch Befreiung predigen, und überlasse es deinem Blutsgenossen, dir ein menschenwürdiges Los zu schaffen, Glück und Zufriedenheit! Dies wird aber nie im Rahmen der Wirtschaft allein gefunden werden können, sondern nur innerhalb des Gesamterlebens des Einzelnen und des ganzen Volkes. Du bist ein notwendiges Glied im Schaffen und in der Geschichte *deines* Volkes, nicht innerhalb der Internationale.

Bedenke, daß Du ein Deutscher bist!

Zerstörung der Berufsehre.

Von L. Hobelsberger.

„Ehrt den König, seine Würde,
Ehret uns der Hände Fleiß."

Seht ihr sie prassen, ungeheure Kriegsgewinne einstecken, Vorräte anhäufen, die Kriegsverlängerer — und ihr hungert, darbt, opfert Väter, Gatten, Brüder in nutzlosem Kampf? Der Krieg ist nur dazu da, alles zu militarisieren; es gibt nur mehr Befehl und Gehorsam; man nimmt euch eure Freiheit bis zum letzten Rest; was liegt den Kriegsgewinnlern an dem vielen Blut — je länger das Morden dauert, desto lieber; denn das ist die beste Erntezeit für die Schwerindustrie!"

So und ähnlich lauteten die Gedankengänge, die man dem Arbeiter seit Ende 1915 ins Ohr flüsterte. Und Gott sei's geklagt — Mißstände genug waren vorhanden, die sich nicht scheuten, frech und offen, schamlos ans Tageslicht zu treten. Deshalb wurde von den Marxisten die Parole ausgegeben: „Der Krieg darf nicht gewonnen werden, sonst ersticken wir im Militarismus; sonst gibt es nichts mehr als „Kadavergehorsam", sonst seid ihr im Mutterleib schon Soldaten und sinkt mit der Uniform ins Grab" — und wie die Sprüche alle hießen. Und mehr und mehr, mit der steigenden Not fraß das Gift um sich und ließ die Meintat vom November 1918 reifen. Denn die „Männer des Volkes" verhießen: Friede, Freiheit, Brot, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Wie weit entfernt von Friede, äußerer Freiheit und Brot das deutsche Volk heute steht, haben wir in den mehr als fünf Nachrevolutionsjahren bitter erkennen und einsehen gelernt, auch der Arbeiter; denn die Wahrheit der Warnungen, die er nicht hören wollte, fühlt er nun höchst schmerzlich am eigenen Leib. Jedoch mit der Freiheit im Sinne von persönlicher Zügellosigkeit, mit der Gleichheit, verstanden als öde Gleichmacherei, und mit der Brüderlichkeit, in die Tat umgesetzt etwa so: „und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein", schien er zunächst die „Errungenschaften" der Revolution erreicht zu haben.

Wie sich aber hernach die Dinge tatsächlich gestalteten und auswirkten, das sei im folgenden an einigen, mir durch persönliche Erfahrung aus meiner täglichen Umgebung geläufigen kleinen Ausschnitten gezeigt.

Die Stimmung der Massen für die neuen Erlöser von 1918 war durch die Leidenszeit der Kriegsjahre und durch eine raffiniert und äußerst geschickt betriebene Propaganda glänzend, wie sie nicht besser sein konnte. Jeder erwartete nun von ihnen das Heil, glaubte in ihnen die Retter und Lichtbringer zu erblicken.

Und die Tat schien es zu erweisen. Die ersten Gehälter und Löhne, die die neuen Machthaber den Beamten, Arbeitern usw. aushändigten, veranlaßten z. B. untere Beamte der Eisenbahn und Post dazu, daß sie mit rückhaltloser Offenheit erklärten: „Niemand anders als die Roten meinen es gut mit uns; die haben endlich auch ein Herz für den Kleinen, sie sind unsere wahren Freunde!" Selbst damals ausscheidende Offiziere des alten Heeres wurden im Augenblick mit so hohen Summen bedacht, daß sie sich die ihnen unfaßliche Freigebigkeit nur als Versuch einer Beeinflussung ihrer Gesinnung zugunsten

der Republik erklären konnten. Der Arbeiter selbst sah sein Paradies gekommen, er fühlte sich dem Lande der Verheißung nahe.

Dennoch aber erschien den Denkenden und Überlegteren das viele Geld auch damals schon nicht restlos erfreulich; gebrauchen konnten sie's wohl; aber mehr als einmal sah ich den einen oder andern bedenklich den Kopf wiegen und sagen: „Soviel Geld!" Die ehrliche innere Stimme rührte sich; sie erfüllte ihn mit Zweifeln, ob er sich durch seine ehrliche Arbeit auch wirklich das rechtmäßig erworben habe, oder ob dahinter keine Absicht lauere, kein Seelenkauf stecke. Instinktgemäß fühlte damals schon der naive, aber ehrliche deutsche Arbeiter in einem größeren Umfang als man annehmen möchte, daß etwas nicht ganz sauber sein könne. Er wollte nur sein Recht und Gerechtigkeit, Verteilung der schweren Lasten und Bürden der Not auf alle Stände in gleichem Maße, ein menschenwürdiges Auskommen — aber mit dem Unrat wollte er nichts zu schaffen haben, mit der Liederlichkeit erst recht nicht.

„Gleichheit" — so schallte es durch alle Betriebe und Werkstätten. Achtstündige Arbeitszeit und Stundenlohn für alle wurden durchgeführt. Das war doch menschenfreundlich! Und unter diesem Gesichtswinkel entstanden die Arbeitertarifverträge, die fast keinen Unterschied kannten zwischen dem gelernten und ungelernten, zwischen dem erfahrenen und unerfahrenen, dem jungen und alten Arbeiter. Fort mit der Ungerechtigkeit des Akkordlohnes, fort mit der höheren Einschätzung des Qualitätsarbeiters, fort mit den Prämien für Einsparung an wertvollem Material, wie Kohle, Öl u. dergl., fort mit den Sonderzulagen der auf Grund ihrer Eignung an besonders verantwortungsvoller Stelle verwendeten Arbeiter und Beamten! Diese Dinge vertragen sich nicht mit der Gleichheit und Brüderlichkeit im marxistischen Staate! Aber nun begann es zu dämmern! Derjenige Genosse, der schon längst Schlimmes befürchtete, äußerte seine Meinung erst schüchtern in gleichgesinnten Kreisen seiner Kollegen. Besonders die älteren, abgeklärteren Elemente sahen bald deutlich den Schaden solcher Art Gleichheit des insbesondere auf ihre Rechnung betriebenen Sozialismus ein. Die Tarife gelernter und ungelernter Arbeiter standen in einem schreienden Mißverhältnis zur Leistung und Erfahrung und zum Alter. Vollständig Ungelernte, die um ein bis zwei Jahre älter waren, beispielsweise im Bahnunterhaltungsdienst, verdienten bei ihrem Eintritt mehr als Leute, die bereits zwei Jahre angelernt waren (denn in gewissem Sinne ist auch der Ungelernte nicht ohne eine gewisse Ausbildung zu gebrauchen und deshalb „gelernt") und allgemein als verwendungsfähig bezeichnet werden konnten, weil sie zwei Dienstjahre mehr, aber vielleicht einige Lebensjahre weniger zählten! Andererseits wieder hörte vielfach vom 25. Lebensjahre ab jede Staffelung der Tarife auf, so daß der 40—50jährige seinem 25jährigen Arbeitskollegen vollständig gleichgestellt war. So kam es weiters, daß der seine acht Stunden mit altem Pflichtgefühl — aus einer anderen Zeit herübergerettet —, und aus innerem Anstand schuftende Arbeiter keinen Pfennig mehr Verdienst heimtrug als derjenige, der seine Tätigkeit mehr oder minder acht Stunden lang lediglich in seiner persönlichen Anwesenheit am Arbeitsplatz erblickte, die er mit den Händen in der Hosentasche erledigte. Ja, der ehrlich Arbeitende konnte die Arbeit seines faulen Genossen mitbewältigen und obendrein noch Spott und Hohn ernten, daß er so dumm sei zu arbeiten, wo man doch mit dem Privatisieren genau so weit komme.

Einige andere Beispiele aus dem Bereich der Reichsbahn! Bis ein Anwärter die Stellung eines Lokomotivführers oder Werkmeisters erreichte, hatte er erst nach einer Mindestarbeitszeit von fünf bis sechs Jahren, die er als Schlosser oder Schmied in einer Staatswerkstätte zubrachte, nach einer nicht zu knapp bemessenen Anzahl von Fachprüfungen und oft mehr als ein Jahrzehnt währender praktischer Betätigung als Schlosserheizer, bzw. Wagenwärtergehilfe, Wagenwärter und Wagenmeister, wiederholter ärztlicher Untersuchung auf körperliche Tauglichkeit seine Eignung für einen derart verantwortungsvollen Dienst restlos nachzuweisen. Hatte er sich dann die dementsprechende Eignung erworben, so ward er für diesen Posten würdig befunden, und das kam auch in seiner Einreihung in der Besoldungsgruppe zum Ausdruck. Ganz anders nach der Revolution! Aus dem reinen Taglohnpersonal hervorgegangene Leute *ohne jede handwerkliche Vorbildung* sitzen heute als Sekretäre oder dergl. in Gruppe 6, ja sogar 7, sind also genau so weit, stellenweise sogar weiter als der in Gruppe 6 eingereihte Werkmeister und Lokomotivführer. Konnte der für seine verantwortungsvolle Tätigkeit auf den schweren Schnellzugslokomotiven bewährte Beamte früher noch Oberlokomotivführer werden und damit eine höhere Gehaltsstufe erreichen, so sitzen heute Anfänger und ehemalige Oberlokomotivführer, ja sogar zu Lokomotivführern gemachte Heizer ohne jede handwerkliche Vorbildung in der gleichen Besoldungsgruppe!

Weiter: Wagenmeister im Ortsdienst konnten früher, nach einer Werkstättedienstzeit, nach jahrzehntelangem Umherschlagen Tag und Nacht bei jeder Witterung auf Güterzügen nur die bestqualifiziertesten Wagenwärter werden, die zuerst zu Bremsern, sodann zu Wagenwärtergehilfen und, sofern sie fachkundig waren, eben zu Wagenwärtern befördert wurden. Heute hat der nichtqualifizierte Wagenwärter, ja der, der sogar seinerzeit ausdrücklich persönlich auf diesen Posten Verzicht leistete, als „Wagenmeister im Fahrdienst" die gleiche Einstufung erhalten, obwohl er für die Funktion eines Wagenmeisters im Ortsdienst, dem die Untersuchung für die Lauffähigkeit der Züge obliegt und auf dem demgemäß eine ziemliche Verantwortung für ev. eintretende Unfälle lastet, für nicht befähigt gehalten wird!

Das sind nur einige kleine Beispiele aus der Praxis über sozialistische Wirtschafts- und Arbeiterpolitik. Das haben sich sozialistische Gewerkschaften geleistet, die vorgaben, die Interessen aller ihrer Anhänger gleichermaßen zu vertreten. Sie haben die Gleichheit gründlich durchgeführt, Arbeitsfreudigkeit und Pflichtgefühl gründlich untergraben, und den strebsamen, fleißigen und ehrlichen Elementen, die von ihr eine wirtschaftliche Besserstellung auf Grund des Existenzminimums und der Leistung erwarteten, die Augen gründlich geöffnet, wohin die Reise geht. So mancher sieht seine wohlerworbenen Rechte mehr preisgegeben als je, fühlt sich belogen und betrogen und des letzten Restes von Vertrauen zu irgendwelcher Richtung, die seine berechtigten Interessen im Rahmen des großen Ganzen vertreten könnte, beraubt. Was gilt ihm Internationale, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit — er hat nur ein bitteres Hohnlachen dafür übrig! Er ist ohne Führung — *er fühlt sich um sein Ansehen, seine Ehre bestohlen*, den Seelenkäufern ausgeliefert. Spielt gleich die finanzielle Zurücksetzung bei diesen Schichten infolge der nivellierenden Gleichheitspolitik der Marxisten eine Hauptrolle, so ist kein minderer Faktor ihrer Unzufriedenheit der damit verbundene Verlust ihrer persönlichen Berufs-

ehre. Der Tüchtige, der mehr und bessere Arbeit Leistende, der auf verantwortungsvollerem Posten Stehende — sie alle sind um ihre wohlerworbenen, mühevoll errungenen Rechte gebracht; ihre Autorität, die notwendig ist, ist dahingeschwunden durch die gänzliche Nichtachtung des Leistungsprinzips. Bezieht doch ein Taglöhner, der mit reicher Familie gesegnet ist, infolge der Kinderzulagen oft weit mehr, das Doppelte, ja sogar Dreifache als er, der vielleicht nur ein bis zwei Kinder hat, kinderlos oder ledig ist!

Wie kann er dem Untergebenen gegenüber als Vorgesetzter mit Autorität begegnen, dieser die nötige Achtung ihm entgegenbringen, wenn er mit ihm in der gleichen Besoldungsgruppe rangiert! Wie soll sein besseres Können, seine höhere Verantwortung, seine reichere Erfahrung in Erscheinung treten, wenn nicht in der Höherbewertung der besseren gegenüber der minderen Leistung? Der Gute wird verärgert, verdrossen, verliert seine Arbeitsfreude, sein Interesse am Gedeihen des Betriebs, am Staat; denn Mehrarbeit, erhöhte Leistung sind doch nur alles nutzlose Dinge, da sie keinerlei Ansehen und Anerkennung mehr genießen. Und der Nachwuchs verlernt Streben, Leistung und die Begriffe Berufs- und Standesehre, weil die Mehrheit ja doch entscheidet, weil alles in jedem Sinne gleich ist, und trachtet nur danach, recht gesinnungstüchtig zu werden, *denn damit erreicht er mehr als durch ehrliche Arbeit*. Zu wessen Schaden? Volk und Staat haben die schaudervollen Folgen in Form von Produktionsrückgang, der Konkurrenzunfähigkeit mit dem Ausland, der Korruption und politischen Haltlosigkeit der Arbeiter und Beamten zu büßen. Und der Nutzen? Mit Augurenlächeln sehen die marxistischen und jüdischen Drahtzieher die Frucht der bolschewistischen Zerstörung reifen. Aus einem fleißigen Volk, das das Ausland fürchtete, wurden wir ein liederliches, — das man verachtet.

Völkische, nationale, deutsche Männer — niemals bietet sich wieder diese Gelegenheit, die Arbeiterschaft, die weder von der Reaktion noch von dem Sozialismus ein Heil mehr erwartet, den deutschen Arbeiter und Beamten für die völkische und nationale Volksgemeinschaft zu gewinnen. Schon sind wieder dunkle Mächte am Werk, die ihn in ihr Ausbeutungsjoch zwingen wollen. Sie glauben ihre Zeit für gekommen. Vereitelt das Werk dieser unnationalen Mächte, die mit ihrer materialistischen Schmutzgesinnung nur die Sklavenketten freien deutschen Männern schmieden wollen! Gebt dem Arbeiter, was des Arbeiters ist; was ihm wie jedem ehrlichen Deutschen im völkisch-nationalen Staat gebührt: Ein menschenwürdiges, vor Hunger und Nahrungssorgen freies, an freudiger Arbeit reiches, das Streben und Vorwärtskommen ermöglichendes Dasein! Seht nicht herablassend auf ihn herab, entfremdet ihm euch nicht, sondern fühlt mit ihm, lebt euch in seine Welt ein, und ihr werdet ihn *aus der Klassenkampfstellung zur Volksgemeinschaft* führen — zum Segen aller Deutschen!

Die Arbeitslosenfrage.

Von Dr. Erich Schmidt.

Fichte erhebt in seinen „Grundlagen des Naturrechtes" die For derung: „Jeder muß von seiner Arbeit leben können." Fichte der große Denker und Dichter der deutschen Nation, stellt also den Grundsa auf, daß jeder, der arbeiten will, auch Arbeit finden müsse. In der Tat i diese Anschauung Fichtes vom ethischen Standpunkte aus die einzig mög liche. In der Tat läßt sich moralisch nichts Schlimmeres denken als die A beitslosigkeit, als die unfreiwillige Verurteilung zum Nichtstun, unter der d Arbeitslose mit seiner Familie leiden muß, ja zugrunde gehen kann.

Wie aber alles in der Welt nicht vollkommen ist, weil wir Menschen selb nur zu viel Unvollkommenheiten an uns haben, so steht es auch mit der Arbeit losenfrage in dem Grundsatz, den Fichte aufgestellt hat. Vom ethischen Gesicht punkte aus dürfte es eine Arbeitslosigkeit überhaupt nicht geben, wie vom eth schen Gesichtspunkte aus das Ziel gesteckt werden muß, jedes Verbrechertu durch eine Vervollkommnung der Menschheit unmöglich zu machen. Jedoc auch der Ethiker wird sich dessen bewußt sein, daß jedes Ziel nicht völli verwirklicht werden kann, daß aber vielleicht gerade deshalb das gesteckte Zi desto mehr in seiner möglichsten Vollendung erstrebt werden muß. Eben steht es auch mit der Arbeitslosenfrage. Wie wir Menschen geduldig zuseh müssen, wenn ein Hagelunwetter die Ernte kurz vor ihrem Einholen vernichte so müssen wir auch uns mit der bedauerlichen Tatsache abfinden, daß alle unse Bemühungen nur Mißstände mildern, aber nie völlig behebe können. Hier gilt das Wort des Philosophen Natorp in seiner ganz Tragweite, daß „jede Vorstellung eines erreichten oder einmal zu erreichend Zieles . . . notwendig zuletzt in die leere Abstraktion eines Seins zurückfüh das nicht gegeben ist, noch gegeben werden könnte, also wie aus der blau Luft des Gedankens hervorgezaubert werden muß" (Philosophie, Ihr Proble und ihre Probleme, Göttingen 1918).

Gerade, weil es also feststeht, daß wir als unvollkommene Me schen auch mit dem sozialen Krebsschaden der Arbeitslosigke niemals fertig zu werden vermögen, haben wir doppelt die Verpflichtun alle Anstrengungen zu machen, um gegenüber der Arbeitslosigkeit das Mensche möglichste zu erreichen.

Die nach der Revolution einsetzende sozialistische Ära glaubte in ihre geradezu naiven Dilettantismus auch das Arbeitslosenproblem mit einer Han bewegung lösen zu können. Die neue Reichsverfassung verkündet i ihrem Artikel 163 das „Recht auf Arbeit", wie es bereits in dem Soziali sierungsgesetz, das die Nationalversammlung von Weimar am 23. Mä 1919 erlassen hatte, niedergelegt war. Der Artikel 163 Absatz 2 heißt, nachde im Art. 163 Abs. 1 eine „sittliche Pflicht" zur Arbeit ausgesprochen wa wörtlich:

> „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaf liche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessen Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seine Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze b stimmt."

Wie die ganze Reichsverfassung, so ist auch dieser Artikel 163. Er gefällt sich darin, in den scheinbar schönsten Idealen herumzuschwelgen, während nachher in Wirklichkeit grauenhaftere Zustände entstanden sind, als sie jemals auch ohne die Artikel der neuen Reichsverfassung waren. Also, jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Wahrhaftig, ein Grundsatz, der sich sehen lassen könnte, wenn nur nicht seine praktische Durchführung so verteufelt anders ausgesehen hätte und gerade heute aussehen würde. Bereits in dem zweiten Satz des Art. 163 Abs. 2 zeigt die verfassungsgebende Nationalversammlung, daß sie an die Verwirklichung ihres Ideals selbst nicht geglaubt hat. Denn nunmehr heißt es, daß der Unterhalt jedes Deutschen sichergestellt wird, wenn ihm angemessene Arbeit trotz des schönen Grundsatzes nicht nachgewiesen werden kann.

In dem oben erwähnten Sozialisierungsgesetz hatte man wenigstens das Wort „angemessen" weggelassen und den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung — denn um etwas anderes handelt es sich hier nicht — nur dann als gegeben ausgesprochen, wenn dem Arbeitslosen keine Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden kann. Die Reichsverfassung will über diese „reaktionäre Härte" des Sozialisierungsgesetzes elegant hinweggleiten und verkündet deshalb den Grundsatz, daß der Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge schon dann eintritt, wenn keine angemessene Arbeit nachgewiesen werden kann. Wir verstehen, man könnte es doch z. B. einem Gewerkschaftssekretär oder gar einem Gewerkschaftsvorsitzenden, der in seiner politischen Laufbahn scheitert, nicht zumuten, nunmehr wieder an den Schraubstock zu gehen oder gar in seinem Ort, wo er große „politische Reden" gehalten hat, die Straßen zu fegen. Zwar, man sagt, Arbeit schändet nicht, aber . . .

In diesem Wort „angemessen" des Artikels 163 der Reichsverfassung liegt der Grund dafür, warum wir nach der Revolution noch bis in die letzte Zeit hinein eine Erwerbslosenfürsorge getrieben haben, die geradezu jeder Beschreibung und vor allem jedes moralischen Grundsatzes spottet. Der Arbeitslose erklärte die ihm nachgewiesene Arbeit einfach nicht für angemessen und erhielt lustig seine Erwerbslosenunterstützung weiter. Auf Kosten der Volksgesamtheit, auf Kosten einer immer tieferen Verschuldung unseres Staates wurde also als „Errungenschaft der Revolution" neben einer gewiß notwendigen Erwerbslosenfürsorge auch die Faulheit bezahlt.

Übrigens ist es bezeichnend, daß man das Wort „angemessen" in Art. 163 der Reichsverfassung auch ohne einen verfassungsändernden Beschluß des Reichstages endlich einfach dergestalt außer Kraft gesetzt hat, daß nach einer Verordnung über Erwerbslosenfürsorge und nach den Richtlinien des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns über Notstandsarbeiten, die kürzlich in Kraft getreten sind, die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr gezahlt wird, wenn der Erwerbslose die ihm angebotene Arbeit, gleichgültig, was es für Arbeit ist, verweigert, und selbst wenn er sich weigert, für die bezogene Erwerbslosenunterstützung eine Gegenleistung in Notstandsarbeiten zu geben.

Im Jahre 1919, da die Papiernotenpresse noch wirkte, befand man sich noch in seliger Gefühlsduselei sozialistischer Hirngespinste. Inzwischen ist über diesen Hirngespinsten außen- und innenpolitischer Art der einstige soziale Reichtum des Deutschen Volkes verloren gegangen und verspielt worden. Jetzt hat die bittere Not die sozialistischen Afterideen zerschlagen und — die deutsche Volksgesamtheit muß die Zeche bezahlen.

Es kann nicht wundernehmen, daß auch gegenüber der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den nachrevolutionären Jahren das denkbar Schlechteste geleistet wurde. Wie der Art. 163 Abs. 2 Satz 1 der Reichsverfassung sich praktisch nicht verwirklichen läßt, so steht es auch um den übrigen Gedankenaufbau, mit dem man glaubte, der Arbeitslosigkeit zu Leibe gehen zu können. Zunächst hoffte man die Arbeitslosigkeit dadurch mildern zu können, daß man die Arbeitgeber durch die Demobilmachungsverordnungen zwang, so und so viele Leute einzustellen und auch den Faulen nicht kündigen zu können. Desgleichen schuf man im Betriebsrätegesetz (§§ 84 ff.) einen Entlassungsschutz, der noch das Beste darstellt, was auf diesem Gebiete nach der Revolution geleistet wurde.

Die weiteren Gedankengänge waren in ihrer Durchführung direkt kindlicher Natur. Man wollte durch „Massensiedlungen" neue Arbeitsgelegenheit und selbständige Existenzen schaffen. Auch dies ein Grundsatz, dem nur zugestimmt werden kann und den auch das „militaristische" Kaiserreich verfolgt hat und sogar weit besser als die nachrevolutionäre Epoche. Der Grundsatz ist also auch hier gut und schön, aber dafür desto schlechter die Art, wie man glaubte, ihn verwirklichen zu können. Man hat durch das Reichssiedlungsgesetz in der Hauptsache bestehende landwirtschaftliche Betriebe zerschlagen (die berüchtigte Bildung der sog. „Landlieferungsverbände"), man hat damit eine Unzahl von Landarbeitern, die teilweise seit Generationen bei ihrem Gutsherrn auf der Scholle saßen, arbeits- und brotlos gemacht, um — nach sozialistischen Ideen „Arbeitsgelegenheiten" zu schaffen. Die alten preußischen Könige betrieben eine Siedlungspolitik, deren Segnungen uns noch heute zugute kommen, da sie unkultiviertes Land urbar machten. Aber, diese Siedlungspolitik der alten preußischen Könige, die durch die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit in der Tat noch heute ein Muster der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, stammt ja aus dem „reaktionärsten Zeitalter" und man konnte doch den Volksvertretern in der Nationalversammlung nicht zumuten, sich ihr Vorbild von der „glücklich erdolchten" Monarchie holen zu müssen.

Wie bisher gezeigt, so ging man auch weiterhin gegen die Arbeitslosigkeit vor. Man stellte schöne und schönste Grundsätze auf, um sie bei ihrer Durchführung in das Gegenteil zu verkehren. Eine Ursache der Arbeitslosigkeit liegt gewiß in der Unauffindbarkeit der Arbeit. Und, das ist noch dazu eine der erschütterndsten Ursachen der Arbeitslosigkeit: Arbeitsgelegenheit auf der einen und Arbeitslose auf der anderen Seite und kein Ausgleich, weil für den Arbeitslosen die Arbeit unauffindbar bleibt!

Auch hier wollte man einsetzen und mußte es tun. Aber wie geschah es in der edlen nachrevolutionären Epoche? Der Sozialismus befiehlt Zentralisation und also „zentralisierte" man. Man stellte den Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes auf, der jede private Stellenvermittlungstätigkeit einfach verbieten wollte und dafür gemäß echt sozialistischer Gedankenwelt den Plan faßte, das gesamte Arbeitsnachweiswesen Deutschlands in öffentlicher Hand zu zentralisieren. Arbeitsnachweisämter, Landesämter für Arbeitsvermittlung und Reichsamt für Arbeitsvermittlung, so sollten die behördlichen Einrichtungen heißen, die auf dem Papier so schön aussahen. Wohlgemerkt, nur auf dem Papier! Denn, in Wirklichkeit muß jeder Sozialpolitiker wissen, daß die Tätigkeit der privaten Arbeitsnachweise weit erfolgreicher ist als die der öffentlichen. Zwar vermögen wohl die öffentlichen Arbeitsnachweise hier und dort größere Vermittlungsziffern aufzuweisen, aber die öffentlichen Arbeitsnach-

weise haben sich gegenüber den privaten stets im Rückstand befunden, wenn es galt, qualifizierte Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Und darauf sollte doch das größte Gewicht gelegt werden, denn gerade vom moralischen Standpunkt aus muß erstrebt werden, dem Arbeitslosen nicht nur irgend eine Gelegenheitsarbeit, sondern eine seiner Qualifikation entsprechende Tätigkeit zu vermitteln.

Das Arbeitsnachweisgesetz ist übrigens eines der wenigen sozialpolitischen Gesetze, bei dessen Verabschiedung die bürgerlichen Parteien nicht geschlafen haben. Dem Gesetzentwurf wurden wenigstens die übelsten sozialistischen Giftzähne einer öffentlichen Zentralisation ausgebrochen. Zwar haben die bürgerlichen Parteien den mit enormen Kosten verbundenen Ausbau und die ebenso teure Unterhaltung eines engmaschigen Netzes öffentlicher Arbeitsnachweise zugelassen — weil man die Arbeitsnachweise für die geplante Arbeitslosenversicherung benötigen zu müssen glaubte —, aber man hat wenigstens mit dem Arbeitsnachweisgesetz nicht die Tätigkeit aller privaten Stellenvermittlungseinrichtungen zerschlagen, und somit das wertvollste Gegengewicht gegen die Unauffindbarkeit der Arbeit aufrecht erhalten.

Mit den letzten Zeilen haben wir bereits den Plan einer Arbeitslosenversicherung gestreift. Dieser Plan ist typisch für die ganze Denkungsweise der „anerkannten" Sozialpolitik gegenüber der Arbeitslosenfrage. Nicht auf eine gute Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird das Schwergewicht gelegt, sondern lediglich darauf, den Arbeitslosen Unterstützung zukommen zu lassen. Gewiß, das ist die bequemste Art, die Arbeitslosenfrage abzutun, aber dafür auch die schlechteste.

Es sei hier nicht viel über den Plan der Arbeitslosenversicherung gesagt. Der Plan ist alt, so alt wie die sozialistische Gedankenwelt. In seiner Durchführung wird er aber an zwei Punkten stets scheitern müssen, und zwar einmal an der Tatsache, daß in vielen Fällen noch nicht einmal ein langwieriges Verfahren wird feststellen können, ob der Versicherte unverschuldet arbeitslos ist oder nicht, und zum zweiten an der Tatsache, daß sich ebenso nicht feststellen läßt, ob der Versicherte, der Erwerbslosenunterstützung aus seiner Versicherung bezieht, auch wirklich alles, was in seinen Kräften steht, tut, um eine neue Arbeitsgelegenheit zu finden. Glaubt man aber, sich über diese Punkte einfach hinwegsetzen zu können, vielleicht durch einige sich theoretisch schön anhörende Bestimmungen, dann wird eine Arbeitslosenversicherung ebenso wie unsere jetzige Erwerbslosenfürsorge neben der notwendigen Unterstützung unverschuldet und ungern Erwerbsloser auch die Faulheit bezahlen. Aus diesem Grunde kommt selbst Herkner, der doch in den Reihen der Sozialdemokratie als ein nicht „vorbelasteter" Wissenschaftler gilt, zu der Auffassung, daß die Schwierigkeiten einer Arbeitslosenversicherung „unüberwindlich" sind (Herkner, Die Arbeiterfrage, Berlin 1897).

Wenn trotzdem von unserer nachrevolutionären Sozialpolitik der Plan einer Arbeitslosenversicherung gefaßt wurde und auch heute noch nicht aufgegeben ist, so beweist das eben nur, daß man im Grunde des Herzens sich selbst unfähig fühlt, wirklich durchgreifende und gute Maßnahmen in der Arbeitslosenfrage zu ergreifen. Die nachfolgenden Auseinandersetzungen werden auch die Ursache angeben, warum dem so ist.

* * *

Fichte hat in seinem zu Eingang zitierten Worte gesagt: „Jeder muß von seiner Arbeit leben können." Fichte hat nicht gesagt „von seiner Erwerbs-

losenunterstützung". Es wäre gut gewesen, wenn die Novembersozialpolitiker sich diesen Satz Fichtes etwas besser hinter die Ohren geschrieben hätten. Denn die Forderung, daß jeder von seiner Arbeit leben können soll, besagt doch, daß gegenüber der Arbeitslosigkeit, von der Ethik in die praktische Sozialpolitik übersetzt, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst und nicht in erster Linie Unterstützungsmaßnahmen für Erwerbslose ergriffen werden müssen.

Damit ist zunächst einmal die Verpflichtung gegeben, nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit zu forschen. Eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird nur Erfolg haben können, wenn ihre Ursachen richtig erkannt sind.

Die gesamte sozialistische Lehre beruht, wenigstens so weit sie für sich den Anspruch der „Wissenschaftlichkeit" erhebt, auf der Behauptung von der „industriellen Reservearmee", eine Behauptung, die bereits in die Theorien des jüdischen Nationalökonomen Ricardo hineinspielte. Diese industrielle Reservearmee soll neben dem Geburtenüberschuß auf dem Zustrom der Landbevölkerung in die Stadt beruhen, der noch nach Kautsky (Die Agrarfrage, Stuttgart 1899) durch die „Expropriation" der selbständigen Kleinbauern hauptsächlich hervorgerufen sein soll. Was den Geburtenüberschuß anbetrifft, so dürften wir ja heute „glücklich" über diese „Gefahr" hinweg sein und, wenn nicht die sozialistische Unterwerfungspolitik gegenüber unseren Feinden das deutsche fast 70 Millionen-Volk auf einem viel zu engen Gebiet zusammengepreßt hätte, dann würden wir heute voraussichtlich schon an einem empfindlichen Menschenmangel leiden. Auch, was die Abwanderung der Landbevölkerung in die Stadt betrifft, so ist diese darauf aufgebaute Theorie der sozialistischen „Weisheit" in ihrer bisherigen Form nicht mehr haltbar.

Daneben kommen als Ursachen der Arbeitslosigkeit die schon gestreifte Unauffindbarkeit der Arbeit, die Tatsache zahlreicher Saisongewerbe und weiterhin eine Änderung der Produktionsrichtung in Frage. Für den letzten Punkt bietet die Entstehung der deutschen Farbstoffindustrie das treffendste Beispiel, was noch dazu für uns Deutsche heute recht angenehm ist. Vor der Farbstoffindustrie wurden nämlich die Farbstoffe aus Pflanzen gewonnen, und vor allem Frankreich hat sich darauf geworfen, diese Pflanzen zu ziehen. Die deutsche Erfindung der chemischen Farbstoffe zerschlug Frankreich diese Einnahmequellen und hat Frankreich wahrscheinlich mehr gekostet als mancher verlorene Krieg.

Wenn also die Arbeitslosigkeit in einer Änderung der Produktionsrichtung, die einen Fortschritt herbeiführt, beruht, dann muß sie in Kauf genommen werden und kann es auch, da der technische und damit wirtschaftliche Fortschritt rasch genug neue Arbeitsgelegenheit schafft.

All die aufgezählten Punkte treffen noch nicht die wichtigste der Ursachen der Arbeitslosigkeit. Diese erfährt man nämlich, wenn man einmal in die Statistik hineinschaut und mit den statistischen Arbeitslosenziffern die Konjunkturschwankungen der einzelnen Jahre vergleicht. Dann findet man, daß die Arbeitslosigkeit aus einer Konjunkturbewegung hervorgeht, weshalb der bürgerliche Ökonom Cassel mit Recht von einer „Konjunkturenarbeitslosigkeit" spricht (Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1918).

In der Tat, die wirtschaftlichen Konjunkturen sind es, von denen die Höhe der Arbeitslosigkeit abhängt. Heute bei unseren geradezu erschreckenden Erwerbslosen- und Kurzarbeiterziffern dürften selbst die Vertreter der sozialistischen Weltauffassung mit der Nase hierauf gestoßen werden.

Weil aber die Arbeitslosigkeit in den Konjunkturschwankungen bedingt ist, deshalb ist auch der Sozialismus denkbar unfähig, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Beispiel Rußlands und die Geschichte unserer nachrevolutionären Jahre haben wahrlich zur Genüge bewiesen, daß auch allein der Versuch praktischer Anwendung sozialistischer Lehren die Wirtschaft erstickt und damit wirtschaftliche Niederbrüche herbeiführt, wie sie ohne die sozialistischen Versuche überhaupt nicht möglich gewesen wären. Darin liegt der Grund für die oben ausgesprochene Behauptung, daß der Sozialismus, so weit er seinen Vertretern wenigstens das Ausmaß des Denkvermögens eines Kindes gelassen hat, sich selbst unfähig fühlen muß, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und deshalb sein ganzes Heil in einer reinen Arbeitslosenunterstützung sucht.

Von dieser Warte aus erkennt man auch mit Erschrecken die Tatsache, daß die Behandlung der Arbeitslosenfrage, wie sie nach der Revolution erfolgt ist, nur zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Denn, unsere gesamte nachrevolutionäre Sozialpolitik lebte nur von dem Falschgeld der Papiernotenpresse. Diese Falschgeldwirtschaft hat aber, verbunden mit einer Außenpolitik sozialistischer Feigheit und sozialistischen Schweifwedelns, die heutige ungeheure Wirtschaftskrise über Deutschland gebracht und damit die enorme Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit heraufbeschworen.

* * *

Wenn jemand glaubte, gegen die Arbeitslosigkeit ein Allheilmittel, ein Zauberkraut finden zu können, so ist er auf völlig abwegigen Bahnen. Was gegen die zuerst genannten Ursachen der Arbeitslosigkeit zu tun ist, ergibt sich für jeden denkenden Menschen von selbst. Am wichtigsten aber ist die Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit lediglich das Spiegelbild der wirtschaftlichen Konjunktur darstellt. Wenn man sich nämlich erst einmal diese eigentlich selbstverständliche Tatsache klargemacht hat, dann wird jeder, der ehrlich den sozialpolitischen Krebsschaden der Arbeitslosigkeit bekämpfen will, zu wirtschaftlicher Vernunft gezwungen.

Wir haben somit gerade gegenüber der Arbeitslosigkeit die Aufgabe, unser Augenmerk auf die Wirtschaftspolitik zu richten. Wir haben weiterhin die Aufgabe, aus der Tatsache der Verflechtung von Politik und Wirtschaft die logische Folgerung einer machtvollen Außenpolitik als Grundlage einer gesunden Innenpolitik zu ziehen. Das sind für die Novemberleute von 1918 bittere, aber heilsame Wahrheiten.

Gerade bei dem Problem der Arbeitslosenfrage wird man doppelt darauf gestoßen, daß eine wirkliche Sozialpolitik, die ihren Namen verdient, unmöglich ist ohne eine wirtschaftliche Fundierung, d. h. ohne die Grundlage der Wirtschaft selbst. Auch hier hat unsere nachrevolutionäre Epoche geradezu ungeheuerlich gesündigt. Man betrachtete die Sozialpolitik als Freiwild für jeden, der sich irgendwie geistreich vorkommen wollte. Hierbei verwechselte man nur zu oft Sozialpolitik und Sozialismus, indem man Maßnahmen als „Sozialpolitik" hinnahm, die auf Kosten der Volksgesamtheit gingen und lediglich einer einzelnen Volksschicht Augenblicksvorteile brachten. Eine wirkliche Sozialpolitik aber steht ständig unter dem Gesichtspunkt des gesamten Volkswohles.

Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik greifen also ineinander. Sozialpolitik wird nur wirksam sein können, wenn einmal die

Wirtschaft die erforderlichen Mittel hierfür als Überschuß herzugeben vermag, und wenn zum anderen die Sozialpolitik selbst derart gestaltet ist, daß sie die Wirtschaft fördert. Wenn aber, wie heute, die reine Sozialpolitik machtlos der wachsenden Arbeitslosigkeit gegenübersteht, dann muß die Wirtschaftspolitik einsetzen und durch die Ergreifung geeigneter Maßnahmen die Wirtschaftskrise zu überwinden trachten. Diese Maßnahmen im einzelnen aufzuzählen, ist absolut nicht notwendig, denn sie beruhen in einer Korrektur des nachrevolutionären Unfuges, der von Gedankenlosen einstmals als „Errungenschaften der Revolution" gepriesen wurde. Zu diesem nachrevolutionären Unfug rechne ich nicht nur all die Kindereien, die der Arbeitnehmerschaft „Vorteile", allerdings nur zu teuer erkaufte „Vorteile" bringen sollten (Achtstundentag, Unmöglichkeit der Entlassung usw.), sondern ebenso die Spielereien im Unternehmerlager, die sich durch eine übertriebene Kartell- und Trustpolitik auf der einen Seite und durch das Mitmachen sozialistischer „Sozialpolitik", durch das Mitmachen der sozialistischen Entlohnungspolitik der Gleichheit, d. h. der sozialen Ungerechtigkeit kennzeichnen.

Wenn mit all diesen Dingen gründlich aufgeräumt wird, dann wird auch die heutige Wirtschaftskrise vielleicht rascher überwunden werden, als wir es jetzt noch zu hoffen vermögen. Die dann sich aber naturnotwendig ergebenden Härten menschenmöglichst zu mildern, das wird die Aufgabe einer tatsächlichen Sozialpolitik sein, die durch die Wirtschaft selbst gestützt ist.

In einer gesunden Wirtschaftspolitik liegt also die menschenmöglichste Lösung der Arbeitslosenfrage. Wer daran vorbeigehen will, der soll sich keinen sozialen Anstrich geben wollen und die Finger von Wirtschafts- und Sozialpolitik gefälligst weglassen.

* * *

Es bedeutete, unvollständig zu sein, sollte hier nicht noch eine Forderung erörtert werden, die in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten schlagwortartig erhoben wurde. Es handelt sich um die Arbeitsdienstpflicht. Selbst von einem Teil der Arbeitnehmerschaft wird diese Forderung getragen, wie die dritte Reichstagung des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände, die am 10. und 11. November in Berlin stattfand, erwiesen hat.

In der Tat muß die Frage der Arbeitsdienstpflicht ernsthaft erörtert werden. In Bulgarien war die Arbeitsdienstpflicht einige Zeit durchgeführt und hat dort auf alle Fälle segensreich gewirkt. Es liegt also ein Beispiel der Praxis vor, das zur Nachahmung nur anspornen kann.

Der Arbeitslosigkeit gegenüber würde die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht eine recht ansehnliche Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Wenn z. B. zwischen dem 19. und 21. Lebensjahr jeder männliche deutsche Staatsbürger auch nur für ein Jahr arbeitsdienstpflichtig ist, dann würde dies die Freimachung zahlreicher Arbeitsplätze für die verheirateten Arbeitnehmer bedeuten. Neben diesem sozialen und wirtschaftlichen Erfolg hat die Arbeitsdienstpflicht ein starkes moralisches Moment für sich, denn, nachdem die Wehrpflicht gefallen ist, würde die Arbeitsdienstpflicht, nach gesunden Grundsätzen aufgebaut und durchgeführt, eine notwendige Erziehungsmaßnahme der deutschen Jugend bedeuten.

Bevor an eine Verwirklichung der Arbeitsdienstpflicht gedacht werden kann, müssen zwei Fragen erörtert werden. Nämlich einmal die Kostenfrage,

die ja bei allen menschlichen Dingen eine Rolle spielt, und zum zweiten die Frage, ob wir das notwendige Führermaterial für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht haben. Was die Kostenfrage anbetrifft, so sei sie heute mit einem kurzen Hinweis darauf abgetan, daß die Kosten der Durchführung einer Arbeitsdienstpflicht, wenn diese nach militärischen Organisationsgrundsätzen erfolgt, nicht erheblicher sein können, als die Kosten, die heute für die Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden müssen. Somit bleibt die Frage, ob wir über das geeignete Vorgesetztenmaterial der Arbeitsdienstpflichtigen verfügen. Ich glaube, daß auch diese Frage bejaht werden kann, wenn man als Organisationsleiter der Arbeitsdienstpflicht nicht unter Gewerkschaftssekretären und sonstigen Elementen, sondern unter dem „reaktionären" Offizier- und Unteroffizierkorps unserer ehemaligen Wehrmacht Umschau hält. Es kann deshalb gesagt werden, daß die Voraussetzungen für eine Durchführung der Arbeitsdienstpflicht gegeben sind.

Will man die Frage erörtern, womit diese Arbeitsdienstpflichtigen beschäftigt werden sollen, so kann auch hier eine Antwort gegeben werden. Wir haben in Ödländern und Mooren Gebiet genug, das der Kultivierung erschlossen werden kann. Man wird vielleicht einwenden, daß die bisherigen Versuche, im Wege der Notstandsarbeiten hier etwas zu leisten, gescheitert sind. Gewiß, das trifft zu! Aber doch gerade deshalb, weil die Notstandsarbeiter nicht unter einer straffen Zucht standen und stehen, weil sie heute kamen und morgen gingen. Daß mit einer zusammengewürfelten Schar zeitweilig Arbeitsloser keine Bäume ausgerissen werden können, steht fest. Und hierin liegt ja gerade die Ursache, weshalb wir nach den bisherigen Methoden niemals den Grundsatz der Unterstützungsgewährung nur gegen Arbeit durchführen können.

Ich komme zum Schluß. Die Betrachtung hat ergeben, daß nicht die Frage der Erwerbslosenunterstützung, sondern die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die primäre bei dem Arbeitslosenproblem angesehen werden muß. Unter diesem Gesichtspunkt hat sich gezeigt, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie durch eine gesunde Wirtschaftspolitik bekämpft werden muß. Weiterhin hat sich ergeben, daß durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht eine außerordentliche Entlastung des Arbeitsmarktes neben einem wertvollen sittlichen Erziehungsinstrument der deutschen Jugend gewonnen werden kann. Hiermit sind die Wege vorgezeichnet, die gegenüber der Arbeitslosigkeit beschritten werden müssen. Aber es muß hervorgehoben werden, daß es für die Praxis neben der voraussetzlichen theoretischen Erkenntnis auf den Geist ankommt, der die Menschen beseelt, die die Aufgabe haben, die theoretische Erkenntnis in die Praxis umzusetzen. Jede, auch noch so wohlgemeinte und theoretisch noch so richtige Maßnahme kann sich in das Gegenteil verkehren, wenn die, denen es zufällt, die Maßnahme durchzuführen, nicht von dem Geist beseelt sind, der in ihrer Erkenntnis ruht. Ob wir aber für diesen entscheidenden Gesichtspunkt gegenüber der Arbeitslosenfrage unter den heutigen Verhältnissen keine Bedenken und Zweifel haben müssen, das ist es, was als die schwerste und ausschlaggebende Frage zum Schluß unserer Erörterung übrig bleibt.

Kapital und Arbeit.

Von K. Franke.

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit oder besser gesagt, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in letzter Zeit immer mehr verschärfen. Die Unternehmer, die durch die Revolution viele ihrer langjährig sorgfältig gehüteten Sonderrechte eingebüßt haben, trachten begreiflicherweise danach, die früheren Zustände wieder einzuführen, insonderheit liegt ihnen daran, die achtstündige Arbeitszeit zu beseitigen, weil sie von ihrem Standpunkt vielleicht nicht ohne Recht behaupten, daß die unterschiedlose Einführung der achtstündigen Arbeitszeit eine volle Ausnutzung der technischen Betriebseinrichtungen beeinträchtige und die Herstellungskosten dadurch unnötig verteuere, so daß der Wettbewerb auf dem Weltmarkte zum Schaden der Arbeitnehmer selbst außerordentlich erschwert oder gar unmöglich gemacht würde.

Die Arbeitnehmer ihrerseits pflegen wiederum alle Schuld auf die Unternehmer zu wälzen, die sie anklagen, die jetzige Arbeitslosigkeit herbeigeführt zu haben, um es auf eine Machtprobe zum Zwecke der Wiederherstellung der alten Zustände ankommen zu lassen. Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß die sogenannten Errungenschaften der Revolution, die den Arbeitern in erster Linie zugute kommen sollten, wie Betriebsrätegesetz, Mitbestimmungsrecht, Lohntarife, achtstündiger Arbeitstag usw. im gegenwärtigen Augenblick ohne ausschlaggebende Bedeutung sind, denn was nützen dem Arbeiter alle diese schönen Dinge, wenn keine Arbeit vorhanden ist, wenn immer mehr Fabriken ihre Pforten schließen und die Fürsorge für die zahlreichen Angestellten und Arbeiter, die vielleicht schon jahrzehntelang ihre besten Kräfte dem Werke geopfert haben, Staat und Gemeinde überlassen? Schon jetzt sind Hunger und Elend bei tausenden von deutschen Familien eingekehrt. All die gesetzlich verbrieften Rechte sind also keinen Pfifferling wert, und der Arbeitnehmer muß, wie so oft, auch jetzt wieder die Erfahrung machen, daß in dem nun schon seit unendlichen Jahren geführten Kampfe auch heute das Kapital der stärkere Teil ist, der den Arbeitnehmern jederzeit seinen Willen zu diktieren vermag. Vergebens suchen Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Kommunisten und wie sie alle heißen mögen, gegen diese Vormachtstellung des Kapitals Sturm zu laufen, indem sie immer wieder zu ihrer stärksten, mittlerweile aber ziemlich stumpf gewordenen Waffe, dem Streik zurückgreifen. Dabei ist jeder Streik, von welcher Seite man ihn auch betrachten und bewerten mag, im Interesse des Gedeihens der Volkwirtschaft unbedingt zu verwerfen, und die Ausrufung des Generalstreiks, wie sie namentlich von seiten der Kommunisten bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit ins Werk gesetzt wird, wirkt nachgerade lächerlich. Schließlich wird man nächstens auch zum Generalstreik blasen, weil es zu viel oder zu wenig regnet, oder weil der Häuptling eines Negerstammes schlecht geschlafen hat. Jeder Streik verursacht ungeheure Schäden und Kosten nicht allein für das unmittelbar davon betroffene Unternehmen, sondern auch für die Allgemeinheit, d. h. die Angestellten und Arbeiter selbst, die zum Schluß doch die Streikkosten in Gestalt erhöhter Lebensunterhaltungskosten zahlen müssen. In Wahrheit handelt es sich bei vielen Streiks auch weniger um die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile, sondern die Anstifter suchen

im Trüben zu fischen, um politische Ziele zu verfolgen, weil sie sehr genau wissen, daß die Massen, einmal auf die Straße gehetzt, dann leicht zu führen und zu verführen sind. Die Plünderungen, mutwilligen Zerstörungen, Auflehnung gegen die Staatsgewalt, Raubzüge und sonstige Schandtaten während der letzten Wochen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besagen jedem einsichtigen Menschen genug.

Soziale Notlagen und Kämpfe hat es zu allen Zeiten gegeben und werden auch künftig nicht ausbleiben. Der gewaltigste Kampf, der sich jemals in der Weltgeschichte um die Erlangung von Menschenrechten abgespielt hat, ist unzweifelhaft um die Befreiung der Menschen vom *Sklavenjoch* ausgefochten worden. Jahrhundertelang dauerte dieser Kampf, der schließlich mit einem Siege der Vernunft und Kultur endete. Aber im gleichen Augenblick, wo die persönliche Leibeigenschaft des Menschen aufhörte, begann seine Abhängigkeit von einem anderen, noch viel schlimmeren Feinde, nämlich dem *Kapitalismus*, der nicht mehr wie früher, sich offen als Herr über Leben und Tod gebärdet, es dem ganzen System nach aber allmählich geworden ist. Millionen von Menschen auf dem ganzen Erdrund sind heute dem Kapitalismus untertan, vom Generaldirektor bis zum letzten Lehrling, vom Betriebsleiter bis zum ungelernten Arbeiter, nur mit dem Unterschiede, daß der eine etwas größere Aufseherrechte als der andere hat. Zwar erfreuen sich alle diese Menschen der durch Sitte und Gesetz geschaffenen sogenannten Freiheiten eines Kulturstaates und sind vielleicht sogar noch stolz darauf, d. h. sie genießen Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit, Kündigungsrecht usw., aber alles nur solange, als es ihnen möglich ist, neue Arbeit zu finden. Ist solche in kritischen Zeiten knapp oder sind die Arbeitsuchenden über ein gewisses Alter hinaus, so helfen diese schönen Rechte genau so wenig, wie die oben geschilderten Errungenschaften der Revolution; sie stehen wie der berühmte Völkerbund nur auf dem Papier und sind praktisch zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Die Arbeitermassen, in dem instinktiven Bewußtsein ihrer Ohnmacht gegen das *allmächtige internationale* Kapital, — denn dies allein ist der wahre Sklavenhalter — suchen nach einem Ausweg und glauben ihn zu finden, indem sie gegen die Diener des Staates, Heer und Polizei wüten und außerdem ihre Wut vorwiegend an den kleinen Geschäftsleuten auslassen, diese plündern, brandschatzen und bedrohen, ohne zu bedenken, daß sie dadurch ihr eigenes Los nur verschlimmern.

Wer Deutschlands Gesundung will, muß bei den Arbeitern anfangen. Die Arbeiterfrage ist zurzeit die größte und wichtigste Aufgabe, deren Lösung jeder kluge Staatsmann und Politiker seine ganze Kraft und ungeteilte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Wer die Arbeiter hat, hat den Staat. Gebt dem Arbeiter ein Idol, dem er huldigen, dem er sein ganzes Sinnen und Trachten widmen kann, und ein neues wirtschaftlich blühendes und politisch geachtetes und kräftiges Deutschland wird aus den Ruinen der Revolution erblühen. Warum ist der Bauer zufrieden? Warum gibt es in Ländern mit vorwiegender Bauernbevölkerung keine sozialen Kämpfe und Erschütterungen, wie wir sie in Deutschland täglich aufs neue erleben? Warum treibt Bayern eine ganz andere, auf nationale Bestrebungen gerichtete Politik als der preußische Staat, der bei allen seinen Handlungen erst ängstlich danach schielen muß, ob er auch auf das Wohlgefallen und die Zustimmung der Gewerkschaften rechnen darf? Die Antwort ist leicht genug. Der Bauer nennt

ein Stück Land sein eigen, wo er zwar im Schweiße seines Angesichts sein Brot verdienen muß, wo er aber nach Belieben schalten und walten kann. Er hat ein Vaterland, dem er zugehört, dem er Steuern zahlt und das er auch im Falle der Not gegen Angriffe opferwillig verteidigen wird, weil er damit sein eigenes Stück Boden, seinen Besitz verteidigt. Die in Mietkasernen unserer Großstädte zusammengepfercht wohnenden Arbeiter dagegen sind nur auf ihren Wochenverdienst angewiesen und müssen jeden Augenblick befürchten, Arbeitsstelle und Brot zu verlieren, selbst wenn sie dem betreffenden Werke schon 30 bis 40 Jahre treu und redlich gedient haben. Deshalb vermißt man so häufig in Arbeitnehmerkreisen jegliches Gefühl für ideelle Dinge; das Vaterlandsgefühl fehlt sehr oft gänzlich, wird im Gegenteil nur zu häufig durch eine geradezu vaterlandsfeindliche Stimmung ersetzt. Der Arbeiter denkt und handelt meist ganz rein materialistisch, weil er sich sagt, daß es für ihn persönlich ganz gleichgültig sei, ob er für einen deutschen oder ausländischen Kapitalisten arbeitet, er werde ja doch ewig Arbeitssklave eines Geldmenschen sein müssen und nach dessen Belieben früher oder später einmal als verbrauchtes Werkzeug auf die Straße geworfen werden. Hier liegt die Wurzel unseres sozialen, politischen und wirtschaftlichen Elends, hier muß die Axt angesetzt werden, und zwar recht schnell und rücksichtslos, wenn eine Gesundung unseres deutschen Volkes möglich sein soll.

Die Geschichte lehrt uns, wie das durchführbar ist. Noch vor gar nicht allzulanger Zeit, um die Wende des vorigen Jahrhunderts, waren die meisten unserer Vorfahren auf dem Lande Leibeigene der Ritter und Großgrundbesitzer. Alle vorhergegangenen Kämpfe, Bauernkriege usw. hatten an diesem Umstande wenig geändert, bis Freiherr vom Stein damit ein Ende machte. Steins Plan war: das Volk wieder für die Teilnahme am Staatsleben zu gewinnen und an der Verwaltung des Staates zu beteiligen. In der Stunde der schwersten Not, die Preußen nach dem unglücklichen Kampfe bei Jena durchzumachen hatte, erließ er im Oktober 1807 seinen Erlaß, der für ganz Preußen den Besitz gutshöriger Bauern in freies Eigentum verwandelte. Als Gegendienst verlangte er die allgemeine Wehrpflicht, und seinen Erfolg sah er 1813, als der zum freien Mann gewordene deutsche Bauer und Bürger dem Rufe des Königs gern und willig folgte und Preußen-Deutschland von der fremden Zwingherrschaft erlöste. Wäre dies möglich gewesen ohne die Steinschen Reformen?

Etwas Ähnliches muß jetzt geschehen. Die Angestellten und Arbeiter müssen Mitbesitzer der Werke werden, bei denen sie beschäftigt sind und für die sie in ununterbrochener Tätigkeit Jahrzehnte hindurch ihre Kräfte opfern. Deutschlands Erneuerung ist die Lösung der Arbeiterfrage. Sozialisierung durch Verstaatlichung ist falsch. Den Angestellten und Arbeitern kommt es in erster Linie darauf an, selbst mitbeteiligt zu sein an dem gewerblichen Unternehmen, das sie beschäftigt. Sie wollen durchaus nicht alleinige Besitzer der Werke sein und sich als solche aufspielen, sondern sie wollen sich mitverantwortlich fühlen an der Verwaltung, an der zu leistenden Arbeit und wollen als Hauptzweck aller Wünsche und Bestrebungen neben ihrem Lohnanteil in der bisherigen Weise auch am Besitz und Gewinn des Unternehmens beteiligt sein. Das ist der Kern der Sache. Das ist auch durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß es die Arbeitnehmer doch in allererster Linie sind, die durch ihre geistige und körperliche Tätigkeit es ermög-

lichen, daß ein Unternehmen überhaupt gewinnbringend arbeiten kann. Das Interesse der Werksangehörigen am Gedeihen des Unternehmens wird ohne Zweifel wesentlich gefördert, wenn sie sich als wirkliche Mitinhaber fühlen und als solche mitverantwortlich sind, daß jeder seine Pflicht tut und keiner den Interessen des Werkes entgegenhandelt. Dann wird der Arbeitnehmer sein Los und seine Mitarbeit von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus betrachten als bisher. In schlechten Zeiten wird der pflichtgetreue Werksangehörige als Mitbesitzer erst recht dafür sorgen, daß das Wohl der Gesellschaft und damit sein eigenes nach Kräften gefördert wird, während der mit dem Unternehmen nur durch Geldinteressen lose verbundene Geldmann bei schlechtem Geschäftsgang in der Regel erfahrungsgemäß nichts Eiligeres zu tun haben wird, als unrentable Aktien rasch abzustoßen und mit seinem Wohlwollen, d. h. seinem Gelde eine andere in- oder ausländische Gesellschaft zu beglücken. Die langjährigen Werksangehörigen und deren Familien sind viel enger mit dem Unternehmen verwachsen und als wirtschaftlich Schwächere viel mehr auf dessen Gedeih und Verderb angewiesen, als der zuweilen täglich wechselnde Aktienbesitzer. Dazu kommt, daß die meisten Menschen, wenn sie erst die Lehr- und Wanderjahre hinter sich haben und verheiratet sind, den lebhaften Wunsch bekunden, sich an einem bestimmten Orte seßhaft zu machen. Und genau wie ein Arzt oder Rechtsanwalt, der an einem Platze sein gutes Auskommen hat, nicht daran denken wird noch kann, in einer fremden Stadt sein Glück zu versuchen, so wenig wird dem Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes etwas daran gelegen sein, die im Laufe der Jahre lieb und vertraut gewordene Wohn- und Arbeitsstätte zu verlassen. Sollten diese Gesichtspunkte nicht mitbestimmend sein, den Arbeitnehmern eine Mitbeteiligung an den Werken einzuräumen, um auf diesem Wege die heute vielfach erstickte Vaterlandsliebe wieder zu erzeugen? Wie die einzelnen Punkte geordnet werden müssen, bleibt der Beratung am Verhandlungstische überlassen. Vorschläge darüber sind schon genug gemacht worden. Mein eigener, schon vor vier Jahren an anderer Stelle veröffentlichter geht dahin:

So wie die Aktiengesellschaften heute gesetzlich verpflichtet sind, Rücklagen für außergewöhnliche Fälle zu machen, sollten sie freiwillig oder gesetzlich weitere Rücklagen für jeden Arbeitnehmer, vom ersten Beamten bis zum letzten Lehrling, so lange leisten, bis nach einem bestimmten Zeitraum, etwa in 10 Jahren, die Summe von 1000 Mk. = 1 Aktie erreicht wird. In der gleichen Weise, wie der Aktionär mit seiner Bareinlage von 1000 Mk. jährlich am Umsatz und Gewinn beteiligt ist, muß auch die Arbeitskraft des Arbeiters, eine gewisse Anzahl von Dienstjahren vorausgesetzt, bewertet werden. Nach Ablauf der vereinbarten Zeit erhält dann jeder Arbeitnehmer kostenlos eine nicht übertragbare und vom Börsenhandel ausgeschlossene Arbeitsaktie über 1000 Mk., die ihm einen jährlichen Gewinnanteil und vor allen Dingen die Besitzrechte zusichert. Die jährlich erforderliche Anzahl Aktien wird durch Auslosung zum Nennwerte, also nicht zu dem oft nur künstlich hochgeschraubten Kurswerte seitens des Werkes beschafft, d. h. der Aktionär muß die ausgeloste Aktie zurückgeben und erhält dafür das ursprünglich dafür eingezahlte Geld von 1000 Mark zurück. Die schon vor dem Kriege bekämpften Auswüchse der Börsenspekulation werden dadurch zum größten Teile unterbunden, denn es wird keinem Geldmanne einfallen, eine Aktie zum Börsenkurs von 400% oder höher zu kaufen, die er vielleicht schon kurze Zeit später zum Nennwerte von

100% zurückgeben muß. Ferner wird durch dieses Verfahren der gar nicht hoch genug zu schätzende Vorteil erreicht, daß ein ganz erheblicher Betrag des deutschen Volksvermögens im Inlande verbleibt und nicht wie in den letzten Jahren ins Ausland verschoben wird.

Nach meinen Berechnungen, die sich auf eine ganze Anzahl verschiedener Arten von Aktiengesellschaften im Jahre 1920 erstrecken, kann man annehmen, daß auf je 1 Million Aktienkapital durchschnittlich 320 Arbeiter entfallen. Nimmt man nun an, daß das Stammkapital aller deutscher Aktiengesellschaften, wenig gerechnet, im Jahre 1920, 15 Milliarden betrug und daß nach 10 Jahren jeder bei solchen Unternehmungen beschäftigte Arbeitnehmer in den Besitz einer Aktie gelangt, was praktisch aber wohl nicht in diesem Umfange geschieht, so würde daraus folgern, daß mindestens der dritte Teil = 5 Milliarden Goldmark dem deutschen Volksvermögen erhalten bleibt und was noch wichtiger ist, der Börsenspekulation entzogen wird. Nun könnten die Aktionäre einwenden, daß sie durch solche Arbeiteraktien bei der Leitung des Unternehmens ins Hintertreffen gedrängt und namentlich bei Generalversammlungen überstimmt werden könnten. Das trifft nicht zu, gegebenenfalls könnten jedoch vertragliche Bremsbestimmungen erlassen werden. Ich führte schon aus, daß in der Regel auf 1 Million Goldmark Aktienkapital 320 Arbeiter gerechnet werden können. Selbst den ungünstigsten Fall angenommen, daß jeder davon eine Aktie hätte, blieben immer noch 680 Aktien, also mehr als zwei Drittel für die Geldaktionäre übrig, die somit die Mehrheit und Entschlußfreiheit nach wie vor behielten. Die Schwierigkeiten bei diesem Verfahren bestehen in der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter — die meisten möchten allerdings gern seßhaft werden, müssen es auch angesichts der heutigen Wohnungsverhältnisse —, in der Beschaffung der ausgelosten Aktien, wenn diese zufällig in ausländischen Händen ruhen, und ausschließlich in der Frage, was im Falle eines Verlustes oder eines bei Aktiengesellschaften aber verhältnismäßig selten vorkommenden Konkurses geschehen soll. Schwierigkeiten sind aber da, um überwunden zu werden.

Ausdrücklich muß betont werden, daß die Arbeitnehmer mit solchen Forderungen durchaus nicht vereinzelt dastehen, vielmehr haben in den letzten Jahren einflußreiche Industrielle und Direktoren bekannter Werke sich in ähnlichem Sinne geäußert, weil auch sie nur in einer Mitbeteiligung der Arbeitnehmer das künftige Heil der Wirtschaft und des Staates erblicken.

Mein ebenfalls schon 1921 veröffentlichter (in dieser Zeitschrift) Vorschlag, die Aktiengesellschaften, die doch sonst bei der Ausgabe von Gratisaktien und Sondervergünstigungen an die Aktionäre sehr freigebig sind, möchten bei solchen Gelegenheiten auch eine Anzahl Freiaktien den Angestellten und Arbeitern umsonst oder gegen geringes Entgelt überlassen, ist bisher anscheinend auf keinen fruchtbaren Boden gefallen, was nur zu bedauern ist, denn ein solches Vorgehen hätte sicher wesentlich zur Entspannung der bestehenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit beigetragen.

Sache der Gewerkschaften und ihrer Führer wäre es, solchen neuen Gedankengängen bei der breiten Masse der Arbeitnehmer Eingang zu verschaffen. Es wird aber wohl leider noch manches Jahrzehnt vergehen, bis die bisherige Politik verlassen und eine den Arbeiterinteressen förderlichere Bestrebung und Bewegung eingeleitet wird. Der Kampf gegen das Kapital, wie ihn Sozialdemokratie und Gewerkschaften seit nunmehr 40 Jahren führen und noch

führen, darf heute als vollkommen verfehlt bezeichnet werden, denn seine Hauptziele bestanden darin, höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit zu erreichen. Anstatt den Kampf gegen das Kapital zu predigen, hätte man selbst rechtzeitig dafür sorgen müssen, die Arbeitnehmer selbst zu Kapitalisten zu machen, indem man die verfügbaren, für die Vorkriegszeiten recht hohen Millionenbeträge nicht für zwecklose Streiks und Unterstützungen verpulverte, sondern sie zum Ankauf einer Aktiengesellschaft nach der andern benutzte. Man könnte heute schon mehr als die Hälfte des ganzen deutschen Aktienbesitzes in Händen haben und brauchte nicht neidisch auf Stinnes zu sehen, der es viel besser als die 20 Millionen Arbeitnehmer verstanden hat, sich einen erheblichen Teil des in- und ausländischen Aktienkapitals anzueignen. Warum soll, was einem einzigen Manne möglich war, nicht auch 20 Millionen Arbeitnehmern gelingen? Man wende nicht ein, daß die Aktien heute unerschwinglich wären. Das waren sie vor dem Kriege auch. Man kann eher behaupten, daß heute die Beschaffung noch eher möglich sein müßte, weil die Aktien, verglichen an der Dollarwährung, fast sämtlich weit unter pari stehen. Die Übernahme der Aktien durch die Arbeitnehmer wäre wirkliche Sozialisierung gewesen, die niemand, auch den Kapitalisten nicht, wehe getan hätte, die aber zur Förderung der allgemeinen Volkswohlfahrt entschieden vorteilhafter gewesen wäre, als die endlosen Streiks und Aussperrungen. Auch hätten die Arbeitnehmer inzwischen gelernt, volkswirtschaftliche Fragen vom nüchternen Standpunkt des Kaufmanns zu beurteilen, als auf irreführende Zeitungsaufsätze oder Reden unberufener Leute zu schwören.

Auch in politischer Hinsicht hätte eine solche Besitzbeteiligung der Arbeitnehmer am deutschen Aktienbesitz nur segensreich wirken können, denn höchstwahrscheinlich würde sich der Franzose dreimal bedacht haben, das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu besetzen und Kohlen sowie andere Erzeugnisse zu beschlagnahmen, hätte er es mit der großen Masse der Arbeiter als Zechen- und Werksmitbesitzer zu tun gehabt. Heute kann er die Arbeiter gegen die paar Großindustriellen, wie Klöckner, Stinnes, Thyssen, Krupp und andere mobil machen.

Im Zusammenhang damit müßte eine vorsorgliche Regierung in ganz anderer Weise als es bis jetzt geschehen den

Wohnungsbau

fördern. Auch hier sind es wieder vornehmlich die Arbeiter und Angestellten der Großstädte, die heute in ungesunden Mansarden oder Kellerlöchern eng zusammengepfercht hausen müssen. Ungeheure Summen sind seit der Revolution als Erwerbslosenunterstützungen nutzlos auf die Straße geworfen worden. Wie konnte es möglich sein, daß kein einziger Minister auf den vernünftigen Gedanken kam, durch Umwandlung der Wohnungsämter zu Wohnungsbauämtern das Heer der heimkehrenden beschäftigungslosen Krieger für den Wohnungsbau zu organisieren, indem man z. B. alle Schreiner einer Stadt oder eines Bezirkes zusammenzog, um in einer notfalls vom Staate gemieteten oder beschlagnahmten Möbelfabrik Türen und billige Möbel nach den billigen Einheitsnormen des Vereins deutscher Ingenieure herstellen zu lassen, während zu gleicher Zeit ungelernte Arbeiter die erforderlichen Erdarbeiten besorgten, andere Ziegel brannten usw. usw., so daß binnen kürzester Zeit in allen größeren Städten billige Wohnungen erstanden wären? Auch heute ließe sich das sehr wohl durchführen. Mit einem Schlage könnte man so drei Fliegen

treffen. Erstens fänden die Erwerbslosen fast aller Berufe gut bezahlte Arbeit, denn natürlich müßte der Staat dafür regelrechte Löhne zahlen; zweitens bekämen die Wohnungssuchenden endlich die längst begehrten Wohnungen, und drittens erhielte der Staat oder die Gemeinde Sachwerte, die notfalls mit Hypotheken belastet oder verpfändet werden können. Heute wissen Staat und Gemeinden nicht, wie sie die ungezählten Billionen für die Erwerbslosen aufbringen sollen, und die jungen Burschen quittieren diese für Nichtstun erhaltenen Prämien in der Weise, daß sie Schaufenster einwerfen und Waren plündern! — Dem Staat in seiner Armut kann es doch wahrhaftig nicht gleichgültig sein, ob er ungezählte Summen zum Fenster hinauswerfen muß oder ob er sich dafür produktive Arbeit leisten läßt. Gibt es denn niemand im Lande, der mit solchen Schildbürgerstreichen endlich einmal aufräumt?

Noch ist es Zeit. Noch kann ein willenskräftiger Mann die verfahrene Karre wieder in Gang setzen, wenn er es versteht, den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Ist erst die Wirtschaft gesund, hat erst der Arbeitnehmer seinen Besitz im deutschen Heimatlande, wird er auch wieder sein deutsches Vaterland lieben und verteidigen. Bauer und Arbeiter sind heute der Zahl und Bedeutung nach die Hauptstützen jeder Regierung. Wer sich auf diese verlassen kann, wird auch mit Erfolg eine kraftvolle Außenpolitik betreiben können, der der gleiche Erfolg beschieden sein möge, wie damals dem Freiherrn vom Stein. Der rechte Mann mit dem starken Willen muß kommen; ihm wird das bedrängte deutsche Volk gern folgen.[1])

[1]) Als Ergänzung zu den vorstehenden bemerkenswerten Anregungen möchte ich darauf hinweisen, einmal, daß unsere sozialen Kämpfe so gut wie ganz verschwinden werden, wenn wir einen unserer Volkszahl entsprechenden größeren Staat haben, und ferner, daß die Grundlage aller Sozialpolitik die gerechte Entlohnung des Arbeiters nach Leistung sein muß, sodaß er sich, statt Almosen zu empfangen, alles selbst erarbeitet. — Der Schriftleiter.

An dich und alle.

Du willst die Welt versöhnen, diese Welt,
Die Gott der Herr auf ewigen Kampf gestellt?
Und siehst nicht, wie dein Volk sich selbst zerfleischt
Und Gott ihm dich als Arzt und Retter heischt?

Kennst du dein Volk? Die Masse kennst du bloß,
Kennst nur als Mensch auch deutscher Menschen Los.
Doch not ist nicht, daß, wer da lebt, gedeiht —
Dein Volk allein muß leben alle Zeit.

Christ willst du sein? Du bist ein schlechter Christ,
Du weißt nicht, daß dein Volk dein Nächster ist.
Du weißt nicht, daß dein ganzes edles Blut
Entsprungen ist aus seines Herzens Flut.

Nun muß es sterben, hast nicht du die Kraft,
Den Riß zu heilen, der so blutig klafft. —
Mein armes Volk, mit Gottes Mahnung sprich:
„Wer heut nicht für mich ist, ist wider mich."

Friedrich Speyer.

Sozialismus und Volkswirtschaft.

Von Professor Fiedler, Innsbruck.

„Grundsätze der Volkswirtschaftslehre" sind zwei wuchtige Bände (622 + 858 Seiten!) betitelt, in denen der Verfasser, Robert Liefmann, den Satz verficht: Wirtschaften heißt Kosten mit Nutzen vergleichen, was die Leser dieser Zeitschrift kaum besonders interessieren dürfte. Dagegen hat er, der sich in seinem Werke frei von jedem Werturteil weiß, das heißt von jeder Volkswirtschaftspolitik, die allein für das Volkstum in Betracht käme, die volkswirtschaftliche Seite des Sozialismus einer so treffenden Kritik unterzogen, daß es nicht überflüssig ist, sich hier mit ihr zu beschäftigen. L. übersieht freilich die erste Voraussetzung des „volkstümlichen Arbeitsstaates", d. i. des sozialistischen Staates nach der zu schönen Bezeichnung Anton Mengers: Ohne stärksten Gemeinschaftsgeist könnte die sozialistische Volkswirtschaft nicht bestehen; ja sie kann nicht einmal, wie wir ja bereits bestimmt genug wissen, entstehen. Wenn man Neid und Haß sät, geht, wie zu erwarten, kein Geist auf, der Ein- und Unterordnung, Selbstlosigkeit usw. heißt. So wird es auch klar, daß nur kleine sozialistisch-kommunistische Gemeinwesen auf religiöser Grundlage längere Zeit bestehen konnten. Man wird solchen Darlegungen gegenüber schnell damit bei der Hand sein zu sagen, die „Menschheit" (unter der „Menschheit" geht's einmal nicht) hätte noch nicht die notwendige hohe Kulturstufe erreicht. Eine vaterlandslose Masse, ein sogenanntes Volk, das sich entnationalisieren ließ, ist auf der höchsten Kulturstufe nicht imstande, den Gemeinschaftsgeist zu erzeugen, der schon für das heutige Leben im Staate notwendig ist, wieviel weniger den für den „volkstümlichen Arbeitsstaat", wobei wir noch ganz von der merkwürdigen Beschaffenheit der Pflanze „Kultur" absehen.

Wie recht übrigens Marx mit seiner Behauptung hatte, daß aus der kapitalistischen Volkswirtschaft mit Naturnotwendigkeit die sozialistische hervorgehen müsse — gleichsam ohne einen Finger zu rühren — das ist ja auch klar an den Tag gekommen. L. selber schreibt ungefähr folgendes: Der Sozialismus bedeute, insoweit er hier in Betracht komme, die Verstaatlichung aller Erwerbszweige. Nach seiner Ansicht solle auf diese Weise erst eine gerechte Verteilung aller erzeugten Güter möglich sein, d. h. nach Maßgabe der Arbeit, die die Menschen geleistet hätten. Der Sozialismus vermeine, Leistung und Gegenleistung nach der in ihnen enthaltenen Arbeit messen zu können; allein die Behauptung der Sozialisten, einen gerechten Maßstab der Verteilung der Güter nach der Leistung gefunden zu haben, sei nichts weiter als eine Behauptung. Den Beweis dafür, daß der Staat das vermöge und besser und gerechter vermöge als der heutige Tauschverkehr, seien sie schuldig geblieben und müßten sie schuldig bleiben; denn er könne nur durch Versuche wirklich geliefert werden. L. meint, solche Versuche in früherer Zeit und die Beobachtungen im Weltkriege seien nicht gerade verheißungsvoll. Nehmen wir noch die Erfahrungen im neuen demokratischen Reich dazu, so dürfte die Aussicht nicht günstiger geworden sein. Das sei auch sehr erklärlich. Denn wer sollte die Verteilung der erzeugten Güter vornehmen? Daß alle dabei mitwirkten, sei bei der staatlichen Regelung ausgeschlossen. Einzelne und ganze Personengruppen wären immer mit der Verteilung unzufrieden, und weil sie von der staatlichen Verwaltung abhinge, würde ein dauernder Kampf um die politische Macht sein, dem gegen-

über sich die politischen Kämpfe bisher wie ein Kinderspiel ausnähmen. L. sagt weiter, und damit kommen wir auf das rein volkswirtschaftliche Problem, der Satz: jeder Arbeit, aber auch nur der Arbeit, ihren gerechten Lohn, klinge ja als Grundsatz recht schön. Aber müßte nicht eine ganz unerträgliche Gleichheit alles Verbrauchs, der Verzicht auf jede individualisierte Bedürfnisbefriedigung entstehen? Dabei bleibt noch die für die Gütererzeugungspolitik besonders wichtige Frage außer Betracht, ob nicht in der sozialistischen Volkswirtschaft der Umfang der Gütererzeugung bedeutend abnehmen müßte. Und wie stünde es mit der geistigen Arbeit im Vergleiche mit der körperlichen, oder sollte etwa nur die körperliche gelten? Dann könnte man freilich bald von einer nie dagewesenen Kulturhöhe sprechen! Man sieht aber auch deutlich, welche unüberwindlichen Schwierigkeiten die Messung der einen Arbeit durch die andere machen müßte. Im übrigen hätten wir, sagt dann L., die Schwierigkeiten einer staatlichen Organisation der Gütererzeugung im Kriege genügend kennen gelernt und man sollte annehmen, daß das auch die Arbeiter von sozialistischen Versuchen abhalten würde. Es sei ganz klar, daß das Selbstinteresse nicht einfach durch staatlichen Zwang ersetzt werden könne, und wenn einmal eine allgemeine Arbeitspflicht als einziger Antrieb in der Gütererzeugung wirken sollte, so könnte dies nur nach einer ganz allmählichen, sehr lange dauernden Umbildung des menschlichen Charakters möglich werden. Ich selber habe schon oben auf diese Schwierigkeit hingewiesen, die ich übrigens für unüberwindlich halte. Ich pflege es volkstümlich so auszudrücken, daß ich sage, es ist keine Aussicht, daß aus den Menschen Engel würden. So kann man L. nicht Unrecht geben, wenn er zu dem Urteil gelangt: Sozialismus sei gleichbedeutend mit kulturellem Stillstand, er könne sich einer fortschreitenden menschlichen Entwicklung nicht anpassen; er sei überhaupt nur durchführbar auf einer Kulturstufe mit viel weniger mannigfaltigen und individuellen Bedürfnissen als heute. Man wird ihm auch nicht mit einem stichhaltigen Gegenbeweis kommen können, wenn er behauptet, daß die Konstruktion der allgemeinen Staatswirtschaft plump und geistlos sei gegenüber der eigenartigen Selbstregelung des heutigen Tauschverkehrs, wenn es einem auch nicht einfällt, den heutigen Tauschverkehr in dem Grade zu loben, wie er es tut. Man muß aber auch bitterböse lachen, wenn man Sätze liest wie den Plenges, daß der Sozialismus in seinem Kern das höchstbewußte Zusammenwirken zur gemeinsamen Ordnung sei. Die Probe aufs Exempel ist ja gemacht worden und wird gemacht. L. meint dann weiter, daß sich die zukünftige Entwicklung einer von sozialistischen und kommunistischen Versuchen ungestörten Volkswirtschaft so weit voraussehen ließe, als das überhaupt ohne „Sehergabe" möglich sei.

Es ist ja bekannt, daß man auf dem besten Wege ist, viele Schichten des Mittelstandes, im besondern die der geistigen Arbeiter in das sogenannte Proletariat hinunter sinken zu lassen. Dafür steigt das Proletariat von ehedem auf den Thron. Daß höhere Bedürfnisse kaum noch von denen befriedigt werden können, die nicht den Reichen angehören, ist auch kein Geheimnis mehr. L. meint nun, daß in Zukunft nicht der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeitern, sondern der zwischen Erzeugern (also Unternehmern und Arbeitern) und Verbrauchern das große volkswirtschaftliche Zentralproblem sein werde. Er weist darauf hin, daß die Großbetriebe und Kartelle um so eher geneigt sein würden, den Lohnforderungen der Arbeiter zu entsprechen, je mehr sie sich an den Preisen, die die Verbraucher zahlten, schadlos halten könnten. L. glaubt

jedoch, daß den Verbrauchern von den Konsum- und Baugenossenschaften Hilfe kommen könnte; im besondern, meint er, sei, was eine günstigere Einkommensverteilung anlange, eine möglichst weite Ausbreitung des Aktienbesitzes anzustreben. Die Entwicklung führe nun einmal aus technischen und wirtschaftlichen Gründen zu einer immer weiteren Ausbreitung des Großbetriebes und statt gleich nach Verstaatlichung zu schreien, wäre es richtiger, darauf zu sehen, daß die Interessen der Allgemeinheit gewahrt blieben. Dazu gehörte, wieder nach der Meinung L.s, der ich mich kaum anschließen könnte, daß die Arbeiter mehr an der Verwaltung der Betriebe beteiligt würden; dann — und das ist freilich etwas anderes, dem man ja unter gewissen Vorbehalten zustimmen könnte — daß die Erträge der Unternehmungen möglichst weiten Volksschichten zugute kämen. (Es wäre in dieser Beziehung in E. Dührings Kursus der National- und Sozialökonomie nachzulesen.) Recht sehr zu bedenken ist es, daß L. wünscht, die staatlichen und auch die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, an denen der Staat beteiligt ist, möchten sich im Verhältnis zu den privaten, im besondern auch den Aktien-Gesellschafts-Unternehmungen nicht zu sehr ausdehnen, weil sonst der Kampf um die Macht im Staate außerordentlich gesteigert würde. Er hält es für besser, daß der Staat durch maßvolle Eingriffe in den Tauschverkehr, durch Besteuerung und Einschränkung des Erbrechtes für eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Einkommens sorgte. Je größer die Unternehmungen seien, um so mehr stünden sie schon unter der Kontrolle der Öffentlichkeit und es sei keine unlösbare Aufgabe, diese Kontrolle dadurch zu erweitern, daß sich auch kleine Kapitalisten an den Unternehmungen beteiligten. Diese größere Öffentlichkeit der Geschäftsführung, die bereits durch die Kartelle einerseits erleichtert, anderseits aber gerade im Hinblick auf sie um so dringlicher würde, sei eine unbedingte Notwendigkeit der ungestörten wirtschaftlichen Entwicklung. Ich selber halte aber doch die Verstaatlichung auf einem Gebiete für äußerst dringlich, wenn wir überhaupt zu gesunden volkswirtschaftlichen Zuständen kommen wollen: ich meine das Bankwesen. Dagegen sollte man die Gütererzeugung selber aus dem Spiele lassen. L. äußert sich in ähnlichem Sinne. Es ist nun sehr merkwürdig, daß gerade von der Verstaatlichung des Bankwesens weder in den Kreisen der Demokraten der verschiedensten Färbung noch in den Kreisen der zünftlerischen Nationalökonomen die Rede ist.

Ich kann nun nicht behaupten, daß L., so gut auch seine Theorie der Verkehrswirtschaft sein möge, was hier nicht zu untersuchen ist, der Volkswirtschaftslehre und im besondern der Volkswirtschaftspolitik, auf die es schließlich ankommt, besonders gedient hätte. Das zeigt sich denn auch in dem Abschnitte, in dem er von der künftigen Entwicklung der Volkswirtschaft spricht. Die Ursache der Unzulänglichkeit der individualistischen Volkswirtschaft konnte er mit seiner denn doch privatwirtschaftlichen Theorie freilich auch nicht aufdecken. Sie scheint überhaupt den zünftlerischen Nationalökonomen unbekannt zu sein, weil sie nicht gewohnt sind, von dem Namen ihrer Wissenschaft den ersten Teil „national" zu betonen. Man wird sich aber endlich doch die Fragen beantworten müssen: Ist es nicht notwendig, daß wir, wenn wir auch den „volkstümlichen Arbeitsstaat" ablehnen, uns einmal klar darüber werden, welchen Bedarf hat denn unser Volk tatsächlich, was Gattung, Menge und Beschaffenheit der Güter anlangt? Und sind unsere Erzeugungsstätten auf diesen Bedarf eingerichtet oder hat der jetzt verstorbene K. Jentsch vielleicht doch recht ge-

habt, wenn er darauf hinwies, daß in vielen, besonders Exportbetrieben, die nationale Arbeitskraft vergeudet werde? Wenn man sich einmal so Rechenschaft ablegte, dürfte man auch auf den Sinn der Volkswirtschaft kommen. Man wird dann finden, daß nicht das Ertragsstreben, so wichtig es auch sein möge, nicht das Geld, an dem ja nach der Meinung der Meisten alles Heil, besser gesagt, alles Unheil hinge, das Grundlegende ist, so wichtig es auch sein möge, sondern daß mit Rücksicht auf den Bedarf des Volkes erzeugt werde. Umgestaltung und Hebung der Produktion, das wäre wohl das erste in rein-volkswirtschaftlichem Sinne. Aber auch der Nationalökonom muß seine Lehren anfangen mit der wahren Lehre vom Volke und alle seine Lehren ausrichten auf das Dasein des Volkes, seine gesunde Entwicklung.

Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft.

Auch die Wirtschaftsfrage und gerade sie, ist zunächst die Frage sittlicher Erneuerung. Nur aus der Tiefe des Geistes kann die zerrissene Einheit des Lebens wieder hergestellt werden. Nur aus der Idee, nicht aus der Ideenlosigkeit, nur aus dem Idealismus, nicht aus der Technik und dem Materialismus kann eine neue Wirtschaft geboren werden. Mit Geld kann nicht gerettet werden, was das Geld zerstört hat!

Erst wenn der Geist frei geworden ist von der Sklaverei des Stoffes, erst dann wollen wir vom Wiederaufbau reden. Dann ist er aber auch schon da. Darin liegt ja das Geheimnis. Denn dann haben wir die Grundlage nicht nur aller Kultur, wie Goethe sagt, sondern auch aller Wirtschaft wieder: die Ehrfurcht vor uns selber. Wenn wir endlich eingesehen haben werden, daß sittliche Freiheit und daß Treue keine Ideologien, sondern Realitäten sind, und daß vor allem auch die Ehre das realste Gut, auch das realste Wirtschaftsgut ist, wenn wir endlich erkennen, daß aus unserer Wirtschaft nur das geworden ist, was aus der Wirtschaft eines Volkes werden muß, von dem das Wort gilt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre", — dann werden wir wieder eine deutsche Wirtschaft haben. Dann wird unser Volk die Voraussetzung einer Volkswirtschaft wieder gefunden haben, die es verloren hat, nämlich sich selber und seine Eigenart. Erst müssen wir wieder ein Volk werden, ehe wir eine Volkswirtschaft haben können. Ein Volk aber werden wir an dem Tage, der uns aus Nacht zum Licht, aus stofflicher Knechtschaft zur geistigen Freiheit führt, und der uns aus Händlern wieder zu Helden macht! Das wird dann der Tag der Deutschen sein.

Aus „Volkswirtschaft und Volkstum" von Oberfinanzrat Dr. Bang. — Auch diese hervorragende Schrift ist von der Gesellschaft „Deutscher Staat" herausgegeben. (Friedrich Manns Pädagogisches Magazin, Heft 900. Hermann Beyer & Söhne, Langensalza.)

Bild der Lage.

Von Dr. Erich Kühn, München.

(Abgeschlossen am 15. Januar 1924.)

I.

„Ich begrüße es mit großer Freude, daß in dieser schwersten Zeit unseres Volkes angesehene Männer verschiedener Parteirichtungen und Berufe mit warnender Stimme auf die unserem politischen Leben drohende Gefahr der Zersetzung hingewiesen haben. Ich stimme dem Grundgedanken des Schreibens, daß das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft erhalten und gefördert werden muß, in voller Überzeugung zu. . . .

Nach dem verlorenen Krieg leben wir in einer Zeit des Niederganges, den abzuwenden nicht ganz in unserer Macht liegt. Aber gerade deshalb haben wir uns und unseren Kindern gegenüber die Pflicht, alle Kräfte im Volk zu wecken, sie zusammenfassen und vereint den Weg der Freiheit zu suchen."

So schrieb der Herr Reichspräsident Ebert um Neujahr an einige Münchner Persönlichkeiten, unter denen sich auch Thomas Mann und Lujo Brentano befinden.[1])

Das Herz jedes echten und jedes Konjunktur-Republikaners muß stolz schlagen, wenn er sieht, daß sogar diese Zeitschrift die erste Betrachtung zur Lage im neuen Jahr mit einem Zitat aus Eberts Munde beginnt. — Allerdings geschieht es nur, um daran die Frage zu knüpfen, ob die Herren, an die der Brief Eberts gerichtet ist — darunter Thomas Mann und Lujo Brentano — den Reichspräsidenten, wie es deutsche Mannespflicht ist, auf die schreienden Widersprüche zwischen den Worten seines Briefes und seinen Werken geziemend aufmerksam gemacht haben. Haben sie ihn gefragt, wie es kommt, daß der Führer und Nutznießer einer Partei, welche jahrzehntelang den Klassenkampf- und den Revolutionsgedanken gegen den Willen anderer großer Volksteile nicht nur predigt, sondern auch betätigt, den Mut haben kann, von „Schicksalsgemeinschaft" zu schreiben? Haben ihn diese Männer darauf aufmerksam gemacht, daß unserem politischen Leben bei Gott nicht erst die „Gefahr der Zersetzung" droht, sondern daß es, eben infolge des Klassenkampf- und Revolutionsgedankens, längst zersetzt ist? Haben sie Ebert deutlich darauf hingewiesen, daß diese Zersetzung in erster Linie sein und seiner Parteigenossen Werk ist?

Weiter: haben sie den Herrn Präsidenten mit der Nase darauf gestoßen, daß wir den Krieg verloren und nun eine „Zeit des Niedergangs" erleben, weil die Partei des Präsidenten planmäßig Wehrgedanken und Wehr des Reiches zerstört hat, so daß, den Niedergang abzuwenden, tatsächlich „nicht ganz in unserer Macht liegt"? (Diese Wendung könnte von Bethmann stammen, so nichtssagend und schleimig ist sie; wie der ganze Brief von einer Kreatur noch aus Bethmanns Zeiten abgefaßt sein könnte!) Haben sie ihn gefragt, wie er den traurigen Mut aufbringt, eine Wirkung zu beklagen, deren Ursache er nach Kräften gefördert hat?

Und endlich: haben sie Ebert die Ungeheuerlichkeit gebührend vor Augen geführt, die darin liegt, daß er auf der einen Seite von der Pflicht spricht, alle Kräfte im Volke zusammenzufassen und vereint den Weg zur „Freiheit" zu suchen, während auf der anderen Seite Eberts Parteigenossen besinnungslos den

[1]) „Vorwärts" Nr. 11 vom vom 8. Januar 1924.

Versklavungsvertrag von Versailles annahmen und noch heute Erfüllungspolitik betreiben, des weiteren aber alle jene Kreise, welche es im Gegensatz zum Klassenkampf mit der Zusammenfassung des Volkes und seiner Befreiung bitter ernst meinen, unter Eberts Regiment geächtet, verfolgt und für vogelfrei erklärt werden? Ich fürchte sehr, die Empfänger dieses Briefes haben keine dieser Fragen aufgeworfen und Ebert vorgetragen. Sonst hätte man es wohl auch durch die Presse erfahren.

Diese offenkundige Unterlassungssünde ist es, weshalb die ganze Angelegenheit hier zur Sprache gebracht wird, — den oberflächlichen Phrasen Eberts zuliebe geschieht es ganz gewiß nicht.

Gerade die Kreise nämlich, denen die Empfänger des Ebertschen Ergusses nahe stehen, konnten sich früher nicht genug tun an Entrüstung über Byzantinismus und Servilität, mit denen Wilhelm II. umgarnt und von der Wahrheit abgedrängt wurde. Überall sahen sie Mangel an Mannesmut. —

Richtig ist wohl, daß Wilhelm II. mit diesen Leuten weniger oder gar nicht Briefwechsel pflog. Das mag verdrießlich aber doch erträglich gewesen sein und ist sicher nicht der Grund, weshalb diese Leute heute im republikanischen Lager stehen. Wenn sie aber nun schon einen Briefwechsel mit einem Staatsoberhaupt zu pflegen in der Republik Gelegenheit haben, so muß man von ihnen, die doch in ihren Kreisen als „geistige Führer" verehrt werden, auch erwarten, daß sie diese Gelegenheit benutzen werden, ihre geistige Überlegenheit mit echt republikanischem Mannesmut in den Dienst der Sache zu stellen. Aber nein — davon hört man nichts! Man nimmt Eberts krokodilstränengesegnete Unzulänglichkeit mit untertänigem Schweigen hin und — veröffentlicht sie! Wie andere Leute früher Briefe von anderen Staatsoberhäuptern veröffentlichten!

Unzulänglichkeiten als etwas Besonderes ausposaunen, wenn sie von „hoher" Stelle kommen — ist das nur Byzantinismus und Servilität, wenn es andere machen? —

„Nichts halb zu tun, ist edler Geister Art" — Herr Thomas Mann!

Oder standen alle die peinlichen Fragen etwa schon in dem Schreiben, das an Ebert gerichtet war? — Dann hätte ich allerdings den edlen Herren Unrecht getan. Wenn nein, werden sie mir die Bemerkung gestatten, daß bei den Deutschen Byzantinismus mit der Staatsform wenig oder nichts zu tun zu haben scheint. Diese Krankheit kann sogar Patent-Republikaner befallen. —

2.

„Früher, in Vorkriegszeiten, wo die Partei von Erfolg zu Erfolg eilte, wuchs mit diesen Erfolgen auch das Vertrauen der Massen zur Partei, heute ist die Sache umgekehrt."[1])

So bekennt freimütig ein Vertrauensmann der Mehrheitssozialisten, die zu Ende des Jahres die „Stimmungen und Strömungen" in der Arbeiterschaft genau feststellen ließen. Es wird also offen zugegeben, daß das Vertrauen der Massen zur sozialistischen Partei, daß die Werbekraft dieser Partei gesunken sei.

Verlegen-naiv erscheint es, wenn der gleiche Vertrauensmann klagt: „Die Kollegen urteilen ausnahmslos nach dem Erfolg irgendeiner Handlung."

Der Erfolg ist ja nun der mehrheitssozialistischen Politik trotz fünf Jahren „Errungenschaften" tatsächlich versagt. Verkürzte Arbeitszeit, nivellierende

[1]) „Vorwärts" Nr. 2 vom 3. Januar 1924.

Tarifverträge, Betriebsräte-Verfassung, Erwerbslosen-Unterstützung, Billionen-Löhne, Besetzung hoher und höchster Regierungsstellen mit Parteibonzen — alles das hat Teuerung und Arbeitslosigkeit nicht verhindert. Ja, so mancher kritische Arbeiter fragt sich heute schon, ob nicht gerade die „Errungenschaften" mit Teuerung sowie Arbeitslosigkeit ursächlich zusammenhängen. Der Arbeiter steht heute schlechter da als vor dem Umsturz. Er fühlt sich betrogen.

Wenn ihm nun der Vertrauensmann zumutet, nicht nach dem Erfolg zu urteilen, so ist das wirklich reichlich verlegen-naiv. Soll der Arbeiter nur zahlen und zahlen, immer auf Befehl streiken und Klassenkämpfen, — damit der Herr Gewerkschaftssekretär nett und behaglich ein Herrendasein führt? Ist es wirklich so unerhört, wenn der Arbeiter einmal auch einen Erfolg für sich sehen will und gern wissen möchte, wofür er eigentlich sein Leben lang die hohen Beträge leisten muß?

„Bleibt der Erfolg aus, dann ist natürlich in den Augen der Mehrzahl der Belegschaft diese Maßnahme bestenfalls ein Fehler oder Mißgriff gewesen. Weil es aber nach Ansicht vieler im politischen Leben Fehler oder Mißgriffe nicht geben darf, so ist es eben ein Verrat der Parteibonzen gewesen, und alle Vernunftgründe sind nicht imstande, diese Auffassung großer Teile der Belegschaft zu widerlegen." So der „Vertrauensmann" weiter! —

Selbst die Unverfrorenheit dieser Beweisgründe wird auf die Dauer nichts helfen, denn der denkende Arbeiter wird sich tatsächlich durch noch so schön ausgeklügelte „Vernunftgründe" nicht mehr davon überzeugen lassen, daß eine Politik der Mißerfolge, eine Politik nutzlos vertaner Gelder und Kräfte eine richtige Politik sein könnte. Die Richtigkeit einer Politik kann man nämlich wirklich nur am Erfolg erkennen (natürlich nicht am Augenblicks-, sondern am Dauererfolg); wäre das anders, könnte ja jeder Gewerkschaftssekretär z. B. die Politik Wilhelm II. gut heißen. Warum haben denn die Herrschaften Revolution gemacht? Wenn man dem Arbeiter weißmachen will, die Politik der Gewerkschaftssekretäre würde nicht gemacht, um Erfolg zu haben, heißt das denn doch, dem Arbeiter etwas zu viel „Gutmütigkeit" zumuten. Nebenbei bemerkt: es gibt auch andere Kreise als sozialdemokratische, die ihrer Gefolgschaft gern einreden möchten, Erfolg haben wäre nicht Aufgabe eines Führers. Und es gibt Byzantiner auch außerhalb der waschechten Republikaner, welche sich derartiges bieten lassen.

Ein anderer sozialistischer Vertrauensmann schreibt: „Der Niedergang der Macht der Arbeiter hat mit dem Moment eingesetzt, wo die geistig Minderwertigen anfingen, die ehrlichen Kämpfer in den eigenen Reihen in den Dreck zu ziehen, weil sie nur dadurch die Aufmerksamkeit der Masse auf sich zu lenken vermochten. . . . Man hört nichts von Prinzipien und Zielen, nur Namen schwirren einem entgegen, Namen von Personen, die „Lumpen", „Verräter", „Verbrecher", „Schlafmützen" und was sonst nicht alles sein sollen. . . . In diesem Treiben liegt System."

Diesen Feststellungen im „Vorwärts" zu begegnen, ist recht lehrreich. Ich fürchte bzw. hoffe allerdings, daß der denkende Arbeiter auch dazu sagen wird: „In diesem Treiben liegt System." Es sieht so außerordentlich ehrlich und offen aus, wenn diese Dinge vor aller Welt besprochen werden, aber schließlich haben sie doch wohl nur den Zweck, den Arbeiter gefühlsmäßig zu überrumpeln und trotz aller Mißerfolge in der Partei zu halten. Da ist es sehr gut, wenn man einen Sündenbock findet, auf den man den „Niedergang der Macht" abladen kann.

Abermals muß ich nebenbei bemerken: auch in anderen Parteien und Kreisen begegnet man hier und da dem nicht gerade sehr noblen Bestreben, die eigenen Mißerfolge ganz rasch auf andere abzuwälzen, und zwar merkwürdigerweise — ganz entsprechend dem Vorgang im sozialistischen Lager — auf die Bundesgenossen! Hängt das etwa auch anderwärts mit dem Bemühen der „geistig Minderwertigen" zusammen, „die ehrlichen Kämpfer in den eigenen Reihen in den Dreck zu ziehen, weil sie nur dadurch die Aufmerksamkeit der Massen auf sich zu lenken vermochten"? —

Einige Unterschiede finde ich allerdings: Bei den Mehrheitssozialisten liegt die Schuld des Mißerfolges in dem wissenschaftlich längst erwiesenen Trug der ganzen Lehre. Auch bei ihnen gibt es natürlich daneben noch Streitigkeiten bezüglich des Tempos, das die Bewegung einschlagen soll. Stürmische Radikalinskis können eben nie und nirgends ein organisches Reifen abwarten, und Hysteriker können sich keinen Erfolg vorstellen, den nicht sie herbeigeführt haben, während sachliche Diener der Idee mit mehr Verantwortung arbeiten. In dieser Beziehung geht es also den Mehrheitssozialisten wie anderen Parteien und Bewegungen. In der völkischen Bewegung aber zum Beispiel liegt der Grund des bisherigen Mißerfolges ganz gewiß nicht in der Lehre oder Idee, wie bei den Marxisten. Im Gegenteil! Hier sind es ausschließlich die ungeduldigen Elemente, welche so manches verdorben haben, weil auch sie das organische Reifen nicht als nötige Vorbedingung zum Erfolg anerkennen wollten. Sonderbarerweise wird auch gerade wieder in ihren Reihen mit Ausdrücken wie „Verräter" und „Schlafmützen" gewirtschaftet. Aber da Idee und Lehre der völkischen Bewegung, wie gesagt, kein Trug, sondern lauterste Wahrheit auf wissenschaftlicher und sittlicher Grundlage sind, muß und darf man ehrlich hoffen, daß Besonnenheit und Verantwortungsgefühl auf die Dauer die Führer bleiben, welche die Bewegung zum Siege führen, — trotz der Byzantiner und Radikalinskis, die es ja auch in ihr geben soll.

Dies wird um so mehr der Fall sein, je eher die völkische Bewegung es versteht, ohne Lärm und Überheblichkeit die Herzen jener Arbeiter zu erobern, die sich heute von den marxistischen Propheten betrogen fühlen und nach redlichen Führern suchen, die nicht Mandate, Sekretärs- und Führerposten, sondern aus ganzem aufrichtigen Herzen Aufstieg und Befreiung des gesamten deutschen Volkes sich zum Ziel gesetzt haben. Und durch die langen Jahre des Leidens und der Enttäuschungen hat der Arbeiter ein feines Ohr für wahre und falsche Propheten bekommen.

Bei den Marxisten aber haben, wie die letzten Jahre es beweisen, auch die ruhigen Elemente Unheil genug heraufbeschworen, weil eben ihre Lehre falsch ist. Wehe uns, wenn in dieser Bewegung erst die Radikalinskis siegen!

3.

Wenn man ehrlich ist, muß man zugeben, daß auch jetzt schon Deutschlands Lage grauenhaft ist. Der gleiche rückgratlose Byzantinismus, der Wilhelm II. gewähren ließ, verquickt mit Bethmanngeist, läßt heute das absolutistische Parlamentsregiment gewähren. Was im Westen geschieht, ist ungeheuerlich. Allerdings, wer die Ausführungen des früheren Konsuls Dr. Pröbster regelmäßig bei uns gelesen hat, wundert sich nicht mehr, daß wir nach den Methoden französischer Kolonialpolitik behandelt werden. Unsere Ohnmacht kann wirklich kaum noch überboten werden. Urteile wie das Düsseldorfer gehören fast „zum täglichen Brot". Alles, was deutsch fühlt und

handelt, wird im besetzten Gebiet eingekerkert und ausgewiesen, während die Lumpen und Verräter Schutz und Ehre bei den Feinden genießen. Daß ein solcher Verbrecher wie Heinz-Orbis von der Rache ereilt wurde, ist kein Wunder. Aber die Losreißungsbewegung wird auch dieser Zwischenfall auf die Dauer kaum aufhalten. —

Herr Stresemann ist aber immer noch Außenminister. Das Parlament scheint gar nicht die Mißachtung des deutschen Volkes herauszuspüren, die darin liegt, daß ein derartig mit Mißerfolgen und falschen Einstellungen gesegneter Mann ein so wichtiges Amt bekleidet. Es ist schon oft gesagt, aber noch nicht oft genug: daß solche Menschen zu Macht und Ansehen gelangen, ist ein Fluch des Systems. Herr Stresemann selbst ist uns herzlich gleichgültig, insofern er nicht Schaden anrichtet. *Was wir bekämpfen müssen, ist der Typus*, der in Stresemann einen besonderen Ausdruck gefunden hat. Wir wollen keine Augenblickstaktiker mehr, denen der Begriff der sachlichen Arbeit ihrer ganzen Natur nach fremd sein *muß*. Diesem Typus begegnen wir aber heute allenthalben in Deutschland, im Parlament, in der Regierung, in der Presse — im ganzen öffentlichen Leben.

Diese Leute, die man auf Grund eines durch und durch unwahren Systems, nämlich des parlamentarischen, zu „Führern" macht, sind eben keine Führer, sondern sie sind Beauftragte von Interessenten oder gar selbst Interessenten; und an ihrer Interessentenwirtschaft geht Deutschland zugrunde. Denn: mögen andere Völker es vertragen, von Interessenten regiert zu werden, — Deutschland verträgt es *nicht*, am wenigsten in dieser Zeit.

Dies ist auch die Stelle, wo der Deutsche den jüdischen Geist *in sich selbst* am nachdrücklichsten bekämpfen muß. Dieser jüdische Geist, der keine Sache um ihrer selbst willen tun kann, sondern alles mit persönlichem materiellen Vorteil verquickt, hat es eben fertig bekommen, beinahe aus jedem Deutschen einen „Interessenten" zu machen. Diesem Geist verdanken wir ja Revolution und Parlamentarismus. Die *Ehre* des selbstlosen Dieners einer Sache hat er gründlich zerstört. Im alten Staat war es der ehrliebende Soldat, der Offizier, der ein solcher selbstloser Diener der Sache, nämlich des Vaterlandes war. Desgleichen war es der Beamte, der unbestechlich nach Recht und Gerechtigkeit seines Amtes waltete. Der jüdische Geist herrscht aber nur, wo nicht Ehrbegriffe, nicht selbstlose Hingabe an die Sache oberste Richtlinie sind. Er kann nur „Interessenten" gebrauchen, deren oberster Gott der persönliche Profit ist. Mit seiner Besoldungspolitik verfolgt dieser Geist offenkundig den Zweck, auch die Beamtenschaft zu „Interessenten" zu machen. Jüdischer Mund hat auch ganz offen das Geständnis ausgeplaudert, daß man, da man die großen Hindernisse Monarchie und Heer beseitigt hätte, jetzt daran gehen müsse, den aufrechten, sachlichen Geist aus der Beamtenschaft zu vertreiben, weil man nur gehorsame Kreaturen gebrauchen könnte.

In dem alten Staat durfte kein höherer Beamter irgendwie mit einem Geschäft oder Betrieb in Verbindung stehen, damit er nicht als „Interessent", sondern rein sachlich seines Amtes waltete. Auch Parlamentarier sind Beauftragte des Volkes. Man sollte einmal eine Statistik darüber aufnehmen, welcher Parlamentarier *nicht* in einem Aufsichtsrat sitzt. Und dann ist weiter zu fragen, ob Parlamentarier, die Minister werden, etwa ihre Aufsichtsratsstellen niederlegen?

Wir müssen wieder daran gehen, alle Leute ans Licht zu ziehen, die noch irgendwie sachlich denken und arbeiten können. Aus ihnen müssen wir eine neue Aristokratie der aufrechten, uneigennützigen Männer, eine Schicht selbstloser, in jeder Beziehung unbestechlicher, freier Charaktere bilden und diese Leute langsam wieder in die führenden Stellen einfügen. *Ohne eine solche Schicht an maßgebenden Stellen ist Deutschland endgültig verloren.* Der Judengeist hat mit Hilfe des Parlamentarismus diese Schicht vorläufig zerstört. Diese Schicht ist aber der Träger und die Verkörperung des Gerechtigkeitsprinzips, des Gegners des Interessentenprinzips, — des Gerechtigkeitsprinzips, ohne das der Staat kein Staat, sondern nur ein brutales Machtgebilde ist. Ohne eine solche „Aristokratie der Sachlichkeit" kann sich auf die Dauer auch kein Diktator halten.

„Wo der Nationalcharakter nicht mehr aufrecht erhalten wird, da kann eine Nation für bald verloren gelten. Hört sie auf, die Tugenden der Wahrheitsliebe, Ehrlichkeit, Redlichkeit und *Gerechtigkeit* zu schätzen, so verdient sie nicht zu leben. Tritt in einem Lande eine Zeit ein, in der das Volk durch Reichtum so entsittlicht, durch Vergnügungen so entartet, durch Parteiwut so verblendet worden ist, daß Ehre, Ordnung, Gehorsam, Tugend und Treue zu Dingen der Vergangenheit geworden zu sein scheinen, so daß die anständigen Männer, welche noch da sind, in der Dunkelheit umhertasten und sich mit den Händen gegenseitig suchen müssen, dann gibt es keine Hoffnung mehr außer der Wiederherstellung und Erhebung des individuellen Charakters, denn dieser allein kann noch Rettung bringen."

So schrieb der Engländer Smiles vor über fünfzig Jahren. Deutschland ist leider so weit, daß diese Worte auf uns anwendbar sind — dank der langen Arbeit des jüdischen Geistes der Unsachlichkeit, des Interessentengeistes. —

Allgemein rüstet man sich nun zu den Wahlen für Landtag und Reichstag. Der Geist der Lüge und Unsachlichkeit, der Interessentengeist, wird bei dieser Gelegenheit stärker denn je umgehen, und jeder unlautere politische Geschäftemacher glaubt seine Stunde für gekommen.

Aber vielleicht erleben die „Interessenten" schon diesmal unliebsame Überraschungen. Denn das ist das Gute in unserem Elend: der Arbeiter, der erst einmal zu denken *anfängt*, denkt oft tiefer, gründlicher und ergiebiger, als es der Bürger ahnt und tut. Dazu hat ihn das Gefühl des Betrogenseins erzogen. Und gerade der Arbeiter sehnt sich nach *wirklichen* Führern aus jener „Aristokratie der Sachlichkeit". *Er* wird sie, nachdem er sich von der Herrschaft der jüdischen Gewerkschaftssekretäre losgesagt hat, vielleicht eher finden, als der im „demokratischen", „liberalen" Gedanken verkalkte und verspießerte Bürger. *Unverkennbar will der Arbeiter jetzt völkisch werden.*

Da ist es sittliche wie politische Pflicht des Arbeitgebers, ihm durch eine wahrhaft völkische Lohnpolitik auch dazu zu verhelfen. Pflicht der nationalen Parteien ist es, ihre gesamte Politik auf den völkischen Gedanken einzustellen. Sie haben jetzt wirklich Gelegenheit, die Volksgemeinschaft, die Schicksalsgemeinschaft der Deutschen vorzubereiten, die auch eine *Gesinnungsgemeinschaft* sein muß. Erst diese völkische Gesinnungsgemeinschaft — nicht nur das Tragen von Hakenkreuzen und Windjacken — wird uns reif und stark machen, den Befreiungskampf siegreich zu bestehen.

Bücherschau.

Der Kampf um die Demokratie in Deutschland seit der großen französischen Revolution. Von Dr. Adolf Rapp, a. o. Professor an der Universität Tübingen. Der Sammlung belehrender Unterhaltungsschriften, herausgegeben von D. Hans Vollmer, Jubiläumsband Nr. 100/101. Berlin-Wilmersdorf. Hermann Paetel Verlag G. m. b. H. 1923.

Der Kampf um die Demokratie in Deutschland ist ein Stück deutscher Geschichte, das wichtiger ist, als man im Zeitalter Wilhelms II., dem Zeitalter der Vertuschung und allgemeinen Völkerversöhnung, geglaubt hat, in dem man die Aufgabe eines Staates nicht darin suchte, gegen politische, kriegerische und finanzielle Verschwörungen und Vorbereitungen auf der Hut zu sein, sondern im Besitz der von den Vorfahren ererbten Weltstellung glaubte, alle individualistische Zersplitterung sich leisten zu dürfen. Der Name aller individual ist schon Zersplitterung Deutschlands aber, die Verewigung der inneren Zerklüftung, heißt Demokratie. So lange es Deutsche gegeben hat, ist das nationale Laster des deutschen Volkes von jeher seine Zerrissenheit gewesen. Tacitus führt sie auf die stultitia und invidia als Quellen zurück, die den Gesichtskreis des Menschen verengen. Eine Geschichte der Demokratie in Deutschland ist deshalb naturgemäß immer und unausbleiblich eine Geschichte deutscher Uneinigkeitsbestrebungen und im Gefolge derselben eine Geschichte deutscher Bürgerkriege, deutscher Barbarei, deutschen Rückgangs, Zerstörung der nationalen Einheit und Auflösung alles sittlichen Haltes, Isolierung in der Welt und Verlust des wertvollsten deutschen Reichsbodens an raubgierige, sittlich minderwertige Nachbarvölker, deren Gewalthaber über die sich selbst zerfleischenden deutschen Demokraten lachen. Seit mehr denn einem Jahrtausend ist die deutsche Demokratie die Ursache alles nationalen Unglücks gewesen, indem man den Deutschen immer gruseln gemacht hat mit Schlagworten als Untergang der Selbständigkeit, mit Zerstörung der Selbstverwaltung, mit Feudalismus, mit Militarismus, mit Reaktion, mit Russifizierung, mit Ostelbiertum, mit Junkertum, ohne mit der Wimper darüber zu zucken, daß man damit die Kulturarbeit deutscher Ritter, Bürger und Bauern, die im Kolonialland des Ostens hundertmal mehr mit dem Pfluge als mit dem Schwerte in der Hand geleistet und das Werk zäher deutscher Arbeit bis zu den Letten und Esthen getragen haben, schonungsloser Russifizierung preisgab, allgemeinem Hohn, und unwissender, urteilsloser Verachtung und herzlosem Hasse auslieferte. Als die Demokratie vor 75 Jahren in Baden ihre Siege feierte, deren 75. Jubiläum jetzt festlich begangen wird, fiel die demokratische Soldateska wie Tiere über ihre Landsleute her, vertrieb sich mit Freudenfesten, Tanzen, Singen, Musikmachen, Trinken, Essen die Zeit, viele Häuptlinge gefielen sich im Zustande steter Betrunkenheit, Nichtstun war der Zeitvertreib der wachhabenden, disziplinlosen Soldaten und der neuen Beamten, ganz wie in den Novembertagen 1918. Wie die Schöpfungen deutscher Kultur im Osten und Westen unseres Vaterlandes niedergestampft werden im Ruhr-, Rhein-, Saargebiet, in Posen, Danzig und Memel, um als Dünger für die Treibhauspflanze deutscher Demokratie und französischer Demokratenkultur zu dienen, das erleben wir heute jeden Tag. Der Historiker Ludwig Häusser hat in seinen Denkwürdigkeiten als Augenzeuge diese Glanzpunkte demokratischer Kultur geschildert. Er ist von aller Demokratie sein Leben lang geheilt gewesen. Es ist eigenartig, daß mit den Errungenschaften der Demokratie in Deutschland parallel geht als ein Ereignis viel größeren Erfolgs, die Ära Bismarck, die auf einer ebenso tiefen als umfassenden Bildung beruhend, Deutschland auf den Höhepunkt geistiger und sozialer Kultur führt, in deren Hintergrund das Problem des Rechtes auf Arbeit und der Arbeitergewinnbeteiligung steht. Diese glänzende Entwicklung des deutschen Idealismus mit seinen menschlichen und manchmal auch allzu menschlichen Triebfedern und Motiven hat die Demokratie im Geistesleben des deutschen Volkes derart in den Hintergrund getrieben, daß sie zu Bismarcks Zeit als erstorben gelten konnte. Nichts findet in Deutschland ein dankbareres Volk als ein Prometheus, der mit prometheischer Arbeit Menschen formt nach Luthers, Goethes, Bismarcks Ebenbild. Diese Art des Deutschen ist so undemokratisch wie nur möglich, sie ist aber das Hauptcharakteristikum deutscher Heldenverehrung, die Haupttriebfeder deutscher Gedanken, Worte und Werke. So hat uns, manchmal mit etwas milderen Worten, im vorliegenden Buche der Tübinger Gelehrte A. Rapp die Geschichte der deutschen Demokratie erzählt, keinem anderen Triebe gehorchend, als alle Wandlungen, die unserm Volke zum Segen oder zur Gottesgeißel geworden sind,

für die Jugend unseres Volkes, für alle Arten Lehrer, für alle, die es angeht, zu einer Erkenntnis werden zu lassen, daß hinter allen staatlichen Einrichtungen Menschen stehen müssen, die selbst rechtlich denken, um Recht, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ihren Mitmenschen entgegenzubringen. Was an Demokratie wie Sirenensang die Menschen betört, ist der Abscheu vor Ungerechtigkeit, der allen Menschen gemeinsam ist, das Lebensbedürfnis, die tief empfundene Überzeugung, der Glaube an die Möglichkeit und Notwendigkeit des Rechts. Rechtsstaaten sind aber die neuzeitigen Demokratien nie gewesen, sondern immer nur brutale Parteistaaten. An dieser Unwahrhaftigkeit geht Deutschland zugrunde. Rapps Buch schildert die Helden der Demokratie mit großer Liebe sine ira et studio, die Charakteristik der einzelnen Gestalten läßt an Mannigfaltigkeit nichts zu wünschen übrig. Es ist manche kräftige Gestalt darunter, wie Schurz, aber die meisten Figuren zeigen nur zu deutlich, daß sie unter dem Bann revolutionärer Phrasen, die sie allzu freigebig im Munde führten, standen oder wie Uhland urkonservative Spießbürger gewesen sind, die nicht der Oberpolitiker da droben, der liebe Gott, zu Politikern berief, sondern die der Teufel ritt, als sie in Politik machten, die sie vor Haut und Haar nichts anging und von der sie nicht nichts, aber auch nichts verstanden. Sehr wohltuend ist das Lokalkolorit, das Rapp dem alemannischen, schwäbischen und schweizerischen Boden abgewonnen hat, ebenso gern liest man kleine Histörchen, die sich so hinter den Kulissen der politischen Schauspiele abgespielt haben oder abgespielt haben sollen, die der Würze nicht entbehren. Man kann der Sammlung belehrender Unterhaltungsschriften nur Glück wünschen zu diesem Jubiläumsband. Einen, oder ihren besten Rappen hat sie damit aus dem Stalle vorgeführt. Nomen est omen für das kommende neue Hundert der Sammlung, aber auch für unser armes, gequältes Jahrhundert.

Heinrich Reuß †.

Wilhelm Schulter: Ein vergewaltigtes Volk. Der polnische Maiaufstand 1921 in Oberschlesien. 314 S. Heimatverlag Oberschlesien, Gleiwitz 1922.

Paul Knötel: Schlesien unteilbar, deutsch, preußisch! (Aus der Schriftenreihe „Deutscher Michel, wach auf!) 44 S. Verlag Letsch, Hannover-Leipzig 1922.

von Wrisberg: Die Lage des Deutschtums im Osten. 31 S. ebenda 1922.

Vor wenigen Monaten geriet ich in einem Berliner Straßenbahnwagen in ein Gespräch mit den Umsitzenden, augenscheinlich Angehörigen des gebildeten Mittelstandes. Als ich beiläufig Breslau als meinen Wohnort nannte, kam warmes Mitgefühl zum Ausdruck: es müsse doch furchtbar sein, unter polnischem Joch zu leben. Meine Versicherung, daß Breslau nach wie vor deutsch sei, wurde mit einigem Unglauben aufgenommen, und ich weiß nicht, ob es mir gelungen ist, ihn zu brechen. Wenn aber solches schon am grünen Holze in Berlin geschieht, wenn man dort nicht einmal über das Schicksal der zweitgrößten Stadt Preußens Bescheid weiß, was will man da vom Westen und Süden verlangen? Und wie darf man bei solchen mangelhaften Kenntnissen Interesse und Hilfsbereitschaft für die wirklichen Nöte der Ostmark erwarten?

Gerade unter solchen Verhältnissen ist Schriften, wie den drei oben genannten, Verbreitung zu wünschen. General von Wrisberg gibt eine auf sorgfältig gesichtetes, reiches Material gestützte, ganz knapp zusammengefaßte und darum besonders eindringliche Darstellung der rechtlichen und wirtschaftlichen Lage der Deutschen in Posen und in Ost-Oberschlesien. Professor Knötel, der sich als Vorkämpfer für das Deutschtum in Oberschlesien große Verdienste erworben hat, bietet einen Überblick über die Geschichte Schlesiens und behandelt ausführlich den Kampf um die Frage der Abtrennung des deutsch gebliebenen Teils von Oberschlesien von Preußen und seiner Erhebung zum selbständigen Lande. Dieser Kampf hat bekanntlich mit einer Niederlage der sog. Autonomisten geendet. Aber immerhin ist Oberschlesien zum Schaden der Sache selbständige Provinz geworden. Schuster endlich gibt eine überaus wertvolle Schilderung des polnischen Maiaufstandes mit all seinen Bestialitäten. Abgesehen vom rein geschichtlichen Interesse bietet dieses Buch gar nicht zu überschätzendes Material zur Erkenntnis des polnischen Volkes, seiner Denk- und Handlungsweise, seiner politischen Methoden. Die Kreise, die immer noch eine stille Sympathie für den „ritterlichen" Nachbar im Busen tragen, mögen sich hier Belehrung holen. Frhr. v. F.-L.

Robert Baltenius: Die Balten in der Geschichte Estlands. 32 S. Baltischer Verlag, Berlin 1922.

Georg Bogdanoff: Die estnische Agrarreform. 36 S. Baltischer Verlag, Berlin 1922.

Kalender und Jahrbuch des Deutschen Elternverbandes in Lettland. 141 S. Verlag Jonck & Poliewsky, Riga.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben das eine Gute gehabt, daß man wenigstens in nationalen Kreisen aufgehört hat, Staatsangehörigkeit und Volkstum einander gleichzusetzen. Insbesondere wissen jetzt viele, wenn auch lange noch nicht alle, daß die Balten ein deutscher Stamm und nicht als Deutschrussen eine ethnologische Merkwürdigkeit sind. Diese Erkenntnis zu vertiefen, ist die erste der genannten Broschüren in hohem Maße geeignet. Sie gibt auf knappstem Raum eine sehr übersichtliche, alles Wesentliche enthaltende Geschichte der Balten auf dem Gebiet der jetzigen Republik Esti, d. h. in der nördlichen Hälfte der einstigen Ostseeprovinzen. Ebenso lehrreich ist die zweite Broschüre. Sie zeigt, wie die estnische sog. Agrarreform, die zur entschädigungslosen Einziehung des deutschen Grundbesitzes geführt hat, nichts ist, als eine Waffe im nationalen Kampf. Da auch andere von Gnaden der Entente entstandene Staaten, vor allem die Tschechei, sich dieser Waffe zum gleichen Zweck bedienen, hat der Gegenstand weitreichende Bedeutung und verdient die Aufmerksamkeit aller derer, die Interessse für das Irredenta-Deutschtum haben. Dasselbe gilt für den Kalender des Elternverbandes in Lettland. Er darf ohne weiteres als Brevier des Irredenta-Deutschtums bezeichnet werden. In gedrängtester Form gibt er einen Überblick über die Aufbauarbeit, die von den Balten Lettlands, des südlichen Teils der Ostseeprovinzen, verrichtet wird. Trotz politischer Entrechtung, trotzdem ihnen das wirtschaftliche Rückgrat durch Einziehung des Grundbesitzes ebenso wie ihren Brüdern in Estland gebrochen ist, leisten sie mit einem Opfermut und einer Kampfesfreudigkeit sondergleichen alles nur Denkbare, um sich und ihren Kindern das Deutschtum zu erhalten. Die schlichten, ohne jede Ruhmredigkeit zusammengestellten Angaben und Zahlen über deutsche Schulen, deutsche Wohlfahrtsanstalten, deutsche Vereine klingen zusammen zu einem hohen Liede völkischen Lebenswillens. Wenn wir im Reich nur annähernd dasselbe für unsere Ziele leisteten, wäre es besser um uns bestellt. Frhr. v. F.-L.

Friedrich Ludwig Jahn, von **Rieck**, Verlag Pichlers Witw. u. Sohn. Wien und Leipzig. Preis 2.— Mk.

Das 25. deutsche Turnfest in München mit seinen völkisch bedeutsamen Erscheinungen u. Nebenerscheinungen liegt hinter uns, der Turngedanke „des Alten im Barte" liegt wieder vor uns. Es ist hier selbstverständlich nicht der Platz, unserm heutigen Turnleben, das bezeichnenderweise ja von uns selbst immer mehr Sportsleben genannt wird, eine ausführliche Besprechung zu widmen. Man prüfe an dem kurz und sachlich gehaltenen Büchlein von Rieck unser derzeitiges Turnwesen; so ergibt sich Urteil über das Jetzt und Forderung für das Zukünftige von selbst. Vor allem ist das Büchlein ein Mahner, daß wir uns wieder mehr auf unsern Ursprung und unsre Ursprünglichen, zu denen auch Jahn gehört, besinnen, ohne Gesundes Neues zu verwerfen. Beispielsweise prüfe man an nachfolgenden vier Sätzen des kleinen Werkes, die aus Jahn-Eiselens „Deutscher Turnkunst" entnommen sind, ob bei uns heute noch alles stimmt, oder ob nicht vielmehr durch Regierung und Parteien der eine und andere Satz gestrichen wurde.

1. Der deutsche Jüngling soll wahr, ernst, redlich u. männlich sein, frei von allem geckischen, zierlichen u. welschen Wesen. 2. Er soll züchtig u. keusch sein, wie seine Ahnen weiland gewesen. Ein lüderlicher u. unzüchtiger Bube wird auf dem Turnplatz nicht geduldet. 3. Er soll deutsch sein in Wort u. Tat; welsche Sprache, welsches Wesen u. alle Ausländerei ist bei den Turnern geächtet. 4. Er soll der großen Tugenden u. Taten der Väter u. der herrlichen deutschen Vergangenheit immer erinnert werden; der Turnplatz soll eine lebendige deutsche Geschichte sein.

Verfasser bringt eine ausführliche, anschauliche Lebensgeschichte Jahns, bespricht dann die Entwicklung des Turnens nach des Meisters Tode u. Jahn im Urteil seiner Zeitgenossen. Rieck bringt weiter gut gewählte Auszüge aus Jahns Schriften u. schließt mit Jahns trefflichem, gerade in unsern Tagen beherzigenswertem Gedanken über die deutsche Sprache:

„Unglückliches Deutschland! Die Verachtung Deiner Muttersprache hat sich fürchterlich gerächt."

Dr. Karl Friedrich.

Neudeutsches Turnen, von Prof. **Klamer**, Verlag Richters Witw. & Sohn.

Ein in Leitfadenform zusammengestelltes Büchlein, das nach der Art der für den Turnunterricht „physiologisch-hygienisch" aufgebauten Übungen allen Turnlehrern willkommen sein dürfte. Daß das Büchlein die sonderbare Überschrift „Neudeutsches Turnen" trägt, ist hoffentlich keine Zeiterscheinung. Bei einer genauen Würdigung des Alten und seiner sinngemäßen Verwertung für unsre Tage würde man wohl das Meiste dieses „neudeutschen Turnwesens" zu finden vermögen. Damit ist zugleich ausgedrückt, daß der wesentliche Inhalt des Heftchens

gut ist; doch darf uns gerade heute der Sinn für das Dichterwort nicht abhanden kommen: „Und was man ist, das bleibt man andern schuldig." So hat es mich etwas befremdet, daß ich in dem „Neudeutschen Turnen" des „Alten im Barte" nicht gedacht fand.

Dr. Karl Friedrich.

Reinhold Beuß: Ist ein Weltfrieden möglich? Eine rechtsphil. Kritik des Pazifismus. 94 S. Wolfenbüttel, Julius Zwißlers Verlag.

Auf einer gründlichen Kenntnis der wichtigsten pazifistischen Schriften fußend, stellt das Heft eine ausgezeichnete Widerlegung der pazifistischen Gedanken dar, die sich immer im Kreise bewegen. Die Frage, ob der Krieg ein Übel darstellt, dessen Beseitigung zu wünschen ist, wird bejaht, die Untersuchung beschäftigt sich jedoch mit der Möglichkeit einer Beseitigung des Krieges und gelangt da zu einem verneinenden Ergebnis. Ein pazifistischer Frieden würde einen derart gesicherten und notwendig begründeten Zustand bedeuten, daß er niemals in Krieg übergehen kann. Niemals aber werden und können Menschen einen solchen Zustand schaffen. Die pazifistische Meinung, daß Kriege ja von dem Willen der Menschen abhängen, und sie somit bloß nicht mehr zu wollen brauchen, ist ein Trugschluß, da immer die Möglichkeit des bösen Willens und des Irrtums vorliegt. Auch das sittliche Gebot: Krieg soll nicht sein, bietet ungeachtet seiner Allgemeingültigkeit keine Gewähr, daß es auch immer befolgt wird. Ebensowenig kann man sagen, ob die Einsicht in die Unzweckmäßigkeit von Kriegen diese verhindern wird. Das Naturgesetz der unendlichen und nicht zu berechnenden Variabilität der Dinge dieser Welt macht es unmöglich, zu einem Punkt zu gelangen, auf dem man die Sicherheit hat, daß niemals wieder Krieg sein wird. Die Möglichkeit eines Angriffs erfordert immer die Notwendigkeit der Gegenwehr. Ebensowenig ist äußerer Zwang, eine Staatenorganisation, eine internationale Exekutivarmee imstande, Kriege zu verhindern. Eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit scheitert an der Unmöglichkeit unparteiische Richter zu finden, gerade bei fortschreitender Ähnlichkeit der „Kulturwelt". Ein Krieg gegen ein auffässiges „Verbrechervolk" würde nicht weniger erbittert sein als ein Krieg früherer Art, auch wenn er angeblich „im Dienst des Rechtes" geführt wird. Die „internationale Exekutivarmee" gegen widerspenstige Staaten wird jetzt immer mehr von den Pazifisten gefordert, ein Beweis, wie auch sie nicht ohne Militärgewalt auskommen können. Wenn aber ein Staat so mächtig ist, daß ihm diese internationale Armee nichts anhaben kann, so kann er doch tun und lassen, was er will und alles mögliche erpressen. Und erst, wenn mehrere Staaten sich auflehnen gegen die allgemeine Staatenordnung? So stößt man immer wieder an die Möglichkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen und gelangt nie zu einer widerspruchslosen Lösung.

Die hie und da etwas umständliche Beweisführung hält sich rein im Logischen und Theoretischen. Nur gelegentlich wird der Weltkrieg gestreift. Der Verlauf, die Dauer des Weltkrieges und das Schicksal Deutschlands ist aber nachweislich und verhängnisvoll durch den Irrwahn beeinflußt worden, man könne tatsächlich diesen Krieg zum letzten aller Kriege machen. Die Erkenntnis ist noch viel zu wenig verbreitet, wie stark der pazifistische Versuch, auf Grund der 14 Punkte den endgültigen Frieden zu sichern, sich ad absurdum und zum grauenvollen Chaos geführt hat.

Dr. Emmy Voigtländer.

Friedrich Ratzel: Politische Geographie. 3. Auflage, durchgesehen u. ergänzt von Eugen Oberhummer. Mit 47 Kartenskizzen. Verlag R. Oldenbourg, München u. Berlin. Preis Mk. 18.

Das Standardwerk des Begründers und Meisters der Politischen Erdkunde, das deshalb mit zum Grundstock jeder politischen Bücherei gehört, weil sein Studium uns jenen lebendigen „geographischen Sinn" vermittelt, der die Grundlage alles echten historischen Verständnisses bildet! Obwohl schon vor einem Vierteljahrhundert verfaßt, enthält sein Inhalt bei höchst persönlichem Gepräge noch immer seine allgemein gültige Fassung, daß sich die „Umarbeitung" des neuen Herausgebers, einer anerkannten Autorität auf dem Gebiete der Geographie, fast lediglich auf neuzeitliche Ergänzungen beschränken konnte. Es ist pietätvoll der Geist des Verfassers gewahrt, dagegen das Register wesentlich verbessert und durch Einfügung eines Autorenverzeichnisses verbessert.

Der opferwillige Verlag, dem die Politische Geographie der jüngsten Jahre noch zwei andere nennenswerte Werke verdankt, nämlich Artur Dix, Polit. Geographie 1922, bereits in zweiter Auflage erschienen, u. Dr. J. Wütschke, Der Kampf um den Erdball 1922, hat sich mit deren Herausgabe ein wahres

Verdienst um die politische Erziehung des deutschen Volkes erworben.

G. Widenbauer.

Dr. K. Sapper: Karte der mittleren jährlichen Bevölkerungszunahme der Erde. Verlag v. K. Oldenbourg. München und Berlin. Preis 1 Mk.

Für den Anthropogeographen, Geopolitiker, Wirtschaftsgeographen und Kulturpolitiker eine wahre Fundgrube zu anregender wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem so wichtigen Problem der Bevölkerungsbewegung. Technisch vorzüglich ausgestattet und mit kurzen Erläuterungen sowie einer Liste der berücksichtigten Gebiete versehen, stellt die Karte uns recht anschaulich ein Weltbild der Bevölkerungsverhältnisse des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts vor Augen.

G. Widenbauer.

Preußen-Kalender 1924 Konkordia-Verlag Leipzig. Mk. 3.— Gold.

Ein Abreißkalender geschmückt mit prächtigen Bildern aus Preußens Geschichte u. mit Ansichten von bedeutsamen Orten und Gebäuden, in denen sich ein Stück Geschichte abspielte. Warmherzige Gedichte, die uns das Herz höher schlagen lassen und kurze Schilderungen denkwürdiger Begebenheiten machen den Kalender zu einem Erbauungsbuch für jung und alt.

Deutsch-österreichisches Jahrbuch 1924 von Sepp Glabischnig. 3. Jahrgang. 262 Seiten, Verlag d. Deutschösterr. Tageszeitung, Wien 7, Bandgasse 32. Preis gebunden mit Leinenrücken Kr. 15000 (ohne Postgebühr).

Wer die Zeitgeschichte und die Entwicklung des völkischen Gedankens genau verfolgen will, der kann dieses Handbuch nicht entbehren, das nicht nur die politischen und völkischen Ereignisse des Jahres 1923 bis 1. Dezember genau wiedergibt, sondern in allen Fragen deutschen Vereins- und Organisationswesens, Standes- und Wirtschaftslebens, über Hochschulangelegenheiten, Turnen, Wandern und Sport und Auslandsdeutschtum verläßliche und erschöpfende Auskunft gibt. Zum ersten Male werden sämtliche deutsche Ärzte Österr., die deutschen Apotheker, Rechtsanwälte und Buchhändler Wiens, sowie sämtliche Zeitungen Österreichs angeführt. Selbstverständlich fanden unter den vielen Aufsätzen die letzten Nationalratswahlen, die Volkszählung, die pol.tischen Parteien Österreichs, die Vorgänge im Deutschen Reich (Münchner Ereignisse, Vorfälle im Ruhrgebiet usw.) und die Erinnerung an den Ausbruch des Weltkrieges vor 10 Jahren entsprechende Berücksichtigung. Das so reichhaltige Buch eignet sich vorzüglich als Weihnachts- und Neujahrsgabe und ist von bleibendem Werte.

Marie Diers: Franzosen im Land. Leipzig, Verlag Koehler, 1923. Halbleinen GZ. 4.50 Mk.

Wem Marie Diers noch nicht bekannt war, der wird freudig überrascht sein, in ihrem neuesten Werke: „Franzosen im Land" ein solches von ungewöhnlicher Stärke zu finden. Schon die Umschlagszeichnung, einen französischen Tank bei der Zermalmung der friedlichen Arbeitsstätten des Ruhrgebiets zeigend, ist äußerst wirkungsvoll. Der Inhalt sodann mit seinem geschichtlichen Rückblick auf die früheren Raubkriege der Franzosen, mit seiner Einflechtung einer fesselnden Familiengeschichte und der sich immer steigernden Schilderung der letzten unsagbar grauenhaften Gewalttaten der „Kulturnation" an der wehrlosen Bevölkerung, ja selbst an Schülern und Kindern, liest sich wie ein Heldenlied aus alter Zeit und doch führt es uns in die bitterste Gegenwart hinein. Das Buch ist meisterhaft geschrieben und vorzüglich aufgebaut bis zu dem erschütternden Schluß, da der deutsche Arzt, dessen einer Sohn, noch ein Schüler, erschossen wurde, dessen Gattin an Kummer und Gram zugrunde ging, dessen zweiter Sohn im Bochumer Gymnasium zu Tode mißhandelt wurde, den höhnenden französischen Kommandanten in gerechtem Zorne erschießt und dann die Waffe gegen sich selbst richtet. Eine Frau hat hier unserem Volke mehr gegeben als tausende sogenannter Männer mit papierenen Protesten und salbungsvollen Reden. „Franzosen im Land" verdient uneingeschränktes Lob, es sollte von deutschen Zeitungen abgedruckt und damit allen dies Heldenlied des Ruhrkampfes zugänglich gemacht werden.

Dresler.

Brüder in Not. Schauspiel in 1 Akt von **Konrad Labson**, herausgegeben vom Deutschen Jugendbund Bismarck, Neustettin.

Wir empfehlen dieses ergreifende Bild der deutschen Not im besetzten Gebiet aufs wärmste. Wenn auch die Zeitungen immer wieder Berichte bringen von all dem Schrecklichen, was unsere Brüder und Schwestern unter der französischen Herrschaft durchmachen, so ist doch so ein am lebendigen Menschen uns vor die Augen geführtes Bild immer wieder nötig, um die Gedankenlosen aufzurütteln

und das Volk allmählich reif zu machen für die Bereitschaft zur Tat, die doch allein uns retten kann. Das Stück, das leicht auch von Dilettanten aufführbar ist, wäre sehr geeignet von Jugendvereinen bei nationalen Gedenk- oder Festtagen dargestellt zu werden. M. L.

Laurids Bruun: Aus dem Geschlecht der Byge. Roman. Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam.

Ist es, wie mir versichert wurde, Tatsache, daß dieser Roman totgeschwiegen wird? — Das wäre ein Zeichen mehr dafür, wie planmäßig alles Wahre, Aufrechte, Starke verfolgt wird; ein Zeichen mehr dafür, daß die heutige Welt eine Verschwörung der Minderwertigen gegen den Edlen darstellt. Allerdings, es gibt auch noch eine Art von Besprechung für derlei enthüllende Bücher: man bespricht sie schon, aber so, als ob es sich um ganz nette, belanglose Unterhaltungsbücher handelt. Das kann Unverständnis sein, da Gleiches immer nur von Gleichem richtig gewertet wird, wird aber häufig genug raffinierteste Bosheit sein. Doch das nur nebenbei!

Ein ähnliches Buch aus neuerer Zeit ist mir bis jetzt nicht bekannt geworden. Nicht, daß es in eine feingepflegte, kultivierte Form gehüllt und mit seltenem psychologischem Scharfblick geschrieben ist und obendrein fast unmerklich an die tiefsten Probleme des heutigen Lebens heranführt, macht seine größte Stärke aus: Nein, diese beruht auf der ganzen Einstellung, die der Dichter seinem Helden Svend Byge zu Welt und Menschen gibt. Es ist die Einstellung des heute immer mehr in den Hintergrund gedrängten wahren, d. h. seelisch bestimmten Aristokraten, oder, wenn man ihn so lieber nennen will, des aktiven Idealisten. Dieser aus altem, angesehenem Geschlecht stammende Byge, der in ländlicher Stille heranwächst, erfüllt von den Überlieferungen seines Hauses, das dem Vaterland und seinen Königen so manchen wertvollen Dienst geleistet hat, erleidet einen fürchterlichen Zusammenstoß zwischen seinen Vorstellungen von Welt und Menschen, wie sie in seinem Blute wurzeln und ihm anerzogen sind — es ist die Vorstellung von sittlicher Würde und Leistung, die einem den Platz anweisen im Leben — und der inzwischen wesentlich abgewandelten Welt selbst. Die Tragik des Schicksals will es, daß dieser Zusammenstoß erst erfolgt, nachdem der ahnungslose Byge durch Heirat und Amt schon in einen Kreis hineingezogen ist, dessen innere Unwürdigkeit und Unwahrhaftigkeit ihm ein Verweilen darin unmöglich machen. Da ihm Reichtum und „Carrière" winken, nimmt diese Umwelt als selbstverständlich an, daß er sich, auch nachdem ihm die Augen aufgegangen sind, stillschweigend in den Kreis der Korrumpierten einfügen und gleich ihnen ruhig als Nutznießer unverdienter Ehren und Würden mitbetätigen werde, wie das bei der heimlichen Verquickung von Politik und Geschäft üblich ist. Byge wahrt aber seine innere Linie, verzichtet auf Frau, Amt, Reichtum und nimmt den Kampf mit der Korruption auf. Dieser Kampf endigt zunächst mit einer Niederlage, und Byge droht als existenzloser Mensch zugrunde gerichtet zu werden. Doch aus eigener Kraft, nur mit Hilfe einer alten Jugendfreundin, die gewissermaßen die Verkörperung seines ursprünglichen Ich bedeuten dürfte, findet er den Mut, alles von sich abzustreifen, ins Ausland zu gehn und von unten auf sich sein Leben neu aufzubauen. Ausgezeichnet ist die Entwicklung geschildert, wie er aus einem Menschen, der die Welt eigentlich nur aus Akten und Büchern kennt — der Typus des deutschen Beamten und Gelehrten — durch eigene Beobachtung und Erfahrung zu einem wachen, tätigen Bezwinger des Lebens wird. Hier liegt abermals eine der größten Stärken des Romans. Unsere Schwäche, wie sie sich auch im Kriege so böse offenbart hat, besteht ja darin, daß wir nicht aus dem Leben, sondern vornehmlich aus den Büchern lernen und so zwar gedächtnismäßig „gebildet" aber nicht weise und lebensfähig werden. Nun, — Byge erweist sich als lebensfähig, kehrt in die Heimat zurück und erlebt in seinem Aufstieg zu einem Führer zu neuen Lebensmöglichkeiten für sein Volk — ohne alle „Protektion!" — eine berechtigte Genugtuung gegenüber seinen alten Widersachern.

Der Roman ist ein tief angelegtes Buch, hinter dessen schöner Form mehr liegt, als man beim ersten Blick vermeint. Wenn es auch ein Däne geschrieben hat, so ist es doch echt deutsch, vor allem in der Verherrlichung der Treue zu sich selbst, die ganz allein den Lebenssieg verbürgt.

E. Kühn.

Hakenkreuz-Merkbuch 1924. Völkisches Taschenbuch mit Schreib- und Terminkalender und zahlreichen Aufsätzen. Preis 3.— Mk. Hakenkreuz-Verlag, Hellerau bei Dresden.

Eine Tafel „Deutsche Rassenbilder"

nach Dr. Hans F. K. Günther, Rassenkunde des Deutschen Volkes

mit 32 ausgewählten, besonders bezeichnenden Abbildungen mit einer vergleichenden Übersichtstabelle der körperlichen Rassenmerkmale haben wir im Format 48 × 64 cm herstellen lassen als ein Mittel, Aufklärung über die rassische Zusammensetzung unseres Volkes in weiteste Kreise zu tragen. Bei der Verwirrung und Unklarheit über das Wesen der Rasse und dem Mißbrauch, der deshalb mit dem Schlagwort Rasse im politischen Leben getrieben wird, ist dies notwendiger denn je. Deshalb richten wir an jeden, der sich mit Rassefragen beschäftigt, die Bitte, sich dafür einzusetzen, daß dies Plakat in Schulen, Bibliotheken, Lesesälen, bei Behörden, Privatbetrieben, Vereinen usw., überhaupt überall, wo Menschen zusammenkommen, aufgehängt wird. Ein einzelnes Plakat kostet postfrei Mk. 1.10. Bei Aufgabe größerer Bestellungen ermäßigen sich die Preise folgendermaßen: bei 10 Stück Mk. 0.80; bei 100 Stück Mk. 0.70; bei 500 Stück Mk. 0.60; 1000 Stück Mk. 0.50.

Denjenigen unserer Leser, die Gelegenheit haben, die Tafel in ihrem Wirkungskreis (Schule, Amt, Geschäft usw.) tatkräftig zu verbreiten, stellen wir gerne ein kostenloses Werbestück zur Verfügung, falls es bis 15. Februar bestellt wird.

*

Es gilt in unserem Volke das Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen für unsere Zukunft, welches aus der Erkenntnis über das Wesen der Rassen entspringt, zu wecken.

Lichtbilder

nach Dr. Hans F. K. Günther, Rassenkunde des Deutschen Volkes

Zur Vorführung bei Vorträgen sind von 46 der besten Abbildungen Lichtbilder hergestellt. Die Reihe besteht aus 25 Platten und wird zum Preise von 20.— Goldm. käuflich abgegeben. Auf einer Platte sind meist 2 Bilder und zwar in folgender Weise zusammengestellt:

(Die in Klammern beigefügten Zahlen geben die Nummer der betr. Abbildung im Buche an.)

1.—4.: Nordische Köpfe (19 a, b, 29, 42, 283 und 3 neue). **5.: Westische Köpfe** (104, 109). **6.—9.: Ostische Köpfe** (118, 117 a, b, 118, 119, 128, 134). **10.—12.: Dinarische Köpfe** (177 a, b, 243, 220 b, 179, 182). **13.: Nordischer, westischer, ostischer und dinarischer Schädel zum Vergleiche zusammengestellt, von der Seite** (neu). **14.: Dieselben von vorn** (neu). **15.: Dieselben von oben** (neu). **16.: Vorderasiatische Köpfe** (248, 249). **17.: Orientalische Köpfe** (247, 248). **18.—19: Juden** (424, 438, 433, 461). **20.: Hellenische und moderne Idealgestalt = nordisch** (Menelaos [308] u. Bergmann von Mennier [neu]). **21.—24.: Nordische Führer und Künstler Alexander d. Gr.–Caesar** (322 a, 325 b), **Rubens–Leonardo da Vinci** (82, 364), **Sophokles–Richelieu** (318, 381), **Wellington–Moltke** (350, 410). **25.: Nordisch-ostische Mischungen: Beethoven–Schopenhauer** (163, 165)

Ein knapper Vortragsplan steht auf Wunsch zur Verfügung.

J. F. Lehmanns Verlag / München SW. 4.

An unsere Leser!

Heft 2 des Jahres 1923 ist vergriffen und wird von uns zurückgekauft. Wir zahlen einschließlich Postgeldersatz 60 Pfennig. Auf Wunsch tauschen wir das Heft gegen ein anderes oder gegen 2 Flugschriften um.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Straße 26.

Verlag
Deutsche Gemeinschaft
Bad Berka bei Weimar.

„Wege zur Heimat"

Bücherei der Heimatschule

Band 1:

Dr. Th. Scheffer:

Einführung in die Baugeschichte.

(Kirchliche Bauwerke)

Mit über 76, den Text erklärenden Abbildungen.

Preis (nur in steifem Umschlag) 1.80 Mk.

Eine Schriftenreihe, die sich mit den Lehrgängen der Heimatschule eng verknüpft, die aber auch einzeln als Bücher eine vorzügliche Einführung in das Bild unserer Heimat geben.

[Die Heimatschule in Bad Berka bei Weimar veranstaltet auf der Grundlage des deutschen Heimatgedankens Lehrgänge und Einzelveranstaltungen zur völkisch-politischen Ausbildung. Keiner Partei — nur dem Vaterland, der Volksgemeinschaft dienstbar. Dr. Th. Scheffer.]

Urgeschichtliche Volksbücher
im Auftrage der Wiener prähistorischen Gesellschaft, herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Oswald Menghin

Rassenkunde

mit besonderer Berücksichtigung des deutschen Volkes vor allem der Ostalpenländer von Professor Dr. Gustav Kraitschek.

Mit 1 Karte, 26 Textabb. u. 64 Bildnissen auf Tafeln.
In Halbleinen geb. 2 Goldmark.

Nie ist mehr über Rasse gesprochen als heute, doch herrschen über dies Kapitel sogar in Kreisen, die sich für erleuchtet halten, die allermerkwürdigsten Vorstellungen. Man trifft meist eine Unterschätzung, aber oft eine Überschätzung des Rassenbegriffs. Es ist also schon vom allgemein menschlichen Standpunkt aus ein dringendes Bedürfnis, daß unserem Volk ein zuverlässiger Wegweiser in diesen Fragen in die Hand gegeben wird. Auch der Freund der Ostalpen wird gern nach diesem Buche greifen.

Frei-Deutschland
Verlags-, Versand- u. Altbuchh., G. m. b. H., Sontra in Hessen.

Alfred Falb,

Luther und Marcion gegen das Alte Testament

Preis: geheftet 0,70 Goldmark.

Dr. Falb erbringt hier, auf ein umfangreiches Werk des bekannten Berliner Theologen Harnack und zahlreicher Original-Schriften gestützt, den Beweis, daß schon bald nach dem Tode Christi eine Verfälschung seiner Lehre durch das Judentum betrieben wurde und daß in Marcion der erste Gegner dieses verjudeten Christentums erstanden ist. 1300 Jahre später hat dann Luther, ohne Kenntnis des Vorgehens Marcions, dieselben Wege eingeschlagen und hat sich in seinen Reden und Schriften aufs Schärfste gegen das Alte Testament ausgesprochen. Im Kampf um ein von allen jüdischen Schlacken gereinigtes Christentum, um eine deutsche Religion wird diese Schrift eine der besten Waffen sein.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder unter Anrechnung von Mk. 0.10

Hammer-Verlag, Leipzig 13
Postschließfach 276.

Gegründet 1911.

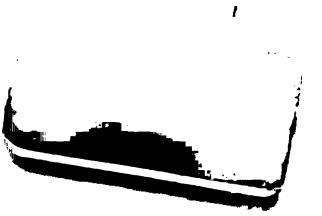
„Deutsches Geld gehört in deutsche Verwaltung!"

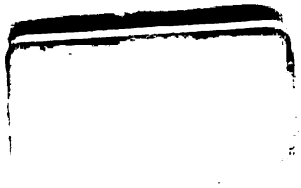
Kreditanstalt der Deutschen

Hauptanstalt Prag II, Krakauergasse 11.

75 Niederlassungen. ◆◆ Durchführung aller Bankgeschäfte.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn in München. — Verlag: J. F. Lehmann, München.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: L. Waibel, Ebenhausen b. München. — Gedruckt bei Dr. F[illegible]



00801134

YC110800